هكذا من الأصل

Mittwoch, 7. Dezember 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11 · Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 285 - 49.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

EG auf dem Nullpunkt. Gipfel der Regierungschefs gescheitert

Mitterrand fordert Rückbesinnung auf Römische Verträge / Nord-Süd-Streit

WILHELM HADLER, Brüssel

Mit einem völligen Fehlschlag endete gestern der EG-Gipfel in Athen. Trotz intensiver Bemühungen mußten die Staats- und Regierungschefs ihren Versuch aufgeben, sich vor Jahresende wenigstens über die Grundelemente der geplanten Agrar- und Finanzreform der Gemeinschaft zu einigen.

Der Europäische Rat trennte sich ohne eine gemeinsame Erklärung oder Aufträge an nachgeordnete Organe. Auch für die nächste Zusammenkunft wurde noch kein Termin festgelegt. Vor der turnusmäßigen Konferenz am 19. und 20. März will der französische Staatspräsident François Mitterrand als neuer Vorsitzender über die Zweckmäßigkeit eines vorgezogenen Gipfeltreffens entscheiden. Dabei soll unter allen Umständen ein erneutes Scheitern verhindert werden.

Bundeskanzler Helmut Kohl gab wie die meisten seiner Kollegen den Mißerfolg unverhohlen zu: „Einen weiteren Fehlschlag dieser Art kann sich Europa auf gar keinen Fall leisten", meinte er. Zugleich äußerte Kohl Zweifel an der Wirksamkeit des bisherigen Verfahrens, die Staats- und Regierungschefs mit einer Unzahl schwieriger technischer Probleme zu belasten. Der Europäische Rat werde zunehmend zu einer Art Parlamentsausschuß.

SEITE 3:
Auf Sand gelaufen

Mitterrand forderte nach der Konferenz die EG-Partner auf, sich „auf die Römischen Verträge zurückzubesinnen", während die britische Premierministerin Margaret Thatcher sich unwillig zeigte, „weiterhin von Kompromiß zu Kompromiß zu taumeln". Der griechische Regierungschef Andreas Papandreou sagte, „dies ist ein Tag, an dem man Pessimist sein muß".

Kohl versicherte, für die Bundesrepublik gebe es nach wie vor „keine Alternative" zur EG. Die Sicherung der europäischen Zukunft verlange aber, daß die Gemeinschaft finanzierbar bleibe. Bonn halte an dem beim Stuttgarter EG-Gipfel geschnürten Verhandlungspaket fest. Dies bedeute, daß keine Einzelfrage aus dem Zusammenhang gelöst und vorweg behandelt werden könne. Zugleich aber bleibe auch die Verpflichtung, die den Spaniern und Portugiesen gegebenen Zusagen über ihren Beitritt einzuhalten.

Geplant war, die Verhandlungen mit beiden Staaten spätestens im Sommer zu beenden, damit die Ratifizierung der Beitrittsverträge bis Ende 1985 abgeschlossen werden kann. Bundesaußenminister Genscher berichtete, auch Frankreich habe in Athen seine Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, an diesem Termin festzuhalten. Dagegen besteht die Gefahr, daß die finanzielle Lage der EG durch die ausgebliebenen Beschlüsse noch schwieriger wird als bisher. Die EG-Kommission muß nämlich damit rechnen, daß das Europaparlament in der kommenden Woche den Brüsseler Haushalt ablehnen wird. Als Ausweg bleibt voraussichtlich nur eine Notregelung, nach der der Gemeinschaft vorerst monatlich ein Zwölftel der Finanzbeiträge des Vorjahres bereitgestellt werden.

● Fortsetzung Seite 12

Fall Lambsdorff: Schaden abwenden

Kohl gibt dem Bestand der Koalition Vorrang / Kanzleramt prüft

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat Anweisung gegeben, daß die Anklageschrift gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) von hochrangigen Juristen des Bundeskanzleramtes auf ihre Substanz hin überprüft wird. Wie gestern aus Regierungskreisen in Bonn verlautete, soll diese Prüfung vom Chef des Bundeskanzleramtes, Staatssekretär Waldemar Schreckenberger, vorgenommen werden, der vor seiner Berufung nach Bonn Justizminister des Landes Rheinland-Pfalz gewesen ist. Im Kern geht es neben anderen Aspekten dabei um die Frage, ob Lambsdorff mit der Eröffnung des Hauptverfahrens wegen „Bestechlichkeit" rechnen muß.

Diese Anklageschrift, die rund 100 Seiten stark sein soll, war gestern noch immer nicht dem Landgericht Bonn und dem beschuldigten Bundeswirtschaftsminister zugestellt worden. Die Staatsanwaltschaft erklärte zur Begründung, ihr sei bislang der formelle Beschluß des Bundestages über die Aufhebung der Immunität noch nicht zugegangen. Dieser Beschluß war am vergangenen Freitag um 9 Uhr gefaßt worden. Bundestagspräsident Rainer Barzel hat ihn unmittelbar danach unterzeichnet. Dann wurde er auf den behördeninternen Postweg zum Bundesjustizministerium gegeben.

Von der Prüfung der Anklageschrift will der Bundeskanzler das

SEITE 5:
„Ich habe noch gute Freunde"

weitere Verfahren abhängig machen. Wie aus dem Bundeskanzleramt verlautete, ist Kohl nicht mehr so sicher, daß Graf Lambsdorff bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens im Amt bleiben kann. Wenn mit einem solchen Verfahren auch nach Einschätzung der Hausjuristen des Kanzleramtes gerechnet werden müsse, stelle sich zuerst an Graf Lambsdorff die Frage, wie er sich verhalten wolle. Lambsdorff müsse die Frage beantworten, ob es in einer solchen Situation nicht besser sei, von seinem Amt zurückzutreten und die ganzen Kräfte darauf zu verwenden, eine Entkräftung der Vorwürfe zu erreichen.

Kohls Interesse sei es, die Koalition insgesamt vor Schaden zu bewahren, hieß es. Diesem Ziel ordne sich Graf Lambsdorff unter, wie der Kanzler wisse. Diese Einschätzung läßt die Tendenz erkennen, daß der Bundeswirtschaftsminister – entgegen bisherigen Absprachen – doch alsbald zurücktreten könnte, wenn auch die Juristen im Kanzleramt mit einer Eröffnung des Hauptverfahrens rechnen.

Im Bundeskanzleramt hieß es gestern, angesichts der Verzögerung in der Zustellung der Anklareschrift werde es wahrscheinlich erst in der kommenden Woche zu einem Gespräch in dieser Sache zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Graf Lambsdorff kommen. Der Bundeskanzler hat sich darauf eingestellt, daß die SPD-Opposition die Vorgänge um Lambsdorff in der heutigen Haushaltsdebatte des Parlaments, bei der Beratung des Kanzleretats, zur Sprache bringen wird. Oppositionsführer Vogel hat bereits öffentlich die Forderung nach einem Rücktritt von Graf Lambsdorff erhoben.

Streit über Politik der Koalition

Zweite Lesung des Bundeshaushalts / Zimmermann warnt vor Rechtsextremismus

STEFAN HEYDECK, Bonn

Mit heftigen Debatten zwischen der Regierungskoalition und der Opposition hat gestern im Bundestag die vier Tage dauernde zweite und dritte Lesung des Haushalts 1984, der ein Volumen von 257 Milliarden Mark aufweist, begonnen.

SPD und Grüne warfen bei der Aussprache über die Innen- und Rechtspolitik den zuständigen Ministern Friedrich Zimmermann und Hans Engelhard Versäumnisse vor. Gleichzeitig richteten sie immer wieder ihre Kritik gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und die gesamte Bundesregierung im Zusammenhang mit der Flick-Affäre.

Zu einer positiven Bilanz der über einjährigen Regierungsarbeit seit dem Bonner Bündniswechsel gelangten dagegen die Minister Zimmermann und Engelhard sowie Sprecher von CDU/CSU und FDP. Dabei wollte Zimmermanns Amtsvorgänger Gerhard Rudolf Baum allerdings die Zusage der generellen Unterstützung der Innenpolitik mit einer gewissen Distanzierung bei der angestrebten Novellierung des Datenschutzes, des Demonstrationsstrafrechts und der Ausländerpolitik von seiten der FDP verstanden wissen.

Zimmermann betonte vor allem die von ihm eingeleiteten Verbesserun-

SEITE 4:
Stoltenberg setzt Maßstäbe

gen im Bereich des Umweltschutzes und zur Reinhaltung der Luft. Er kündigte für Juni nächsten Jahres eine multinationale Umweltschutzkonferenz in München an. Allerdings warnte er vor einer hektischen Betriebsamkeit in der Umweltpolitik. Dies würde sich auf die Umsetzung in der Praxis eher hemmend auswirken.

Für die innere Sicherheit sieht Zimmermann eine wachsende Bedrohung durch Rechtsextremisten, deren Bekämpfung die Bundesregierung genauso ernst nehme wie die der Linksextremisten. Er warnte davor, daß mit weiteren Anschlägen der Revolutionären Zellen gerechnet werden müsse.

Zuvor hatte für die SPD Klaus-Dieter Kühbacher dem Minister vorgeworfen, im öffentlichen Dienst eine Sparpolitik zu Lasten der unteren Einkommensgruppen zu betreiben. Nach seinen Worten wolle die Bundesregierung den öffentlichen Dienst als „Rammbock" gegen die Gewerkschaften benutzen. Dem hielt Paul Lauffs (CDU) entgegen, es sei „unverständlich", daß sich die SPD plötzlich als Partei der Beamten verstehe. Die Sozialdemokraten scheiterten schließlich mit 194 gegen 258 Stimmen mit dem Versuch, in namentlicher Abstimmung den Etat des Bundesinnenministeriums und damit die Politik von Zimmermann abzulehnen.

Bei der Beratung des Justizhaushalts warf Manfred Schmidt (SPD) Minister Engelhard vor, nicht entschieden genug für liberale Positionen in der Rechtspolitik gegen die Union eingesetzt zu haben.

Polnische Armee probt den Notstand

Warschauer Sejm verabschiedet Ausnahmegesetze / Jaruzelski veranlaßt Mobilisierung

rtr/dpa/AFP, Warschau

Die polnischen Streitkräfte sind gestern im ganzen Land zu einer Übung mobilisiert worden, um die Reaktion auf einen Ausnahmezustand zu überprüfen. In einer Meldung der amtlichen Nachrichtenarentur PAP hieß es, Partei- und Regierungschef General Wojciech Jaruzelski habe die Mobilisierung angeordnet.

Überall im Lande waren Militärfahrzeuge unterwegs. Soldaten überprüften den Verkehr, das Fernmeldewesen, Versorgungsbetriebe sowie den Arbeitsablauf in der Industrie. Der stellvertretende Kommandeur der Abteilung für innere Verteidigung, General Jan Swiatowiec, nannte gegenüber PAP die verschlechterte Lage, die aufgrund der Stationierunr neuer US-Mittelstreckenwaffen in Westeuropa entstanden sei, als auslösenden Faktor für die Militärübung.

Am Vortag hatte das polnische Parlament bei zwei Gegenstimmen und zehn Stimmenthaltungen neue Notstandsgesetze verabschiedet, nach denen der Staatsrat im Falle innerer Bedrohung den Ausnahmezustand über das ganze Land oder einzelne Regionen verhängen kann. Bisher gab es in der polnischen Verfassung nur die Möglichkeit der Verhängung des Kriegsrechts.

Zu den vorgesehenen Ausnahmeregelungen des neuen Gesetzes gehören viele Zwangsmaßnahmen, die bereits während des Kriegsrechts in Polen praktiziert wurden: Internierungen, Verbot von Streiks und Protestaktionen, Suspendierung von Organisationen und Verbänden und Einschränkung der Freizügigkeit.

Inzwischen hat die Untergrund-„Solidarität" in einem Appell die Bevölkerung Polens für den 16. Dezember zu „friedlichen Kundgebungen" aufgerufen. Mit diesen Kundgebungen sollten die Arbeiter ihren „Willen zu kämpfen" in einem Moment zeigen, „da man versucht, der Gesellschaft ihre Rechte zu nehmen und sich das Lebensniveau ständig senkt".

Arbeiterführer Lech Walesa befürchtet, daß sich an den für 1984 von den Behörden angekündigten Preissteigerungen neue Streikaktionen entzünden könnten. Wie Walesa auf einer Pressekonferenz in der Brigittenkirche der Danziger Lenin-Werft sagte, herrsche derzeit in Polen „ein Klima von Fieber und Spannung". Nahezu zwei Drittel der Polen lebten „an der Grenze des Erträglichen".

Seite 2: Zwei Tage im Dezember

TAGESSCHAU

POLITIK

EG verhandelt weiter: Bundeskanzler Kohl hat nach dem Scheitern des EG-Gipfels in Athen die Gültigkeit der Zusagen an Spanien und Portugal bekräftigt, 1984 die Beitrittsverhandlungen zu Ende zu bringen. (S. 3)

Freilassungen: In den vergangenen vier Monaten sind 250 politische Gefangene aus der „DDR" ins Bundesgebiet entlassen worden. Unter ihnen ist auch der in Halle verfolgte Jugenddiakon Rochau.

Anschlag in Israel: Beim schlimmsten Bombenanschlag in Jerusalem seit Jahren sind mindestens vier Menschen getötet und etwa 40 verletzt worden. In Libanon schossen syrische Truppen ein unbemanntes israelisches Aufklärungsflugzeug ab.

Shultz mahnt Moskau: Der US-Außenminister fordert die Sowjets auf, ihren Einfluß auf Syrien geltend zu machen und Damaskus zu einer „vernünftigen" Position im Libanon-Konflikt zu bringen.

Bundestag: Zu Beginn der Haushaltsdebatte, die bis Freitag dauert, standen die Innen- und die Rechtspolitik im Vordergrund. Die Opposition versuchte vergeblich, sowohl in der Aussprache über den Haushalt Zimmermanns als auch über den des Justizministers Engelhard, das Thema Lambsdorff in den Vordergrund zu rücken. (S. 1 u. 4)

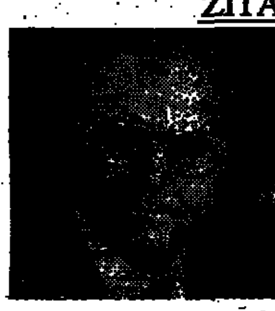
Nominierung verschoben? Die für kommenden Samstag geplante Nominierung des Nachfolge-Kandidaten für den Regierenden Bürgermeister von Berlin durch den „kleinen Parteitag" der Berliner CDU sei auf den 16. Dezember verschoben worden, berichten Parteikreise. Die beiden Rivalen um die Kandidatur, Landesvorsitzender Diepgen und Schulsenatorin Laurien, sollen sich auf den neuen Termin geeinigt haben.

NATO-Tagung: Die europäischen NATO-Partner haben die Sowjets zur Rückkehr an den Verhandlungstisch über Mittelstreckenrüstung aufgefordert, dabei allerdings keine neuen Vorschläge gemacht. Verteidigungsminister Wörner bestätigte in Brüssel, daß auch über eine eventuelle Zusammenlegung Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen (INF) und interkontinentaler Systeme (START) gesprochen worden sei. (S. 6 u. 12)

SPD fordert Entlassung: Die Fraktion werde formell einen Antrag auf Entlassung des Bundeswirtschaftsministers einbringen, kündigt Vorsitzender Vogel an.

Heute: Generalaussprache im Bundestag über die Regierungspolitik im Rahmen der Haushaltsdebatte. – US-Außenminister Shultz setzt Gespräche in Bonn fort. – Tagung der OECD-Ölminister in Genf über Preise und Förderquoten. – Chinesisch-britische Verhandlungen über Hongkong sollen in Peking fortgesetzt werden.

ZITAT DES TAGES



„Wir können doch in der Bundesrepublik keine Opfer von Rentnern und Schülern verlangen und gleichzeitig für die Überproduktion von Milchfabriken zahlen."

Bundeskanzler Helmut Kohl zum Streit in der EG um die Agrarreform
FOTO: WERNER SCHÜRING

WIRTSCHAFT

Sparquote: Dürfte 1983 auf 13 Prozent (gegen 14,4 Prozent 1982) zurückgehen, vermutet Sparkassen-Präsident Geiger. (S. 14)

Weniger Stahl: Mit 33,11 Millionen Tonnen lag die Rohstahlerzeugung in den ersten elf Monaten 1983 um zwei Prozent unter der Vorjahresmenge.

Autoabsatz in USA: Die Erholung dauert an; im November wurden um 3,6 Prozent mehr Autos verkauft als vor einem Jahr. – In Frankreich ging die Produktion im Oktober um 8,7 Prozent zurück (September noch plus 1,5 Prozent). (S. 14)

Ölverbrauch steigt: Plus 1,8 Prozent sagt die Internationale Energieagentur IAE für 1984 voraus.

Bayern-Hypo: Das Teilbetriebsergebnis für die ersten zehn Monate wurde gegenüber dem Vorjahr um mehr als 30 Prozent verbessert; die Dividende soll aber bei 18 Prozent bleiben. (S.15)

Aigner-Aktien: Zum Kurs von knapp 500 Prozent (245 DM für die 50-DM-Aktie) sollen Aktien der Etienne Aigner AG, München, ab 13. Dezember angeboten werden.

Börse: Nach freundlichem Beginn bröckelten die Aktienkurse teilweise wieder ab, weil Anschlußaufträge fehlten. Der Rentenmarkt war nachgebend. WELT-Aktienindex 149,7 (149,7). Dollarmittelkurs 2,7374 (2,7292) Mark. Goldpreis pro Feinunze 398,00 (397,25) Dollar.

KULTUR

Lucienne Boyer: Die französische Sängerin, deren Chanson „Parlez-moi d'Amour" in den 30er Jahren um die ganze Welt ging, ist gestern 82jährig in Paris gestorben.

Deutscher Kleinkunstpreis: Die Auszeichnung ging in Mainz an den Kabarettisten Wolfgang Neuss, an Franz Josef Degenhardt und die Gruppe „Schmetterlinge" aus Österreich.

SPORT

Fußball: Die deutsche Nationalmannschaft wird bei den Qualifikationsspielen zur Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko nicht auf Österreich treffen. Dagegen wäre die „DDR" als Gegner möglich. Die Auslosung erfolgt heute in Zürich.

Schach: Gari Kasparow (UdSSR) gewann die sechste Partie im Halbfinale des Kandidaten-Turniers in London gegen den Exil-Russen Viktor Kortschnoi. Die Spielzeit dieser Partie betrug rund zehn Stunden. Es steht jetzt 3:3. (S. 9).

AUS ALLER WELT

Unfallträchtig: Jeder zweite Großschaden bei Verkehrsunfällen wird nach Erhebungen der Versichungswirtschaft durch einen Fahrer unter 25 Jahren verursacht, obwohl diese Gruppe nur 13 Prozent aller Autofahrer ausmacht. (S. 22)

Lösegeld gefunden: Die niederländische Polizei hat den größten Teil des Lösegeldes von 30 Millionen Mark für den Brauereibesitzer Heineken und dessen Fahrer inzwischen gefunden.

Wetter: Im Norden und Osten vereinzelt Schneeschauer, im Alpenvorland länger anhaltend; sonst niederschlagsfrei. Um 0 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

DER KOMMENTAR

Buchhalter-Krise

PETER GILLIES

Auch nach dem gescheiterten Gipfel von Athen harmonieren Franzosen, Italiener, Deutsche und andere Europäer so gut oder so schlecht miteinander wie zuvor. Nicht die europäische Idee ist dort gescheitert, sondern nur die Politiker, denen man sie zwecks Gestaltung überließ.

Weltläufige Kritiker behaupten nun, Europa ersticke an seinen nationalen Egoismen. Dieser Vorwurf ist nur zum Teil berechtigt; denn nationale Regierungen haben nationale Interessen zu vertreten. Im Laufe einer erstarrten Gipfeldiplomatie ist ihnen jedoch jenes Instrumentarium abhanden gekommen, wie man mit Egoismen allgemeinen Nutzen stiftet, einen Ausgleich von Interessen bewirkt.

Jeder Verein, dessen Mitglieder nur darauf bedacht sind, die eingezahlten Beiträge wieder „herauszuholen", verkommt. Das Regiment der herrschenden Buchhalter sperrt die Vision aus.

Europa aber bleibt eine Vision. Ein System jedoch wie das Brüsseler, das wirtschaftliche Unvernunft prämiert (und dieses Geld auch noch als Integrationsopfer überhöht), entfernt sich immer mehr von der Vision Europa. Die heilsame Finanzkrise macht deutlich, daß Europa an Bürokratie, Marktferne, Unvernunft und Regelungswut zu ersticken droht.

Da ein Club selten besser sein kann als die Summe seiner Mitglieder, spiegelt das Scheitern das Unvermögen seiner Mitglieder wider. Dieser Club ist bis zur Lächerlichkeit erstarrt, da die Chefs wie Buchhalter über Milchquoten reden und nicht damit fertig werden, daß ein System die Reichen zu Lasten der Armen fördert.

Es scheint, als stehe Frankreichs Präsident Mitterrand im Begriff, an eine große diplomatische Tradition anzuknüpfen und der Gemeinschaft wieder zu etwas mehr Kraft zur Konfliktlösung zu verhelfen. Aber die Hoffnungen auf die französische Präsidentschaft gehen nur auf, wenn die Hoffenden mitwirken. Krise könne ein produktiver Zustand sein, meint Max Frisch, man müsse ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen. So befindet sich die EG in einer höchst produktiven Krise.

‚Evangeliar' für Deutschland ersteigert

DW. London

Das „Evangeliar" Heinrichs des Löwen ist gestern in London für die Bundesrepublik Deutschland zum höchsten Auktionserlös ersteigert worden, den bisher ein Kunstwerk erbracht hat. Bei 4,7 Millionen Pfund erhielten der Londoner Buchhändler Bernard Quaritch und der New Yorker Antiquar H. P. Kraus, die für die Bundesregierung, die Länder Niedersachsen und Bayern sowie viele private Spender geboten hatten, den Zuschlag. Der Regisseur dieses kostspieligen Coups, mit dem das Evangeliar wieder in seine Heimat zurückgeholt wurde, saß zwischen diesen beiden in Reihe drei des Auktionssaales von Sotheby's: der deutsche Bankier Hermann Josef Abs.

Wie in Bonn verlautete, haben der Bund bisher sechs Millionen und die Stiftung Preußischer Kulturbesitz drei Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Von privater Seite wurden etwa 2,5 Millionen Mark für die Kaufaktion gespendet – davon allein 550 000 Mark von den Bürgern der Stadt Braunschweig. Die restlichen Mittel sollen aus den Ländern Niedersachsen und Bayern kommen. Einschließlich der Honorare für die beiden angelsächsischen Antiquare sowie der zehn Prozent für das Haus Sotheby's wird sich der endgültige Preis für die Heimholung des „Evangeliars" voraussichtlich auf eine Summe von rund 40 Millionen Mark belaufen. Quaritch sagte nach der knapp fünf Minuten dauernden Versteigerung: „Wir wären bis zu zehn Millionen Pfund gegangen."

Seite 22: Abs holte „Evangeliar"

Dollar auf höchstem Stand seit elf Jahren

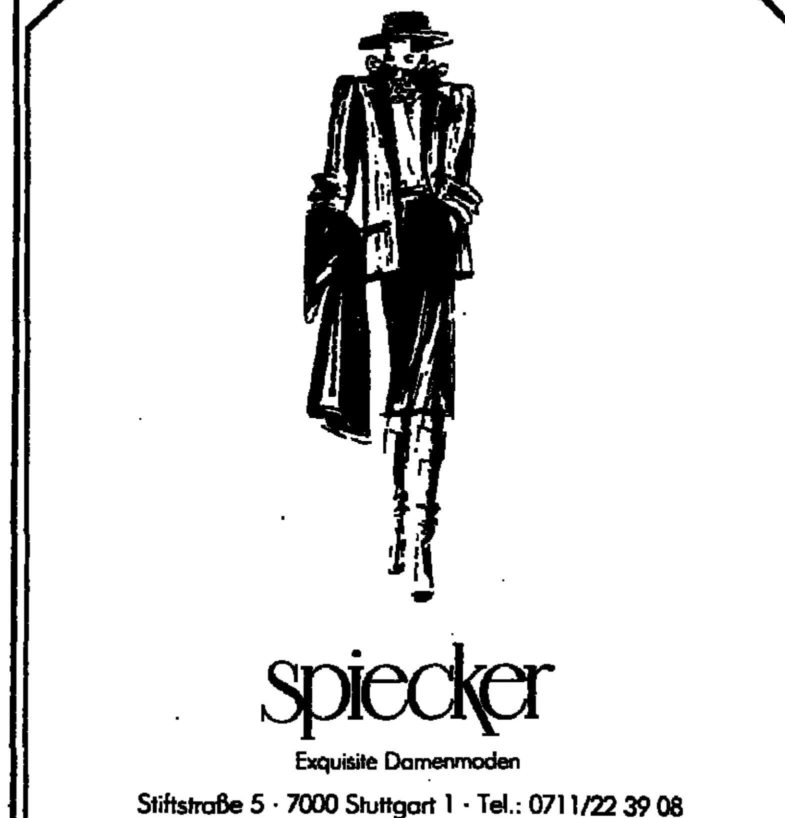
CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der Dollar ist gestern bei der amtlichen Notierung weiter von 2,7292 auf 2,7374 DM gestiegen, nachdem er in New York bereits auf 2,7475 DM und damit auf den höchsten Stand seit elf Jahren geklettert war.

Hauptursache des neuerlichen Höhenflugs ist die Verschärfung der Situation in Libanon; wie häufig in Zeiten politischer Unruhe, so profitiert der Dollar auch jetzt wieder von seinem Ruf als sichere Währung. Hinzu kommt die Attraktivität der hohen amerikanischen Zinsen, die allerdings gestern nicht weiter gestiegen sind. Die Furcht, daß es bei einer weiter auf hohen Touren laufenden US-Konjunktur zu einem zinssteigernden Verdrängungswettbewerb zwischen der Kreditnachfrage der Wirtschaft und des Staates komme, hält aber unvermindert an.

Der Dollar erzielte auch gegenüber anderen Währungen Gewinne, während die D-Mark gegenüber dem Schweizer Franken und dem japanischen Yen auf neue Tiefkurse rutschte. In dieser D-Mark-Schwäche spiegelt sich seit einem Monat das internationale Unbehagen wegen des Fast-Zusammenbruchs der früher renommierten SMH-Bank, das sich im Zusammenhang mit den beabsichtigten Anklagen gegen den Bundeswirtschaftsminister noch gesteigert hat. Überdies gibt es auch einen technischen Grund für die derzeitige D-Mark-Schwäche: Wegen der Polarisierung des Devisenhandels auf den Dollar und die Mark reagiert die Mark besonders sensibel auf alle Veränderungen des Dollars.

Anzeige



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Libanon, Grenada, Vietnam

Von Thomas Kielinger

Zuweilen geben Politiker in einem Satz das ganze Gesetz preis, unter dem die Regierung, der sie dienen, angetreten ist. „Wir müssen die Kräfte, die wir haben, auch einsetzen, im Verfolg der Mission, die wir uns gesetzt haben", sagte US-Außenminister Shultz auf seiner Pressekonferenz vom Montag. Kräfte, das meint das Militär. Mission, das meint die Diplomatie und die politischen Ziele. Die Reagan-Administration ist daran zu erkennen, daß sie seit den Nixon-Jahren zum erstenmal wieder amerikanische militärische Macht zur Verfolgung politischer Ziele in die Waagschale wirft. Das ist eine entscheidende Wende in der jüngeren amerikanischen Geschichte.

Doch hat der Einsatz militärischer Mittel, wie könnte es anders sein, auch seine Kehrseite. Libanon ist nicht Grenada. Im Nahen Osten stehen die USA, ganz im Gegenteil zu dem, was sie auf der karibischen Gewürzinsel erlebten, formidablen militärischen Kräften gegenüber, die relativ bequeme logistische Linien zu ihrer Eigenverstärkung besitzen, ganz zu schweigen von dem Füllhorn ihres Nachschubs, den sowjetischen Beständen. Dazu liegt eine Todes-, eine Unbedingtheitsentschlossenheit in dieser Luft, die nur militärisch gereizt sein will, um ihre letzte Zerstörungskraft zu entfalten. Und auch der Wille der Bevölkerung, von all diesem Treiben befreit zu werden, ist nicht so einheitlich und bekenntnisbereit wie in Grenada.

Daraus folgt für die Präsenz des US-Militärs in Libanon, daß sie nicht der Nabel der amerikanischen Politik werden darf. Gefragt ist eine neue Runde der Libanon-Diplomatie; mehr Druck auf die streitenden Parteien dieses verwüsteten Landes, mit dem Prozeß, der vor einem Monat auf ihrer Genfer Konferenz begann, fortzufahren, und wenn möglich, beschleunigt. Denn wenn Amerika erlebt, daß seine politischen und militärischen Optionen auszulaufen beginnen, wird es nicht lange zögern, sich aus einer ungewinnbaren Lage herauszulösen. Libanon ist nicht Grenada, aber Libanon ist auch nicht Vietnam. Dahin läßt es ein amerikanischer Präsident nicht zum zweitenmal kommen.

Zwei Tage im Dezember

Von Carl Gustaf Ströhm

Die Polen sind ein geschichtsbewußtes und religiöses Volk. So ist nicht verwunderlich, daß Arbeiterführer Lech Walesa den Namenstag der Heiligen Barbara – der Schutzpatronin der Bergleute – zum Anlaß nahm, um die oberschlesischen Kumpel aufzurufen, am 16. Dezember demonstrativ Blumen vor der Zeche Wujek niederzulegen. Am 16. Dezember vor zwei Jahren wurden in diesem Bergwerk neun streikende Arbeiter von Sicherheitspolizei erschossen. Vor dem 16. Dezember kommt aber der 13., der zweite Jahrestag der Verkündung des Kriegszustandes in Polen. Man darf gespannt sein, wie General Jaruzelski mit dieser Zusammenballung von Jubiläen fertig wird.

Einige Anzeichen deuten darauf hin, daß die Stimmung in Polen nicht besser wird. Massive Preiserhöhungen in fast allen Bereichen der Versorgung lassen den Lebensstandard 1984 weiter sinken. Das wird besonders in der Arbeiterschaft zu einer neuen Welle der Unzufriedenheit führen. Mit den Intellektuellen und Künstlern wird Jaruzelski gleichfalls nicht fertig. Eben erst konnte eine vom Regime geplante Auflösung des Verbandes der Filmschaffenden nur dadurch abgewendet werden, daß der weltberühmte Regisseur Andrzej Wajda als Vorsitzender zurücktrat. Aber auch jetzt hält die politische Führung es für nötig, die Filmkünstler massiv vor regimefeindlichen Äußerungen und natürlich vor kritischen Filmproduktionen zu warnen.

Der „Privatmann" Lech Walesa wird in den nächsten Tagen den Friedens-Nobelpreis erhalten. Er selber wird nicht nach Oslo zur Preisverleihung reisen, weil er fürchtet, dann von den polnischen Behörden ausgesperrt zu werden. Statt dessen fährt seine Frau Danuta mit einem Sohn. Auch das Ereignis von Oslo wird seine Wirkung auf Polen und auf die Gemütsverfassung der polnischen Nation nicht verfehlen. Walesa scheint – das ist der sogenannte Fortschritt im realen Sozialismus – keine Angst davor zu haben, eingesperrt, wohl aber, ausgesperrt zu werden. Also scheint der Arbeiterführer sich für die Bewegung, für die er steht, immer noch oder schon wieder eine Chance auszurechnen. Wenn es zutrifft, daß sowohl er persönlich wie auch die meisten seiner Landsleute nicht aufgegeben haben, dann stehen der Regierung Jaruzelski noch sehr unruhige Zeiten bevor.

Aufwärts froh

Von Leonid Hoerschelmann

Vor einigen Tagen kündigten einige Mineralölgesellschaften wieder einmal eine Benzinpreiserhöhung an. Ein deutscher Rundfunksender verbreitete diese Nachricht in seinen Mittagsnachrichten mit einem Zusatz. Dies sei, sagte der Sprecher wörtlich, „die sechzehnte Benzinspreiserhöhung in diesem Jahr".

Potztausend noch einmal, sagt sich da der Hörer und fängt an nachzurechnen. Dank der großherzigen Art, in der die Sender einen über jede Benzinpreiserhöhung informieren, weiß er, daß der Preis jeweils um drei Pfennig angehoben wird. Bei 16 Preiserhöhungen müßte der Liter Normalbenzin, der heute 1,40 Mark kostet, zu Silvester 1982 also 92 Pfennig gekostet haben. Sollte einen die Erinnerung täuschen?

Fragen wir einen Tankstellenbesitzer (seine Marke wurde in der Radionachricht ausdrücklich namentlich erwähnt). Der Mann führt Buch. In diesem Jahr hat er seinen Preis 45 Mal ändern müssen, mal nach oben, mal nach unten. Der Markt funktioniert. Zur Zeit kostet der Liter Normalbenzin an dieser Tankstelle 138,9 Pfennig. Am 31. Dezember 1982 waren es 139,9 Pfennig, also ein Pfennig mehr als heute. Soviel zur sechzehnmaligen Preiserhöhung.

Aber das weiß inzwischen natürlich jeder und vermutlich auch der Rundfunkredakteur, der die Meldung verfaßt hat. Wollte er sich einen Scherz machen? Nichts spricht dafür, die Nachricht wurde auch nicht korrigiert. Es bleibt also nur die Wahrscheinlichkeit, daß es da einen öffentlich-rechtlichen Journalisten gibt, der eine akribische Strichliste führt. Jedesmal, wenn er etwas von Benzinpreiserhöhung hört, vergißt er, was er selbst gerade an der Zapfsäule bezahlt hat, und macht einen Strich. Schließlich handelt es sich um Konzerne, und Konzerne kennen nichts als erhöhte Preise.

Welch eine Verdrängungsleistung, welch ein Triumph des Willens über die Wirklichkeit! Und dereinst sinkt so einer vielleicht auch noch mit dem Gefühl ins Grab, er habe an seinem Platz vergeblich, aber tapfer für eine gerechtere Welt gekämpft.



„Wie kommen Sie auf mich? ... weil ich in Berlin Schule mache?"
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Ware im Zweifel

Von Enno v. Loewenstern

Alois Mertes hat Kurt Biedenkopf wegen dessen These (in dem Aufsatz „Die Akzeptanz einer Friedenssicherung mit Waffen") gerügt, „daß wir uns den Grenzen dessen nähern, was der Gesamtheit durch Entscheidungen repräsentativer Mehrheiten noch zugemutet werden kann". Er warf Biedenkopf vor, die NATO-Strategie falsch zu beschreiben und somit zu einem Verkäufer zu werden, „der die Qualität seiner Ware selber aktiv in Zweifel zieht" und mithin will, „daß eine andere Ware angeboten und akzeptiert wird."

Biedenkopf kann dem hochangesehenen CDU-Staatsminister und Experten für Außen- und Verteidigungspolitik freilich antworten, daß er mißverstanden worden sei. Ihm geht es, wie er schon in einem 1/81 veröffentlichten Aufsatz argumentiert, nicht primär um die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der nuklearen Strategie, sondern „um die grundsätzliche Frage nach der Zulässigkeit mehrheitlicher Entscheidungen über existentielle Risiken". Er will eine Strategie, die auf Konsens beruht. Schon 1981 hat er bezweifelt, daß es in der Atomstrategie möglich sei, „den demokratischen Konsens zu erreichen und seinen Bestand über längere Zeit zu sichern". Die Situation werde „zunehmend unakzeptabel. Ich halte den Prozeß dieser Bewußtseinsbildung weder für revidierbar, noch glaube ich, daß man ihn aufhalten kann."

Das ist der Kern, und Biedenkopf wehrt sich verständlicherweise, wenn man ihn auf die Frage reduzieren will, ob die repräsentative Demokratie oder ein Plebiszit oder was immer zur Disposition gestellt wird, obwohl er durch einige mißverständliche Bemerkungen dazu beigetragen hat. Wenn die Mehrheit gegen nukleare Abschreckung wäre, dann hätten wir wohl am 6. März ein anderes Parlament bekommen. Er will darauf hinaus, daß, wenn auch nur eine Minderheit die Nuklearstrategie ablehne, diese Minderheit doch so unerbittlich und ihr Anliegen so „existentiell" sei, daß die Mehrheit ihren Willen dieser Minderheit nicht oktroyieren dürfe. Dabei sieht er zwar kein Widerstandsrecht der Minderheit gegeben, wohl aber allem Anschein nach einer Konsenspflicht der Mehrheit.

Biedenkopf macht zwei Fehler. Erstens hat er offensichtlich nicht erfaßt, daß die existentielle Frage für beide Seiten gilt. Die einen meinen, daß Atomraketen eine Katastrophe bringen können. Die anderen meinen, daß die Nichtaufstellung von Atomraketen eine Katastrophe bringen kann, und zwar, wenn man die Folgen sowjetischer Einmärsche studiert, sehr viel sicherer als irrendwelche Szenarien vom Versagen technischer oder politischer Atom-Vorkehrungen.

Zwar läßt sich aus Biedenkopfs Thesen die Spekulation ableiten, daß der Atomkrieg einen größeren Horror darstelle als die freiwillige Unterwerfung unter die Sowjetherrschaft, weil ersterer „die Kontinuität der Gattung, des Volkes und der eigenen Kultur" gefährde. Aber damit kann Biedenkopf niemanden, der nicht in die sichere Versklavung und mögliche Ermordung gehen will, unter die Fuchtel eines Konsenses zwingen. Es gibt, wenn es um Menschenleben geht, keine Akzeptanz erster und zweiter Klasse.

Biedenkopfs zweiter Fehler ist die von ihm thesenhaft verkündete Unaufhaltsamkeit der Nuklearhysterie. Man darf sich als Politiker nicht von Zeitströmungen einschüchtern und zu Ewigkeits-Extrapolationen treiben lassen. Die Archive sind voll von Zukunftsdeutungen, wie gut (Thomas Morus), schlecht (Thomas Malthus, George Orwell) oder jedenfalls unabwendbar (Karl Marx) die Menschheitsgeschichte weitergehen werde. Jede politische Partei stellt alle paar Jahre ein Grundsatzprogramm auf, um es später wieder im gleichen Brustton der Selbstsicherheit fortzuschreiben (d. h. umzuschreiben). Was ist eigentlich aus der Neuen sozialen Frage geworden, was aus dem Jugendaufstand? Noch während Biedenkopf die Unaufhaltsamkeit der Bewußtseinsbildung verkündet, klagen bereits die Mahnwächter von Mutlangen, daß sie ihren ausländischen Gästen nicht genug „Vertretung der Mehrheit des deutschen Volkes" vorführen können. Die Bewegung flaut ab. Was viele für den Marsch in die Unregierbarkeit hielten, war eine Zeiterscheinung.



Mehrheitsentscheidung oder Konsenspflicht: Biedenkopf
FOTO: JUPP DARCHINGER

Sie hat sich freilich sehr stark darauf gestützt, daß man ihr nicht deutlich entgegentrat, ihr die tödliche Alternative zur Selbstentwaffnung nicht ehrlich genug vor Augen geführt hat. Sonst wäre sie schon längst zerlaufen. Es ging wohl doch nicht um die Unakzeptierbarkeit von Strategien, sondern um das Gefühl, „der Staat" sei schwach und habe zudem ein schlechtes Gewissen, weil er seine Politik nicht nachdrücklich genug vertritt. Biedenkopf mag mit dieser Deutung übereinstimmen oder nicht. Ob sie zutrifft, wird die Zukunft zeigen. Bis dahin hat Biedenkopf das Recht, als Wissenschaftler Zukunftsdeutung zu treiben. Aber er ist im Hauptberuf nicht Wissenschaftler. Er ist Politiker. In dieser Eigenschaft hat er das Richtige zu vertreten, nicht das Populäre („Akzeptable"). Wenn die Demokratie sich entwaffnen und unterwerfen wollte, oder auch: wenn die Demokratie tatsächlich an Konsensunfähigkeit scheitern sollte, so stünden wir vor einer völlig neuen Situation. Glücklicherweise aber zeichnet sich nichts dergleichen ab, und wir haben keinen Grund, es herbeizuprophezeien.

IM GESPRÄCH Bernard Haitink

Der Neue im Covent Garden

Von Siegfried Helm

Vier Jahre lang suchte das Königliche Opernhaus Covent Garden nach einem neuen musikalischen Direktor als Nachfolger von Sir Colin Davis. Die Erwartungen waren entsprechend hoch gespannt. Man rechnete mit der Bindung eines Superstars an das Haus, das Sir Georg Solti zum besten der Welt erheben wollte, was er nach Ansicht vieler erreichte. Es spricht für die hohe Einschätzung des erst 54 Jahre alten Amsterdamers Bernard Haitink, daß man in Kauf nahm, den Posten am Pult zwei Jahre lang verwaist zu lassen, nur um auf Haitink nicht verzichten zu müssen. Und es spricht für Haitink, daß er gar nicht erst den Versuch machte, vor Ablauf seines Vertrages als Chef der Glyndebourne-Festspieloper 1988 aus der Pflicht zu kommen.

Integrität ist das Lebensgesetz des Künstlers und Menschen Haitink. Deshalb wird er von Orchestermusikern geschätzt und geliebt. Deshalb wächst seine internationale Gemeinde so rasch. Haitink am Pult – das bedeutet allemal die Gewähr einer Werkbegegnung, die von interessanter Künstler-Individualität am Pult unverstellt bleibt. Haitinks Gütesiegel ist Gediegenheit. Gediegenheit im besten Sinne, wobei das Musizieren immer auch eine eminent handwerkliche Übung bleibt.

Kein Wunder, daß Haitink einer unserer besten Mozart-Interpreten ist. Der Schüler Felix Hupkas, der auch bei Ferdinand Leitner lernte, hält viel von organischem Wachsen. So ließ er sich Zeit mit seiner großen Liebe, der Oper. Der Schüler des Amsterdamer Konservatoriums, der als Geiger begann, ist vornehmlich mit zwei Orchestern verbunden, dem Amsterdamer Concertgebouw – das er schon 1961 mit Eugen Jochum leitete, bis dieses Spitzenensemble 1964 „sein" Orchester wurde und blieb – und dem London Philharmonic, das er von 1967 an ein Dutzend Jahre leitete.



Stardirigent ohne Starallüren: Haitink
FOTO: DIE WELT

Haitinks Zyklen der Sinfonien Bruckners und Mahlers sind Glanzlichter seiner Dirigentenkarriere. Erst in den siebziger Jahren begann er, sich zunehmend der Oper zuzuwenden. Er debütierte in Covent Garden 1977 mit Don Giovanni und begann seine so glückliche Zusammenarbeit mit Glyndebourne, wo er seit 1978 musikalischer Direktor ist. Als er sich dort mit Sir Peter Hall, dem Chef des Londoner Nationaltheaters, zusammentat, erlebte Glyndebourne Sternstunden seiner Geschichte. Hall wurde dort erst vor kurzem Produktionsdirektor. Dies ist das einzig Bedauerliche an Haitinks Abwandern nach Covent Garden: daß nämlich das so gut eingespielte Gespann Haitink-Hall nicht unter einem Dach bleibt.

Haitink ist ein Stardirigent ohne Starallüren. Dieser so grundsympathische Vollblutkünstler hat das Augenmaß für jene Bescheidenheit nie verloren, die sich ganz bewußt in den Dienst der wahren Stars stellt, der Komponisten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LA NAZIONE

Die Florentiner Zeitung macht vor allem die Bundesrepublik für die Schwierigkeiten beim Athener EG-Gipfel verantwortlich:

Margaret Thatcher verlangt eine Änderung der Regeln der Gemeinschaft, um ihr Geld zurückzuhaben. Daraus resultierten die ständigen Zusammenstöße mit Mitterrand und Kohl. Das Schlimmste ist aber, daß die Deutschen alle enttäuschten und sich für eine harte Haltung gegen eine Erhöhung der Einnahmen der Gemeinschaft entschieden haben. Ohne mehr Einnahmen werden sich nicht nur die EG-Ausgaben für die Landwirtschaft relativ erhöhen, die Gemeinschaft wird darüber hinaus nicht in der Lage sein, den Graben zu überspringen, der sie im lebenswichtigen Bereich der neuen Technologien von den USA und Japan trennt. Die teutonische Kompromißlosigkeit war nicht vorgesehen und hat den Süden der Gemeinschaft bestürzt. Es gibt nur die leise Hoffnung, daß es sich um eine taktische Haltung handelt.

NICE MATIN

Das südfranzösische Blatt gibt Frau Thatcher die Schuld an der EG-Misere.

Diese armselige Europäische Gemeinschaft, die eigentlich ein Beispiel für Kollegialität sein sollte, ist fast zu einem bewaffneten Frieden geworden. Gott sei Dank werden nur Worte gewechselt, aber einige haben die Wirkung von Kugeln. Margaret Thatcher, die ihrem Ruf der „Eisernen Lady" gerecht werden will, hat bisher eine unerschütterliche Unnachgiebigkeit gezeigt ... Experten und Beobachter verfallen dennoch nicht in totalen Pessimismus und glauben, daß ein Kompromiß gefunden wird. „Wir sind dazu verurteilt, zusammenzuleben." Aber wenn man diese magische Formel bei jeder Gelegenheit benutzt, riskiert man möglicherweise, daß eines Tages das Sprichwort Wirklichkeit wird: „Der Krug geht solange zum Brunnen, bis er bricht."

The Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung kritisiert das Vorgehen der USA gegen syrische Ziele in Libanon:

Die amerikanischen Luftangriffe vom Wochenende gegen syrische Flugabwehrbatterien im Norden von Libanon haben zweifellos eine Rechtfertigung in der schweren Provokation, der die Streitkräfte der Vereinigten Staaten durch Syrien und dessen Stellvertreter ausgesetzt waren. Doch ob das Unternehmen und möglicherweise noch erwogene Folgemaßnahmen nützlich und weise sind – das ist eine ganz andere Sache ... Die Absicht der Vereinigten Staaten ist klar und verständlich: Sie wollen Syrien aus Libanon hinauswerfen. Doch unglücklicherweise haben die Amerikaner keine brauchbaren Mittel, das auch zu erreichen.

WIESBADENER KURIER

Zu Lambsdorff heißt es hier:

Ob der Wirtschaftsminister im Sinne der gegen ihn erhobenen Anklage wegen „Bestechlichkeit" nun schuldig oder unschuldig sein mag, ist für die Regierung absolut zweitrangig. Der Kanzler scheint dies unterdessen erkannt zu haben, indem er einen „Zeitplan" zur Lösung dieser heiklen Frage entwickelte. Danach scheint klar, daß Lambsdorff nicht mehr sehr lange im Kabinett bleiben kann. Niemals hat eine Regierungskoalition in Bonn oder andernorts das Schicksal eines, wenn auch noch so hervorragenden und prominenten Mitarbeiters höher veranschlagt als den Bestand des Regierungsbündnisses selbst.

Die Linken beginnen, an der Guerrilla zu zweifeln

Das Umdenken in Lateinamerika wird durch den Fall Betancur beflügelt / Von Günter Friedländer

Teodoro Petkoff (52) bewarb sich bei Venezuelas Wahlen um die Präsidentschaft seines Landes. Er war einer der ersten lateinamerikanischen Guerrilleros, die – in seinem Fall vor zehn Jahren – die Sinnlosigkeit des bewaffneten Aufstands in demokratischen Ländern erkannten. Er verließ die Guerrilla und gründete die politische Partei „Bewegung zum Sozialismus" (MAS), weil „die völlige Niederlage der Guerrilla in Venezuela" nur den Weg ließ, im Rahmen des demokratischen Systems den Wählern die eigenen Ideale als eine Alternative zu den Traditionsparteien anzubieten.

Er blieb nicht allein. In Kolumbien hatte Bateman, der Führer des gefürchteten M-19, bereits vor der Amnestie angeboten, die Waffen niederzulegen und sich mit seinen Gesinnungsgenossen als politische Partei zu etablieren. Er fand Widerstand bei den Gefolgsleuten. Auf dem Weg zu einer Führerbesprechung des M-19 stürzte sein Flugzeug ab. Batemans Tod trug zum bisherigen Mißerfolg der Amnestie in Kolumbien bei.

Ironischerweise hat nun die Entführung Jaime Betancurs neue Hoffnungen für die Befriedung Kolumbiens geweckt. Was die Amnestie nicht erreichte, brachte die Entführung fertig: die Kolumbianer aller Parteien in einer seit langem nicht mehr erlebten Solidarität um ihren Präsidenten zu sammeln und vielen den Mund zu öffnen, die Sympathisanten der Guerrilla waren und nun den Mut zum Bekenntnis finden, daß die von den Kommunisten vor zwanzig Jahren vorgetragene Theorie des Guerrillakrieges falsch war.

Die kubanische Revolution inspirierte die Lehre vom allgemeinen Guerrillakampf: Für den Sieg des Marxismus in Lateinamerika müßten in allen Ländern des Subkontinents Zellen des bewaffneten Aufstandes die angeblich „unterdrückten Massen" zur Rebellion führen. Deshalb verließ „Ché" Guevara 1965 Kuba, um den Aufstand in Bolivien zu organisieren. Sein völliger Mißerfolg und schließlicher Tod (1967) ließ den Franzosen Regis Debray mit der von ihm miterdachten Lehre vom allgegenwärtigen Guerrillakampf brechen. Aber sie überlebte überall in Gruppen wie den Montoneros und den Tupamaros, die vor zehn Jahren mit der massiven Billigung der Bürger Argentiniens und Uruguays grausam vernichtet wurden, weil Fidel Castro nicht zu dem Eingeständnis bereit war, daß sein Sieg keine Regel aufstellte. Er hatte nur gesiegt, weil er eine Diktatur bekämpfte und dabei die Hilfe demokratischer Kräfte genoß, die nicht ahnten, welches Regime er errichten würde. Das gilt heute für die sandinistische Revolution.

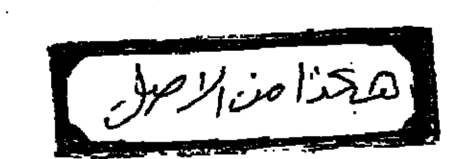
Die Guerrilla hat also in mehr als zwanzig Jahren nur zwei Diktaturen ablösen können. Wenn heute Fidel Castro und die Comandantes gegen Jaime Betancurs Entführung protestieren und dem konservativen Präsidenten Belisario Betancur ihre Solidarität erklären, ist das nicht einfach ein Beispiel mehr für den Zynismus des linken Extremismus. Es hat sich auch in dessen Führerschicht herumgesprochen, daß der Guerrillakrieg in demokratischen Ländern erfolglos blieb. Ihr Problem ist, wie sie es ihren Kindern sagen sollen: den Studenten, Professoren und Abenteurern, die sie in die Wälder führten, um Robin Hood zu spielen, und denen sie nun nicht ohne Gefahr für die eigene Zukunft verkünden können, daß alles, was sie sagten, nur ein historischer Irrtum war.

Wenn man in Kuba immer wieder beteuert, daß eine Verständigung mit den USA denkbar sei, und wenn die Sandinistas von Dialog und Wahlen reden, so geschieht das, um eine Botschaft an die USA zu senden: Beide Regierungen lernten in Grenada trotz aller Schauspiele für die Galerie, daß ihre Revolution kein allgemein verwendbares Abziehbild ist. Sie sehnen sich nach einem Verhandlungstisch.

Der Weg ist nicht einfach. Die größten Hindernisse sind El Salvador, ohne dessen Befriedung keine Verständigung denkbar ist, und die verlorene Glaubwürdigkeit Castros und der Comandantes, die ihre Rolle als Moskaus Beauftragte aufgeben müssen.

Aber die wendigen Intellektuellen der lateinamerikanischen Revolution haben bereits neue Stellungen bezogen. Sie nennen in den bürgerlichen Medien die Guerrilla „Restbestände der Vergangenheit", Anachronismen und ähnlich Schmeichelhaftes mehr. Sie werfen der Guerrilla „ein Spiel mit Stereotypen" vor, eine „fast religiöse Anhänglichkeit an falsche Ideologien", die erklärt, „warum so viele Priester mit ihnen sympathisieren" – Dankbarkeit für vergangene Liebesdienste gibt es da nicht. Sie sagen sich gleichzeitig vom leninistischen Kommunismus los, den sie für die irrtümliche Interpretation des historischen Augenblicks in Lateinamerika verantwortlich machen.

Lateinamerikas Guerrilla steht an einem Wendepunkt, wo nur noch die Wahl zu bleiben scheint, wie Montoneros und Tupamaros unterzugehen, oder wie Venezuelas MAS in das demokratische System heimzukehren. Aber es wird lange dauern, bis das überall akzeptiert wird.



هذا من الأصل



Unter der Akropolis ist Europa auf Sand gelaufen

Die Gipfelkonferenz der Europäer lief in Athen auf Sand. Niemand weiß, wie es weitergehen soll – mit der Landwirtschaft, mit den Finanzen, mit der Gemeinschaft überhaupt. Auf klassischem Boden gab auch der Geist der Antike keine Hilfestellung. Helmut Kohls Bilanz: „Wir müssen da durch."

Von BERNT CONRAD



Gruppenbild mit Präsident: Gaston Thorn versucht Regierungschefs und Außenminister zusammenzubringen. FOTO: UPI

Um Mitternacht sanken die Hoffnungen in Athen auf den Nullpunkt. Resigniert, enttäuscht, verbittert kehrten die Regierungschefs in ihre Hotels zurück. Das vom griechischen Gastgeber Andreas Papandreou ausgerichtete Diner und das sich anschließende Kamingespräch waren ebenso ergebnislos verlaufen wie die formellen Sitzungen des Europagipfels am Sonntag und Montag. „Ich bin in höchstem Maße unzufrieden", verkündete Helmut Kohl, im fahlen Licht der Geisterstunde von ungewohnter Blässe.

Die Lobby des Traditionshotels „Grande Bretagne" verwandelte sich in eine nächtliche Klagemauer. EG-Kommissionspräsident Gaston Thorn, sonst meist in heiterer Stimmung, konstatierte melancholisch fehlenden Europageist. Sein luxemburgischer Landsmann Pierre Werner sah keinen Silberstreif mehr am Gipfelhorizont.

Der Bundeskanzler ließ seinem Außenminister Hans-Dietrich Genscher den Vortritt, um ermüdeten Journalisten in der Plüschpracht des Hotels am Syntagma-Platz die europäische Misere zu erläutern. Als der FDP-Chef die Konferenzsituation als „sehr ernst" bezeichnete, korrigierte er ihn: „Das ist eine außerordentlich ernste Lage."

Wie hatte es dazu kommen können? Als die Gipfelteilnehmer am Sonntagmittag in Athen landeten, strahlte warme Herbstsonne auf die attische Landschaft. Zwischen der klassischen Schönheit der Akropolis und der bizarren Schroffheit des Lykabettos-Berges, inmitten eines üppig grünen Parks mit leuchtend reifen Orangen, schien die klassizistisch nachempfundene Zappion-Halle alle Voraussetzungen für einen harmonischen Konferenzverlauf zu bieten. Hausherr Papandreou legte für drei Tage Eigensinn und Unberechenbarkeit ab und mühte sich mit liebenswürdiger Diplomatie – dabei Griechenlands Interessen keinen Moment aus den Augen lassend – um die Glättung von Gegensätzen.

Aber der olympische Zeus, dessen 2000 Jahre alte Tempelsäulen die Regierungschefs mit wenigen Schritten hätten erreichen können, wollte es anders. Ebenso wie das Außenwetter rasch von Sonnenschein zu Regengüssen wechselte, gab es auch im Konferenzsaal nach freundlichen Begrüßungsworten kalte Duschen. Zwar scheiterte Margaret Thatcher zunächst bei dem Versuch, ihre Amtskollegen unverzüglich wieder mit dem leidigen Thema der britischen Beitragszahlungen zu befassen; doch auch die statt dessen vorgezogenen Agrarprobleme wirkten keineswegs harmoniefördernd. Bald verstrickten sich die Teilnehmer hoffnungslos in Milchfördermengen, Währungsausgleichsquoten und Exportziffern.

Das Schlimme war, daß jeder – Europa hin, Europa her – erst einmal an seine eigenen Bauern dachte. Der eine sorgte sich um die nationale Milchproduktion, der andere um seinen heimischen Wein und seine Oliven. Alle bejahten Einsparungen, nur nicht bei sich selbst. Welcher politische Druck und welche Wählerinteressen dahinter standen, wurde unüberhörbar deutlich, als am Montag Tausende von griechischen, italienischen und irischen Landwirten mit Sprechchören und Plakaten leidenschaftlich – doch immerhin ohne Gewalt – gegen alle Kürzungen des europäischen Agraretats protestierten.

Ohne solche Kürzungen aber ist die Gemeinschaft nicht mehr finanzierbar. „Wir können doch in der Bundesrepublik keine Opfer von Rentnern und Schülern verlangen und gleichzeitig für die Überproduktion von Milchfabriken zahlen", wetterte der Bundeskanzler. Auf dem Stuttgarter Europagipfel im vergangenen Juni hatte man sich darauf geeinigt alle anstehenden Probleme – von der Agrarreform bis zum Finanzausgleich – in einem Paket zusammenzuschnüren und in Athen gemeinsam zu lösen. Darauf beharrte Kohl. Aber Genscher mußte feststellen: „Hier haben manche an den Ketten von Stuttgart gerüttelt. Bei einigen ist von Einsparungen keine Rede mehr."

Die „Eiserne Lady" aus England, die am zweiten Tag doch noch ausführlich ihren alten Ruf „I want my money back" variieren konnte, drohte mit einem Veto, falls ihre Wünsche auf der Strecke bleiben sollten. Sie forderte höhere Beiträge Frankreichs. François Mitterrand konterte massiv und bestritt Englands Ansprüche prinzipiell.

Hatte ein Europa-Diplomat anfangs noch gewitzelt: „Die Stimmung ist von gehobener Resignation" und den Konferenzverlauf als „Stillstand auf hohem Niveau" gekennzeichnet, so wurden die Kommentare in der Nacht zum Dienstag mürrischer. Daran änderten auch die vielen Kompromißpapiere nichts, die nach britischer Darstellung „im Saal herumflatterten". Schließlich geriet manches durcheinander: So verteilten Interessenten den französischen Text eines „Genscher-Plans", der in Wirklichkeit eine Zuarbeitung des Bonner Finanzstaatssekretärs Tietmeyer für die EG-Präsidentschaft darstellte. Kohl erwähnte Vorschläge des niederländischen Ministerpräsidenten Lubbers, die zu dieser Zeit nicht einmal Holländern bekannt waren. Verhandlungsleiter Papandreou warf einen Vermittlungsplan nach dem anderen in die Debatte. Dadurch wurde die Verwirrung eher noch größer.

Doch am Ende kam es weder zu der tragischen Verstrickung noch zu der heiteren Auflösung, wie sie die antiken Dramatiker – ebenfalls nur einige Schritte entfernt – im alten Athener Dionysos-Theater so oft vorexerziert hatten. Das Gipfelschiff lief einfach auf Sand und blieb halb gekentert, halb intakt am politischen Ufer liegen.

Die gescheiterte Mannschaft kletterte mißmutig heraus und zog mit hängenden Schultern Bilanz. Kohl hatte schon in der Nacht angekündigt, er werde bei einem negativen Ausgang nichts beschönigen. So meinte er nun gestern mittag – nach der Blässe der Geisterstunde wieder mit gerötetem Gesicht – unumwunden: „Die Sache ist gescheitert. Wir müssen dafür gemeinsam die Verantwortung tragen." Die Regierungschefs haben sich in Athen – eine ausgesprochene Rarität in der Geschichte der Europagipfel – noch nicht einmal auf eine gemeinsame Abschlußerklärung oder einen festen Termin für ihre nächste Tagung geeinigt. Derart – trotz überfließender Milch- und Weinströme – auf dem Trockenen mußte sich den Teilnehmern die Frage aufdrängen, ob man nach den bisherigen Entscheidungsriten überhaupt noch weiter verfahren kann. Welchen Sinn hat es, wenn sich Staats- und Regierungschefs in zunehmendem Maße und ohne jeden Erfolg mit finanziellen und landwirtschaftlichen Details beschäftigen müssen, die besser bei Fachreferenten aufgehoben wären?

Kohl und Genscher sprachen das, als sie erschöpft aus dem Konferenzsaal kamen, offen an: „Ein Kreis wie dieser ist für andere Aufgaben geschaffen und im Grunde überfordert."

Reagans kritischer Berater Feldstein hält die Stellung

„Nicht das kurzfristige, sondern eine lange Kette von Defiziten ist das Problem" – ein Kernsatz von Martin Feldstein, Chef des wirtschaftlichen Beraterstabes im Weißen Haus, in seiner Kritik an der amerikanischen Haushaltspolitik.

Von HORST-A. SIEBERT

Im „State Room" des Mayflower Hotels in Washingtons Connecticut Avenue, wo in dieser Woche das American Enterprise Institute, der „Think Tank" der Republikaner, politische Bilanz zieht (heute stoßen Ex-Präsident Gerald Ford und Ex-Kanzler Helmut Schmidt hinzu), war die Atmosphäre elektrisch geladen. Gebannt starrte die Elite konservativer Nationalökonomen, darunter Gottfried Haberler, Paul McCracken und Herbert Stein, zur Tür. „Kommt er oder kommt er nicht?" fragte der liberale Nobelpreisträger James Tobin den ebenfalls geladenen Wirtschaftspropheten der Carter-Administration, Charles Schultze.

Er kam. Ungerührt schritt Martin Feldstein, 44 Jahre alt und seit einem Jahr Vorsitzender des wirtschaftlichen Beraterstabes im Weißen Haus, zu seinem Platz. Schlagartig war klar, daß der für zwei Jahre von der renommierten Harvard-Universität beurlaubte Professor mit internationalem Ruf, im Streit über Rekordhaushaltsdefizite, Zinsen und Wirtschaftswachstum, nicht so ohne weiteres das Handtuch werfen wird.

Der stämmige kleine Feldstein, mit dicker Hornbrille, hat einen einzigen Fehltritt begangen, der aber in jeder Hauptstadt einen strafbaren Tatbestand schafft: Er hat zu offen und zu laut vor den Gefahren einer zu expansiven Fiskalpolitik gewarnt, die Amerika mit 208 Milliarden Dollar (1983) das höchste Budgetminus in seiner Geschichte bescherte. Für den gebürtigen New Yorker, der lange das von Arthur Burns aufgebaute National Bureau of Economic Research leitete und nicht von Komplexen befallen ist, lassen sich empirisch bewiesene ökonomische Fakten eben nicht durch wahltaktische Strategien verbiegen.

Nur dann, so trommelte Feldstein landauf, landab, wenn die Ausgaben im US-Haushalt weiter gekürzt und auch die Steuern angehoben werden, und zwar im gleichen Umfang, wird eine spätere Katastrophe vermieden. Denn eines Tages muß ja die öffentliche Schuld, die sich (von Reagans Amtsantritt im Januar 1981 an) bis 1988 auf nahezu auf 2,6 Billionen Dollar verdreifacht, bezahlt werden. Geschieht nichts, verdoppelt sich bis dahin sogar das derzeitige strukturelle Defizit auf 214 Milliarden Dollar. Das hält die Zinsen und die amerikanische Währung hoch; Opfer bleiben die abhängigen Volkswirtschaften und die US-Exportindustrie.

Aus der Sicht des Weißen Hauses, und das ist verständlich, passen diese Argumente, obwohl richtig und ebenfalls als bedrohlich empfunden, nicht in die innenpolitische Landschaft. Man führt keinen Wahlkampf, in dem der mutmaßliche Sieger nach tiefen Abgabenschnitten im ersten Durchgang nun höhere Steuern verspricht! Bei den Wählern profitieren will die Administration vielmehr von dem mächtigen Konjunkturaufschwung, der nach vier mageren Stagnations- und Rezessionsjahren seit vergangenem Dezember durch die USA „tobt" (Finanzminister Donald Regan).

Der Zusammenstoß war programmiert, als Feldstein den Maulkorb verweigerte. Reagans engsten Beratern, dem Triumvirat Baker-Deaver-Meese, ist jedoch anzulasten, daß sie mit der Austeilung der Schelte den schwachen Pressesprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, beauftragten. Er brachte antijüdische Töne in die Diskussion, als er vor lachenden Journalisten Feldsteins Namen mehrfach falsch aussprach und den Eindruck erweckte, der wirklich kluge Professor werde in Kürze „gefeuert". Im Presseraum riß Speakes Witze, die alle nicht komisch waren. Präsident Reagan hat ihn inzwischen getadelt.

Von alldem hat sich Feldstein bei seinem Auftritt vor dem American Enterprise Institute nichts anmerken lassen. „Ich bin hier unter guten Freunden. Wer meine Reden und Erklärungen verfolgt hat, weiß, daß ich enthusiastisch Reagans Wirtschaftsprogramm und seinen Haushaltsentwurf unterstütze. Wer anders denkt, liegt falsch", sagte er. Und weiter: „Ich werde gehen, aber erst, wie geplant, im kommenden September." Dann analysierte Feldstein die Wirtschaftspolitik der Administration. Es war ein großer Wurf, der zeigte, daß der hitzige Streit um seine Person auf vielen Mißverständnissen beruht.

Für Reagans Chefökonom unterstreichen die konjunkturellen Fortschritte – Abbau der Arbeitslosenquote von 10,8 auf 8,4, Erhöhung der Industrieproduktion seit Januar um 14,8 und eine wirtschaftliche Wachstumsrate von real 6,8 Prozent auf Jahresbasis – die Richtigkeit des 1981 eingeschlagenen Kurses. Das hohe Erholungstempo führte er auf die Senkung der Einkommensteuer um 25 Prozent in drei Jahren zurück, die bei den Verbrauchern einen Nachfragesog auslöste. Laut Feldstein ist der direkte stimulative fiskalische Effekt 1983 und 1984 größer als die Bremswirkung, die von den defizitbedingten enormen Realzinsen ausgeht. „Nicht das kurzfristige, sondern eine lange Kette von Defiziten ist das Problem", betonte er.

Erstaunlich ist auch für Feldstein die Zunahme der betrieblichen Investitionen angesichts des hohen Preises für Geld. Seit dem vierten Quartal 1982 erhöhten sie sich immerhin um preisbereinigt 5,5 Prozent. Hier schlägt voll die 1981 ebenfalls beschlossene Erleichterung der Abschreibungen durch. Herausgefunden hat Feldstein, daß nicht nur die Zinsen oder die Rendite die Investitionsneigung bestimmen, sondern auch die Differenz zwischen den realen Kreditkosten netto vor Steuern und der realen Verzinsung des eingesetzten Kapitals nach Steuern. Von diesem Phänomen leitet er die Hausse an den US-Aktienmärkten ab.

Die langfristige Defizitlösung sieht Feldstein einmal in einer Geldpolitik, „die weiterhin anti-inflationär wirkt und der Konjunktur nicht schadet". Zum anderen soll Präsident Reagan zusammen mit dem Kongreß den im Januar eingebrachten Vorschlag einer Halbierung der roten Zahlen bis 1986 durch eine „Notsteuer" und gleichhohe Ausgabenstreichungen in die Tat umsetzen. Zwei Jahre später würde das Defizit von heute 6,5 auf 1,6 Prozent des US-Bruttosozialprodukts sinken. Das Problem ist nur, daß das Weiße Haus von diesem Plan nichts mehr wissen will, zumindest nicht vor dem Wahltag im November 1984.

In Washington stehen die Wetten 60:40, daß Feldstein trotz der Loyalitätsbekundung bald seinen Hut nimmt. Das muß aber nicht sein, wenn er diesen Rat seiner Vorgänger befolgt: Der Chefberater des Präsidenten hat nach außen nur dessen Wirtschaftspolitik darzustellen und zu vertreten, ansonsten ist Schweigen Gold. Wenn Feldstein sich danach richtet, kehrt wieder Ruhe ins Weiße Haus ein. Denn Ronald Reagan ist an einem Rausschmiß nicht interessiert. Er käme leicht in den politisch gefährlichen Ruch, entgegen weisen Professorenrat zu handeln. Immerhin hat sein erster Chefökonom, Murray Weidenbaum aus St. Louis, das Amt nach anderthalb Jahren niedergelegt.

Wieder muß „Le Monde" den Gürtel enger schnallen

Von A. GRAF KAGENECK

Zum zweiten Mal in diesem Jahr hat die angesehene Pariser Abendzeitung „Le Monde", einer der Sockel der französischen Medienlandschaft, ihren überraschten Lesern scharfe Sparmaßnahmen zum Überleben des Blattes ankündigen müssen. Im letzten Juli hatte die Direktion einen ungewöhnlich hohen Verlust von 18 Millionen Franc (6 Millionen Mark) für das Jahr 1982 ausgewiesen und die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand von 50 Mitarbeitern, darunter etwa ein Drittel Redakteure, des Blattes angezeigt.

In der Dienstagausgabe kündigt André Laurens, der im Juni 1982 von der Redakteursversammlung zum Nachfolger von Jacques Fauvet als Chefredakteur bestellt wurde, weitere Versetzungen oder Entlassungen von etwa 100 Mitarbeitern (auf 1300 insgesamt) an, da, wie er begründete, ein zweites hohes Defizit für das laufende Jahr zu erwarten sei. Laurens sagte, daß die Struktur des Blattes und seine seit vierzig Jahren verteidigte Unabhängigkeit ihm keine Reservenbildung erlauben und die finanzielle Situation nur in drastischen Reduzierungen der Betriebs- und Lohnkosten wiederhergestellt werden könne.

Daß das im Dezember 1944 von Hubert Beuve-Méry unter ausdrücklichem Beistand des Widerstandshelden und Befreiers Charles de Gaulle gegründete Blatt seit etwa 1982 notleidend war, wußten nicht nur eingeweihte Kreise. „Le Monde" hatte seine Leser und die Öffentlichkeit stets pflichtgetreu und offen über seine Situation unterrichtet. Das Blatt leidet an chronischem Auflagenschwund; es hat seit Frühjahr 1982 etwa 20 Prozent seiner Leser eingebüßt. Hierfür kann es nur eine Begründung geben: „Le Monde", jahrzehntelang mit einer äußerst kritischen Haltung zum bestehenden politischen Establishment der vierten und fünften Republik, hatte sich vor den Präsidentschaftswahlen von 1981 klar für den Sozialisten Mitterrand ausgesprochen.

Nach dem Sieg der Linken im Mai 1981 war die Zeitung von heute auf morgen kein Oppositionsblatt mehr und hatte damit ihre eigentliche Daseinsberechtigung verloren. Auch der Leserbestand hatte sich verändert. Der Trend ging zu schneller lesbaren, übersichtlicheren Blättern. Die Schwierigkeiten des Blattes schlugen sich in der äußerst mühsamen Wahl des Nachfolgers von Fauvet nieder.

Der neue Chefredakteur Laurens hatte im Herbst 1982 den Versuch gemacht, die finanzielle Basis des Blattes durch Herausgabe einer bebilderten Wochenbeilare zu verbreitern, die weitgehend von großen Werbeagenturen bezahlt werden sollte. Eine Mehrheit der Redakteursversammlung, Eigner des Blattes, hatte sich gegen diese Beilage ausgesprochen in der Befürchtung, die Unabhängigkeit des Blattes könne damit in Gefahr geraten. Laurens sah daraufhin nur noch den Ausweg in massiven Entlassungen.

Krügers haben sich ein Denkmal gekauft. Wer hilft ihnen, daraus ein Wohnhaus zu machen?



Horst Krüger hat sich seinen Traum erfüllt. Er kaufte, eine glückliche Gelegenheit nutzend, ein altes Fachwerkhaus zu verhältnismäßig niedrigem Preis.
Natürlich muß nun eine Menge Arbeit und Geld hineingesteckt werden. Was die Arbeit betrifft, da kann sich Herr Krüger als Elektromeister weitgehend selber helfen. Und was das Geld betrifft, verläßt sich Herr Krüger auf uns.
Sein Bauspardarlehen werden wir bis zur Zuteilung zwischenfinanzieren, und für den Rest besorgen wir eine erstrangige Hypothek. Daß Krügers Zuschüsse beantragen und Steuern sparen können, weil sie ein Denkmal restaurieren, schafft eine zusätzliche Erleichterung.
Um alle diese Vorteile auszunutzen, brauchte Horst Krüger nur mit uns zu sprechen. Denn wir bieten zur qualifizierten Beratung den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: unser Verbund-Angebot.

Der Verbund: Alles aus einer Bank.

Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft.*
Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Gelddinge bequem und überschaubar zu erledigen und mehr aus Ihrem Geld zu machen – und dies bei jeder der 20.000 Bankstellen der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Ihre Sache ist unsere Sache.

Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,5 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank
8 regionale Zentralbanken
* Bausparkasse Schwäbisch Hall
DG HYP Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank
DIFA Deutsche Immobilien Fonds AG
Münchener Hypothekenbank eG
R + V Versicherung
Union-Investment-Gesellschaft

Volksbanken Raiffeisenbanken
Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

Mit dem Etat '84 setzt Stoltenberg Maßstäbe

Von HEINZ HECK

Der Gesetzentwurf des 1984er Haushaltsplans, der bis Freitag im Bundestag abschließend beraten wird, verrät erstmals die Handschrift des neuen Finanzministers. Den '83er Etat mußte Stoltenberg im Herbst letzten Jahres aus dem unrealistischen Entwurf („stocksolide") seines Vorgängers Lahnstein im Hauruck-Verfahren über die Bühne bringen.

Stoltenbergs zentrales Anliegen ist die finanzielle Gesundung der öffentlichen Haushalte. Nur so könne in einem schrittweisen, Jahre währenden Konsolidierungsprozeß der finanzpolitische Handlungsspielraum wiedergewonnen werden. Da zusätzliche Belastungen soweit wie möglich vermieden werden sollen, konzentrieren sich die Bemühungen auf die Ausgabenseite. Mit Steigerungsraten zwischen

DIE ● ANALYSE

2,8 und drei Prozent will Stoltenberg in den nächsten Jahren unterhalb der Entwicklung des Bruttosozialprodukts bleiben und damit den im zurückliegenden Jahrzehnt rasch gestiegenen Staatsanteil (derzeit rund 50 Prozent) allmählich zurückdrängen. Für 1984 bleibt die Steigerungsrate mit 1,6 Prozent (auf 257,2 Milliarden Mark) sogar noch hinter der bescheidenen Zuwachsrate des Regierungsentwurfs von 1,8 Prozent zurück.

Nach der Entwicklung der vergangenen Jahre ist es eine völlig neue Erfahrung, daß – entgegen den Prognosen der SPD-Haushälter – 1983 nicht nur ein Nachtragshaushalt vermieden werden konnte, sondern die Neuverschuldung mit voraussichtlich 36,5 Milliarden deutlich hinter der Planzahl von knapp 41 Milliarden Mark zurückbleiben dürfte. Die weitere Rückführung der immer noch viel zu hohen Neuverschuldung bleibt Stoltenbergs Hauptziel. Für 1984 werden gegenüber dem Regierungsentwurf mit 37,3 noch 33,6 Milliarden Mark erwartet. Allerdings ist zu bedenken, daß ein um 2,5 auf neun Milliarden Mark erhöhter Ansatz für den Bundesbankgewinn den Löwenanteil beigesteuert hat.

Nicht zuletzt, da der Bundesbankgewinn in den kommenden Jahren weniger reichlich fließen wird (in der mittelfristigen Finanzplanung sind für 1985 bis 1987 4,5, 3,0 und 2,0 Milliarden Mark eingesetzt), muß sich Stoltenberg verstärkt nach neuen Konsolidierungsansätzen umsehen, zumal da die bereits heute überfällige Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs (mit Kosten zwischen 15 und 20 Milliarden Mark) nicht beliebig hinausgeschoben werden kann. Nach gründlicher Vorbereitung will sich der Finanzminister verstärkt dem Subventionsabbau und der Privatisierung des Bundesvermögens (Gesamtkonzept hierfür bis zur Sommerpause 1984) zuwenden. Beide Fragen stehen in enger Wechselbeziehung, da ein erheblicher Anteil der Subventionen des Bundes auch in eigene Unternehmen fließt. Mit der These, daß der Steuerzahler nicht auf Dauer verlustträchtige Unternehmen stützen kann, will Stoltenberg mit den Praktiken der Vergangenheit brechen.

Die Kehrseite der Verschuldungseuphorie der siebziger Jahre ist die explodierende Zinsbelastung des Bundeshaushalts bis in die neunziger Jahre. Die Zinsen verschlingen 1984 schätzungsweise 11,4 Prozent der gesamten Bundesausgaben, 1969 beim Antritt der Regierung Brandt noch 2,7 Prozent. Derzeit entfällt rund die Hälfte der zusätzlichen Ausgaben des Bundes auf zusätzliche Zinsausgaben. Die Neuverschuldung des Bundes wird 1984 mit 33,6 nicht nennenswert über den Zinsausgaben von 28,7 Milliarden liegen. In den kommenden Jahren werden die Zinsen sogar die rückläufige Neuverschuldung überschreiten. Auch die konsequenteste Konsolidierungspolitik kann an diesen „Spätfolgen" nur wenig ändern.

Die SPD-Kritik am neuen Bonner Sparkurs stützte sich vor allem auf das Argument von der Vernichtung der Massenkaufkraft. Nicht nur die tatsächliche Entwicklung hat diese Befürchtungen eindeutig widerlegt, auch zum Beispiel die fünf Weisen haben in ihrem Jahresgutachten vom November die Bundesregierung in ihrem Kurs noch bestärkt: „Der bisherige Konsolidierungskurs hat die konjunkturelle Erholung nicht entscheidend behindert, diese möglicherweise über einen günstigen Einfluß auf die Zinsen und die allgemeinen wirtschaftlichen Erwartungen sogar stärker gefördert, als die Mindersteigerung der öffentlichen Ausgaben sie beeinträchtigt hat. Konjunkturelle Rücksichten stehen einem Fortgang der Konsolidierung im bisherigen Tempo also nicht entgegen. Im Gegenteil, nachdem eine konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Gang gekommen ist, sinkt der Bedarf an konjunkturstützenden Impulsen der Defizitpolitik."

Rommel gegen Ehepaare im Staatsdienst

AP, Stuttgart

Der Oberbürgermeister von Stuttgart, Manfred Rommel (CDU), hat sich dafür ausgesprochen, daß im öffentlichen Dienst keine Ehepaare mehr beschäftigt werden sollen. Der CDU-Politiker erklärte, er halte es für ungerecht, daß „in Zeiten großer Arbeitslosigkeit bei einem Ehepaar beide Partner im öffentlichen Dienst gut verdienen und bei einem anderen beide arbeitslos sind". „Wenn es keine verfassungsrechtlichen Probleme gäbe", erklärte Rommel, „würde ich ab sofort nur noch einen Teil eines Ehepaares einstellen."

Rommel betonte, daß er sich der Problematik einer derartigen Regelung wohl bewußt sei. In einer Zeit, in der die Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt so groß seien wie jetzt, müßten aber auch „heiße Eisen angefaßt werden". Er habe in der Vergangenheit immer wieder Gespräche zu diesem Thema geführt und von vielen Seiten verfassungsrechtliche Bedenken zu hören bekommen. Für ihn sei klar, daß eine Stadt allein diese Regelung nicht einführen könne. Genauso klar sei allerdings auch, daß die Arbeitsplatzsituation im öffentlichen Dienst durch eine Trennung entspannt würde. „Die Arbeitslosigkeit wird immer mehr zum Hauptproblem der Kommunalpolitik", sagte der Stuttgarter Oberbürgermeister. Viele Kommunen in der Bundesrepublik müßten Stellen streichen. Auch die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen könnte einen sprunghaften Anstieg der Arbeitslosenzahlen verhindern.

Teyssen legt Ausschuß-Vorsitz nieder

rtr, Hannover

Der Vorsitzende des Kulturausschusses im Niedersächsischen Landtag Anton Teyssen (CDU) ist nach der öffentlichen Kritik an seiner Bewertung nationalsozialistischer und kommunistischer Verbrechen gestern in einer Sitzung der CDU-Fraktion von seinem Amt zurückgetreten. Remmers wie auch Ministerpräsident Ernst Albrecht hatten sich von Teyssen öffentlich distanziert. Vor dem Rat seiner Heimatstadt Hildesheim hatte er am 21. November die Verbrechen der Nationalsozialisten als „vielleicht humaner" bezeichnet als die Morde im kommunistischen System.

Muß Zimmermann zurückstecken?

Beim Nachzugsalter für ausländische Kinder scheint Kohl der FDP entgegenzukommen

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Ausländerpolitik bleibt ein kontroverses Thema innerhalb der Regierungskoalition. Bundeskanzler Helmut Kohl will offenbar aus Rücksicht gegenüber der FDP dem Vorschlag von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU), das Nachzugsalter für Kinder von bisher 16 auf 6 Jahre zu senken, nicht folgen. Ein Kompromiß soll in einem Respräch gefunden werden, das Kohl im Januar mit den Ministern Genscher, Blüm und Zimmermann führen will.

Ausgangspunkt dafür ist die festzulegende Verhandlunrsstrategie für die EG-Assoziierung der Türkei im Jahre 1986, über die alsbald in Brüssel beraten wird. Übereinstimmung herrscht, daß es die mit der Assoziierung verbundene „vollständige Freizügigkeit" nicht geben könne, weil sie mit den deutschen Interessen nicht in Einklang zu bringen sei. In diesem Zusammenhang wurde in Regierungskreisen auf ein Gespräch verwiesen, das der frühere Kanzler Helmut Schmidt im Jahre 1979 mit den damals noch in der Opposition befindlichen Politikern Kohl und Zimmermann geführt habe. Schon damals sei man einer Meinung gewesen, daß es zu dieser Freizügigkeit der Türken nicht kommen dürfe. Außenminister Genscher, der die Verhandlungen zu führen hat, ist offenkundig der Meinung, man solle es in der nationalen Ausländerpolitik beim Status quo belassen, um den Türken den Verzicht auf die Freizügigkeit abringen zu können.

Zimmermann hingegen vertritt die Auffassung, den Türken sei an dieser Freizügigkeit im eigenen Interesse nicht gelegen, weil diese auf „Gegenseitigkeit" beruhen würde. Die Türken wollten aus religiösen und wirtschaftlichen Gründen kein „Ausländerproblem" im eigenen Land, das sie in den zwanziger Jahren durch die Vertreibung der Griechen gelöst hätten. Außerdem verweist der Bundesinnenminister darauf, daß Bonn im Rahmen der Türkeihilfe ansehnliche Beträge bereitstelle. Zimmermann ist der Auffassung, daß das Ausländerproblem und die erwünschte Integration auf „menschlich anständige Weise" bewältigt werden müßten. Dies heiße eine Begrenzung der Größenordnung sowie eine allmähliche Verringerung der Ausländerzahl durch freiwillige Rückkehr in die Heimatländer, wobei die Türkei im Mittelpunkt steht.

Übereinstimmung über einen ersten wichtigen Schritt zu diesem Ziel zeichnet sich ab, wie interne Gespräche gezeigt haben. Die Bundesregierung tendiert dahin, den Ehegatten-Nachzug in der zweiten Generation zu begrenzen. Das würde bedeuten, daß ein in der Bundesrepublik Deutschland geborener Türke, der eine Türkin heiraten will, entweder in die Türkei zurückkehren muß, oder aber akzeptiert, daß seine Frau keine Zuzugsgenehmigung erhält. Ohne große Diskussionen dürfte auch der Vorschlag von Zimmermann akzeptiert werden, die Ausweisungsbestimmungen neu zu fassen. Damit soll die Ausweisung von Ausländern, die erhebliche kriminelle Delikte begangen haben – zum Beispiel Rauschgifthandel oder Vergewaltigung – ohne größeren Zeitverzug des Landes verwiesen werden können.

In der Begrenzung des Kindernachzugs auf 6 Jahre dürfte sich Zimmermann kaum durchsetzen können, obwohl er hierfür breite politische Rückendeckung hat. Die Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU und der SPD im Bund und in den Ländern, der Städte- und Gemeindetag und die Länder Bayern, Berlin und Baden-Württemberg haben sich dafür ausgesprochen.

Zimmermann argumentiert, im Interesse der Kinder müsse die 6-Jahres-Frist gezogen werden; wirtschaftliche Überlegungen der Eltern müßten zurückstehen. Die Zahlen, die für 1982 auf dem Tisch liegen, bestätigen den Bundesinnenminister: Es wurden nur mehrere hundert Kinder, die unter 6 Jahre alt waren, von ihren Eltern in die Bundesrepublik Deutschland nachgeholt. Aber bei Kindern über 14 Jahre lag die Zahl bei 20 000. Das bedeutet, Kinder, die nicht mehr der ganztägigen Betreuung der Eltern bedürfen und die alsbald für ein Ausbildungsverhältnis anstehen, werden vorrangig nachgeholt. Ihre Berufschancen sind aber aufgrund von mangelhaften Sprachkenntnissen sehr schlecht.

Die FDP ist gegen eine solche von Zimmermann angestrebte Nachzugsbegrenzung. Kohl, so hieß es, wolle in dieser Frage Rücksicht auf den kleineren Koalitionspartner nehmen und ihn nicht „majorisieren".

Saudis besuchen Rüstungsbetriebe

Delegation zwei Wochen auf Rundreise durch die Bundesrepublik / Gespräche mit Ruehl

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Mehr als zwei Wochen reist eine aus saudischen Offizieren bestehende Regierungsdelegation aus Dschidda durch die Bundesrepublik, um sich über Einrichtungen der Bundeswehr und Rüstungsprodukte deutscher Unternehmen zu unterrichten. Vor ihrem Abflug am 20. Dezember wird die Delegation mit Staatssekretär Lothar Ruehl vom Bundesverteidigungsministerium zusammentreffen. Bei dieser Gelegenheit soll dem Vernehmen nach über deutsche Ausbildungshilfe für Saudi-Arabien und über den Ankauf deutscher Ausrüstung für die saudische Armee gesprochen werden.

Die Delegation, die unter Leitung der beiden Generalmajore Faisal Abdel Muien und Khalil Ibrahim Abdel Karim steht, und der zwei Brigadegenerale, vier Stabsoffiziere und ein Hauptmann angehören, absolvieren in den nächsten beiden Wochen ein umfangreiches Besichtigungs- und Vortragsprogramm, das sie nicht nur mit den wesentlichen Schuleinrichtungen des Heeres, seinen Waffensystemen und bestimmten Standorten von Marine und Luftwaffe bekanntmachen soll. Die Saudis werden bei der Reise auch einen ungewöhnlich vollständigen Überblick über die Produktionspalette wehrtechnischer Unternehmen erhalten.

Die Rundreise beginnt für die saudische Delegation mit dem Besuch von Firmen in München. Bei MBB (Messerschmitt-Bölkow-Blohm) sind sie an den Panzerabwehrraketen Hot und Milan, den Transport- und Verbindungshubschrauber Bo 105, dessen Variante zur Panzerabwehr PAH 1 sowie den mit Raketen für mittlere Höhen geeinigten Flugabwehrpanzer Roland interessiert. Bei der Münchener Firma Siemens lassen sich die saudischen Offiziere vor allem Radargeräte zur Luftraumüberwachung vorführen. Ebenfalls in München beim Unternehmen Krauss-Maffei wollen sie dessen Produktionspalette sehen. Dazu gehören die Panzertypen Leopard 1 und 2, die mit Zwillingskanonen vom Kaliber 35 Millimeter ausgerüsteten Flugabwehrpanzer Gepard 1 und 2, das gleiche Waffensystem auf Rädern vom Typ Wildcat sowie alle Ketten- und Reifenfahrzeuge des Heeres für Pionier- und Versorgungsaufgaben.

In und bei Ulm läßt sich die Delegation bei der Firma „Iveco-Magirus" alle dort produzierten leichten und schweren Radfahrzeuge für Transport und Verbindung zeigen. Bei AEG-Telefunken ist die Vorführung von Radargeräten, Feuerleitanlagen (Falke), des Störsenders Hummel sowie eines Radarannäherungszünders für die Flugabwehr geplant. In Stuttgart bei Standard Elektronik Lorenz (SEL) geht es um Funkgeräte und Gefechtsradarsysteme. Danach in Kassel bei Thyssen Henschel und Wegmann sind im Besichtigungsprogramm vor allem der Schützenpanzer Marder und Maschinenkanonen. Und am vorletzten Tag des Aufenthaltes in der Bundesrepublik besucht die Delegation in Porz bei Köln die Firma Dynamit Nobel, wo sich die Saudis deren sprengtechnische Produkte zeigen lassen wollen.

Bombenanschlag auf Linienbus in Jerusalem

dpa/rtr, Jerusalem

Bei einem Sprengstoffanschlag auf einen voll besetzten Linienbus in West-Jerusalem sind gestern mehrere Menschen getötet und etwa 40 Personen verletzt worden. Nach Angaben des staatlichen Rundfunks wurde der Bus von der Sprengladung völlig zerfetzt als er vor einer Verkehrsampel auf dem Herzl-Boulevard stand. Hinter dem Bus wartende Autos wurden durch die Druckwelle der Explosion ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen. Die Verantwortung für den Anschlag übernahm die PLO.

Nach Augenzeugenberichten wurden die Insassen des Busses durch die Detonation meterweit in die Luft geschleudert. Die meisten Verletzten wurden in das Krankenhaus „Shaare Zedek" eingeliefert, das nahe an der Unglücksstelle liegt. Im staatlichen Rundfunk hieß es weiter, es seien mehrere Verdächtige festgenommen worden. Bei vergangenen Bombenanschlägen palästinensischer Freischärler auf Geschäfte und Busse in Jerusalem waren stets kleine Sprengsätze verwendet worden.

Syrische Truppen in Libanon haben gestern ein unbemanntes israelisches Aufklärungsflugzeug („Drone") abgeschossen. Das bestätigte ein Militärsprecher in Jerusalem auf Anfrage. Zugleich dementierte er, daß auch ein israelisches Kampfflugzeug getroffen worden sei. Dies war in Meldungen aus Beirut und Damaskus behauptet worden, in denen es ferner hieß, ein israelischer Pilot sei gefangengenommen worden.

Verlor CIA mit PLO wichtige Informanten?

AP, New York

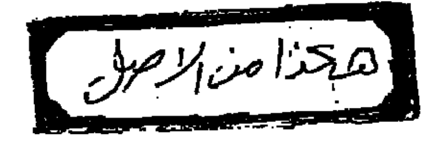
Der amerikanische Geheimdienst CIA soll nach einem Bericht der „New York Times" mit dem Abzug der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) aus Beirut vor einem Jahr wichtige Informanten aus deren Reihen verloren haben. Seit dieser Zeit seien die Arbeit des Dienstes im Nahen Osten schwächer und die Sicherheit der US-Botschaft in Beirut geringer geworden, berichtet das Blatt unter Berufung auf einen nicht genannten CIA-Beamten. Obwohl die USA offiziell keine Beziehungen zur PLO unterhielten, hätten seit Richard Nixon die Präsidenten Kontakte des amerikanischen Geheimdienstes zur PLO erlaubt.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

COMMERZBANK







„Ich habe noch gute Freunde"

Lambsdorff registriert bei Auftritten in der Öffentlichkeit Sympathie und Ermutigung

STEFAN HEYDECK, Bonn

„Herr Minister, der langanhaltende Beifall gilt speziell Ihnen", betonte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hansheinz Hauser. Rund 1000 Teilnehmer einer Feierstunde hatten zur Begrüßung von Otto Graf Lambsdorff demonstrativ über eine halbe Minute lang applaudiert. Er war als Vertreter der Bundesregierung ins Düsseldorfer Messe-Kongreß-Center gekommen, um Handwerkskammer-Präsident Georg Schulhoff zur Vollendung des 85. Lebensjahres zu gratulieren. Dagegen wurde seinen beiden Bonner Ministerkollegen Christian Schwarz-Schilling und Heinrich Windelen und sogar Bundestagspräsident Rainer Barzel jeweils nur knapp fünf Sekunden dauernder Höflichkeitsbeifall gezollt.

Genauso geht es dem Minister, der sich nach dem Willen der Staatsanwaltschaft wegen der Flick-Affäre vor Gericht verantworten soll, in diesen Tagen praktisch bei allen öffentlichen Veranstaltungen. Besonders natürlich bei Mittelstand, Handel und Gewerbe und – selbstverständlich – bei Treffen mit Parteimitgliedern. So zum Beispiel bei einem Empfang für Parlamentarier beim Bundesverband der freien Berufe in Bonn oder beim 100jährigen Jubiläum einer großen Baufirma in Baden-Baden. Alles Termine, zu denen er schon vor geraumer Zeit eingeladen worden war. Und auf dem rheinland-pfälzischen FDP-Parteitag in Grünstadt: Dort überreichte ihm unter viel Beifall Landeschef Rainer Brüderle einen Abzug der ersten Seite des „Pfälzischen Merkurs" vom 16. November 1903 mit der Überschrift „Lambsdorff bleibt". In der Meldung aus Petersburg wurden „Gerüchte von einer nahe bevorstehenden Demission des Grafen Lambsdorff" als „vollkommen falsch" zurückgewiesen. Vor 80 Jahren ging es um den damaligen russischen Außenminister, der ein Vorfahr des aus dem Baltikum stammenden Bundeswirtschaftsministers war.

Gewissen Unmut gab es allerdings unter den 700 Zuhörern bei einer Rede Lambsdorffs auf dem Sparkassenforum in Krefeld. Er galt jedoch nicht dem Minister, sondern den ihn mehr denn je pausenlos umlagernden und die Sicht versperrenden Fotografen. Dem Minister winken sogar Leute auf den Straßen zu, wenn sie ihn in seinem schweren Dienstwagen erkennen, heißt es im Thomas-Dehler-Haus. Diese Welle der Zustimmung zeigt sich auch in der Post, die bei ihm und in der Bonner FDP-Zentrale eingeht und in der er fast durchgängig zum Durchhalten aufgefordert wird.

Lambsdorff nimmt das alles mit Gelassenheit hin – zumindest äußerlich. Dennoch scheint es ihn innerlich zu bewegen, daß über die eindeutige Unterstützung durch die Partei und die Bundestagsfraktion hinaus ihm dies auch aus der Bevölkerung gezeigt wird. Das vor allem deshalb, weil aus dem für viele unverständlichen Begriff der „Vorteilsnahme" der schwerer wiegende Vorwurf der „Bestechlichkeit" geworden ist. So wiederholt er ähnlich wie auf dem Karlsruher Parteitag Mitte November jetzt im pfälzischen Gründstadt: „Es wird mir von Tag zu Tag klarer, daß ich gute Freunde habe." Er werde, wie von ihm versprochen, weiter kämpfen. Allerdings bleibt er konsequent dabei, sich vor einer Prüfung der erwarteten Anklageschrift und einer anschließenden Beratung mit Bundeskanzler Helmut Kohl und FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher über seine persönliche und politische Zukunft nicht öffentlich zu äußern.

Lambsdorffs Entlassung beantragt

PETER PHILIPS, Bonn

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hat gestern in Bonn angekündigt, daß seine Fraktion heute im Bundestag die Entlassung von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff beantragen wird. Nach den Vorstellungen der SPD soll die namentliche Abstimmung darüber am Freitag während der dritten und abschließenden Lesung des Bundeshaushalts stattfinden.

Vogel begründete diesen Schritt gestern mit der Anklage der Bestechlichkeit gegen Lambsdorff. Eine derartige Anklageerhebung gegen einen amtierenden Minister sei ein einmaliger Vorgang. Der Betroffene könne die Bundesrepublik Deutschland nach außen nicht mehr vertreten. Im übrigen lasse sich „der Graf" von Bundeskanzler Helmut Kohl „zur Verhinderung eines neuen Mannes im Kabinett mißbrauchen". Mit dieser Äußerung zielte der SPD-Politiker offensichtlich auf den bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß.

Trotz dieses Antrags, so betonte Vogel, bleibe es selbstverständlich bei dem Grundsatz, daß Lambsdorff bis zu einem rechtskräftigen Urteil als unschuldig zu gelten habe. Aber der Rücktritt des Ministers in dieser Situation sei eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Der Oppositionsführer gab auf Fragen zu, daß eine gewisse Gefahr bestehe, daß es durch die SPD zu einer „Inflationierung" von Entlassungsanträgen kommen könne. Doch in diesem Fall sei der Vorstoß gerechtfertigt, über den entsprechenden Antrag gegen CDU-Generalsekretär Heiner Geißler „könne man reden", die Entlassungsanträge gegen Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann und Justizminister Hans Engelhard (wegen des verstorbenen Asylbewerbers Altun) seien aber aus heutiger Sicht wohl überflüssig gewesen.

In seinem Gespräch mit Journalisten beklagte sich Vogel erneut über schlechte Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, insbesondere mit dem Bundeskanzleramt und dem Innenministerium. So kenne er, Vogel, bis heute nicht den Wortlaut des Andropow-Briefes an Kohl. Der parlamentarische SPD-Geschäftsführer Gerhard Jahn habe vor kurzem den Chef des Bundeskanzleramtes, Waldemar Schreckenberger, an frühere Zusagen des Kanzlers über die Zusammenarbeit mit der Opposition erinnert. Aber die Auskünfte des Kanzleramts-Chefs seien so unklar gewesen, daß Jahn „am Schluß des Telefongesprächs nicht wußte, was der eigentlich mitgeteilt hat".

Vogel, der heute früh in Begleitung von SPD-Chef Willy Brandt und einigen Fraktionsmitgliedern mit US-Außenminister George Shultz in Bonn zusammentreffen wird, lobte einmal mehr, daß die Bonner Opposition zum Beispiel über die Vorgänge bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen „aus Washington – und teilweise aus Moskau – schneller, präziser und besser informiert worden ist als vom Bundeskanzleramt".

Volkszählung: Entscheidung am 15. Dezember

DW. Karlsruhe

Das Bundesverfassungsgericht wird seine Entscheidung zu den Beschwerden über das Volkszählungsgesetz bereits am 15. Dezember verkünden. Wie das BVG gestern in Karlsruhe ohne Begründung mitteilte, hat der zuständige erste Senat den ursprünglich für den 19. Januar 1984 vorgesehenen Verkündungstermin vorverlegt. Der Senat berücksichtigt offenbar mit der Vorverlegung auch, daß der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, der zugleich dem ersten Senat vorsitzt, am 20. Dezember wegen Beendigung seiner Amtszeit aus dem Gericht ausscheidet und das wichtige Urteil noch selbst verkünden will.

Jugenddiakon aus ‚DDR' abgeschoben

epd/dpa, Berlin

Der Jugenddiakon Lothar Rochau aus Halle ist, wie jetzt aus seinem Freundeskreis bestätigt wurde, Ende vergangener Woche von den „DDR"-Behörden in die Bundesrepublik Deutschland abgeschoben worden. Rochau, der bis Ende März die Jugendarbeit der evangelischen Kirche in Halle geleitet hatte, war im Juni verhaftet und im September zu drei Jahren Freiheitsentzug wegen „staatsfeindlicher Hetze", „Ungesetzlicher Verbindungsaufnahme" und „Behinderung staatlicher Tätigkeit" verurteilt worden. Seine Familie befindet sich noch in der „DDR".

*

Etwa 250 politische Gefangene sind in den vergangenen vier Monaten aus der „DDR" in die BundesrepubliM Deutschland entlassen worden. Sie hatten ein Drittel oder die Hälfte ihrer Freiheitsstrafe verbüßt. Wie die Arbeitsgemeinschaft 13. August gestern mitteilte, zeige sich hierin eine neue Verhaltensweise der „DDR".

Bisher mußten die Gefangenen meist zwei Drittel ihrer Strafe absitzen, bevor sie entlassen wurden. Hohen Straferlaß hätten auch wegen Fluchtversuchs Verurteilte erhalten. Unter den jetzt Entlassenen und Freigekauften seien auch Personen, die im Frühjahr dieses Jahres versucht hätten, aus der „DDR" zu fliehen.

Rau weht der Wind ins Gesicht

Von WILM HERLYN

Ausgerechnet im Herzen des Ruhrgebiets, in dem die Sozialdemokratie ihre beständigste Anhängerschaft hat, mußte sich der Landesvorsitzende der SPD und Ministerpräsident Johannes Rau kürzlich gellende Pfiffe gefallen lassen. Sie übertönten zeitweise seine Rede vor 6000 Arbeitnehmern in Duisburg. Vergleichbare Mißfallenskundgebungen gab es zuletzt in den sechziger Jahren, als die Bergarbeiter wegen des Zechensterbens um ihre Arbeitsplätze bangten. Die Unmutsäußerungen sind Ausdruck einer Hoffnungslosigkeit, die sich an Rhein und Ruhr langsam breitmacht. Sie nistet in den siechenden Industrien Stahl und Kohle, auf deren Wachstum das Revier jahrelang – zum Teil in blindem Vertrauen – setzte.

Der Trost, es handele sich jetzt um eine weltweite Rezession, hilft den Arbeitern dort wenig. Sie sehen, daß sich nichts bewegt und fassen wenig Mut in den von allen Parteien so oft beschworenen Transfer von neuen, zukunftsträchtigen Industrien. Darum verfing auch Raus Beschwörung des von ihm 1979 initiierten Ruhrprogramms in Höhe von fast sieben Milliarden Mark nicht. Richtig ist zwar, daß das Revier bunter und lebendiger geworden ist, moderner und wohnlicher; richtig ist auch, daß die Hochschulgründungen von Duisburg bis Dortmund zukunftsweisend Weichen stellt, die mithelfen, die verkrusteten Strukturen aufzubrechen. Richtig ist nicht zuletzt, daß das 1980 neugeschaffene Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung zumindest eines bewirkt hat: innerhalb des Aktionsprogramms Ruhrgebiet den Grundstückfonds Ruhr zu schaffen, der erst die Möglichkeit für neue Industrien eröffnet, im Revier zu siedeln.

Dennoch zog es aber die Zukunfts-Technologien bisher lieber nach Süddeutschland, vor allem nach Baden-Württemberg. Sie werden abgestoßen von dem lange vorherrschenden Klima und dem Vorurteil, im Revier dürfe es nur Eisen, Stahl und Kohle geben, alles andere habe sich dieser Maxime unterzuordnen. Die zaghaften Versuche der Politik – so scheint es, kommen reichlich spät. Zulange hörte gerade die SPD auf das Wort der Rewerkschaften. Nur ansatzweise deutete Johannes Rau an, die Landesregierung werde im kommenden Jahr zu einer Initiative für Zukunfts-Technologien im Ruhrgebiet blasen.

Dazu gehört aber auch, daß die Menschen im Revier ihre Furcht verlieren vor Mikro-Chips und Computer, daß der Stahlarbeiter am Hochofen umdenken muß, wie der Bergarbeiter vor Ort. Diese Aufkärungsarbeit kann nicht nur von den Unternehmen kommen, sondern sollte vor allem von den Gewerkschaften geleistet werden, die dieses Thema nur zögerlich anpackten. Niemand kann dabei erwarten, daß nach den jahrzehntelangen Versäumnissen die Wende im Re-



vier von jetzt auf morgen geschieht. Aber die von der Stahlkrise und die von der schlechten Absatzlage der Kohle Betroffenen stehen heute auf der Straße und verlangen mit Recht nicht nur aufmunternde Worte, sondern klare Vorstellungen und Konzeptionen. Sie verweisen darauf, daß in diesen Tagen Essen mit 28 000 Arbeitslosen, Duisburg mit 32 000 oder Dortmund mit 42 000 Arbeitslosen leben müssen.

In einer Bestandsaufnahme kommt der Sprecher für Ruhrgebietsfragen der Düsseldorfer CDU-Landtagsfraktion, Wilfried Heimes aus Essen, zu dem Schluß, das Aktionsprogramm Ruhr sei „gescheitert". Denn die Situation habe sich nicht verbessert, sondern eher verschlechtert. Eine erhebliche Summe des Gesamtvolumens von fast sieben Milliarden Mark – davon stammen fünf aus der Landeskasse und 1,2 Milliarden Mark werden vom Bund bezahlt – sei ganz einfach versickert. Heimes meinte jetzt, das Geld sei auf 42 verschiedene Vorhaben verteilt worden: „Der Versickerungseffekt war unausbleiblich. Das Motto könnte heißen: ‚Jedem sein Zuschüßlein' oder ‚Wie läßt man Milliarden unbemerkt verschwinden'." Insbesondere kritisiert Heimes, daß die SPD-Landesregierung in ihrem Zwischenbericht zum Aktionsprogramm „nur die Anwendung moderner Technologie im Ruhrgebiet für wichtig hält und nicht auch ihre Produktion."

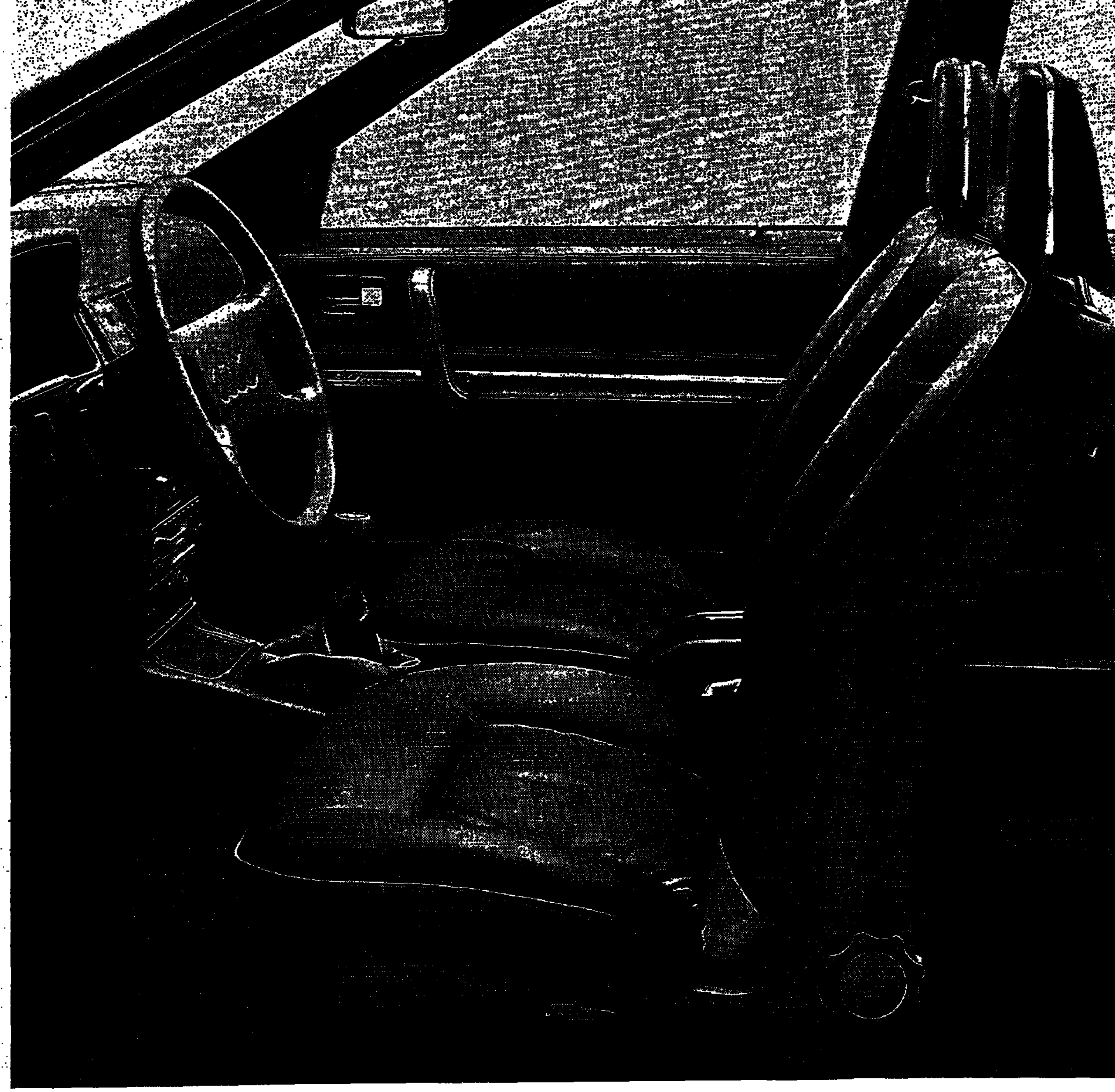
Dieser Kritik begegnet aber inzwischen das Kabinett, das in der Vorwoche für das Frühjahr 1984 die „Landesinitiative Zukunftstechnologien" beschloß. Dabei will es den Schlüsseltechnologien Mikroelektronik, Informations- und Kommunikationstechnologien, Biotechnologie, Entwicklung von neuen Werkstoffen vornehmlich in Verbindung mit Stahl sowie Umwelttechnologien den Vorzug gegeben.

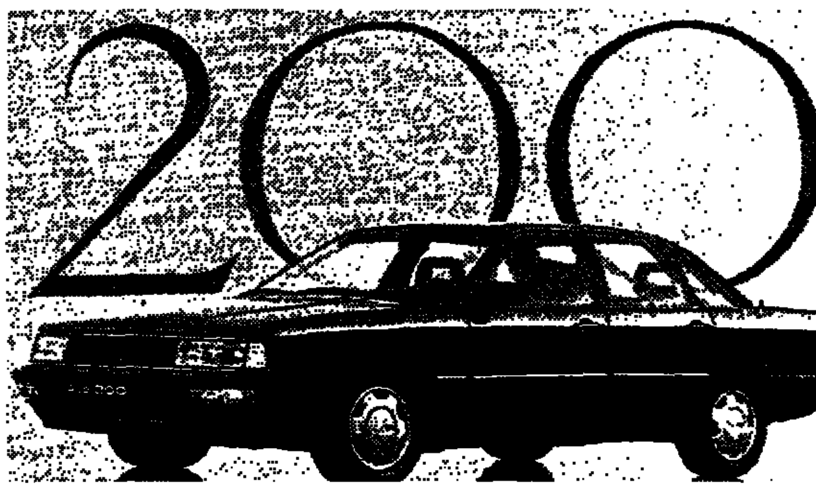
Bei der Vorstellung räumte Regierungssprecher Helmut Müller-Reinig ein, daß Nordrhein-Westfalen bislang an der Entwicklung und Herstellung wachstumsträchtiger Technologien „einen besonders geringen Anteil" habe. Wie jedoch diese Industrie ins Revier gezogen werden soll, weiß die Regierung jedoch auch nicht. Sie verläßt sich einmal mehr auf Appelle an die Wirtschaft für mehr Investitionen, zum anderen offensichtlich auf eine Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage.

So nimmt denn Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann dankbar zur Kenntnis, daß die Auftragslage besonders im Revier Anlaß „zu sehr erfreulichen Prognosen gäben". Farthmann: „Ich behaupte nicht, die Wende sei schon da. Die ganz erfreuliche Entwicklung zeigt aber, welche Potenz das Ruhrgebiet bedeutet." Farthmann weiß die Konjunkturdaten zu lesen, die auf eine wirtschaftliche Erholung deuten. Und er weiß auch, daß eine anhaltende Revitalisierung nur möglich ist, wenn sich die SPD dazu entschließt, Atomtechnologie und Kernkraft zu akzeptieren und gleichermaßen bereit ist, Unternehmern – etwa in steuerlicher Hinsicht – zu helfen, wenn sie im Ruhrgebiet investieren wollen.

Jürgen Gramke, Direktor des Kommunalverbandes Ruhrgebiet, verlangt drei stützende Säulen: Hilfe des Bundes und Hilfe des Landes und eine konzentrierte Anstrengung der Wirtschaft. Für ihn ist klar: „Das benötigt 12 bis 15 Jahre."

Der neue Audi 200 Turbo. Nicht nur technisch Spitzenklasse.





Der neue Audi 200 Turbo ist eine der schnellsten Limousinen der Welt. 134 kW/182 PS in 8,2 s von 0 auf 100 km/h. Spitze 230 km/h. Doch der neue Audi 200 Turbo bietet auch noch andere Spitzenwerte. Er glänzt mit niedrigem Verbrauch, einer der größten Sitzraumflächen und einer der großzügigsten Ausstattungen seiner Klasse. Anti-Blockier-System selbstverständlich serienmäßig. Ebenso Colorverglasung, Servolenkung, elektrische Fensterheber, Auto-Check-System, Leichtmetallräder und Zentralverriegelung.
Mit dem neuen Audi 200 Turbo bekommt die Spitzenklasse ganz neue Werte. Audi. Vorsprung durch Technik.

Neu: 3 Jahre Lackgarantie für alle neuen Audi.



Bei Ihrem V.A.G Partner

Bekenntnis zum Rechtsstaat und die Folgen

Maßregelung für einen BGS-Kommandeur, der sich öffentlich dagegen wehrte, diesen Staat zu verteufeln

HELMUT KAMPHAUSEN, Bonn

Am 1. Oktober dieses Jahres hielt Hermann Casel, Stabsoffizier und Abteilungskommandeur des Bundesgrenzschutzes (BGS), vor geladenen Gästen eine Rede, in der er ein deutliches Bekenntnis zu diesem Staat, der Bundesrepublik Deutschland, ablegte. Es war eine gute Rede. Mit langem und herzlichem Beifall dankten die Zuhörer. Es waren in der Mehrzahl Bürger der kleinen Stadt Bad Hersfeld im Grenzgebiet zur „DDR", in der die BGS-Abteilung in Garnison liegt.

Daß sich ein Offizier der Polizei des Bundes, das nämlich ist der BGS, so klar und eindeutig zur Rechtsstaatlichkeit unserer Republik bekannte, führte zu einer parlamentarischen Anfrage des Bundestagsabgeordneten Dr. Wendelin Enders (SPD). Er wollte unter anderem wissen, ob eine solche Rede sich „mit seinen (des Kommandeurs, die Red.) dienstlichen Obliegenheiten als Vorgesetzter in einer Bundesgrenzschutz-Einheit" vereinbare und ob der Kommandeur „im Hinblick auf das Ansehen des Bundesgrenzschutzes in seinem Amte weiterhin tragbar" sei.

Es ist nicht auszumachen, was den Dr. Enders von der SPD an der Rede so gestört hat, daß er eine besorgte Frage an das Innenministerium richtete. Waren es die Hinweise darauf, daß die Männer der BGS-Abteilung des Stabsoffiziers bei ihrem Einsatz an der Startbahn West in Frankfurt von Demonstranten als „SS-Bullen" und „Nazi-Schweine" beschimpft worden waren? Oder war es die Aufforderung an die im Saal anwesenden Lehrer: „Lassen Sie es nicht zu, daß dieser Staat, der beste, den wir auf deutschem Boden je hatten, verteufelt wird als Gegner seiner Bürger. Es stimmt nicht, es ist falsch, es ist blanke Demagogie."

„Die Begriffsakrobatik von Friedenskämpfern"

Hier ein Auszug aus der Rede, die Herrn Enders so sehr erregte: „Bei unseren Einsätzen werden wir mit dem konfrontiert, was heute die politische Realität in unserem Lande genannt zu werden pflegt. Situationen, die an Absurdität kaum noch zu überbieten sind. Die Begriffsakrobatik von Friedenskämpfern macht aus Blockaden gewaltfreien Widerstand. Das Zerstören von militärischen Objekten ist gewaltfrei. Die Nötigung von Personen dient dem Vorgehen gegen strukturelle Gewalt. Ziviler Ungehorsam, an Zivilcourage anklingend, soll den Gesetzesungehorsam gegen Gesetze nicht etwa einer Diktatur, sondern einer parlamentarischen Demokratie rechtfertigen. Die Regelverletzung oder der formale Rechtsverstoß sollen den Rechtsbruch verdecken beziehungsweise rechtfertigen."

„Eine sprachliche Perversion, die das Handeln von Friedenskämpfern moralisch legitimieren, das Handeln des Staates jedoch als kriminell charakterisieren soll. Legitimität gegen Legalität, wo Minderheiten eine Entscheidung der Mehrheit nicht in den Kram paßt. Einige berufen sich gar auf das Widerstandsrecht nach Paragraph 20 GG. Es ist deprimierend und entwürdigend für unsere Beamten, wenn sie angeblich verantwortungsbewußte Mitbürger, Abgeordnete und Pfarrer von Plätzen wegtragen müssen, an denen diese glauben, ihre Gesinnung darstellen zu müssen und dabei Gesetzesverstöße einschließen, nur weil sie glauben, das höhere Recht oder die bessere Moral auf ihrer Seite zu haben."

Die Frage des Abgeordneten Wendelin Enders (SPD) wurde vom Parlamentarischen Staatssekretär Carl-Dieter Spranger beantwortet. Es heißt in der Antwort unter anderem: „...: Ich habe veranlaßt, daß der Kommandeur des Grenzschutzkommandos Mitte 2 im Rahmen der Dienstaufsicht angehalten wird, künftig die einem Beamten obliegende Pflicht zur Zurückhaltung und Mäßigung bei politischen Äußerungen zu beachten ..."

Nun ist es zweifellos eine politische Äußerung, wenn sich ein Beamter der Polizei des Bundes ausdrücklich zu unserem Staat bekennt und darauf hinweist, daß Minderheiten durch semantische Tricks versuchen, das Rechtsbewußtsein unseres Volkes zu verändern. Leider geschieht es viel zu selten, daß solche Reden von Beamten gehalten werden. Um so verwunderlicher ist es, daß sich der Dienstherr des betroffenen Beamten nicht vorbehaltlos vor ihn stellt. Die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs hat jedenfalls das Offizierkorps des BGS nicht zufriedengestellt. Nicht zuletzt auch deshalb, weil es ein Grenzschutzkommando Mitte 2 gar nicht gibt. Die Einheit heißt Grenzschutzabteilung Mitte 2. Das sollte der für den BGS zuständige Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium eigentlich wissen.

Der Abgeordnete erwartet eine Rüge für den Offizier

Befriedigt äußerte sich allerdings der Abgeordnete Dr. Wendelin Enders. Er glaubt mit seiner parlamentarischen Anfrage einen wichtigen Beitrag geleistet zu haben, der sich auch auf die Ernennung künftiger Kommandeure auswirken werde. So jedenfalls sagte er es einer Lokalzeitung. Aber er wird trotzdem noch eine weitere parlamentarische Anfrage an den Bundesinnenminister stellen. Er will wissen, wann dem BGS-Kommandeur der BGS-Abteilung Mitte 2 eine Rüge erteilt wird. Hoffentlich nutzt diesmal das Bundesinnenministerium die Gelegenheit, um deutlich zu machen, daß Beamte, die sich ausdrücklich und öffentlich zu diesem Staat bekennen, nur etwas Selbstverständliches tun. Oder ist das in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr selbstverständlich?

Zahl der Aussiedler weiter gesunken

dpa, Moskau

Die Zahl der deutschen Aussiedler aus der Sowjetunion hat im vergangenen Monat einen neuen Tiefstand erreicht. Im November genehmigten die sowjetischen Behörden nach Angaben der Deutschen Botschaft in Moskau lediglich 69 Ausreiseanträge. Das ist die bisher niedrigste Monatsquote in diesem Jahr.

Damit haben bisher seit Januar nur 1260 Rußlanddeutsche die UdSSR verlassen können. Bereits 1982 konnten nur knapp 2000 deutsche Aussiedler die Sowjetunion verlassen. Obwohl die Sowjetunion offiziell behauptet, daß der Strom der Aussiedler langsam versiege, warten viele Rußlanddeutsche schon seit Jahren auf ihre Ausreise.

FDP hält an Steuerreform fest

AP, Mainz

Die FDP-Bundestagsfraktion und Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff halten nach Angaben des wirtschaftspolitischen Sprechers der Fraktion, Helmut Haussmann, an einer Steuerreform noch in dieser Legislaturperiode fest. Haussmann sagte gegenüber der „Allgemeinen Zeitung" in Mainz, weitere Fortschritte bei der Sanierung der Bundesfinanzen seien die Voraussetzung, „dem Bürger bis 1987 die heimlichen Steuererhöhungen zurückzugeben". Das Bundesfinanzministerium strebt dagegen den 1. Januar 1988 an. Haussmann sprach sich dagegen aus, zur Finanzierung die Mehrwertsteuer zu erhöhen, und verwies auf andere Quellen wie den Subventionsabbau.

Hörer mit DLF zufrieden

dpa, Köln

Der Deutschlandfunk gilt bei seinen Hörern als „ausgesprochen informativ, sachlich und objektiv". Etwa die Hälfte seiner Hörer spricht, unabhängig von persönlicher Parteipräferenz, dem Sender eine politische „Position in der Mitte" zu, jeweils ein Viertel beurteilt das Programm als „eher rechts oder links von der Mitte".

Dies ist das Ergebnis einer Repräsentativuntersuchung, die der Kölner Sender jetzt veröffentlichte. Auch im Rundfunkrat war wiederholt von Unausgewogenheit des Programms gesprochen worden. Intendant Richard Becker erklärte, die Untersuchung bestätige, daß nicht politische Einseitigkeit die Ursache des Hörerschwundes sei.

Jugendliche gegen Raketen in CSSR

AP, Wien

In der Tschechoslowakei haben Schüler und Studenten nach zuverlässigen Informationen aus Emigrantenkreisen eine Eingabenkampagne geben die Stationierung neuer sowjetischer Atomraketen in ihrem Land eingeleitet. Die Aktion sei in bezug auf Umfang und Spontanität bisher einzigartig. Petitionen, für die Unterschriften gesammelt würden, seien in Brünn und anderen großen Städten im Umlauf. Nach diesen Wiener Informationen, die sich auf Angaben von Dissidenten in der CSSR stützen, hat die dortige Polizei auf die Aktion mit Vernehmungen und Drohungen reagiert. Lehrer und Universitäts-Rektoren seien ebenfalls zur Bekämpfung der Aktion eingeschaltet worden.

Moskaus modernisierte Raketen

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Die Sowjetunion, die es gewohnt ist, Rüstungsmaßnahmen hinter dem Schleier des Geheimnisses vorzunehmen, ist von dieser Regel abgewichen, als es ihr darum ging, die Verwirklichung des Nachrüstungsbeschlusses der NATO zu verhindern: Als „Nachrüstung" und „Gegenmaßnahme" ihrerseits kündigte sie an, sie werde Raketen kürzerer Reichweite in der „DDR" und Tschechoslowakei stationieren. Staats- und Parteichef Andropow ließ erklären, die Ankündigung werde in die Tat umgesetzt, nun da Moskau gezwungen gewesen sei, die Genfer Verhandlungen zu verlassen.

Dieser sowjetische Schritt ist in der NATO als undramatisch und zurückhaltend gewertet worden. Eine derart kühle westliche Reaktion auf eine von Moskau in aller Öffentlichkeit beschriebenen Maßnahme zur „Raketen-Aufrüstung" läßt sich nur erklären, wenn der Hintergrund bekannt ist. Im Kern ändert sich nämlich in Osteuropa nichts, der Schritt Moskaus zielt auf psychologische Wirkung in Ost und in West ab. Unter der Bedrohung durch sowjetische Raketen kürzerer Reichweite lebt die NATO schon seit 20 Jahren.

Anfang der sechziger Jahre führte Moskau bei seinen Verbänden und zum Teil auch bei den nichtsowjetischen Truppen des Warschauer Pakts Waffen ein, die in die sowjetischen Terminologie als „taktisch" und „operativ/taktisch" beschrieben werden. Es handelte sich um Raketen, die in der NATO die Bezeichnungen „Frog", „Scud" und „Scaleboard" erhielten. Ihre Reichweite liegt je nach Typ zwischen 70 und 900 Kilometern. Gegenüber dem NATO-Abschnitt Zentraleuropa wurden nach Darstellung zuverlässig informierter Stellen 1455 Raketen dieser drei Typen stationiert.

Die größte Reichweite besitzt die „Scaleboard"-Rakete. Sie ist organisatorisch bei den sowjetischen Heeresgruppen (Front) und Militärbezirken untergebracht, und zwar jeweils in Form einer Brigade bestehend aus drei schießenden Bataillonen mit jeweils vier bis sechs mobilen Abschußrampen.

Die Organisationsform der Brigade mit drei schießenden Bataillonen besitzen auch die sowjetischen „Scud"-Verbände. Sie sind jedoch zahlreicher. Jede sowjetische Armee verfügt über eine „Scud"-Brigade. Zusätzlich wurden auf der höheren Ebene der militärischen Organisation ebenfalls noch „Scud"-Brigaden angesiedelt. Das bedeutet, daß in der „DDR" schon seit vielen Jahren insgesamt sieben Brigaden mit dieser etwa 300 Kilometer weit reichenden Atomrakete stationiert sind: bei jeder der fünf Armeen jeweils eine und zwei bei der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der „DDR".

Die 70 Kilometer weit fliegende Atomrakete „Frog" ist die Waffe der sowjetischen Divisionsartillerie.

DIE ● ANALYSE

Nach sowjetischer Doktrin handelt es sich um eine taktische Waffe, die nach artilleristischen Grundsätzen das Feuer in die Tiefe des vor ihr liegenden Gefechtsfeldes tragen soll. Die Organisationsform für diese Waffe ist das „Frog"-Bataillon mit zwei schießenden Batterien, die jede über zwei mobile Abschußrampen verfügen. „Frog" ist die älteste und am weitesten verbreitete Atomwaffe der Sowjets in dieser Kategorie. Die NATO hat 730 Frogs gegenüber Mitteleuropa gezählt.

Anfang der siebziger Jahre unternahm die Sowjetunion Testflüge mit einer neuen Generation von Raketen, die die drei eben genannten Typen im Zuge der Modernisierung ablösen sollten. Dieser Prozeß, auf den das NATO-Oberkommando schon 1977 aufmerksam machte, setzte in den späten siebziger Jahren ein und ist noch nicht abgeschlossen. Offenbar legten die Sowjets das Schwergewicht der Produktion auf die SS-20-Mittelstreckenraketen mit 5000 Kilometer Reichweite, die jeweils über drei Gefechtsköpfe verfügt.

Experten nehmen an, daß die neuen sowjetischen Raketen kürzerer Reichweite, sie sind unter den NATO-Bezeichnungen SS 21 (für „Scud"), SS 22 (für „Scaleboard) und SS 23 (für „Frog") bekannt, neue atomare Gefechtsköpfe erhielten. Angesichts der Forderungen an das SS-20-Programm kam die sowjetische Industrie dabei nicht nach. Nach dem Urteil der Experten sind die neuen Raketen in der Reichweite etwas verbessert. Gleichfalls sei ihre Treffgenauigkeit gestiegen. Um die Modernisierung in Grenzen zu halten, entwickelte die sowjetische Kriegsindustrie Modelle, die auf die alten Startrampen passen. Damit konnte eine ganze Fahrzeug-Generation erhalten bleiben und mußte nicht auch wie die Raketen „runderneuert" werden.

Die Ankündigung Andropows ist gegenüber diesem Hintergrund nur noch als „Bluff" zu verstehen. Die sowjetische Propaganda hatte bei der Schilderung der NATO-Nachrüstung die Bedrohung der Sowjetunion in so düsteren Farben geschildert, daß Brüsseler Experten annehmen, Moskau sei der eigenen Bevölkerung eine Reaktion dieser Art schuldig gewesen, schon um durch das Ausbleiben eines solchen Schrittes nicht zur Entwicklung eines Minderwertigkeitskomplexes beizutragen. Die Staatsführungen der „DDR" und Tschechoslowakei kennen natürlich das Problem, müssen aber auf Kosten neuer Angstgefühle in ihrer eigenen Bevölkerung das sowjetische Spiel mitmachen.

In der NATO hat man keine Anzeichen dafür, daß die Sowjetunion die bisherige Organisationsform der „taktisch-operativen" Raketen verläßt oder zusätzliche Verbände dieser Art einführt. Die Entwicklung wird von der Aufklärung der NATO-Staaten beobachtet. Das Bündnis beurteilt die Modernisierung dieser Raketentypen auch als zunehmende Bedrohung Westeuropas. Nur weiß man, daß dies sich auf alle Fälle ereignet hätte, egal ob im Westen nachgerüstet wurde oder nicht. (SAD)

Bund sucht Investoren

Mautgebühren als Anreiz für Elbtunnel-Bau

Nea. Frankfurt

Für zwei spektakuläre Verkehrsprojekte zieht die Bundesregierung private Geldgeber in Erwägung: Für einen dritten Elbtunnel zwischen Hamburg und Stade und für die Übernahme des Fährverkehrs auf der sogenannten Vogelfluglinie zwischen Deutschland und Dänemark.

Den Anlaß für solche Überlegungen, wie sie vor einem Frankfurter Journalistenkreis am Montag der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Dieter Schulte (CDU), erstmals öffentlich bekanntmachte, bietet eine dringend notwendige Investition. Das Fährschiff „Theodor Heuss" muß von Grund auf renoviert werden. Die dafür erforderlichen Kosten von rund 100 Millionen Mark jedoch können Bund und Deutsche Bundesbahn, wie Schulte sagte, nicht aufbringen.

„Daß im Lande finanzielle Mittel vorhanden sind, wissen wir", meinte Schulte. „Warum sollte also jemand sein Geld, statt eine Ranch in Texas zu kaufen, nicht in ein Projekt der Bundesbahn stecken?" Man wolle versuchen, entsprechende Kapitalgeber für die Übernahme des Fährbetriebes zu gewinnen.

Ein dritter Elbtunnel ist zwar zur Zeit nicht geplant. Aber ein solches Projekt könnte – genauso wie übrigens auch eine Untertunnelung der Unterweser zwischen Bremen und Bremerhaven – große Verkehrsströme von den Ballungszentren Hamburg (oder Bremen) abziehen und so die vorhandenen Straßen, Brücken bzw. Tunnel entlasten. Auch hier könnten, wie Schulte meint, private Geldgeber in die Bresche springen. Der Bund sei im Ernstfall sogar bereit, das entsprechende Gesetz zu ändern und den Tunnelbetreibern die Erhebung einer Mautgebühr von allen Benutzern des Tunnels zu gestatten. Viele Autofahrer würden bereit sein, sich die Abkürzung ihrer Fahrt mit einer solchen Gebühr zu erkaufen.

Als dritte Möglichkeit einer stärkeren Nutzung privaten Kapitals im Interesse des öffentlichen Verkehrs und speziell der Deutschen Bundesbahn nannte der Staatssekretär die bereits diskutierte private Überbauung von Bahnhöfen. Hier könne die Bahn auf ihren umfangreichen Grundbesitz zurückgreifen.

Die Bundesbahn werde bis 1990 nicht nur ihre bisher ständig steigende Neuverschuldung abgebaut haben, sondern auch ein neues, moderneres Gesicht zeigen. So ist zum Beispiel analog zum Intercity-System des Personenverkehrs ein „Intercargo"-System (der Name ist noch umstritten) in der Planung. Durch Verringerung und Vereinfachung der Rangiervorgänge soll erreicht werden, daß ein in Köln um 20 Uhr angeliefertes Frachtgut am anderen Morgen um 5 Uhr in Stuttgart für den Kunden abholbereit daliegt. Andernfalls soll die Bahn eine Vertragsstrafe zahlen.

START: Noch keine Klarheit über Zukunft

dpa, Genf

Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Begrenzung der nuklearen Interkontinentalraketen (START) werden voraussichtlich noch am morgigen Donnerstag in Genf abgeschlossen werden. Offen blieb nach der gestrigen Sitzung, ob ein Termin für die Wiederaufnahme der Beratungen nach der Weihnachtspause festgesetzt wird oder ob die Verhandlungen – ebenso wie die über die Mittelstreckenraketen (INF) – abgebrochen werden.

Der sowjetische Chefdelegierte Viktor Karpow hatte sich dazu gestern vor der dritten derartigen Zusammenkunft – seit dem Abbruch der INF-Verhandlungen am 23. November – nicht äußern wollen. „Sie werden am Donnerstag von uns hören", beschied er Journalisten, die ihn am Eingang der amerikanischen Dienststelle erwarteten. Karpow sagte außerdem: „Ich habe dem nichts hinzuzufügen, was gestern in Moskau gesagt wurde."

Er bezog sich dabei offensichtlich auf den vom sowjetischen stellvertretenden Verteidigungsminister Orgakow auf der Moskauer Pressekonferenz am Montag an die USA gerichteten Vorwurf, auch die Gespräche über die strategischen Atomwaffen in Genf durch ihre „Unnachgiebigkeit" zu gefährden (s. WELT v. 6. 12.).

Das Treffen der beiden Delegationen hatte gestern genau eine Stunde und fünf Minuten gedauert.

„Konservative" setzten sich durch

Hoher Wahlsieg der „Lebendigen Gemeinde" in Württemberg / Signal für EKD?

XING-HU KUO, Stuttgart

Mit einem unerwartet hohen Sieg für die als „konservativ" geltende „Lebendige Gemeinde" ist die Wahl der 10. Landessynode der evangelischen württembergischen Landeskirche zu Ende gegangen. Diese Gruppe, bisher mit 43 Synodalen im 9. Kirchenparlament schon die stärkste Richtung in der schwäbischen Kirche, errang am Wahlsonntag 50 Prozent aller Stimmen. Mit 45 Synodalen (von insgesamt 90 Sitzen) verfehlte diese auch stark vom Pietismus geprägte Gruppe knapp die absolute Mehrheit.

Fast 30 Prozent der rund 1,7 Millionen Wahlberechtigten in dieser zahlenmäßig und finanziell starken Landeskirche (2,6 Millionen Mitglieder, ein ausgewogener Haushalt von rund 400 Millionen DM) beteiligten sich an der Synodenwahl, 1,6 Prozent weniger als vor sechs Jahren.

Dieser Wahl in Württemberg wird bundesweit besondere Bedeutung beigemessen, nicht nur wegen der Relevanz dieser traditionsreichen Kirche, die im nächsten Jahr ihr 450jähriges Bestehen feiert. In der schwäbischen Kirche werden die Synodalen nämlich in einer „Urwahl" direkt gewählt, ein bundesweit einmaliges Beispiel einer direkten Demokratie in der Kirche. In anderen Landeskirchen hat sich diese seit 1964 in Württemberg bewährte Form der Direktwahl trotz immer wieder erhobenen Forderungen noch nicht durchsetzen können. Vielmehr werden die Synodalen nur mittelbar ins Kirchenparlament entsandt. Verluste mußten die Vertreter der zur Mitte zählenden Gruppe „Evangelium und Kirche" hinnehmen: sie sind in der Synode nur noch mit 24 (statt 27) Sitzen vertreten.

Die Stellung halten konnte die als „fortschrittlich" und eher „links" eingestufte „Offene Kirche". Nach wie vor bleibt sie mit 21 Vertretern in der Landessynode die kleinste Gruppe in der württembergischen Landeskirche.

In einer ersten Stellungnahme betonte der Sprecher der erfolgreichen „Lebendigen Gemeinde", der Schorndorfer Dekan Rolf Scheffbuch gegenüber IDEA, das erklärte Ziel der „oft in Koalition auftretenden anderen zwei Gruppen" sei nicht erreicht worden, nämlich „die Macht der Lebendigen Gemeinde zu brechen". Das Gegenteil sei vielmehr eingetreten.

Gemeinsam mit dem Landesbischof Hans von Keler wolle die siegreiche Gruppe sich weiterhin darum bemühen, so der einflußreiche Dekan weiter, eine „Ausartung" der Kirche zu einer „Allerweltsvereinigung" zu verhindern. Ziel der Kirche müsse es sein, „wirkliche Kirche zu bleiben und sich nicht in politischen Tagesfragen zu verlieren". Die „Offene Kirche" hat beispielsweise in der Friedensdiskussion mehrere, allerdings vergebliche Anläufe unternommen, eine eigene Erklärung der württembergischen Landeskirche gegen die Nachrüstung durchzusetzen. Das Wahlergebnis zeige vielmehr, so der Sprecher der „Lebendigen Gemeinde" weiter, daß die Mehrheit der Kirchenmitglieder eine „Erneuerung" der Kirche wünsche.

Auch personell hat sich die neue Synode stark verändert. So wird der bisherige Präsident des Kirchenparlaments, Martin Holland, nicht mehr Einzug halten können. Er unterlag in seinem Wahlkreis Leonberg einem Vertreter der „Offenen Kirche". In der evangelischen Landeskirche Badens wurden am zweiten Adventssonntag die Kirchenältesten (jedoch nicht die Synodale) gewählt. Dort gingen 22,1 Prozent der 1,1 Millionen Wahlberechtigten an die Wahlurnen (1977: 23,3 Prozent). 60 Prozent der bisherigen lokalen Kirchenvertreter wurden in ihren Ämtern bestätigt, teilte der Oberkirchenrat in Karlsruhe mit.

Das Rundschreiben.

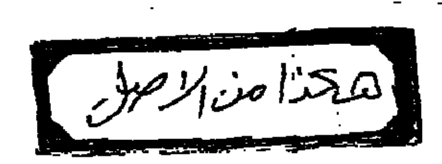
Rundschreiben per Telex. Das heißt, einmal eingegebene Texte automatisch an bis zu 30 Partner gleichzeitig übermitteln. Berichte, Bestätigungen, Anfragen oder Angebote – immer wenn Information sicher übermittelt werden muß und ein Zeitvorsprung entscheidend sein kann. Rund 150000 Teilnehmer bei uns und mehr als 1,4 Millionen Teilnehmer in aller Welt nutzen das Telexnetz. Untersuchungen besagen, daß bereits bei 3 abgehenden Fernschreiben pro Tag Kostenvorteile erreicht werden können. Moderne Fernschreiber sind so einfach zu bedienen wie Schreibmaschinen. Sie arbeiten genauso leise und sollten für eine optimale Nutzung so nah wie möglich an den Arbeitsplatz herangeführt werden. Und auch das ist gut zu wissen: Wer am Telexdienst teilnimmt, hat auch Zugang zum neuen Teletexdienst. Über die zusätzlichen Leistungsmerkmale von Telex wie Kurzwahl, Direktruf, Rundschreiben, Gebührenzuschreiben usw. berät Sie gern der Technische Vertriebsberater Ihres Fernmeldeamtes. Die Rufnummer finden Sie im Telefonbuch unter Post.

Ihr 1-Minuten-Telex im Selbstwähldienst kostet rechnerisch:

in unserem Netz zum Nachttarif von 18–8 Uhr	13,33 Pf
tagsüber von 8–18 Uhr im Zentralvermittlungsstellen-Bereich	40 Pf
im Weitverkehrsbereich	60 Pf
zu den angrenzenden Ländern	80 Pf
zu den übrigen europäischen Ländern und Nordafrika	0,90 bis 1,00 DM
nach USA, Kanada, Australien	3,30 DM
zu anderen überseeischen Ländern	6,60 und 7,80 DM

Post – Partner für Telekommunikation

Post



„Bruderkämpfe“ in der islamischen Welt beklagt

Außenministerkonferenz von 43 Staaten in Dhaka

AP/dpa, Dhaka

Eine fünftägige Außenminister-Tagung der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) hat gestern in der bengalischen Hauptstadt Dhaka begonnen. Nach Angaben eines Konferenzsprechers werden das Zypern-Problem und die Kämpfe zwischen den verschiedenen Palästinensergruppen im Mittelpunkt der 14. Konferenz der islamischen Außenminister stehen.

Vor 29 anwesenden Außenministern drückte der Chef der Militärregierung von Bangladesch, General Hussain Muhammed Ershad, in der Eröffnungsrede seine Sorge über die zahlreichen inneren Konflikte innerhalb der islamischen Welt aus, die es den 43 Mitgliedstaaten der islamischen Konferenz-Organisation schwer machten, ihre gemeinsamen Interessen nach außen zu verteidigen. Er forderte die Staaten zu mehr Solidarität auf, anstatt ihre Kräfte in „Bruderkämpfen“ aufzuzehren, die ihren Einfluß auf das Weltgeschehen reduzierte.

Ershad appellierte daher besonders an Iran und Irak, den seit über drei Jahren andauernden Golf-Krieg zu beenden. Er zeigte Verständnis für den Wunsch der türkischen Zyprer nach einem eigenen Bundesstaat auf der Mittelmeerinsel. Als weitere Konfliktherde nannte er den Bürgerkrieg in Tschad, die Auseinandersetzung um Westsahara und die fortdauernde sowjetische Besetzung Afghanistans. Ershad forderte die Teilnehmer auf, jegliche ausländische Einmischung in andere Länder sowie das Apartheid-Regime zu verurteilen, und bedauerte das fortwährende Blutvergießen in Libanon.

Der Generalsekretär der islamischen Konferenz-Organisation, Habib el-Chatti, kritisierte das kürzlich abgeschlossene amerikanisch-israelische Abkommen als Bedrohung für die islamische Welt. Er sagte ferner, die Organisation würde weiterhin alles unternehmen, um den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan durchzusetzen. Chatti versicherte, die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) könne auch in Zukunft mit der Unterstützung durch die Islamische Konferenz rechnen.

Die PLO wird auf der fünftägigen Tagung in Dhaka durch ein Mitglied des PLO-Exekutiv-Ausschusses vertreten, der Yassir Arafat nahesteht. Zu den Beobachtern der Konferenz gehört auch die kürzlich proklamierte Türkische Republik Nordzypern, die eine Delegation unter ihrem Außenminister Kenan Atakol entsandt hat.

Die islamischen Außenminister wollen in ihren fünftägigen Gesprächen das vierte islamische Gipfeltreffen vorbereiten, das für Mitte Januar in Marokko geplant ist. Nicht alle 43 Mitgliedsstaaten werden in Dhaka von ihren Außenministern repräsentiert. Wegen der Krisensituation auf der arabischen Halbinsel haben unter anderem Libanon, Syrien, Saudi-Arabien und Jordanien Vertreter geschickt.

Die Plätze Afghanistans und Ägyptens blieben bei der Außenminister-Tagung leer. Die Mitgliedschaft Afghanistans war wegen der sowjetischen Okkupation ausgesetzt worden. Die Mitgliedschaft Ägyptens wegen des Friedensvertrages mit Israel.

In diplomatischen Kreisen wird erwartet, daß einige Teilnehmer beantragen werden, die Suspendierung der Mitgliedschaft Ägyptens aufzuheben.

Spaniens KP rückt weiter auf Spaltung zu

AFP, Madrid

Wenige Tage vor dem Parteitag der spanischen Kommunisten hat sich die Gefahr einer Spaltung der KPS verstärkt. Zumindest wurde wahrscheinlicher, daß sich der im bisherigen Zentralkomitee in der Minderheit stehende frühere Generalsekretär Santiago Carrillo auf dem Kongreß Mitte des Monats durchsetzen kann.

Am Wochenende hat der neue Generalsekretär Gerardo Iglesias bei der Wahl der 810 Kongreßdelegierten eine schwere Niederlage erlitten. In sieben der insgesamt elf Regionalverbänden wurden praktisch keine Gefolgsleute von Iglesias in die Parteitagsvertretung gewählt.

Am schlimmsten war die Schlappe in Madrid, wo von den 103 Delegierten nur einer zum Lager des Generalsekretärs gehört; ähnlich war das Ergebnis in Valencia. Die hitzigen Debatten vor den Abstimmungen waren zum größten Teil durch persönlichen Attacken und Beleidigungen geprägt.

Damit ist die Krise in der KP noch explosiver geworden. Sie entstand vor mehr als einem Jahr durch die Bestrebung von Iglesias, die Partei auf eine breitere ideologische Basis zu stellen, um sie zum Sammelbecken der Linken zu machen. Dieser Versuch einer Öffnung für den linken Flügel der Sozialisten wird von Carrillo – dem großen alten Mann der spanischen KP, der die Partei jahrzehntelang beherrschte – als „Ausverkauf“ verurteilt.

Im Hinblick auf den Parteitag startete er eine eigene Kampagne, auf der er sich zur russischen Oktoberrevolution, zu Marx und Lenin bekannte. Zum Schrecken der offiziellen Parteiführung erntete Carrillo bei der Basis Stürme des Beifalls.

„Wir wollen Martschenko retten“

Komitee fordert Freilassung des sowjetischen Dissidenten und Revision seines Prozesses

WALTER H. RUEB, Lausanne

Vor zwei Jahren wurde Anatoli Martschenko, Verfasser des ersten Buches über die nach-stalinistischen Lager in der Sowjetunion, zu zehn Jahren strengster Lagerhaft und anschließender fünfjähriger Verbannung wegen antisowjetischer Agitation verurteilt. „Das ist bereits die sechste Haftstrafe dieses Verteidigers der Menschenrechte“, heißt es in einer Erklärung des „Komitees Martschenko“, das sich in Lausanne konstituiert hat und dem bekannte sowjetische Dissidenten sowie viele bedeutende Persönlichkeiten der freien Welt angehören.

Das Komitee hat sich zum Ziel gesetzt, das moralische Bewußtsein des Westens aufzurütteln – in der Überzeugung, daß die hier lebenden Dissidenten ihre Freiheit vor allem dem Druck der internationalen öffentlichen Meinung verdanken. „Wir bezeugen hiermit unseren Willen, Anatoli Martschenko zu retten“, heißt es in der Erklärung des Komitees weiter. „Wir verlangen eine Revision seines regelwidrigen Prozesses, seine Freilassung und gegebenenfalls eine Ausreisemöglichkeit für ihn und seine Familie.“

Nach Verbüßung der Strafe taub und krank

Martschenko wurde 1938 in der sibirischen Kleinstadt Barabinsk geboren. Nach achtjährigem Schulbesuch landete er als Arbeiter in Nowosibirsk, später als Leiter einer Bohrgruppe in Karaganda. Bei einem Streit zwischen Arbeitern und tschechoslowakischen Auswanderern engagierte er sich und wurde darauf wegen Aufwiegelei und Anstiftung erstmals verurteilt.

Nach Verbüßung der Strafe war Martschenko taub und seine Gesundheit ruiniert, sein Geist aber hellwach. Sein Buch „Meine Zeugenaussage“ wurde heimlich in Umlauf gebracht. Die härteste jemals zu Papier gebrachte Abrechnung mit den sowjetischen Gefängnispraktiken erregte Aufsehen. Martschenko gab sich damit aber nicht zufrieden, sondern engagierte sich außerdem bei einer Kampagne gegen Konzentrationslager und für eine Unterstützung des tschechoslowakischen Volkes.

Dieses hatte es ihm angetan. Martschenko verfaßte im Juli 1968, einen Monat vor dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in Prag, eine Solidaritätserklärung mit den Kommunisten der CSSR und sandte diese führenden kommunistischen Zeitungen nach Moskau, Paris, Rom und London. Wenige Tage nach dem Ende der Dubcek-Ära wurde Martschenko deportiert. Man warf ihm antisowjetische Propaganda vor. Der unbequeme Mann verschwand für weitere drei Jahre in einem Lager.

Zwei Jahre nach der Rückkehr aus der Verbannung heiratete Martschenko, 1973 wurde sein Sohn Pavel geboren, 1975 war die nächste Verurteilung fällig. Sie lautete auf vier Jahre Deportation. Aus dem Waldkombinat, in dem er leben mußte, schickte er den berühmt gewordenen „Brief eines sowjetischen Arbeiters“ an den amerikanischen Gewerkschaftskongreß von AFL/CIO.

Martschenko gab auch nach der neuerlichen Entlassung nicht klein bei, sondern setzte seinen Kampf für die Menschenrechte fort. Nachdem er sich einer Ausweisung widersetzt hatte, wurde Martschenko im Frühjahr 1981 erneut verhaftet und schließlich mit der bisher schwersten Strafe belegt. Der Verurteilte verbüßt die Strafe im Camp Nummer 35 eines „Arbeitslagers zur Neuanpassung“ in Sibirien.

Die politische und soziale Realität in seiner Heimat hat Martschenko in den vergangenen Jahren veranlaßt, neben Artikeln und offenen Briefen mitreißende und anklagende Bücher zu schreiben. Nach „Meine Zeugenaussage“ entstand „Ein Hungerstreik“, dann das Werk „Offener Brief an den Akademiker P. L. Kapitsa“. Weder Drohungen noch Verurteilungen haben Martschenko von seinem Ziel abzubringen vermocht, die Menschenrechte auch in der UdSSR zu verwirklichen. Beim „Komitee Martschenko“ in Lausanne hofft man, daß sich durch den Druck der Öffentlichkeit das Los des Verurteilten bessert.

53 Tage dauerte sein längster Hungerstreik

Aus gesundheitlichen Gründen wäre dies dringend erforderlich. In einem medizinischen Gutachten des Lausanner Komitees heißt es dazu: „Anatoli Martschenko leidet seit 1957 an Mittelohrentzündung. Sie blieb unbehandelt und hat sich zum chronischen Zustand entwickelt, aus dem sich fast völlige Taubheit ergab. 1966 litt Martschenko an einer vereiterten Hirnhautentzündung, die ebenfalls nicht gepflegt wurde. Der Gesamtzustand Martschenkos ist als Folge von Haft, Unterernährung und schlechter Qualität der Nahrung alarmierend. Außerdem leidet er an chronischer Gastritis und Arthritis, an Verminderung des Sehvermögens und ist zeitweise das Opfer von Lähmungen. Wiederholt machte Martschenko Hungerstreiks. Der längste dauerte 53 Tage.“

UNO fordert Kampagne gegen Südafrika

AP/AFP, New York

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat die USA und Israel wegen ihrer „zunehmenden Kollaboration“ mit der weißen Minderheitsregierung Südafrikas verurteilt und den Sicherheitsrat aufgefordert, umfassende und bindende Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen. In der mit 124 gegen 16 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommenen Resolution werden zugleich alle in den Massenmedien Beschäftigten sowie deren Berufsverbände aufgefordert, sich in den Dienst einer internationalen Kampagne gegen Südafrikas Rassenpolitik zu stellen.

Zum Abschluß ihrer Apartheidsdebatte hatte die Vollversammlung mit großer Mehrheit elf Resolutionen verabschiedet, in denen sie unter anderem die Einstellung jeder Zusammenarbeit mit Pretoria im Nuklearbereich fordert.

Litauischer Priester zu Haft verurteilt

dpa, Moskau

Der katholische Priester Sigitas Tamkiavicius aus Litauen ist wegen „antistaatlicher Agitation und Propaganda“ zu sechs Jahren Freiheitsentzug und vierjähriger Verbannung verurteilt worden. Er hatte zusammen mit dem katholischen Pfarrer Alfonsas Svarinskas, der im Mai zu sieben Jahren Haft verurteilt worden war, das „Katholische Komitee zur Verteidigung der Rechte der Gläubigen“ mitbegründet. Das Gericht beschuldigte Tamkiavicius unter anderem, die Gläubigen zu illegalen Aktionen aufgehetzt zu haben. Außerdem hätten die beiden Kirchenleute eine illegale Chronik der katholischen Kirche herausgegeben.



Jetzt zu BMW.

Niemals war es leichter, der persönlichen Einstellung zum Automobil den richtigen BMW zu geben.

Wir haben alles getan, um überzeugte BMW Fahrer in der Meinung zu bestärken, daß man einen BMW fahren muß, um so gut wie in einem BMW zu fahren. Doch wir haben dabei nicht jene vergessen, für die es bisher noch Gründe gab, nicht dabei zu sein.

Die i-, die e- und die td-Linie in der 5er Reihe: Niemals mit weniger BMW. Aber mit immer mehr individuellen Akzenten.
Wenn Sie genau wissen, warum Sie nicht BMW fahren, wissen Sie nicht mehr genug. Schon in der gehobenen Komfort- und Leistungsklasse der 5er Reihe kann man BMW Qualität auf ganz unterschiedliche Art und Weise erfahren: z.B. mit dem BMW 520i, BMW 525e oder BMW 524td.

BMW 520i: die klassische BMW Dynamik.
Bei BMW erwerben Sie bereits in der wirtschaftlichen Hubraumgröße von 2 l die Merkmale der großen Klasse – die bekannte Faszination der BMW 6-Zylinder-Triebwerke.
Beim BMW 520i bedeutet das: kultivierteste Leistungsentfaltung und turbinenhafte Drehfähigkeit bis in höchste Drehzahlen.
Eine der vielen neutralen Bestätigungen (Welt 18.6.83): »...gelten die Triebwerke (von BMW) – vor allem die 6-Zylinder – unter Fachleuten als Weltspitze in puncto Laufkultur und Leistungsentfaltung.«
Schlußfolgerung: Wer in der 2 l-Klasse mit 4 oder 5 statt 6 Zylindern zufrieden ist, fährt nicht erste Wahl.

BMW 525e: Die Alternative heißt aktive Gelassenheit.
Für Fahrer, die nicht auf Leistung verzichten wollen, zugleich aber stark auf Komfort ausgerichtete Forderungen an ihr Automobil stellen, bietet das eta-Konzept von BMW eine neue Form von Leistungsfähigkeit. Kombiniert mit einer für Ottomotoren dieser Klasse beispielhaften Energie-Ökonomie.
Diese neue Generation von Ökonomiemaschinen fand umgehend die entsprechende Würdigung. Nicht ein einseitig auf extremen c_W-Wert ausgelegtes Automobil, sondern eben das Konzept vom integrierten Motor-Getriebe-Management des BMW 525e hat den Energiespar-Preis '83 des Kraftfahrer-Schutzbundes (KS) gewonnen.

BMW 524td: Der erste Diesel auf BMW Niveau.
Der neue BMW 524td verbindet erstmals die dieseltypisch günstigen Verbräuche mit einem für Dieselfahrzeuge bisher unbekannt hohen Maß an aktiver Sicherheit. Er bietet ein ungewöhnliches Temperament, die Laufkultur eines BMW 6-Zylinders und eine besonders hohe Gesamtwirtschaftlichkeit.
Dazu die FAZ vom 22.6.83: »Von den alten Minuspunkten des Diesels ist nichts mehr übriggeblieben. Statt lahm und lasch steht schnell und stark, statt rauh und ruppig kommen Kraft und Kultur!« Und weiter: »...ein Aggregat..., das für künftige Entwicklungen die Maßstäbe gesetzt hat.«

Natürlich ist ein BMW 5er immer dynamisch. Aber wie er das ist, bestimmen Sie selbst.
Gerade überzeugten Fahrern anderer Marken empfehlen wir jetzt die Bekanntschaft mit den neuen Modellen der 5er Reihe. Um persönlich festzustellen, daß die Antwort auf die Frage nach einem BMW nicht ja oder nein ist, sondern eher welcher.

Die BMW der 5er Reihe.
Kauf, Finanzierung, Leasing – Ihr BMW Händler ist immer der richtige Partner.

BMW auf BTX * 209 #



SIEMENS

Neues Software-Paket
für jede Art von Bankgeschäften

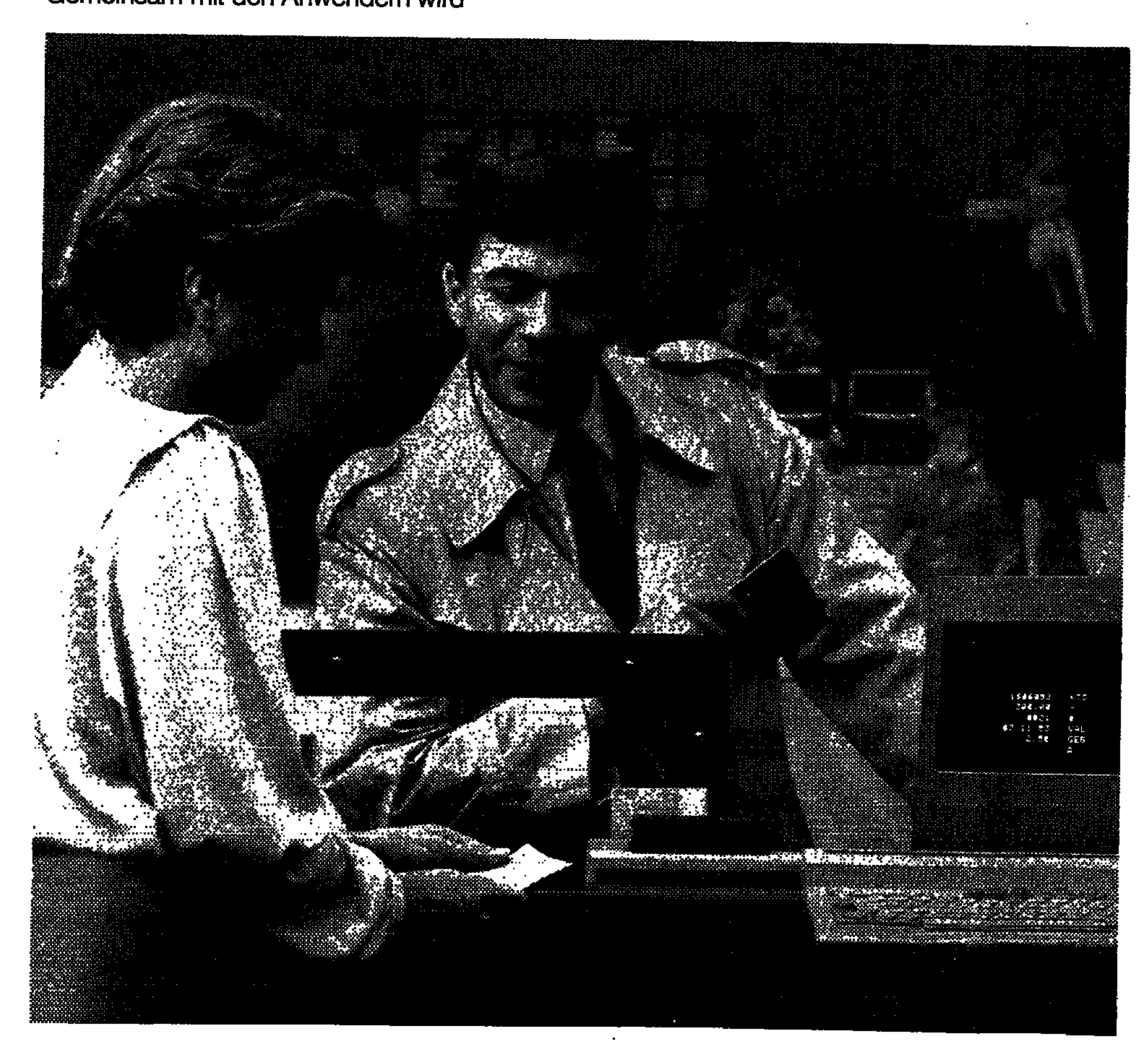
München, Dezember '83. Mit dem neuen Computer-Dialogsystem von Siemens können Geldinstitute ihre Kunden jetzt schneller bedienen und umfassender beraten.

In enger Zusammenarbeit mit Banken, Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken hat Siemens jetzt ein kostengünstiges, weil standardisiertes Software-Paket entwickelt, das den Erfordernissen jeder Art von Bankgeschäften individuell angepaßt werden kann.

Das neue kundenorientierte Dialogsystem für Bankgeschäfte – KORDOBA – integriert über 600 Einzelprogramme. Das Grundsystem für die Stammdaten kann jedes Geldinstitut um Programm-Module für seine spezifischen Geschäftssparten beliebig ergänzen: für Kontokorrent oder Termingelder, für Darlehen oder Sparverkehr, für das Devisen-, Wechsel- oder Wertpapiergeschäft. Ein spezieller Service regelt Daueraufträge, den Datenträgeraustausch und das externe Meldewesen. Gemeinsam mit den Anwendern wird das Software-Paket ständig gepflegt und weiterentwickelt.

Der Kundenbetreuer kann von jedem Bearbeitungsplatz direkt auf die gespeicherten Daten zugreifen und auch Konten eröffnen, verändern und löschen. Das System erkennt Fehler in der Dateneingabe und ermöglicht die sofortige Korrektur.

Die neue Bankensoftware von Siemens ist eines der Ergebnisse der umfangreichen Forschungs- und Entwicklungsarbeit bei Siemens. Über 3 Mrd. DM jährlich wendet das Unternehmen für die Verbesserung vorhandener und die Entwicklung neuer Produkte und Systeme auf. So macht Siemens über 50% seines Umsatzes mit Produkten, die erst in den letzten 5 Jahren entwickelt wurden.



Neue Technik bringt uns voran.
Siemens.

Die Comandantes lockern die Zügel, stellen sich aber auch auf Krieg ein

Von WERNER THOMAS

Die Ereignisse überschlagen sich. Die sandinistische Regierung verkündet pausenlos Entscheidungen, so daß diplomatische Beobachter schon außer Atem oder in Verwirrung geraten. „Man kommt kaum zur Besinnung", erklärt ein Missionsvertreter, „soviel passiert hier."

Seit amerikanische Soldaten die kleine Karibikinsel Grenada besetzt und die marxistischen Machthaber gestürzt haben, herrscht in der nicaraguanischen Hauptstadt Managua eine hektische Betriebsamkeit. Die Comandantes wollen sich von dem Druck befreien, der auf ihnen lastet. Ein Regierungssprecher verglich die Situation mit einem Luftballon, der zu platzen drohte: „Wir mußten Luft ablassen."

In den letzten Tagen und Wochen wurden diese Entwicklungen verzeichnet:

- Die Comandantes eröffneten einen Dialog mit den katholischen Bischöfen, die zu ihren gefährlichsten Kritikern zählen. Junta-Chef Daniel Ortega und Erzbischof Miguel Obando y Bravo saßen zum ersten Mal seit langer Zeit wieder an einem Tisch.
- Die Regierung entließ 307 inhaftierte Miskito-Indianer aus dem Gefängnis und bot allen Nicaraguanern eine Rückkehr ins Land an, die seit dem Sturz der Somoza-Diktatur im Juli 1979 geflohen sind. Selbst die Kämpfer der konterrevolutionären Brigaden dürfen zurückkehren, mit Ausnahme der Kommandeure und der früheren Nationalgardisten Somozas.
- Es soll ernst werden mit Wahlen im Jahr 1985. Am 21. Februar nächsten Jahres, dem 50. Todestag von General Augusto Sandino, wollen die Comandantes Einzelheiten bekanntgeben.
- Zwischen 1500 und 2000 kubanische Entwicklungshelfer verließen Nicaragua. Die Presse berichtete darüber an prominenter Stelle.
- „La Prensa", das einzige Oppositionsblatt, ist nicht mehr der strikten Zensur unterzogen wie zuvor. Der Verlag, der Ende November die vorübergehende Schließung der Zeitung verkünden wollte, weil Papier fehlte, bekam vom Staat Devisen für den Importbedarf zur Verfügung gestellt.

Die Sandinisten möchten mit diesen Maßnahmen „den Friedenswillen der Vereinigten Staaten testen", erläuterte Daniel Ortega. Er warnte aber die Gegner seiner Regierung, Konzilianz als Zeichen der Schwäche zu werten. Innenminister Tomas Borge äußerte sich ähnlich: „Die Schritte sind ein Beweis für unsere Stärke. Sie zeigen, daß wir keine Angst haben, großzügig zu sein."

Während die Comandantes auf der einen Seite die Zügel lockerten und der Opposition mehr Spielraum verschafften, schürten sie auf der anderen Seite die Invasionspanik. Der Staatsratsvorsitzende Carlos Nuñez zitierte ein griechisches

NICARAGUA

Sprichwort: „Wer Frieden wünscht, bereitet sich auf den Krier vor."

Managua gleicht einem riesigen Kasernengelände: Es wimmelt von Uniformträgern und Militärfahrzeugen. Milizbrigaden mit Kalaschnikows marschieren durch die Straßen oder exerzieren auf freien Plätzen, besonders am Wochenende. Schützengräben werden ausgehoben und Lebensmittelvorräte angelegt. Die Regierung mobilisiert selbst die Schüler. Junge Nicaraguaner ab dem 12. Lebensjahr müssen in ihren Weihnachtsferien einen obligatorischen Dienst in der Zivilverteidigung leisten. Auch sie schaufeln Schützengräben unter Anleitung der Lehrer.

Die Opposition hat bisher mit skeptischer Zurückhaltung auf die Schritte der innenpolitischen Öffnung reagiert. „Wir müssen abwarten", sagte ein Vertreter der christlich-sozialen Partei und erinnerte, daß die Sandinisten in der Vergangenheit schon öfters ihren Gegnern entgegengekommen sind, wenn sie unter Druck standen. Das sei aber immer nur Taktik gewesen.

Die meisten Oppositionspolitiker bezweifeln noch, daß sich die Comandantes je Wahlen nach westlichem Muster stellen werden. Sie machen ihre Teilnahme von einer freien Presse und freien Entfaltungsmöglichkeiten abhängig. Die Skeptiker wollen zudem nicht an einen Exodus der Kubaner glauben.

Mit großer Wahrscheinlichkeit haben die zurückgekehrten kubanischen Entwicklungshelfer lediglich einen Weihnachtsurlaub angetreten oder werden durch andere Kontingente ersetzt. Bisher ist nicht bekannt, daß auch Militärberater abgezogen worden sind, von denen es nach amerikanischen Schätzungen etwa 2000 in Nicaragua gibt. Schließlich blieben Gerüchte bisher unbestätigt, wonach die Sandinisten die in Managua stationierten Vertreter der salvadorianischen Guerrillabewegung zum Verlassen des Landes aufgefordert hätten.

Die marxistischen Freunde sollen als Pfand dienen. Die Sandinisten wollen, wie der Comandante Daniel Ortega in den letzten Wochen oft wiederholte, den Abzug aller Militärberater und die Schließung aller ausländischen Stützpunkte in der Region erreichen. Das würde bedeuten, daß sich die Amerikaner aus El Salvador und Honduras zurückziehen müßten.

Die Amerikaner zeigen keine Bereitschaft, auf diese Forderungen einzugehen. US-Außenminister Shultz sagte über die Initiative der Comandantes: „Es stellt sich die Frage, ob sich die Worte durch Realitäten decken." Die beste Gelegenheit, über die Absichten Nicaraguas Klarheit zu erlangen, sei der von der Contadora-Gruppe begonnene Vermittlungsprozeß. Washington begrüße es, daß Managua anders rede, als noch vor einem halben Jahr.

Die Mittelamerika-Strategen der Reagan-Regierung sehen sich in ihrer Argumentation bestätigt, daß die Comandantes nur die Sprache der Konfrontation verstünden. „Wir müssen den Druck aufrechterhalten", forderte ein Vertreter dieses Berater-Kreises. (SAD)

Hollands Staatsdiener geben Streik auf

Regierung setzt sich gegen Gewerkschaften durch / Gehalts-Kürzung um drei Prozent

BODO RADKE, Den Haag

Hollands Koalitionsregierung von Christdemokraten und Liberal-Konservativen hat die Kraftprobe mit den für Angehörige des öffentlichen Dienstes zuständigen Gewerkschaften gewonnen. Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes, die gegen eine Kürzung ihrer Bezüge um 3 Prozent ab 1. Januar demonstrierten, gaben ihre Protestaktionen bereits teilweise auf. Im Laufe dieser Woche sollen sie vollends beendet sein.

Fast acht Wochen lang hatte das Volk der Holländer unter den Folgen von Teilstreiks oder „Dienst nach Vorschrift" in fast allen Sparten des öffentlichen Dienstes zu leiden. Am katastrophalsten erwies sich die Arbeitsniederlegung der Männer von Müllabfuhr und Straßenreinigung. Als jetzt in Amsterdam die Fahrzeuge der Straßenreinigung wieder ausfuhren, lag der Abfall von vollen vier Wochen auf den Straßen. Es dürfte vierzehn Tage dauern, ehe die letzten Spuren das Chaos beseitigt sind.

Von den vier Gewerkschaftsverbänden, die um die Mitgliedschaft von Angehörigen des öffentlichen Dienstes werben, hatten drei bereits seit längerem auf Beendigung der Aktionen gedrängt. Die Spitzenfunktionäre der sozialistisch dominierten Federatie Nederlandse Vakverenigingen (FNV) wollten den Kampf jedoch unerbittlich fortsetzen, wobei ihr politisches Endziel – die Beseitigung der Mitte-Rechts-Regierung – immer deutlicher wurde.

Daß sich jetzt auch die FNV geschlagen gibt, hat zweifellos mit der geringer gewordenen Streikbereitschaft ihrer Mitglieder und der wachsenden Empörung in der Bevölkerung zu tun. Die offizielle Begründung gab jedoch der Funktionär Kruse mit den Worten: „Wir wollen unser Pulver für später trocken halten – das heißt, unsere Streikkasse für Aktionen im Hinblick auf 1985 und 1986 schonen."

Die Kürzung der Bruttogehälter im öffentlichen Dienst um drei Prozent für das kommende Jahr ist eine der wichtigsten Maßnahmen der Regierung, den Staatshaushalt zu sanieren. Auch die meisten Sozialleistungen sollen vom 1. Januar an um drei Prozent gesenkt werden. Die Verabschiedung der entsprechenden Gesetze durch das Parlament ist für den 13. Dezember vorgesehen. Die Fraktionen beider Regierungsparteien wollen geschlossen dafür stimmen.

Verhandlungen von Führern der gemäßigten Gewerkschaften mit Innenminister Koos Rietkerk hatten sich zuletzt nur noch auf das Verlangen nach einer Garantie bezogen, den Staatsdienern 1985 und 1986 keine weiteren Gehaltseinbußen zuzumuten. Rietkerk lehnte eine solche Garantie ab, weil niemand voraussagen könne, wie die Haushaltslage in diesen Jahren aussehen werde.

Die Schäden, die der Volkswirtschaft während der letzten acht Wochen durch die Streiks entstanden sind, sind noch nicht zu überblicken. Besonders bleibt abzuwarten, wie sich der Vertrauensverlust in die Zuverlässigkeit von Rotterdam als wichtigster Umschlaghafen für ganz Europa nördlich der Alpen bei ausländischen Industriewerken und Geschäftsleuten auswirken wird. (SAD)

Togos Präsident als Comic-strips-Held

B. RÜTTEN, Bonn

„Es war einmal ... Eyadema – die Geschichte Togos" heißt das Comicstrip-Bändchen, das die Geschichte dieses Landes mit dem Lebenslauf seines Präsidenten gleichsetzt.

Eyadema, 1936 im Norden Togos geboren, war danach ein Prachtbursche und Musterknabe. Er jagte erfolgreich Wildschweine mit Pfeil und Bogen, Kaninchen mit einer Keule und sagte artig „Ja, Mama". Bei Mondenschein studierte er vor seiner Hütte Bücher, und in der Schule war er der Beste. Als armer Bauernjunge sah er sich dann aber gezwungen, die Hacke seiner Väter zu ergreifen und Bildung erst mal Bildung sein zu lassen.

Mit 16 Ringkämpfer

Mit 16 Jahren übertraf er alle Altersgenossen im Ringkampf, die ihn daraufhin freiwillig als ihren Führer anerkannten. Mit 18 Jahren wird er in die französische Kolonialarmee rekrutiert, wo er auch wieder hervorragende Leistungen erbrachte. Nur weil er einem anderen Stamm angehört als die Machthaber in seiner inzwischen unabhängigen Heimat Togo, verhindern diese, daß er Offizier wird. So nimmt es dann auch nicht wunder, daß Togos erster Präsident, solcher Art tief im Stammesdenken verwurzelt, bald scheitert. Eyadema, nach Indochina und Algerien inzwischen in Niger, findet, daß die Situation in Togo ernst ist und er deswegen nach Hause zurückkehren muß. Er sagt seinen Kameraden „Auf Wiedersehen".

In Togo angekommen, bitten ihn die kleinen Leute zu handeln, und so führt er einen Putsch gegen Olympio aus. „Einer unserer Leute hat geschossen. Olympio ist tot", ruft ein Mitstreiter in der mondlosen Nacht. Daß der Todesschütze Eyadema war, wird verschwiegen.

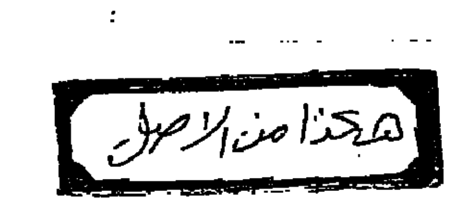
So geht es über insgesamt 47 Seiten in dem Comic-Strip weiter. Auch vom wundersamen Überleben Eyademas bei einem Flugzeugabsturz – wahrscheinlich Sabotage – ist die Rede, und von einem Attentatsversuch. Der Attentäter hat sich dabei als schlechter Schütze erwiesen und wird deshalb aus der Armee ausgeschlossen – die einzige Bestrafung; denn der Präsident begnadigt ihn und trinkt mit ihm regelmäßig zum Jahrestag des Attentats ein Glas Champagner; denn – so wird überzeugend ausgeführt – wäre das Attentat geglückt, würde keiner von beiden mehr leben.

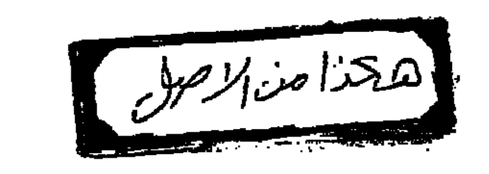
Im Bestreben, aus willkürlich von Kolonialmächten geschaffenen Kunstgebilden moderne Staaten zu machen, lassen sich afrikanische Führer viel einfallen. Der Kult ihrer eigenen Person gehört fast immer dazu. Die historischen Fakten werden so lange zurechtgebogen und verschönt, bis sie dem strahlenden Bild eines Helden und Staatsmanns entsprechen, mit dem sich die unterschiedlichen Völkerschaften und Stämme identifizieren können. Diktatorisch regierende Militärs wie Eyadema von Togo und Mobutu von Zaire gehören ebenso zu den selbsternannten Heilsgestalten wie der nigerianische Präsident Shehu Shagari, der sich in demokratisch gefälschten Wahlen bestätigen ließ.

Held oder Märtyrer?

Sofern sie die Möglichkeit dazu haben, beziehen sich die Klügeren unter ihnen auf einen Vorgänger. Auf diese Weise sind – teilweise nicht einmal zu Unrecht – Heroen und Mythen entstanden, die einen festen Platz in der jungen Geschichte des modernen Afrika einnahmen. Kwame Nkrumah, Patrice Lumumba, Marien Ngouaki werden von afrikanischen Geschichtsschreibern nicht mehr in Frage gestellt und sind zu Symbolfiguren des heutigen Afrika geworden. Putschisten zerstören und beschmutzen systematisch das Andenken an ihre Opfer, um sich selbst zu erhöhen, und oft ist es Zufall, ob afrikanische Staatsmänner als Helden und Märtyrer oder als blutrünstige Tyrannen in die Geschichte eingehen. Idi Amin und „Kaiser" Bokassa, heute Verkörperung allen Übels, waren zu ihren Glanzzeiten nicht unpopulär.

Was Togo angeht, sei es unfair, sagt ein in Lomé lebender Deutscher, sich über Eyademas Personenkult lustig zu machen. „Der Aufbau einer neuen Nation kann Mittel erfordern, die in unseren Augen seltsam, sogar komisch erscheinen. Wir sollten sie nicht mit unseren Maßstäben messen!"





EISHOCKEY

Düsseldorf vor Konkurs

sid, Düsseldorf

Eintrittskarten wurden einst per Zeitungs-Anzeige gesucht, das Schild „ausverkauft" brauchte wochenlang überhaupt nicht abgehängt zu werden, und die einfallsreichen Gesänge der Fans wurden sogar auf Schallplatte gepreßt: Doch nun steht die Düsseldorfer EG, einer der beliebtesten deutschen Eishockey-Vereine, vor dem finanziellen Ruin. Nur ein in höchster Not gestricktes Sanierungskonzept kann den mit zwei Millionen Mark Schulden belasteten Klub noch vor dem Konkurs retten.

Ungeschminkt legte der Vorstand die Karten auf den Tisch. Allen Spielern würde freigestellt, sich sofort auf die Transferliste setzen zu lassen. Finden sie keinen anderen Verein, müssen sie sich bereit erklären, für nur 50 Prozent der vertraglich ausgehandelten Summe bei der DEG zu bleiben. „Wenn dann noch alle Gläubiger ihren Beitrag leisten, könnte das Konzept aufgehen. Wir kalkulieren allerdings mit dem Abstieg in die zweite Liga. Im Falle des Konkurses müßten wir ja in der untersten Klasse beginnen. Das soll verhindert werden", erklärte Schatzmeister Rolf Leydorf.

Laut Leydorf mußte die „Notbremse" gezogen werden. Seine Begründung: „Jetzt schon sind wir praktisch illiquide. Zum Abschluß des Geschäftsjahres am 30. Juni 1984 wäre es jedoch katastrophal geworden."

Der Bankrott wäre schon früher fällig gewesen, hätten nicht Sponsoren, denen zum Teil die Spieler „gehören", immer wieder Geld lockergemacht.

Todsünde in der Vergangenheit war: Als die DEG als „Zuschauer-Krösus" Woche für Woche fette Einnahmen verbuchte, kassierten die Spieler Netto-Gehälter. Es kam der Tag, an dem das Finanzamt die nicht abgeführte Lohnsteuer verlangte. Überstürzt nahm der damalige Präsident Werner Hellwig ein Darlehen bei der Stadt-Sparkasse auf, um den Fiskus auszuzahlen. Seitdem ist die Sparkasse Hauptgläubiger, der auf Tilgung und Zinsen pocht.

STAND PUNKT

Wunderlich

Nun fühlen sie sich also wieder stark, die deutschen Handballspieler. Warum? Sie haben gegen den Weltmeisterschafts-Vierten Dänemark in Hamburg knapp mit 18:17 gewonnen. Das ist doch was. Da kann man sich einfach hinstellen und sagen: „Keine Stellungnahme zu Sepp Wunderlich. Wir haben auch ohne ihn gut gespielt." Der Bundestrainer Simon Schobel selbst hat das gesagt. Doch da kommen Zweifel auf.

Kann es sich die deutsche Mannschaft leisten, auf einen Weltklassespieler wie Sepp Wunderlich zu verzichten. Es hat doch zuletzt (mit Wunderlich) viele Pleiten gegeben. Auch wenn die Mannschaft jetzt auf dem richtigen Weg sein soll: Eine Zukunft kann es nur mit dem Starspieler aus Barcelona geben. Wenn er alle Probleme, die selbstverständlich mit so einem Wechsel nach Spanien verbunden sind, gelöst hat, wird Schobel auf ihn nicht verzichten können. Er sollte sich lieber das Beispiel Bernd Schuster ansehen und möglichst vermeiden, sich jetzt schon festzulegen. ud

FUSSBALL / Heute: Bundesliga-Spitzenspiel in Hamburg, Bayern im Europacup bei Tottenham, WM-Auslosung in Zürich

HSV: Netzer und Happel schlugen harte Töne an

dpa/sid, Stuttgart/Hamburg

Er sitzt inmitten der Journalisten-Runde und genießt die Situation. Wer sollte es ihm verübeln? Helmut Benthaus, Trainer des VfB Stuttgart, der Macher der Truppe, die plötzlich zum Gesprächsthema Nummer eins in der Fußball-Bundesliga avancierte, der Trainer des derzeitigen Tabellenführers. Benthaus gilt als Denker und Lenker der Mannschaft, die für viele das Zeug hat, Deutscher Meister der Saison 1983/84 zu werden.

Dieser Mann, trotz allem ruhig, eher bescheiden, wischt mit einem sympathischen Lächeln alle Wenn und Aber vom Tisch: „Wir spielen heute in Hamburg. Auch nach dem 3:0 über Bremen sind wir nicht der Favorit. Der HSV ist immerhin Meister. Und uns fehlt Karl-Heinz Förster wegen der vierten gelben Karte. Aber es ist wie bei einem, der im Spielcasino schon 1000 Mark gewonnen und noch einmal unbeschwert 500 Mark auf Null setzen kann – und dann gelingt plötzlich der große Coup."

Der 48 Jahre alte Fußball-Lehrer mit dem Schweizer Paß verkörpert das neu gestärkte Selbstvertrauen des VfB Stuttgart. Der ehemalige Nationalspieler, ein Familienvater, der nach dem Tod seiner Frau – sie starb an Krebs – mit Sohn (15) und Tochter (19) sowie Lebensgefährtin in Eßlingen wohnt, hat ein einfaches Rezept: „Nur über Siege und Erfolge wächst ein Team zusammen. Oder haben Sie schon einmal eine Mannschaft gesehen, die sich mit Niederlagen aufbaut?"

Er gilt als Stiller in der oft impulsiven Trainergilde und weiß, daß Erfolg kurzlebig ist. Benthaus: „Ich war 17 Jahre in Basel. Ich kenne dieses Gefühl." Zum Verständnis: Siebenmal Schweizer Meister, zweimal Pokalsieger, einmal Ligacupsieger.

Ist der VfB der Erfolgsgarant? Benthaus: „Wir haben gut aufgebaut. Wir besitzen eine gute Reserve-Bank. Ob Schäfer oder Buchwald spielt, ob Kempe oder Ohlicher einläuft, das schwächt das Team nicht. Und ich weiß, daß in der Mannschaft Reserven liegen. Sie kann sich noch steigern, das ist beruhigend."

Zum gestrigen Nikolaustag bekamen die Spieler des Hamburger SV dagegen die Rute in den Schuh. Trainer Ernst Happel und Manager Günter Netzer schlugen bei dem von einer anhaltenden Krise geplagten Titelverteidiger harte Töne an. „Unsere Kritik richtet sich nicht nur an die Neuen, Schatzschneider und Wuttke, sondern an den gesamten Kader. Wenn Disziplin und Einsatzbereitschaft weiterhin nicht stimmen, werden Kosenquenzen gezogen. Wir werden uns zum Saisonende von denjenigen trennen, die nicht mitziehen", meinte Netzer ungewohnt offen.

Die Erkenntnis der HSV-Verantwortlichen: Wir haben einige zu satte Profis. „Verschiedene ruhen sich immer noch auf den Lorbeeren der vergangenen Saison aus. Obwohl wir doch eine eingespielte Mannschaft und fast dieselben Spieler wie im Vorjahr haben, ist das im Augenblick einfach nicht mehr das von Happel geprägte Offensiv-Spiel", klang etwas Ratlosigkeit aus Netzers Worten.

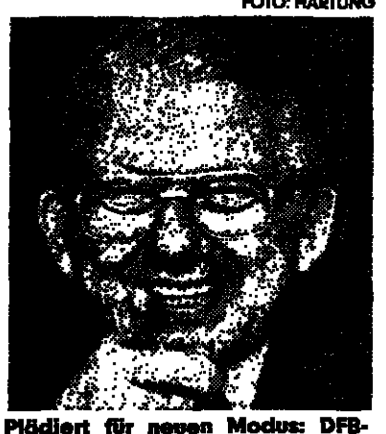
Auch Mannschaftskapitän Felix Magath hat sich Gedanken gemacht. „Bei uns ist einfach der Wurm drin. Die Mißerfolge haben zu Unsicherheit geführt. Dadurch wird inzwischen viel zu sehr das Risiko in unserem Spiel gescheut. Außerdem fehlt es an der nötigen Leistungsbereitschaft. Das Problem liegt wohl am mangelnden Konkurrenzdruck durch die vielen Verletzungen", lautete seine Zustandsbeschreibung.

Mit der Ersatzbank wurde Wolfram Wuttke gedroht: „Insbesondere mit seinen Leistungen können wir nicht zufrieden sein. Er muß sich mehr bemühen", sagte Netzer.



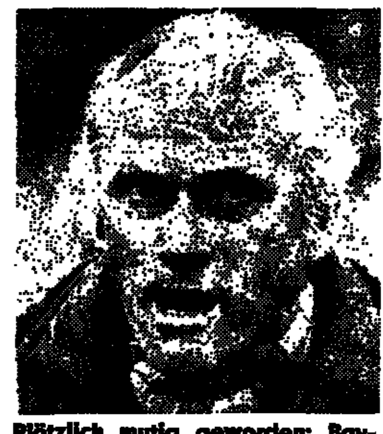


Schlug harte Töne an: Hamburgs Manager Günter Netzer. FOTO: HARTUNG





Plädiert für neuen Modus: DFB-Präsident Hermann Neuberger. FOTO: HARTUNG



Plötzlich mutig geworden: Bayern-Trainer Udo Lattek. FOTO: LUBEI

Nicht gegen Österreich, aber „DDR" ist möglich

dpa, Zürich

Auf dem Weg zur Fußball-Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko gibt es keinen neuen Vergleich zwischen Vize-Weltmeister Deutschland und seinem „ständigen Begleiter" Österreich. Am Vortag der Auslosung der WM-Qualifikationsgruppen (heute 16.00 Uhr) in Zürich setzte das WM-Organisationskomitee unter Leitung von DFB-Präsident Hermann Neuberger beide Mannschaften in „Topf eins" der besten europäischen Mannschaften. Frühestens in Mexiko können sich die beiden Kontrahenten, die sich in den letzten Jahren immer wieder das Leben schwermachten, aufeinander treffen. Ebenfalls in Topf eins sind England, Frankreich, Polen, Spanien und die UdSSR gesetzt.

„Bitte nicht schon wieder Österreich – und bitte auch keine Briten." Der Wunsch des Münchner Nationalmannschaftskapitäns Karl-Heinz Rummenigge ging am Nikolaustag schon halb in Erfüllung. Rechnen muß das Team von Bundestrainer Jupp Derwall allerdings erneut mit Nordirland, das den Deutschen schon in der Qualifikation für die Europameisterschaft im kommenden Jahr in Frankreich zwei peinliche Niederlagen beibrachte. Möglich ist auch ein deutsch-deutsches Qualifikations-Duell mit der „DDR". Möglicher Qualifikations-Gegner kann aber auch Vize-Europameister Belgien sein.

Ob der Wunsch von Bundestrainer Jupp Derwall auf eine Fünfer-Qualifikationsgruppe in Erfüllung geht, muß heute das Los entscheiden. Gebildet werden vier Qualifikationsgruppen mit je fünf Mannschaften, von denen jeweils die beiden Gruppenbesten das WM-Ticket erhalten, sowie drei Gruppen mit je vier Teams. Hier qualifizieren sich nur die drei Gruppensieger automatisch, die drei Zweitplatzierten spielen noch einmal in einer Extrarunde zwei weitere WM-Teilnehmer aus.

Die erste Finalrunde in Mexiko wird in sechs Gruppen zu je vier Mannschaften ausgetragen. 16 Teams – die jeweils beiden Gruppenbesten und die vier besten Drittplazierten – erreichen die zweite Runde. Diese 16 Teams spielen dann im K.-o.-System den Weltmeister aus. Mit insgesamt 52 Spielen gibt es in Mexiko genauso viele Begegnungen wie 1982 in Spanien, als erstmals 24 Mannschaften die Endrunde ausspielten.

Der Plan von Hermann Neuberger, der lieber in vier Gruppen zu je sechs Mannschaften gespielt hätte, fand keine Mehrheit. Neuberger hatte verhindern wollen, daß Mannschaften schon nach nur drei Spielen in der ersten Runde ausscheiden müssen. Nach seinem Plan hätte jede Mannschaft fünf Spiele in der ersten Runde ausgetragen. Doch gerade darin sahen vor allem die Südamerikaner eine Bevorteilung der als konditionsstärker geltenden Europäer.

Erstmals darf jeder Verband in Mexiko statt 22 Spieler nur noch 20 Aktive nominieren. Jeder Trainer kann jedoch neun Spieler auf die Bank setzen, so daß er praktisch jeden einsetzen kann. Den Aktiven bleibt die Verbannung auf die Tribüne erspart.

Die WM-Kommission legte für die heutige Auslosung die folgenden vier Töpfe fest: Europa (33 Verbände): Italien qualifiziert, 13 weitere Plätze.

Topf 1: Österreich, England, Frankreich, Deutschland, Polen, Spanien, Sowjetunion.

Topf 2: Belgien, CsSR, Dänemark, Ungarn, Nordirland, Schottland, Jugoslawien.

Topf 3: Bulgarien, „DDR", Griechenland, Irland, Holland, Portugal, Rumänien, Schweden, Türkei, Wales, Schweiz.

Topf 4: Albanien, Zypern, Finnland, Island, Luxemburg, Malta, Norwegen.

Lattek will die Offensive und vertraut auf die Rummenigge-Brüder

sid/dpa, London

Udo Lattek hat über Nacht der Mut gepackt. „Mit einer total defensiven Einstellung ist in London nichts zu holen. Wir wollen angreifen und das liegt uns auch am besten." Lattek hat ein neues Rezept für das Rückspiel im Fußball-UEFA-Cup der Münchner Bayern gegen Tottenham Hotspur für heute abend (21.00 Uhr MEZ) gemixt.

Möglicherweise wird der Bayern-Trainer drei Angriffsspitzen auf den Platz an der White-Hart-Lane schikken. „Wir müssen aggressiv spielen und auf ein schnelles Tor aus sein. Gelingt uns das, sind wir weiter. Ich kann mir nämlich nicht vorstellen, daß Tottenham drei Treffer macht."

Vor dem Abflug nach London pokerte Lattek noch mit der Aufstellung. Michael und Karl-Heinz Rummenigge würden auf alle Fälle spielen, kündigte der Bayern-Trainer an. „Und auf Dieter Hoeneß kann ich eigentlich auch nicht verzichten." Der lange Kopfballspezialist soll die Engländer schon am eigenen Strafraum abblocken und zusätzlich in der Abwehr aushelfen. Bleibt es bei einem Zwei-Mann-Sturm, wird es im vierköpfigen Mittelfeld eine Veränderung gegenüber dem Bundesligaspiel gegen Dortmund geben. Für Nachtweih kommt Karl Del'Haye in die Mannschaft. „Vielleicht nehme ich aber auch Wolfgang Grobe hinein", überlegte Lattek laut.

Die Spieler von Tottenham Hotspur hoffen indessen auf einen psychologischen Effekt, der ihnen den Einzug ins Viertelfinale bescheren soll. Der argentinische Nationalspieler Osvaldo Ardiles, der seit Februar wegen eines Schienbeinbruchs außer Gefecht war, sitzt heute auf der Ersatzbank. „Allein seine Anwesenheit wird die Spieler auf dem Feld anspornen. Jeder will nämlich vermeiden, daß er gegen Ardiles ausgewechselt wird", glaubt Tottenhams Teammanager Keith Burkinshaw, der allerdings nur im Notfall auf Ardiles zurückgreifen will.

Besonders motiviert gegen die Bayern ist Mittelfeldspieler Glen Hoddle, dem die schlechten Kritiken nach dem 0:1 verlorenen Hinspiel in München an die Nerven gegangen sind. „Heute will ich beweisen, daß ich mich hinter den Bundesligaspielern nicht zu verstecken brauche."

Die Buchmacher übten an der Fußball-„Börse" noch Zurückhaltung. Nur mit einem 3:1-Kurs wurde der zweimalige englische Meister favorisiert, als der Bayern-Troß am Dienstagvormittag auf dem Londoner Vorort-Flughafen Luton landete.

Die Stimmung im Lager des letzten deutschen Europapokal-Vertreters war gut. „Wenn wir die erste Halbzeit ohne Gegentor überstehen, bin ich vom Erfolg überzeugt", meinte Karl-Heinz Rummenigge.

SCHACH

Gari Kasparow gelang 3:3

DW. London/Bonn

Gari Kasparow, 20 Jahre alte Schach-Hoffnung der UdSSR, gewann in London die sechste Partie im Halbfinale des Kandidaten-Turniers gegen den 33 Jahre älteren Viktor Kortschnoi und konnte damit gegen den in der Schweiz lebenden Exil-Russen zum 3:3 ausgleichen. Kasparw benötigte in der Partie, die am Sonntar nach 41 Zügen unterbrochen wurde, damn am Montar noch weitere 36 Züre und insresamt rund zehn Stunden Spielzeit, um mit den schwarzen Firuren zu gewinnen.

Das Halbfinale ist auf insgesamt zwölf Partien angesetzt, für den Gesamtsier sind 6,5 Punkte erforderlich. Im parallel laufenden zweiten Halbfinale wurde die siebte Partie zwischen Waleri Smyslow (UdSSR) und dem Ungar Zoltan Ribli nach 41 Zügen unterbrochen. Hier führt der UdSSR-Spieler mit 3,5:2,5 Punkten.

Der Kommentar von Großmeister Ludek Pachman:

Die Fortsetzung der sechsten Partie brachte ein studienhaftes Endspiel, was in die Lehrbücher eingehen wird. Kasparow wählte einen völlig anderen Plan als allgemein angenommen. Das danach entstehende Turm-Endspiel wurde als Remis eingeschätzt, doch Kasparow gelang die Widerlegung.

Die Stellung nach dem 40. Zug: Weiß (Kortschnoi): Kd2, Ta1, Ta5, Bauern d4, e2, f4, g4, h4. – Schwarz: Ke6, Tb3, Td3, Ld6, Bauern a3, b4, f7, g7.

So ging es weiter:

41. exd3 Lxf4+, 42. Ke2 Tc3!,

Das ist die Überraschung. Erwartet wurde Tb2+, eventuell verbunden mit der Bedrohung der Bauern g4 und h4 durch den schwarzen Turm. Analysen zeigten jedoch, daß Schwarz in diesem Falle nur Remis heißen kann.

43. g5 Lc1, 44. h5 b3, 45. T5xa3 Lxa3, 46. Txa3 b2!, 47. Ta6+ Kf5, 48. Tb6 ... 48. Ta5+ hilft nicht wegen Kg4.

48. ... Tc2+, 49. Ke3 Kxg5, 50. d5 ...

Nach 50. Tb5+ folgt Kg4 nebst f5.

50. ... Kxh5, 51. Kd4 ...

Eine entscheidende taktische Finesse. 51. d6? Tc6! – und Schwarz gewinnt.

51. ... g5, 52. Tb8 g4, 53. d6 Tc6, 54. Ke5 ...

Weiß muß versuchen, den Bauern f7 zu erobern. Nach 45. Kd5 würde nämlich Tc8!, 55. Txb2 f5, 56. d7 Td8, 57. Ke5, Kg5, 58. Tb7 g3 zu einer ebenfalls recht ungewöhnlichen Gewinnstellung für Kasparow führen.

54. ... Tc5+, 55. Kf6 g3, 56. Txb2 Td5, 57. Kxf7 ...

Nach 57. Ke7 f5 verliert Schwarz den Turm, aber die beiden verbundenen Freibauern entschieden das Spiel.

57. ... Txd6, 58. Td2 Kg4, 59. d4 Kf5!,

Noch eine raffinierte taktische Wendung. Sonst macht Weiß mit 60. Ke7 nebst 61. Ke6 noch Remis.

60. Ke7 Td5, 61. Td3 Kf4, 62. Ke6 Tg5, 63. d5 Tg6+, 64. Ke7 g2, 65. Td1 Ke5!, 66. d6 Te6+, 67. Kd7 Txd6+!, 68. Txd6 g1 Dame,

Das Endspiel, das jetzt folgt, findet man auch in Lehrbüchern für Anfänger.

69. Te6+ Kf5, 70. Td6 Da7+, 71. Kd8 Ke5, 72. Tg6 Da5+, 73. Kd7 Da4+, 74. Ke7 Dh4+, 75. Kf8 Dd8+, 76. Kf7 Kf5, 77. Th6 Dd7+.

Hier gab Kortschnoi auf, denn nach 78. Kf8 oder Kg8 und dem schwarzen Zug Kg5 kann er die sechste Reihe nicht mehr verteidigen, ohne seinen Turm direkt zu verlieren.

SPORT-NACHRICHTEN

Hertha verpflichtet Meier

Bielefeld (sid) – Der Fußball-Zweitligaklub Hertha BSC Berlin hat den Bielefelder Abwehrspieler HeikoMeier verpflichtet. Die Ablösesumme für Meier, der acht Bundesligaspiele bestritt, beträgt 140 000 Mark.

187 Millionen Mark bereit

Bonn (sid) – Der deutsche Sport kann dem Olympiajahr 1984 finanziell beruhigt entgegensehen. Im Haushalt 1984, den der Bundestag in dieser Woche verabschiedet, stehen für den Sport insgesamt 187,6 Millionen Mark aus zehn Bundesministerien bereit, 3,3 Millionen mehr als im vergangenen Jahr.

HSV-Spiel live im Radio

Hamburg (dpa) – Das Spiel des Deutschen Meisters und Europapokalgewinners Hamburger SV am 11. Dezember in Tokio gegen Brasiliens Vertreter Gremio Porto Allegre wird am Sonntag in Ausschnitten im Rahmen des Rundfunkprogramms der ARD „Musik bis zum frühen Morgen" zwischen 4.00 und 5.45 Uhr original ausgestrahlt. Im Fernsehen ist das Spiel zeitversetzt ab 7.30 Uhr zu sehen.

Wellers Herausforderer

München (sid) – Der Weltboxverband WAA hat den Amerikaner Frank Neton als offiziellen Herausforderer von René Weller (Pforzheim) im Superfedergewicht benannt. Newton taucht weder in den etablierten Verbänden WBA und WBC auf noch wird er in der World Athletic Association unter den besten 20 geführt. Weller muß seinen Titel in den nächsten drei Monaten verteidigen.

Merkhoffer hört auf

Braunschweig (sid) – Franz Merkhoffer, Abwehrspieler des Fußball-Bundesligaklubs Eintracht Braunschweig, wird zum Ende der Saison seine Karriere beenden. Der 37 Jahre alte Merkhoffer bestritt insgesamt 418 Bundesligaspiele.



HANDBALL

Länderspiel der Männer in Hamburg: Deutschland – Dänemark 18:17 (7:9).

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 263 625,60, 2: 117 002,30, 3: 6 973,60, 4: 133,00 5: 10,10. – **Toto: Elferwette:** Klasse 1: 3737,40, 2: 145,60, 3: 15,20. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 2 203 041,15, 2: 19 460,90, 3: 10 723,40, 4: 63,60, 5: 5,50. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 852,80, 2: 259,10. – Rennen B: Klasse 1: 1149,40, 2: 233,90. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 113 546,00. (Ohne Gewähr).

Kongresse · Tagungen · Konferenzen

Waldschlößchen Dobrock
Erholungsparadies in Nordseenähe

TAGUNGEN + SEMINARE
HOTEL im HAUS DEUTSCH KRONE
WOCHEN-SEMINARE im EZ ab DM 73.50
Am Kurwald · BAB-Anschluß A 1 + A 30

Burghotel (am Wildpark)
Mitten im Burgwald gelegen.
Ideal für Tagungen, Betriebsfeste, Kegelausflüge etc.
Nur 1400 m von der Abfahrt
Lohne-Dinklage der Autobahn Hansalinie (50 km nördl. Osnabrück).

intermar
Die Hotels der Behaglichkeit



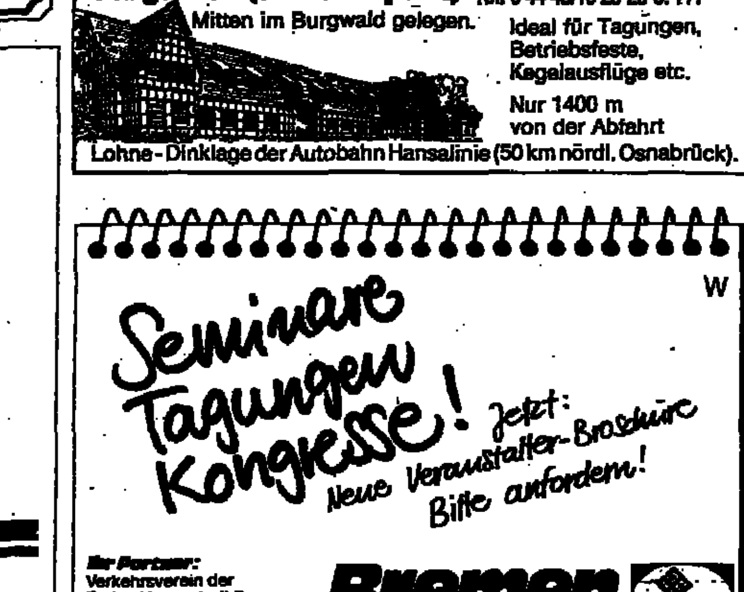
















Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Zypern – aus anderer Sicht

Sehr geehrter Herr Redakteur,

zu der Berichterstattung über die Unabhängigkeit von Türkisch-Zypern möchte ich einige Anmerkungen machen.

Das unzweifelhaft demokratisch gewählte zypriotisch-türkische Parlament hat Präsident Rauf Denktasch einstimmig aufgefordert, diesen Schritt zu wagen. Die türkische Volksgruppe auf Zypern, im Vergleich zu den griechischen Zyprioten eine 25prozentige Minderheit, zog damit den langerwarteten vorläufigen Schlußstrich unter eine leidvolle und blutige, bisweilen an den Rand ihrer physischen Ausrottung führende Auseinandersetzung mit der griechischen Mehrheit auf der Mittelmeerinsel. Über zwanzig Jahre hatte dieser Zustand gedauert, in dem die Griechen in eklatanter Mißachtung der Verfassung im erst 1960 unabhängig gewordenen Zypern mit allen Mitteln den zypriotischen Türken die politische Mitwirkung als gleichwertige politische Partner verwehrten.

Die blutigen Massaker an türkisch-zypriotische Zivilisten in den Jahren 1963/64 führten zur Einsetzung einer starken UN-Friedenstruppe, die die Sicherheit der türkischen Minderheit gegenüber den Griechen garantieren sollte. Trotzdem gab es weiterhin Übergriffe der griechisch-zypriotischen Sicherheitskräfte.

Vor allem aber waren seit 1964 die türkischen Zyprioten von der griechischen Mehrheit vom politischen Leben völlig ausgeschlossen worden: Die türkischen Parlamentarier durften das Parlament in Nikosia nicht mehr betreten, den türkischen Beamten wurden die Gehälter verweigert, die türkisch-zypriotische Bevölkerung mit Waffengewalt in Ghettos getrieben, die sich ihre eigene Verwaltung notdürftig aufbauen mußten, da sie von der griechisch-zypriotischen Administration materiell und auch finanziell „ausgehungert" wurden.

Es sollte zu denken geben, wenn die griechisch-zypriotische Regierung auf Zypern bis heute als die „einzige legale Vertretung Zyperns" bezeichnet wird. De jure ist eine solche Regierung, die nach der Verfassung von 1960 aus Vertretern beider Gründer-Volksgruppen zusammengesetzt sein mußte, durch die Entmachtung der türkischen Minister und den Ausschluß der türkischen Parlamentarier infolge des griechischen Staatsstreichs von 1963 als verfassungswidrig anzusehen.

Die türkische Volksgruppe auf Zypern mußte sich also seit zwanzig Jahren selbst verwalten. Seit 1975 bestanden sogar zwei räumlich und politisch völlig getrennte Staaten auf der drittgrößten Mittelmeerinsel: Die Folge des griechischen Putsches von 1974 gegen den damaligen (griechischen) Präsidenten Erzbischof Makarios. Auf dringendes Flehen der türkischen Volksgruppe intervenierte die Türkei damals als Garantiemacht der Verfassung und besetzte ca. 30 Prozent der Insel im Norden, dem Hauptsiedlungsgebiet der Türken.

Der türkische Schritt zur Erklärung einer eigenen Verwaltung im Jahr 1975 sollte so ein erster Schritt zur Vorbereitung der föderalen Zukunft Zyperns werden, auf die sich die Führer der beiden Volksgruppen grundsätzlich geeinigt hatten. Doch bald wurde klar, daß die Inselgriechen tatsächlich an einer bundesstaatlichen Lösung gar nicht interessiert waren und die Gespräche und Verhandlungen endlos verzögerten. Warum auch sollten sie die Macht, die sie als die „einzige" Regierung Zyperns international genossen und die ihr Entwicklungshilfeleistungen und den Tourismus ins Land brachte, mit den ungeliebten türkischen Zyprioten teilen?

„Schlimmer kann es für uns nicht kommen", hatte Rauf Denktasch noch im Oktober im Foyer des Europäischen Parlaments in Straßburg erklärt, dabei auf die Probleme der Inseltürken anspielend: „... es gibt für uns keine Presse, keine Möglichkeiten vor der UNO und zudem noch Handelsprobleme durch den Boykott der Griechen."

Jetzt ist ein vorläufiger Schlußstrich gezogen und die Verhältnisse wurden klargestellt: Nach zwanzig Jahren der Unterdrückung, nach neun Jahren der Existenz zweier völlig getrennter Staaten auf Zypern gibt es nun auch offiziell zwei Staaten. Nach dem Völkerrecht existiert ein Staat nur dann, wenn es ein Staatsvolk, ein Staatsgebiet und eine Staatsmacht gibt. Das alles ist im türkischen Nord-Zypern seit Jahren gegeben. Und die sogenannten „türkischen Besatzungstruppen" sind dort ebenso beliebt und erwünscht wie die amerikanischen Soldaten in der Bundesrepublik Deutschland.

Eine Lehre aber läßt sich heute schon ziehen: Das überall gepflegte Lippenbekenntnis des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gilt wohl nur dann, wenn Völker der Karibik oder Afrikas nach Selbstbestimmung und freier Entfaltung ihrer Kultur und Sprache verlangen, ohne daß sie in irgendeiner Weise bevormundet werden. Wenn dagegen ein europäisches Volk, das selbst Massaker erdulden mußte, nach jahrzehntelangem Leid und Verhandlungen ohne Ergebnis den bestehenden Zustand eines eigenen Staates de jure besiegelt, dann ist das politisch verwerflich und zu verurteilen.

Diese „Realpolitik" mag begründen wer will, doch von politischen und moralischen Grundsätzen sprechen wir dann lieber nicht.

Mit freundlichen Grüßen
Rudolf Wedekind,
Mitglied des Europäischen Parlaments

Wort des Tages

❝ Erbitte Gottes Segen für deine Arbeit, aber verlange nicht auch noch, daß er sie tut. ❞

Karl Heinrich Waggerl, österr. Autor (1897–1973)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Einseitigkeit

Nieten einer Schul-Tombola schließen Kinder vom Schutz im atomsicheren Bunker aus; es wird „Massengrab" auf die Tür eines Gymnasiums geschrieben, um nur einige aktuelle Beispiele aufzuführen.

Eine einseitige Politik-Erziehung zu Angst, Haß und Aggression kann nicht dem Frieden dienen.

Gesetze werden mißachtet – z. B. das Schulverfassungsgesetz, das Elternrecht nach Art. 6 des GG, Schulkonferenzen werden nicht gefragt, Äußerungen von Elternräten werden übergangen.

Genügen denn nicht Streß durch verfehlte Schulsysteme, gestörtes Familienleben, Drogen, Alkohol u. a., müssen unsere Kinder auch noch durch Politik erledigt werden?

Wie präsentiert sich die Zukunft? Durch Dummhalten (mangelnde Schulbildung z. B. in Geschichte und Deutsch, Schließung von öffentlichen Büchereien, Behinderung und Einschränkung des kulturellen Lebens) und rechtzeitige politische Indoktrinierung kann der Mensch gefügig gehalten werden. Ist die totalitäre Abhängigkeit der Preis für eine Generation (evtl.) ohne Krieg? Und dies alles wird unter dem Deckmantel „Frieden" initiiert.

Mit Recht haben wir die Lehre aus der Vergangenheit gezogen und auf Gewaltenteilung gesetzt; dabei vergaß man aber die Gewerkschaften, die, als Einheit im Schutze der Tarifautonomie, uns immer bedrohlicher überwuchern. Eine dieser Gewerkschaften schreckt auch vor unseren Kindern nicht zurück, und der Schulsenator, dem seine politischen Ziele wichtiger sind als unsere Kinder, schaut im Namen des Friedens bei der Vernichtung zu.

Noch einmal können wir nicht behaupten: „Wir haben nichts gewußt."

Th. Schreiner,
Hamburg 92

Dumping-Preise

„Thomson-Brandt-Chef Gomez: Europa braucht Schutz"; WELT vom 18. November

Sehr geehrte Herren,

Monsieur Gomez, Präsident des französischen (Staats)-Elektro-Konzerns Thomson-Brandt, weint dicke Krokodilstränen.

„Wenn wir unsere Position nicht stärken und wenn wir uns nicht schützen, gibt es ein schlimmes Ende", sagte er zu seinen EG-Wettbewerbern und nennt „nationales Handeln" sinnlos!

Verschiedene Fabriken für elektronische Bauteile seines Staats-Konzerns aber stärken sinnlos-sinnvoll ihre Marktposition in der EG mit klassischen Dumping-Preisen. Verkaufspreise weit unter Herstellkosten. Daraufhin angesprochen meinte einer der Chefs, zur Sicherung seiner eigenen Person keine Arbeiter entlassen zu dürfen. Beschäftigung „zu jedem Preis" sei die Parole. Rote Zahlen, Bilanzverluste? Kein Problem, wozu ist man Staatsbetrieb. Das alles gleicht der Steuerzahler aus. Gegen derartige staatswirtschaftliche Methoden kann sich kein freier EG-Wettbewerber schützen. Solches „nationale Handeln" ist nicht nur sinnlos, sondern sehr gefährlich! Ein schlimmes Ende!

Mit freundlicher Empfehlung
D. Schildbach.

SPD und Armee

„Wörner wirft der SPD eine Flucht aus der Verantwortung vor"; WELT vom 23. November

Sehr verehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

in der Nachrüstungsdebatte vor dem Deutschen Bundestag erklärte der Vorsitzende der SPD, Willy Brandt, am 22. 11. 1983: „Aber wir sagen nicht nein, sondern ja zur Landesverteidigung, zur Bundeswehr ..."

Bedeutet dieses uneingeschränkte Bekenntnis der SPD zur Landesverteidigung und zur Bundeswehr, daß nunmehr in den Schulen der SPD-regierten Bundesländer die Rolle der Bundeswehr in unserem Staat wirklichkeitsnah und unverfälscht im Unterricht dargestellt wird? Wenn dieses Bekenntnis vor dem Bundestag nicht nur ein Lippenbekenntnis bleiben soll, sollten die Führungsgremien der SPD (und auch der GEW) ihren ganzen Einfluß aufbieten, die von nicht wenigen „linken" Lehrern in den Schulen betriebene Diffamierungskampagne gegen die Bundeswehr umgehend zu stoppen.

Man wird die Glaubwürdigkeit der SPD und ihres Vorsitzenden in Zukunft nicht zuletzt daran messen, wie auch sie sich bemühen, der Bundeswehr ihren Platz in unserer Gesellschaft einzuräumen, der ihr gebührt.

Mit freundlichen Grüßen
W. Thiemann,
Hamburg 73

Personalien

ERNENNUNG

Professor Dr. **Gert Mattenklott**, Leiter des Instituts für Neuere deutsche Literatur an der Universität Marburg, ist für das Akademische Jahr 1983/84 zum Gastprofessor an die Philosophische Fakultät der Universität Pisa berufen worden. Professor Mattenklott wird dort Vorlesungen zur jüdischen Kulturgeschichte in Deutschland halten. Anschließend wird Mattenklott mit einem Akademie-Stipendium der Stiftung Volkswagenwerk zu weiteren Forschungsarbeiten in die USA und nach Israel reisen.

EHRUNG

Dr. **Friedrich Weigend-Abendroth**, 62, wurde mit dem päpstlichen Sylvester-Orden ausgezeichnet. Dem böhmendeutschen Journalisten, Leiter des Ressorts „Geisteswissenschaften" der „Stuttgarter Zeitung" und Autor zahlreicher Funksendungen historischen und geisteswissenschaftlichen Inhalts, wurde die Auszeichnung auch für die Berichterstattung über die beiden christlichen Konfessionen und sein ökomenisches Engagement verliehen.

GESTORBEN

Einer der angesehensten und profiliertesten Journalisten der Nachkriegszeit, **Paul-Wilhelm Wenger**, ist – wie erst jetzt bekannt wird – im Alter von 71 Jahren am 3. Dezember in Bonn gestorben. Wenger, ursprünglich Jurist und zeitweise Richter im württembergischen Tauberland, war leitender Redakteur beim „Rheinischen Merkur/Christ und Welt", dessen Redaktion er seit 35 Jahren angehörte.

Wie kaum ein anderer Journalist hat Wenger, ein entschiedener Föderalist, die Bundesrepublik und ihre handelnden Politiker seit ihrer Gründung gekannt. Er galt als einer jener weniger Journalisten, zu denen Konrad Adenauer Vertrauen hatte.

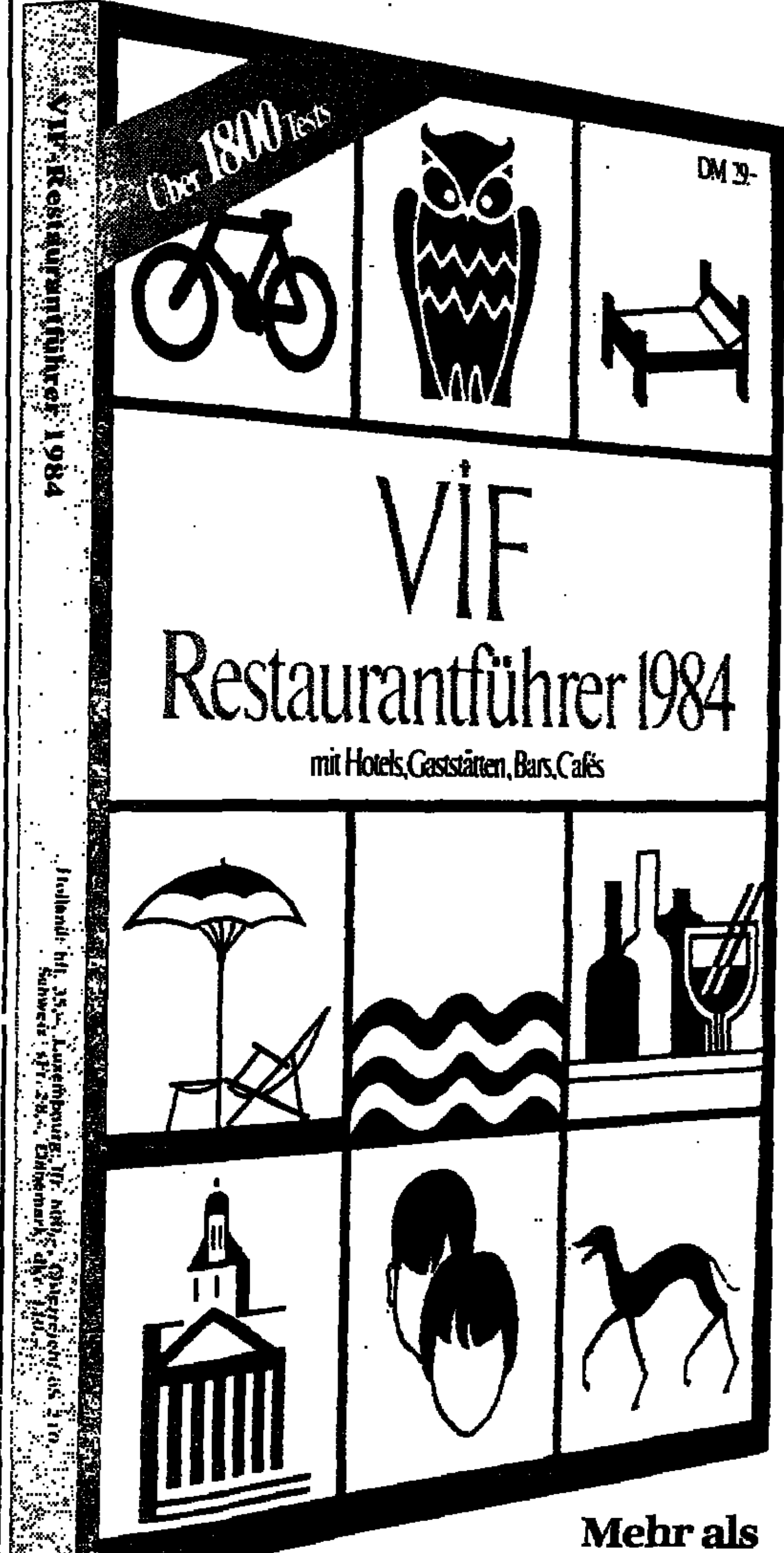
*

Der frühere Geistliche Beirat der Katholischen Landvolkbewegung Deutschland, Prälat **Paul Wollmann**, starb im Alter von 72 Jahren. Er war Vizepräsident des Internationalen Katholischen Landvolks sowie Vorsitzender der Internationalen Föderation Katholischer Ländlicher Heimvolkshochschulen sowie Mitglied im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken. Wollmann hatte sich nach dem Krieg vor allem der Jugendarbeit gewidmet.



Damentreff in der Residenz des jugoslawischen Botschafters Dragutin Rozman in Bad Godesberg. Der Kontaktpflege wegen, aber auch zu Ehren der „Barbaras" in Bonn lud Mirjana Rozman zu einem jugoslawischen Essen ein. Von links Barbara Genscher, Frau des Außenministers, Gastgeberin Mirjana Rozman, Barbara Bartenberg, Frau von Dr. Gerd Bartenberg, in Bonn Beauftragter des Vorstandes der Preussag-Aktiengesellschaft, und Inge Pahr, Frau des österreichischen Botschafters. Der Barbara-Tag in der Botschafterresidenz war durchaus international besetzt. Zu den Gästen gehörten auch Etsuko Miyazaki, Frau des japanischen Botschafters, Mine Iscen, Ehefrau des türkischen Botschafters, Florence Mashaire, Gattin des Botschafters von Zimbabwe, Birgit Gräfin Finckenstein, Frau des Bonner Protokollchefs, Josepha Fischer, Frau des Ministerialdirektors Per Fischer im Auswärtigen Amt, und Wendelgard von Staden, Frau des früheren AA-Staatssekretärs Berndt von Staden. FOTO: KEIL

Das Weihnachts-Präsent für den Gourmet:



Mehr als 1.800 empfehlenswerte Adressen in ganz Deutschland.

Der neue VIF-Restaurantführer '84.

Ein ganzes Jahr lang hat VIF sich in Deutschlands Gourmet-Szene umgesehen und das kulinarische Angebot in der Bundesrepublik und der DDR getestet. VIF hat geprüft, was Küche und Keller zu bieten haben. VIF hat dem Service auf die Finger geschaut und das Ambiente in Augenschein genommen. Dabei wurde manche Neuentdeckung gemacht. In bewährter Art wurden Punkte vergeben und bekannte Restaurants auf- oder abgewertet.

Von den gesammelten Erfahrungen profitieren Sie. Mit dem VIF-Restaurantführer, der auf über 400 Seiten mehr als 1.800 empfehlenswerte Adressen bietet:
- Hotels, Restaurants, Bars, Landgasthöfe, Bistros, Cafés und Weinstuben.
- Aber auch regional Typisches wie Altbierstuben in Düsseldorf, Studentenlokale in Heidelberg, Biergärten in München.
- Ebenso gutbürgerliche, exotische und vegetarische Restaurants.
- Sehr nützlich: die Preisangaben für Restaurants und Hotels, die Informationen über Sehenswürdigkeiten, Kulturangebot, Veranstaltungen bis Ende '84 und Ausflugsziele vor Ort.

Der VIF-Restaurantführer '84 ist die 29-Mark-Versicherung gegen kulinarische Enttäuschungen. Denn es ist sicher angenehmer, die Überraschung beim Lesen zu erleben als später beim Lokalbesuch.
Machen Sie sich selbst damit zu Weihnachten eine Freude. Oder verschenken Sie ihn an einen Gourmet aus dem Freundeskreis, an Verwandte oder Geschäftsfreunde.
Sie erhalten den VIF-Restaurantführer '84 zum Preis von DM 29,– bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Falls ausverkauft, bitte 040/35095120 anrufen. Oder gleich mit dem Coupon bestellen.

Ja ich bestelle ________ Exemplar(e) VIF-Restaurantführer 1984 zum Preis von je DM 29,- (inkl. MWST., Porto und Verpackung*).
*im Ausland zuzüglich Porto.

☐ Ich zahle nach Erhalt der Rechnung,
☐ lege einen Scheck bei (Name und Adresse sind auf der Rückseite notiert),
☐ überweise auf das Postscheckkonto Hamburg BLZ 20010020, Kto.-Nr. 16666-205, Servicebüro Alstertal

Name/Vorname
Straße/Nr.
PLZ/Ort
Datum/Unterschrift 8617

Bitte ausfüllen und einschicken an:
VIF Leser-Service, Postfach 303440, 2000 Hamburg 36.

Der Erfolg einer Kooperation

MAESTRO-Anwender inzwischen über

10.000

Softlab GmbH,
Dr. Klaus Neugebauer

Philips Data Systems,
Dr. Markus Rauh

Aus der Kooperation zwischen einem erfolgreichen System-Hersteller – der Philips Kommunikations Industrie – und einem technologisch führenden Software-Haus – der Softlab GmbH – entstand MAESTRO. Die Anwendungsvielfalt, der Bedienungskomfort und die extreme Zuverlässigkeit des Systems haben für mehr als 10000 Anwender die täglichen Software-Probleme gelöst. Dem Anspruch dieses Erfolges stellen sich Softlab und Philips. Auch in Zukunft.

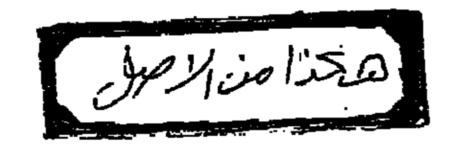
MAESTRO ist konzipiert als dediziertes System zur Software-Entwicklung. Es automatisiert nicht nur den gesamten Software-Entwicklungsprozeß. Es ist auch Textbe- und -verarbeitung, Bürokommunikation sowie Überwachungs- und Steuerungsinstrument für komplexe Projekte. Die Einsatzvielfalt ist nahezu unbegrenzt. Bayerische Landesbank, BMW, Bertelsmann ..., Mannesmann, MBB, Münchener Rück ..., sie alle setzen das MAESTRO-System ein.

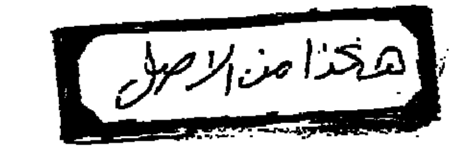
Kontakt: Philips Data Systems, Neuss, Telefon: 02101/182277

softlab

Philips Kommunikations Industrie AG









STUDIO

Die Fernsehzuschauer bleiben länger auf als früher, so weiß es das Zweite Deutsche Fernsehen. Das gab den Programmachern in Mainz die Chance, das „heute-Journal" weiter in den späten Abend zu schieben, es beginnt vom 1. Januar an um 21.45 Uhr. Dies und andere Programmänderungen gab Chefredakteur Reinhard Appel am Montag in Hamburg bekannt. Er verwies darauf, daß durch die Journal-Verschiebung der Operationsraum am Abend sich von 95 auf 135 Minuten ausweite, somit der Programmgestaltung mehr Möglichkeiten geboten werden.

Eine wichtige Neuerung: Die Reportage bekommt mehr Beachtung, sie wird so umgestaltet, daß mehr originäre, selbst recherchierte Fälle zum Anlaß eines Berichtes genommen werden. Investigativ soll das werden, heißt es, sprich: Die Reporter haben sich nicht darauf zu verlassen, was schon in den Wochenzeitschriften gestanden hat. Es ist auch an die Aufstellung eines besonderen Recherche-Teams gedacht. Also: Reportage jeden Montag um 19.30 Uhr. Jeden Dienstag gibt es das Magazin „Wiso"; eine Abkürzung von Wirtschaft und Sozialpolitik. Diese neue „Bilanz"-Sendung soll „Verstehenshilfe" bieten und dabei neue Wege suchen. Zur Frage der politischen Magazine wurde nur darauf verwiesen, daß deren Gleichstellung durch die alternierende Ausstrahlung am gleichen Wochentag zur gleichen Stunde vorgesehen sei. Die Frage, wieweit sich „ZDF-Magazin" und „Kennzeichen D" miteinander vergleichen lassen, blieb offen.

Beibehalten wird die „Open-end-live-Sendung", mit ihrem deutschen Namen „5 nach 10", die vierzehnmal im Jahr ausgestrahlt werden soll. Sie bleibt in der Themenstellung flexibel und ist unmittelbar dem Chefredakteur zugeordnet. Das Betthupferl für Erwachsene, das bislang von prominenten Mitbürgern zum Programmschluß angedient wurde, wird geändert. Anstelle der Bibeltexte und deren kurzer Auslegung wird ein Sechsminuten-Film mit besinnlichem Text gesendet: „Briefe aus der Provinz".

Das Wichtigste an Neuem, das in der Pressekonferenz mit Reinhard Appel herauskam, lag zwischen den Zeilen, war mehr im Trend als in der artikulierten Absicht zu erkennen. Da ist als besonderes zu nennen die Besinnung auf Substanz, auf Originalität, auf neue Felder des Gedankens und der Kommunikation. Ein Mainzer Fernsehmensch sagte, auf die Verschiebung des ZDF-Journals angesprochen: Vielleicht haben wir dann statt 20 nur 18 Prozent Zuschauer, aber das soll mir recht sein, wenn diese zufrieden sind.

Wer hätte das in den Zeiten des Einschaltquoten-Rennens gedacht.

V. P.

In England und den USA gefeiert: „Brideshead"

Der Niedergang von Snobs

Wie man es auch dreht und wendet, der Dezember des deutschen Fernsehers ist blockiert. Wie Hammerschläge fallen die sieben Folgen von „Wiedersehen mit Brideshead" (vom 7. bis zum 23. Dezember) ins Erste Programm, jede Folge hundert und mehr Minuten lang, jede Folge zur besten Sendezeit. Alle zusammen von der gut beleumdeten britischen Granada Television produziert und durch die Sender der ARD gemeinsam preiswert für rund 1,6 Millionen Mark gekauft. Es hatte Großbritannien auf den Kopf gestellt, mit seinen Terminen wichtige Veranstaltungen an den Rand des Scheiterns gebracht, hat in 17 Ländern, in Dubai und Kolumbien, vor allem in der anglophonen Welt, es hat sogar ins Swasiland sich als Familien-Institution etabliert.

Wiedersehen mit Brideshead – ARD, 20.15 Uhr

Da konnte die ARD nicht abseits stehen. Konnte sie wirklich nicht? Für den Ankauf sprachen zumindest die geradezu hymnischen Kritiken. Die „New York Times" zum Beispiel glaubt, diese Serie zu einer der „bemerkenswertesten Fernsehproduktionen des Jahrzehnts" zählen zu dürfen, „Washington Post" nennt sie die „beste Serie, die jemals im amerikanischen Fernsehen zu sehen war", „Financial Times" nennt sie das nahezu Perfekteste der Fernsehgeschichte, man könnte diesen Lobeskatalog fortsetzen, man könnte das Entzücken der angelsächsischen Kritiker zitieren, die diese (mehr als elf Stunden lange) Adaption des gleichnamigen Romans des großen Evelyn Waugh als im Waughschen Sinne perfekt bezeichnen, wie es etwa der „Observer" tut: „Das Ergebnis ist, daß diese spezielle Mischung aus ironischem Witz und prachtvollem Romantizismus ungefiltert und ungetrübt überkommt."

Man sollte da auch die grandiose Authenzität der Spielorte und der Figuren nennen – allein Laurence Olivier ist ein einmaliger Glücksfall, alles dies sei zugestanden, alles dies sei angerechnet auf das Nadelgeld, das wir aus unserem Gebührenschweinderl auf die Hand der Briten legen mußten, alles dies sei angerechnet auf die vorweihnachtliche Blokkade, die das Riesending im Programm der ARD anrichtet. Angerechnet sei auch die Chance, sich auf recht kommode Art mit einem Meisterwerk der britischen Literatur bekannt zu machen, schließlich entbehrt auch die Handlung, trotz ihrer Morbidität nicht gewisser Humorpartikel, soweit man heute noch imstande ist, die versnobte britische Oberklasse mit Humor zu betrachten. Es mischt sich Buddenbrooksches mit „Dschee Ar" (J. R. Ewing), es mischt sich Denver mit Zauberberg, und nicht von ungefähr ist der Niedergang einer britischen Hochadelsfamilie mit den Lebenswegen zweier schöner Jünglinge verbunden, die einander zugetan sind.



Gruppenbild mit Bentley: die Darsteller Anthony Andrews (li.), Diana Quick und Jeremy Irons vor Schloß Brideshead

Gut, gut, sag' ich. Nur in der Praxis sieht es ganz anders aus. Da zieht sich das Sittengemälde hin wie ein feuchter Schwelbrand, es gibt weder Spannungen noch Schürzungen, die Dramaturgie ähnelt einem biederen Spaziergang durch die getreulich aufgeblätterten Buchseiten. Daher gibt es auch keine Tiefpunkte und keine Durchhänger. Das perfektionierte Mittelmaß als Sicherheitsgurt!

Der Unterfertigte spricht von der Folge Zwei, die er betrachten konnte. Sie hat die offizielle Länge von 106 Minuten und 45 Sekunden. Das ergab drei Minuten hoffnungsvolle Erwartung, hundert Minuten quälende Langeweile und ein langes, freudiges Aufatmen zum Schluß.

Eine führende deutsche Zeitung nannte die Serie ein „epochales Denkmal". Es wäre nicht das erste einschläfernde Denkmal.

VALENTIN POLCUCH

KRITIK

Reicht für etwa 15 Minuten

Als der weiche Herr Clemens Weichmüller erlebt, wie ein Mitbürger brutal zusammengeschlagen wird, geht er hin und zeigt sich an, weil er nicht eingegriffen hat. Jochen Köppel und Regisseur Jürgen Haase, die von ähnlichen Vorkommnissen erfuhren oder auch Zeuge waren, wie gleichgültig Menschen zusehen, wenn andere in Not sind, schrieben ein Fernsehspiel, **„Strafanzeige gegen Unbeteiligt"** (ZDF). Das ist bequemer – und folgenloser.

Die Sache hat nur einen Haken: Der Einfall trägt nicht weit. Man kann den Vorfall ablichten – und das tat Haase ausführlich und genüßlich –, und man kann den Mann während der Selbstanzeige vorführen. Das reicht etwa für 15 Minuten. Dann ist es zappenduster.

Mit Mühe schleppte sich die Sache über die nun einmal vorgesehenen 100 Minuten, in denen man nur über eines staunte: Daß sich so erstrangige Schauspieler wie Wolfgang Kieling, Werner Kreindl und die ihnen durchaus ebenbürtige Katharina Matz, die man alle aus differenzierteren Rollen in Erinnerung hat, für eine so schwache Geschichte hergeben.

Hätte doch nur ein U-Bahn-Fahrgast eine Gaspistole gehabt! Der entbehrliche Film wäre ungedreht geblieben.

KATHRIN BERGMANN



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender der ARD
09.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.05 Der Mann von Suez
11.30 Beschreibungen
12.10 Monitor
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

13.15 Videotext für alle
15.10 Videotext für alle
15.25 Tagesschau
15.30 Unter dem Chapiteau: Die Clowns
16.15 Klamottenkiste
16.30 Da schau her!
17.00 Unternehmen „Spacelab"
Landung in Kalifornien
18.15 König Rollo
Der Hund
17.20 Auslosung zur Fußball-WM 1986
Bericht aus Zürich
Ski-Weltcup
18.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Wiedersehen mit Brideshead
Siebenteiliger Film von John Mortimer nach dem Roman von Evelyn Waugh
Deutsch: Marion von Keller
1. Das wiedergefundene Arkadien
Mit Jeremy Irons, Laurence Olivier u. a.
Regie: Charles Sturridre und Michael Lindsay-Hogg
Charles Ryder, wenig erfolgreicher Kunstmaler und jetzt, im Frühjahr 1944, Hauptmann der britischen Armee, wird mit seiner Brigade in eine neue Garnison verlegt. Das Ziel ist Brideshead, ein herrliches, zum Militärstützpunkt degradiertes Landschloß. Das Wiedersehen mit diesem Ort weckt in dem desillusionierten Hauptmann Jugenderinnerungen
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Bilderrätsel – Auf den Spuren des Kunstsammlers Ante Topic-Mimara / „Endstation Sehnsucht" – über die Renaissance von Tennessee Williams Bühnenstücken
22.30 Tagesthemen
23.00 Mittelmaß im Übermaß?
Spitzenforschung in Deutschland
0.00 Tagesschau

ZDF

8.57–13.00 heute im Parlament
und
14.00–15.40 Debatte zum Haushalt '84
15.40 enorm in form
16.00 heute
16.04 Rappelkiste
Nico und die roten Nasen
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Ein Affe im Haus
Alice, der Schrecken der Diebe
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.00 Wildes weites Land
3. Im Namen der Freiheit
19.00 heute
19.30 Telemotor
Das Automagazin mit Harry Valérien
1. Immer Ärger mit den Werkstätten? / 2. Diesel contra Ottomotor – wer hat mehr Zukunft? / 3. Test: Audi 80 Quattro 2 Liter
20.15 Bilanz
Themen: Franz Josef Strauß und die Wirtschaftswende – ein Live-Interview / Esch-Pleite fordert weitere Opfer / Armenhaus im Paradies – Das karibische Wirtschafts-Chaos
Moderation: Wolfgang Schröder
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Der Denver-Clan
Der Alptraum
22.10 Sport aktuell
Fußball-UEFA-Pokal
Tottenham Hotspur – FC Bayern München
3. Runde – Rückspiele
Reporter: Rolf Kramer
23.30 heute



Informationen rund ums Auto liefert heute abend wieder Harry Valérien in seiner Sendung „Telemotor" um 19.30 Uhr im ZDF

FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Volkswirtschaftslehre (13)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
21.45 Auslandsreporter
Peter Bauer: Moskauer Skizzen
22.15 Nächtlicher Regen in den Bergen von Sichuan
Chines. Spielfilm, 1980
(Original mit Untertiteln)
23.35 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Natur am Stadtrand
19.00 Das Elefantencamp
Bericht von Jürgen D. Ensthaler
19.15 Jetzt oder nie
Saluas „La Paloma"-Traum
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Mißbrauchte Schüler?
Streit um Hamburgs Schulen
22.05 Der Film-Club:
Jean-Luc Godard
Weekend
Franz. Spielfilm, 1967
23.45 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Marco
18.55 Ludwig
19.00 Schätze unter Wasser (5)
19.30 Norwich now (7)
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Stadtgespräch
Heute in Wiesbaden
21.45 Drei aktuell
22.00 Autoreport
22.05 Halbzeit
22.25 Die tödliche Falle
Engl. Spielfilm, 1959

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten
19.30 Sammelsurium
19.55 Sport im Dritten extra
Hamburger SV – VfB Stuttgart
21.45 Corleone
Ital. Spielfilm, 1977
23.55 Theater-Talk
24.00 Sendeschluß

BAYERN
18.15 Tele-Ski (12)
18.45 Rundschau
19.00 Warner (6)
20.00 S. C. H. U. L. E.
Bilder einer konkreten Utopie
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Z. E. N.
21.50 Teleclub
Die lustige Witwe
Amerik. Spielfilm, 1934
Mit Maurice Chevalier u. .
23.25 Rundschau
23.30 News of the Week

In Europa ist die Nacht zum Reisen da.

Augen zu – und Sie sind da.

Genießen Sie die erholsame Art zu reisen: im Schlafwagen. Auf unserem dichten Streckennetz erreichen Sie schnell und bequem die größeren Städte in Europa. Über Nacht. Mit allem Komfort, gepflegtem Service – bis hin zum reichhaltigen Frühstück. Sie kommen ausgeruht und pünktlich an. Und haben den ganzen Tag noch vor sich.

Nähere Informationen bei allen Fahrkartenausgaben, DER-Reisebüros und den anderen Verkaufsagenturen der Bahn.

Zeit sparen. Nachts fahren. Im Schlafwagen.



DB

SPD und Grüne wollen Unvereinbares bewältigen

Heute beginnt in Hessen die vierte Verhandlungsrunde

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Der Ausgang der Verhandlungen zwischen der SPD und den Grünen über eine vierjährige Zusammenarbeit in Hessen ist nach wie vor völlig offen. In der dritten Verhandlungsrunde am Montag in Wiesbaden markierten beide Delegationen sachlich unvereinbare Positionen in der Energie- und Verkehrspolitik, die nun in Zweiergesprächen zu Kompromissen geführt werden sollen. Die vierte Verhandlungsrunde ist bereits für heute nachmittag angesetzt.

Beim Thema Enerriepolitik entzündete sich der Streit an der Forderung der Grünen, „die Verwendung atomtechnischer Anlagen in Hessen soweit und so schnell wie möglich in dieser Legislaturperiode entbehrlich zu machen". SPD-Chef Holger Börner hielt diesem Verlangen die Beschlüsse des SPD-Parteitages von München im April 1982 entgegen. Allerdings lägen seine Positionen und die der Grünen „sehr nahe beieinander".

In der Verkehrspolitik offerierten die Grünen das Konzept einer völligen Wende. Die Haushaltsmittel für Neubau-Straßen sollten auf 30 Prozent reduziert werden, auch Umbau und Ausbau vorhandener Straßen dürften nur noch in Ausnahmefällen zugelassen werden. „Überdimensionierte Ortsdurchfahrten" seien „zurückzubauen", Fußwege zu verbreitern, Radwegenetze anzulegen und Maßnahmen zu umfassenden Verkehrsberuhigungen und Geschwindigkeitsbegrenzungen einzuleiten.

In seiner Erwiderung warnte Börner davor, der grüne Katalog könne von Gegnern als „Horrorgemälde" benutzt werden, und empfahl, den „Willen der betroffenen Bürger" zu berücksichtigen. Diese Formulierung machten sich dann die Grünen beim Thema Startbahn-West zunutze, wo sie „zur Befriedung der Region" unter anderem Forderungen nach Straffreiheit von Demonstranten, nach Verzicht auf Schadensersatzansprüchen sowie nach Eindämmung gesundheitlicher Risiken durch Fluglärm und Grundwasserverunreinigungen aufstellten.

„Sowjets demoralisiert"

Deserteur berichtet über Truppen in Afghanistan

dpa/AFP/AP, New York

Die sowjetischen Besatzungstruppen in Afghanistan sind nach Angaben eines jungen sowjetischen Deserteurs demoralisiert und politisch wie militärisch nur mangelhaft auf den Guerrillakrieg vorbereitet. Wie der 19jährige Nikolaj Ryschkow aus Petropawlowsk in der kasachischen Sowjetrepublik auf einer Pressekonferenz in New York erklärte, sei ihm und seinen Kameraden vor ihrer Verlegung nach Afghanistan gesagt worden, sie würden die Südgrenze der Sowjetunion gegen amerikanische und chinesische Söldner zu verteidigen haben.

„Nach sechs Monaten habe ich meine Meinung geändert. Ich sah keine Söldner, nur Afghanen und Mudjahedin (moslemische Widerstandskämpfer). Ryschkow, der mit einem zweiten Deserteur vor einer Woche in den USA eintraf, sagte, er habe sowjetische Offiziere klagen gehört, daß sie es leid seien, Dörfer niederzubrennen. „Die Stimmung ist sehr ungemütlich, niemand will in Afghanistan dienen."

Wie Ryschkow, der zuvor in einem sowjetischen Pionierbataillon gedient hatte, ausführte, sei ihrer Verlerung nach Afghanistan eine nur dreimonatige Ausbildung vorangegangen. Einige seiner Kameraden hätten nicht einmal mit einem Schnellfeuergewehr Schießen gelernt. Sie wurden in einer Einheit in der Nähe von Kabul stationiert, wo oft Schüsse zu hören waren.

Das Leben der sowjetischen Soldaten in Afghanistan sei schwer zu ertragen gewesen: schlechtes Essen, keine Informationen über den Stand der Kämpfe und schlechte Behandlung durch die Offiziere, die weder Urlaub noch Wodka bekämen und sich an den einfachen Soldaten abreagierten. Zwei seiner Kameraden hätten Selbstmord begangen, andere Haschisch zu rauchen begonnen.

EG auf dem Nullpunkt

● Fortsetzung von Seite 1

Ohnehin gehen die durch rechtliche Verpflichtungen anfallenden Kosten des Agrarmarktes im kommenden Jahr voraussichtlich erheblich über die bisherigen Ansätze (rund 36 Milliarden DM) hinaus. Um so notwendiger wären nach einhelliger Auffassung rechtzeitige Beschlüsse zur Eindämmung der Ausgabenflut gewesen. Trotz monatelanger Vorbereitungen der Fachminister konnte in Athen kein politischer Konsens erreicht werden. Dabei zeigte sich, daß nicht nur zwischen den „Nettozahlern" und „Nettoempfängern" erhebliche Interessenunterschiede bestehen, sondern daß auch die „Nord/Süd-Probleme" in der EG immer schärfere Konturen erhalten.

Schwerpunkt der Beratungen war der Versuch, die immer stärker ausufernden Kosten des Milchmarktes (1984 voraussichtlich 20 Milliarden DM) in den Griff zu bekommen. Geschehen soll dies durch eine Begrenzung der Preisgarantien auf jährliche Höchstmengen. Die Bundesregierung unterstütze einen Vorschlag der EG-Kommission, diese Quote auf 97,2 Millionen Tonnen festzulegen, was gegenüber der Istproduktion von 1983 eine Verringerung um rund 7 Millionen Tonnen bedeutet. Die Mehrheit der EG-Staaten war jedoch nur zu weniger schmerzhaften Einkommensbeschränkungen für ihre Landwirte bereit.

Für den EG-Haushalt macht ein Prozent mehr Milch Kosten von rund 600 Millionen DM aus. Einsparungen sind daher vor allem in diesem Sektor nötig. Tatsächlich meldeten jedoch mehrere Regierungschefs Ausnahme- und Sonderwünsche an. Irland wollte die Zusicherung, nicht weniger, sondern erheblich mehr Butter erzeugen zu dürfen. Italien hält die Milchüberschüsse allein für ein Problem der nördlichen EG-Staaten, es will sich selbst, wie auch Griechenland, keiner Quotenregelung unterwerfen, weil es „Nettoimporteur" von Molkereierzeugnissen ist. Die harte Haltung Roms wurde auch durch die Weigerung von Premierminister Benito Craxi unterstrichen, bei den „südlichen" Agrarerzeugnissen eine ähnliche Auflockerung der Preisgarantien zu akzeptieren wie bei Milch und Getreide.

USA nehmen Moskau in die Pflicht

Kreml soll im Nahost-Konflikt mäßigend auf Syrien einwirken / Shultz warnt Damaskus

TH. KIELINGER, Washington

Die Vereinigten Staaten haben auf diplomatischen Kanälen zu verstehen gegeben, daß sie an keiner Eskalation der Feindseligkeiten in Libanon interessiert seien und daß sie hoffen, auch Syrien könne zu größerer Zurückhaltung zurückfinden.

US-Außenminister Shultz appellierte auf einer Pressekonferenz in Washington an die Sowjetunion, „Syrien zu drängen, sich die Situation in Libanon vernünftig anzuschauen. Wir hoffen, die Syrer werden das tun". Wenn eine Botschaft in dem amerikanischen Luftangriff auf syrische Stellungen enthalten gewesen sei, dann diese: „Wenn du siehst, wie sich jemand zu verteidigen weiß, vielleicht wirst du dann ein wenig mehr Vorsicht walten lassen bei der Frage, wie du mit ihm umgehst."

In einem Schreiben an UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar hat die Reagan-Administration ihr Vorgehen gegen die syrischen Raketen- und Artillerie-Stellungen als „reine defensive Maßnahme" erläutert, aber Syrien gleichzeitig warnen lassen, die Angriffe gegen amerikanische Aufklärungsmissionen nicht zu wiederholen. Shultz, der wie viele andere Berater des Präsidenten von der hohen Verlustquote des amerikanischen Luftangriffs tief betroffen war, ließ dennoch durchblicken, daß er die Voraussetzungen zur Erreichung der politischen Ziele in Libanon, die die USA sich gesetzt hätten, für verbessert halte. Für die Anwendung von militärischer Gewalt, als Gegenwehr, machte er keine Entschuldigungen.

Wörtlich meinte der Außenminister auf seiner Pressekonferenz: „Wir müssen die Kräfte, die wir haben, auch einsetzen, im Verfolg der Mission, die wir uns gesetzt haben."

Der Erfolg des Luftangriffs, so heißt es in Washington, könne deshalb nicht nur nach Maßgabe seiner militärischen Dimension gemessen werden. Vielmehr werde es sich erst noch zeigen müssen, ob Syrien das Signal amerikanischer Entschlossenheit empfangen habe und sich danach zu richten gedenke. Erste Indizien scheinen günstig auszufallen. Am Montag flogen die Amerikaner neue Aufklärungsmissionen, ohne behindert zu werden. Ein Kommentar von Radio Damaskus gab zu verstehen, daß Syrien keine Fortsetzung der Konfrontation beabsichtige.

Unter den Militärs in Washington geht inzwischen die Analyse der Mission vom Sonntag weiter. Das Urteil wird dabei nicht günstiger. Die Marinepiloten, die den Angriff flogen, gelten als „kampfunerfahren", heißt es aus dem Pentagon. Tatsächlich haben die US-Flieger seit dem Vietnam-Krieg keine feindlichen Einsätze mehr geflogen. Auch kritisierte man erneut die veralteten Unterschall-Flugzeugtypen, A-6 und A-7, jeweils Veteranen der 60er Jahre, die für ein Schlachtfeld, auf dem mit Raketen gefeuert werde, nicht mehr geeignet seien. Die US-Marine bekommt erst in zwei Jahren die neue Generation von trägergestützten Jagdbombern, den F-18 („Horn...

Die Israelis, zum Vergleich, verloren in allen ihren Lufteinsätzen über Libanon im Verlauf der letzten 18 Monate nur drei Flieger. Sie lassen einerseits unbemannte „Dronen" als Feuerablenkung vorausfliegen, haben dazu kampferprobte Piloten zur Verfügung und benutzen mit dem „Kfir" einen Bombertyp, der zwar zum Abwurf seiner Bombenlast auch auf Unterschallgeschwindigkeit herabgeht, danach aber sofort auf doppelte Schallgeschwindigkeit beschleunigen und damit der feindlichen Abwehr leichter entrinnen kann.

Wie bei früheren Vorfällen ähnlicher Art, rief auch diesmal wieder der Senior unter den Republikanern im Senat, Barry Goldwater, den Präsidenten auf, die Marineinfanteristen in Libanon sofort nach Hause zu holen. Der Senator, in den Jahren des Vietnam-Krieges ein dezidierter „Falke", hält heute nichts mehr von militärischen Engagements der USA, die keine Aussicht auf unmittelbaren Erfolg versprechen.

Er ist freilich in seiner Partei die einzige Stimme, die diesen Ausweg aus dem Libanon-Dilemma empfiehlt. Die überwiegende Mehrheit rät zu Geduld, wobei man allerdings mehr und mehr die libanesische Regierung unter Präsident Gemayel drängt, den Prozeß der Versöhnung im Land zu beschleunigen und „die Macht zu teilen", wie Senator Lugar (Indiana) sagte.

Seite 2: Libanon, Grenada, Vietnam

NATO-Absprache mit Shultz in Bonn

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Zu Gesprächen mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher ist der amerikanische Außenminister Shultz gestern abend nach Bonn gekommen. Von Diplomaten wird erwartet, daß die USA dabei auf die Vorschläge Bonns eingeht, alle politischen Anstrengungen zu machen, damit die von der Sowjetunion unterbrochenen Mittelstreckenverhandlungen in absehbarer Zeit in irgendeiner Form fortgesetzt werden können. Entsprechende Vorschläge hatte Genscher vergangenes Wochenende in einem Aufsatz entwickelt. Darin fordert er den Westen auf, das von der NATO im Harmel-Bericht von 1967 begründete Konzept der gesicherten Verteidigungsfähigkeit, die mit Dialog- und Kooperationsbereitschaft gegenüber dem Osten zu kombinieren sei, weiterzuentwickeln.

In Bonner diplomatischen Kreisen wurde davor gewarnt, zu stark darüber zu spekulieren, in welcher Form die Sowjetunion sich bereit finden könnte, an den Tisch der Mittelstreckenverhandlungen zurückzukehren. Es sei schon jetzt im „internationalen diplomatischen Verkehr" klar, daß der sowjetische Verhandlungsabbruch in Genf als schwerer Fehler Moskaus gewertet werde. Bonn versuche deshalb alles zu tun, um die Sowjetunion zur Revision ihrer Haltung zu bewegen. Als dafür gut geeignete Möglichkeit sieht man in Bonn den für den 17. Januar geplanten Auftakt der Konferenz über vertrauensbildende und Abrüstungsmaßnahmen (KVAE) in Stockholm und äußert die Hoffnung auf das Erscheinen des US-Außenministers. Dieses Thema wie insbesondere die Lage in Libanon und in Lateinamerika werden die Gespräche von Shultz in Bonn bestimmen. Bevor der US-Minister heute wie Genscher zum NATO-Rat nach Brüssel weiterreisen wird, trifft er auch mit den Fraktionsvorsitzenden Dregger, Vogel und Mischnick zusammen.

Abkommen mit Weinberger über „Zweibahnstraße"

rmc. Bonn

Die Verteidigungsminister der USA und der Bundesrepublik Deutschland haben am Rande der NATO-Sitzung in Brüssel gestern eine Vereinbarung über die Stärkung der Luftverteidigung in der Bundesrepublik unterzeichnet. Nach langen Verhandlungen haben die Minister Weinberger und Wörner damit deutlich gemacht, daß sie die „Zweibahnstraße", den Austausch von Material- und Personalkosten, durch die Einführung von zwei neuen Waffensystemen bei den deutschen und den US-Streitkräften wirklich voranbringen wollen. Die deutsche Luftwaffe wird zwölf „Patriot"-Batterien (als Ersatz für „Nike") plus zwei weiterer für die Ausbildung von den USA kostenlos übernehmen und bemannen, außerdem die gleiche Menge für die eigene Luftwaffe käuflich beschaffen. Dafür stellt die Bundeswehr 27 Einheiten „Roland" zum Objektschutz für drei US-Fliegerhorste und 60 „Roland"-Einheiten (plus acht für die Ausbildung) zum Objektschutz aller US-Basen.

Kreml sparte durch Spionage Milliarden

rtr, Brüssel

Die Sowjetunion hat nach Erkenntnissen des Nordatlantik-Pakts durch die Beschaffung von Informationen über moderne westliche Waffensysteme und Rechenanlagen umgerechnet Milliarden von Dollar an Entwicklungskosten eingespart. Gemeinsam mit ihren Verbündeten sei es der UdSSR unter anderem gelungen, Entwurfszeichnungen des französischen Kampfflugzeugs Mirage F-1 zu beschaffen, heißt es in einer gestern veröffentlichten Übersicht des Militärausschusses der NATO.

Zu den Waffensystemen, deren Details der Sowjetunion bekanntwurden, gehören auch die französische Boden-Luft-Rakete „Crotale" sowie das französisch-deutsche Panzerabwehrsystem „Milan". Zur Beschaffung der westlichen Technologie nutzt die sowjetische Führung dem Bericht zufolge 47 Außenhandelsgesellschaften, mehr als 300 Import-Export-Firmen, wissenschaftliche Ausschüsse sowie die Möglichkeiten der Geheimdienste KGB und GRU.

„Hallo IBM, wo kann ich einen IBM Personal Computer ausprobieren?"

„Hallo IBM, wer sagt mir, wie ich mit einem Computer arbeiten kann, ohne gleich einen zu kaufen?"

„Hallo IBM, wo kann ich eine IBM Schreibmaschine kaufen?"

„Hallo IBM, welchen technischen Service bietet die IBM für ihre Schreibmaschinen?"

„Hallo IBM, wo kann man lernen, wie man seine Programme selber schreibt?"

„Hallo IBM, wer sagt mir, wie ich mit einem Computer arbeiten kann, wenn ich von EDV keine Ahnung habe?"

Hallo IBM: 0130-4567.
Die Telefonauskunft der IBM zum Ortstarif.

Für alle, die uns noch nicht kennen und uns irgend etwas fragen wollen, gibt es jetzt die Hallo IBM Nummer: 0130-4567. Dort bekommen Sie Montag - Freitag, von 8.00-17.00 Uhr, Auskunft. Das Gespräch kostet Sie nicht mehr als ein Ortsgespräch, egal von wo aus in der Bundesrepublik Sie anrufen. Rufen Sie doch mal an.

„Hallo IBM, wer sagt mir, wie ich mit dem Computer meine Gehaltsabrechnung machen kann, wenn ich gar keinen habe?"

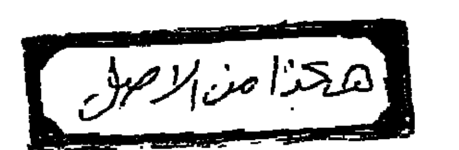
„Hallo IBM, wo kann ich bei Ihnen IBM Zubehör bestellen?"

„Hallo IBM, wo ist der nächste IBM Laden?"

„Hallo IBM, gibt es bei Ihnen kostenlose Literatur über Computer?"

„Hallo IBM, wo gibt es eine IBM Niederlassung in meiner Stadt?"

IBM



Im Schatten der Aktien

ed. – Die neue Bundesanleihe droht ein Flop zu werden, und die gestern angekündigte Anleihe der Kreditanstalt für Wiederaufbau scheint alles andere als ein Renner zu werden. Die Emissionen lasten wie Blei auf dem Rentenmarkt. Es sind nicht die Kurse, die diese Papiere zu fast unverdaulichen Brocken machen. Auch ihre Volumina sind – absolut betrachtet wenigstens – keineswegs ungewöhnlich hoch. Käufer fehlen aus anderen Gründen.

Da wäre einmal das Gefühl zu nennen, man brauche sich mit dem Kauf von festverzinslichen Papieren nicht zu beeilen, weil die Kurse nicht nach oben weglaufen. Hinzu kommt die Furcht, die Zinsen könnten sogar noch weiter steigen. Und dann ist da vor allem die wesentlich stärkere Attraktivität der Aktie. Sie ist ein ernstzunehmender Konkurrent für das Rentenpapier geworden und stiehlt ihm die Show.

All dies würde sich wahrscheinlich gar nicht so sehr bemerkbar machen, wenn nicht das Auslandsinteresse an D-Mark-Titel während der letzten Wochen erloschen wäre, was gleich mehrere Ursachen hat. Einmal die Verunsicherung potentieller ausländischer Anleger durch die SMH-Bankaffäre. Das Unbehagen, daß in der Bundesrepublik nicht alles zum besten steht, wird noch gesteigert durch die Häme, mit der im Ausland vielfach die Anklage gegen den Bundeswirtschaftsminister kommentiert wird. Da muß man sich nicht wundern, wenn sich internationales Kapital von den wieder gestiegenen Dollarzinsen anlocken läßt, zumal da die USA in politisch unruhigen Zeiten ohnehin beliebter Hort der Sicherheit sind.

Zeit verrinnt

nl – Die für den Herbst dieses Jahres geplante Großfusion der beiden schweizerischen Uhrenriesen Asuag und SSIH, mit der eine dringend notwendige Straffung von Programmen und Kapazitäten einhergehen soll, läßt noch immer auf sich warten. Offenbar sind die Schwierigkeiten, sich über ein gemeinsames Konzept einig zu werden, doch größer als ursprünglich angenommen. So gibt es beispielsweise gewisse Überschneidungen im Uhrenbereich, in dem die Asuag über ihre Tochter General Watch u. a. mit den Marken Longines, Rado und Certina am Markt ist, die SSIH hingegen hauptsächlich auf ihre Marken Omega und Tissot setzt. Um aus den beiden in hohe Verluste abgesackten Uhrenkonzernen eine vereinte Uhrengruppe zusammenzuschweißen, muß auch in der Markenpolitik konzentriert werden. Opfer sind nötig. Im Hinblick auf die mit unverminderter Druck anbrandenden Uhrenimporte aus Fernost können sich auch die Eidgenossen kaum den Luxus allzu großer Bedächtigkeit leisten.

MINERALÖLMARKT / Streit um das größte deutsche Tankstellennetz

Mobil Oil ist offenbar bereit, sich von der Aral AG zu trennen

J. BRECH, Hamburg

Die Mobil Oil AG, Hamburg, hat zu erkennen gegeben, daß sie eine Realteilung der Aral AG, Bochum, für die vernünftigste Lösung hält, um den Rechtsstreit über das größte deutsche Tankstellennetz zu beenden. Mobil ist offenbar bereit, ihren Benzinabsatz in eigener Regie weiterzuführen. Nach Meinung des Mobil-Vorstandsvorsitzenden Herbert C. Lewinksky könnten die Grundlagen des Gemeinschaftsunternehmens Aral nur um den Preis eines langjährigen Prozesses aufrechterhalten werden. Dies müßte für alle Beteiligten schädlich sein.

Die Auseinandersetzungen um die Aral, an der die Veba AG zu rund 56, die Mobil Oil AG zu etwa 28 und die BASF-Tochter Wintershall zu 15 Prozent beteiligt sind, sind durch einen Vorstoß des Kartellamtes entstanden, das Gemeinschaftsunternehmen im Vertriebsbereich für unzulässig erklären will und hierzu ein Grundsatzurteil beim Bundesgerichtshof anstrebt. Das Amt hat dabei klargestellt, daß es mit einer bloßen Vertragsanpassung bei Aral nicht getan sei, sondern von einer Untersagungsverfügung nur bei Veränderungen im Aktionärsbestand abgesehen werden könne.

Einigungsversuche unter den Beteiligten sind bislang gescheitert und jetzt eingestellt worden. Die Mobil hat dies dem Kartellamt am 21. November mitgeteilt. Während die Veba für eine Auflösung des Konsortialvertrages von 1967 ist, sperrt sich Wintershall geger eine Neuregelung. Die BASF-Tochter ist bereit, einen langjährigen [illegible] mit dem Kartellamt [illegible].

Demgegenüber hat jetzt Lewinsky für Mobil erklärt, daß es das vernünftigste sei, so bald wie möglich mit dem komplizierten Prozeß der Realteilung zu beginnen. Daß dies auch die Veba wolle, könne er durchaus verstehen. Immerhin sei es „nicht zum Lachen", wenn jemand 58 Prozent der Anteile halte, aber nur 15 Prozent der Stimmen. Im Konsortialvertrag von 1967 ist festgelegt worden, daß alle Benzin-Aktionäre trotz unterschiedlicher Kapitalbeteiligungen über die gleichen Stimmrechte verfügen. Zudem bedürfen alle wesentlichen Entscheidungen bei Aral einer Neun-Zehntel-Mehrheit.

Ohne die Zustimmung aller Großaktionäre ist eine Auflösung der Verträge also nicht möglich. Um Wintershall von einer Klage abzuhalten, müßten die anderen Gesellschafter der BASF-Tochter erhebliche materielle Vorteile einräumen. Die Bereitschaft der Veba, künftig mit Wintershall Aral in einem Zweierkonsortium einschließlich eines Minderheitsschutzes weiterzuführen, ist von Wintershall allerdings abgelehnt worden. Mobil-Chef Lewinsky kann sich ohnehin eher ein Zusammengehen von Wintershall und Mobil vorstellen.

Der Ball, so Lewinsky, liege jetzt wieder beim Kartellamt. Von seiner Entscheidung hänge es ab, wohin Aral treibt. Bei einer Realteilung gehe es nicht nur um eine Aufteilung des Tankstellennetzes von rund 5000 Stationen, sondern auch um den Markennamen „Aral". Mobil habe keinerlei Veranlassung auf diese „sehr gute Marke" zu verzichten. „Sie ist uns einiges wert", erklärt Lewinsky wörtlich. Bei einem Verzicht auf die Marke zugunsten anderer Aktionäre müßte der Preis den Kosten entsprechen, die Mobil bei dem Aufbau einer neuen, eigenen Marke entstehen würden. Mobil ist der einzige der internationalen Ölkonzerne ohne ein eigenes Tankstellennetz am deutschen Markt. Von ihrem Gesamtabsatz von rund zehn Millionen Tonnen im Jahr setzt die Gesellschaft rund 1,5 Millionen Tonnen Benzin und 0,6 Millionen Tonnen Diesel über das Aralnetz ab.

Konkrete Hinweise, wie viele der Aral-Tankstellen bei einer Aufteilung an Mobil entfallen müßten, macht Lewinsky nicht. Bei Aral, das in den vergangenen Jahren erhebliche Rationalisierungsschnitte vorgenommen hat, sollen am Ende eines umfangreichen Schrumpfungsprozesses von den knapp 5000 Stationen nur noch 3500 übrig bleiben. Auf die Frage, ab welcher Größenordnung ein Tankstellennetz überhaupt rentabel zu betreiben sei, verweist Lewinsky auf einen Konkurrenten am deutschen Markt, der mit 400 Markenstationen erfolgreich arbeite.

HAUSHALTSDEBATTE

Knappe Mittel begrenzen die Verkehrs-Investitionen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Koalitionsparteien haben gestern die von der SPD geforderte Aufstockung des Verkehrsetats abgelehnt. Sie billigten in zweiter Lesung den Verkehrshaushalt, der mit knapp 24,7 Milliarden Mark – 0,8 Prozent weniger als 1983 – der viertgrößte Einzeletat bleibt. Mit einem Investitionsvolumen von 11,6 Milliarden ist er der bedeutendste Investitionshaushalt des Bundes. Rund 71 Prozent der eigenen Sachinvestitionen des Bundes und 22 Prozent der Finanzierungshilfen des Bundes für Investitionen Dritter entfallen auf den Verkehrsbereich.

Wie der FDP-Abgeordnete Klaus-Jürgen Hoffie in der Debatte betonte, werde dieser Etat besonders vom Finanzminister geprägt, „der mit seiner notwendigen Forderung nach Beiträgen zur Haushaltskonsolidierung auch des Verkehrsressorts den Gestaltungsspielraum nicht nur für 1984 in verkehrspolitisch bedenklicher Weise begrenzen muß". Vor allem gehe es darum, die Zeitbombe Bundesbahn-Zuschuß zu entschärfen. Die Bahn benötige nahezu 55 Prozent des gesamten Verkehrshaushalts.

Die kürzlich von der Bundesregierung verabschiedeten bahnpolitischen Leitlinien mit der Plafondierung der Bundesleistungen wurden von den Koalitionsparteien voll übernommen. Der CDU-Abgeordnete Reinhard Metz äußerte Verständnis, daß jetzt noch keine Zusage für höhere Zuschüsse zu den Neubaustrecken gemacht werden konnten. Den Vorwurf der SPD von der Kahlschlagsanierung der Bahn wies er entschieden zurück.

Der SPD-Abgeordnete Hans-Joachim Hoffmann setzte sich für eine Aufstockung der Investitionszuschüsse für die Bahn um 600 Millionen Mark ein. Die Bahn dürfe nicht gezwungen werden, bei Investitionen auf Kredite auszuweichen.

Von den sechs Milliarden Mark für den Bundesfernstraßenbau – 200 Millionen weniger als 1983 – müsse die Hälfte, so Hoffie, für die Erhaltung und Instandsetzung vorhandener Verkehrswege aufgewendet werden, „sonst würden wir für die Zukunft ein neues unkalkulierbares Haushaltsrisiko eröffnen". In den kommenden vier Jahren werden für den Straßenbau jeweils 150 Millionen Mark zusätzlich an Verpflichtungsermächtigungen eingesetzt. Metz wies darauf hin, daß es keinen rigorosen Ausbau des Straßennetzes geben werde, wie es immer wieder von der SPD und den Grünen behauptet würde. Dazu fehlten einfach die Mittel.

Begrüßt wurde von den Rednern der Koalition die Wiedereinführung von Finanzbeiträgen an die Seeschiffahrt, wobei die SPD weitergehende Forderungen erhoben hatte. Für den Etat 1984 sind noch keine Ausgabemittel für die Reederhilfe vorgesehen, als Einstieg aber eine Verpflichtungsermächtigung von 80 Millionen Mark, die je zur Hälfte 1985 und 1986 fällig werden. Die Verpflichtungsermächtigung für die Schiffahrtshilfen an die Reeder wurden von 230 auf 250 Millionen Mark aufgestockt.

Kurswechsel

Von JOACHIM WEBER

Bei Grundig wie bei Philips wehrt man sich noch dagegen, das Manöver als Schwenk zu bezeichnen: Beide hatten unlängst ihren Beschluß verkündet, neben dem „hauseigenen" und bisher zäh verteidigten Video-System 2000 künftig auch Geräte nach dem japanischen Standard VHS (Systemführer: JVC) zu produzieren.

Um mit dieser Ankündigung aber nicht den potentiellen 2000er Kunden zu verschrecken, kam gleichzeitig auch die Einschränkung, daß die neuen VHS-Recorder „vor allem für Märkte bestimmt" seien, „in denen Video 2000 nicht vertrieben wird" (Wortlaut Philips). Auf keinen Fall sei an die Ablösung des eigenen Systems gedacht.

An der Verlautbarung einer solchen Absicht kann dem 2000-Lager auch überhaupt nicht gelegen sein. Schließlich werden seine Recorder noch auf mehr oder minder vollen Touren produziert, stecken in Werkslägern und in Vertriebskanälen. Würde jetzt zum Rückzug geblasen, dann blieben sie auch dort stecken oder wären nur zu Schleuderpreisen loszuschlagen, als „Auslaufmodelle".

Noch viel schlimmer: Die bisherigen Käufer müßten sich düpiert fühlen, der Handel wäre zu Recht „sauer" und der Ruf beider Hersteller im Markt bis auf weiteres heftig angekratzt.

Schließlich spricht auch rechnerische Vernunft gegen den Total-Rückzug. Die enormen Entwicklungskosten für Video 2000 und seine zahlreichen Verbesserungen können noch gar nicht amortisiert sein, und auch bei den Produktionsanlagen – wiewohl nach Erklärung beider Unternehmen auch für die VHS-Fertigung einzusetzen – dürften erhebliche Teilabschreibungen fällig werden.

Nicht zuletzt wäre es alles andere als vernünftig, einen Marktanteil von etwa 25 Prozent in Europa (aber eben nur in Europa) von einem Tag auf den anderen aufzugeben. Der Entschluß dazu würde um so schwerer fallen, als sich beide der technischen Überlegenheit ihres Produkts sehr wohl bewußt sind.

Die Gründe dafür, daß sich das eindeutig bessere System nicht in angemessener Weise durchgesetzt hat, liegen in den Anfängen des Konsumenten-Videomarktes. Beide, Philips und Grundig, machten entscheidende Fehler schon beim Start ins Video-Abenteuer:

- Sie beschränkten sich auf Europa, statt den Weltmarkt zu suchen (vor allem den US-Markt), der allein auf Dauer auskömmliche Stückzahlen bietet. Die Japaner sprangen voll in diese Bresche.
- Ebenso zögernd wurde die Produktion auf Touren gebracht, wohl weil man erst einmal vorsichtig die Marktentwicklung abwarten wollte.
- Die 2000-Partner versteiften sich darauf, ein perfektes (und damit teures) Produkt auf den Markt zu bringen, und kamen auch zu spät mit technisch wie preislich „abgestrippten" Versionen heraus. Die Japaner setzten von Anfang an auf einen Massenmarkt.

Vor allem das VHS-System erwies sich dabei als enorm durchsetzungsfähig, es hält derzeit weltweit einen Marktanteil von 75 bis 80 Prozent, in Europa von etwa 60 Prozent. Nun sind Marktanteile an sich nicht unbedingt ein Grund, einmal mit viel Aufwand eingeschlagene Strategien aufzugeben – auch in Marktnischen läßt es sich bekanntlich ganz gut leben.

Doch dem stehen zwei Dinge entgegen. Zum einen braucht die Video-Fertigung enorme Stückzahlen, um überhaupt zu akzeptablen Konsumenten-Preisen zu gelangen. Zum anderen aber – und diese Entwicklung wurde vom 2000-Duo wohl zunächst unterschätzt – wird die Kaufentscheidung zunehmend vom Angebot an fertig bespielten Kassetten (der sogenannten Software) bestimmt.

Und auch hier hat VHS längst allen anderen den Rang abgelaufen. Die Entwicklung gibt zu denken: Hatte die Software für Video 2000 noch 1980 einen Anteil von 26 Prozent am deutschen Markt, so sind es 1983 nur noch 14 Prozent. Gleichzeitig steigerte VHS seinen Software-Rückhalt von 55 auf 63 Prozent eines Gesamtvolumens, das in diesem Jahr schon bei 2,8 bis drei Millionen Kassetten liegen wird.

Gründe und auch Zwänge genug also für die Europa-Verfechter, auch auf den VHS-Zug mit aufzuspringen. Eigentlich hätte man sich früher darauf besinnen können: Die beste Konkurrenz ist immer noch die aus dem eigenen Haus.

AUF EIN WORT

„Das Zusammenleben im ländlichen Raum wird heute oft dadurch belastet, daß sich aufs Land gezogene Städter dort vorwiegend ökologisch verhalten – am städtischen Arbeitsplatz aber ökonomisch, während für Landwirte die Notwendigkeit besteht, sich an ihrem Arbeitsplatz auf dem Lande ökonomisch zu verhalten."

Dr. Wolfgang von Geldern, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten FOTO: DIE WELT

Ost-West-Handel nicht beeinträchtigt

DW. Bonn

Auch nach Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa erwartet das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, keine Beeinträchtigung des Ost-West-Handels. Weder in Moskau noch in anderen östlichen Hauptstädten verkenne man, daß man sich sonst selber schade, heißt es in der jüngsten Ausgabe der vom HWWA herausgegebenen, englischsprachigen Zeitschrift Intereconomics. Ohne Westhandel würden die östlichen Volkswirtschaften nicht unbedingt ins Wanken geraten, aber diverse Produktionen würden dennoch stark behindert, schreibt das HWWA.

HAUSBESITZER

„Das Mietrecht ist jetzt noch verzwickter geworden"

PETER GILLIES, Bonn

Das neue Mietrecht hat dem Hausbesitz weder die Mieteinnahmen noch die Rechtssicherheit entscheidend erhöht. „Die Rechtslage ist komplizierter als vorher", meinte Theodor Paul, Präsident des Zentralverbandes der deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, vor Journalisten in Bonn.

Zwar dürften die Mieten in diesem Jahr mit rund fünf Prozent doppelt so stark steigen wie die allgemeinen Lebenshaltungskosten, aber auf längere Sicht hätte der Hausbesitz noch einen „Nachholbedarf". Sehr kritisch äußerte sich Paul zu der Praxis mancher Gerichte, das neue Mietrecht entgegen dem Willen des Gesetzgebers umzudeuten. Hier müsse der Gesetzgeber tätig werden und für Klarheit sorgen.

Als „unerträglich" bezeichnet der Verband die Lage des sozialen Wohnungsbaus. Schon faßten Politiker den Abriß leerstehender Sozialbauten ins Auge, während sie mit weiteren Steuermilliarden die gleichen Bauprogramme erneut förderten. „Die Politik hat nicht die Kraft, das wirkliche Problem der Verteilung zu lösen", resümierte Paul. Einerseits seien die Wohnungen, die mit Steuergeld gefördert wurden, immer schwerer zu vermieten, andererseits begünstige man vielfach genau diejenigen, die der Hilfe eigentlich nicht mehr bedürften, weil sie gute Einkommen beziehen. Der Verband fordert deshalb, die öffentliche Förderung des Mietwohnungsbaus wegen der schlechten Erfahrungen, der Mietverzerrung und der unsozialen Wirkungen zu beenden. Weit treffsicherer wären individuelle Mietzuschüsse an die wirklich Bedürftigen.

WÄHRUNGSFONDS

De Larosière mahnt die USA zum Abbau der Etatdefizite

VWD, Washington

Der Geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Jacques de Larosière, hat an die Regierungen der USA und anderer Industrieländer appelliert, endlich ihre Staatsdefizite abzubauen. Nur so könne das Zinsniveau gedrückt und das Vertrauen in die Weltwirtschaft wieder hergestellt werden.

Die internationale Schuldenkrise, die als zweites Problem die Weltwirtschaft überschatte, könne mit gemeinsamen Anstrengungen von Kreditgebern und -nehmern gemeistert werden. Die Kreditnehmer müßten sich aber auch darüber klar werden, daß sie nicht jedes Jahr 50 Milliarden Dollar an neuen Kreditmitteln von den Banken erhalten könnten.

In seiner Rede in Washington ging de Larosière mehrfach auf das hohe Zinsniveau ein, das extrem über den Inflationsraten liege. In den USA sei der Realzins gegenwärtig etwa vier Prozentpunkte höher als in vergleichbaren früheren Konjunkturzyklen. An eine Senkung des US-Zinsniveaus in absehbarer Zeit glaubt der Chef-Volkswirt des Brokerhauses Merrill Lynch nicht. Im Dezember werde vielmehr weiterhin ein leichter Aufwärtsdruck anhalten.

Erst Ende des ersten Quartals oder Anfang des zweiten Quartals 1984 könne mit einem Rückgang der Zinsen für langfristige Regierungsfonds auf 10,5 Prozent gerechnet werden. Aus diesem Grund werde die Fed auch sicher nicht vor dem ersten Quartal 1984 eine Lockerung ihrer Kreditpolitik beschließen. Von der starren Kreditpolitik sei bereits die Saat für ein Wiederaufkeimen der Inflation gelegt worden, meint Lawrence Kudlow, ein früherer Wirtschaftsberater der Regierung Reagan.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Neuer Messe-Chef für Hannover

Hannover (dos) – Die Suche nach einem Nachfolger für den zum Jahresende 1983 ausscheidenden Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Messe- und Ausstellungs-AG in Hannover, Claus Groth, ist erfolgreich verlaufen. Der Aufsichtsrat der Messe-AG wird dem Vernehmen nach auf seiner Sitzung am kommenden Freitag Dr. Klaus E. Goehrmann, Mitglied der Geschäftsführung der Geha-Werke GmbH, Hannover, in den Vorstand der Messe-AG berufen. Die Nominierung Goehrmanns soll zwischen den Hauptgesellschaftern der Messe-AG, dem Land Niedersachsen und der Stadt Hannover, bereits abgestimmt worden sein. Nach früheren Aussagen der Messe-Aufsichtsratsvorsitzenden, der niedersächsischen Wirtschaftsministerin Birgit Breuel, sollte der „neue Mann" das Amt des Vorstandsvorsitzenden übernehmen. Claus Groth wechselt zur Düsseldorfer Messegesellschaft Nowea.

VW kauft mehr in Berlin

Berlin (Wz.) – Der VW-Konzern will 1984 seine Einkäufe in Berlin beträchtlich steigern. Wie Vorstandsmitglied Horst Münzer, der zugleich Berlin-Beauftragter des Unternehmens ist, auf der Berliner Einkäufertagung des Konzerns mitteilte, hat VW bislang jährlich rund 270 Millionen Mark an Aufträgen an die Berliner Wirtschaft vergeben. An der Einkäufertagung von VW in der Industrie- und Handelskammer waren diesmal 173 Berliner Firmen beteiligt. Es geht Münzer dabei darum, neue Einkaufsquellen für VW, Audi-NSU und Triumph-Adler zu erschließen.

Neue Agrarstrukturpolitik

Bonn (dpa/VWD) – Angesichts der schwierigen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt hält die Bundesregierung Akzentverschiebungen in einigen Förderungsbereichen der Agrarstrukturpolitik für erforderlich. Vor allem die selbständige Existenz einer größeren Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe soll gestärkt werden. Wie die Bundesregierung in dem Bericht über die künftige Gestaltung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (Rahmenplan 1984 bis 1987), der in Bonn veröffentlicht wurde, weiter schreibt, will sie mit der Förderung der Investitionstätigkeit in kleinen und mittleren Betrieben zu einer positiven Einkommensentwicklung und zu mehr Chancengleichheit beitragen und soziale Spannungen vermeiden.

100-Millionen-Anleihe

Frankfurt (AFP) – Der kanadisch-US-amerikanische Konzern AMCA International Ltd. wird über ein Konsortium unter Führung der Deutschen Bank eine 100-Millionen-D-Mark-Anleihe zu 8¾ Prozent Zins auflegen. Bei acht Jahren Laufzeit beträgt der Emissionskurs 100.

Rekordhöhe

Bonn (HH) – Die Weltbankzahlungen an deutsche Consulting-Unternehmen haben im Geschäftsjahr 1983 (Juli 1982 bis Juni 1983) mit rund 44,5 Millionen Dollar Rekordhöhe erreicht. Der Betrag entspricht 8,1 Prozent aller Weltbankzahlungen an Consultants. Während die Weltbank-Beratungsaufträge insgesamt gegenüber dem Vorjahr um etwa ein Viertel gestiegen sind, haben sich die Zahlungen an deutsche Firmen mehr als verdoppelt. Die Anteile von Consulting-Unternehmen aus anderen Industrieländern bewegten sich im Geschäftsjahr 1983 etwa auf dem bisherigen Niveau oder sind zurückgegangen.

Wochenausweis

	30.11.	23.11.	31.10.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	68,6	68,5	68,8
Kredite an Banken	70,6	72,1	75,5
Wertpapiere	7,7	7,7	7,7
Bargeldumlauf	103,6	99,9	101,0
Einl. v. Banken	47,3	39,6	47,7
Einl. v. öffentl. Haushalten	0,9	10,5	3,4

Anzeige





Büro Hamburg: Feldbrunnenstraße 7 · 2000 Hamburg 13
Telefon 040/449355 + 442144

ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR

Städtetag: Bund will die Kosten Kommunen aufbürden

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Das bahnpolitische Konzept der Bundesregierung ist beim Deutschen Städtetag auf heftige Kritik gestoßen. Er sieht darin eine Gefährdung des S-Bahn-Baus und der Verkehrsverbindungen. Der Städtetag fordert die Bundesregierung auf, ihre Finanzverantwortung für die Bundesbahn ernstzunehmen.

Der Städtetag wendet sich entschieden gegen die Forderung des Bundesverkehrsministers, daß neue S-Bahnen nur noch gebaut werden dürfen, wenn dem Bund und der Bundesbahn keine neuen Folgekosten entstünden. Dies sei eine Absage an jeden weiteren S-Bahn-Bau, es sei denn, die Folgekosten würden in Zukunft von den Ländern und Städten getragen werden.

Der Städtetag weist darauf hin, daß S-Bahnen immer dann gebaut und betrieben werden müßten, wenn eine verkehrliche Notwendigkeit dafür bestehe und diese zweckmäßig von der Bundesbahn erfüllt werden müsse. Nach dem Grundgesetz sei der Bund dann verpflichtet, die Bahn in den Stand zu setzen, die Aufgabe zu erfüllen, vor allem, ihr die gesetzlich vorgesehenen Ausgleichsleistungen zu gewähren. „Das Grundgesetz erlaubt es Ländern und Städten nicht, Bundesaufgaben zu erfüllen und dafür Kosten zu übernehmen."

Ebenso unannehmbar sei die Forderung des Verkehrsministers, die Verluste der Bahn in Verkehrs- und Tarifverbünden der Ballungsgebiete dürften nur im Verhältnis zu den Gesamtzuwendungen des Bundes an die Bahn steigen. Kostensteigerungen im öffentlichen Personennahverkehr, so der Städtetag, ließen sich durch Rationalisierungen und Fahrpreiserhöhungen nur noch teilweise ausgleichen.

FRANKREICH / Über 50 Personen sind wegen Kapitalflucht in der Schweiz angeklagt

Faust und Mephisto als Decknamen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Über 50 Franzosen, Industrielle, Ärzte, Notare und reiche Witwen sitzen seit Anfang dieser Woche auf der harten Anklagebank der 11. Pariser Strafkammer. Sie müssen sich dort wegen Devisenvergehen verantworten. Durch Vermittlung der Banque de Paris et des Pays-Bas (Paribas) haben sie innerhalb von drei Jahren insgesamt 90 Millionen Franc illegal in die Schweiz transferiert.

Das kleine Notizbuch mit den Decknamen der nun Angeklagten – Faust, Mephisto, Sokrates und Praline – nebst einem schwarzen Kasten mit einem nicht verbuchten Inhalt von 291 000 Franc – offensichtlich Bestechungsgelder – entdeckte am 28. November 1980 die Zollfahndung im Büro von Léonce Boissonnat. Boissonat war bei der Paribas, Frankreichs größter Geschäftsbank, für die Betreuung der reichen Privatkundschaft zuständig. Kurz nach der Aufdeckung verübte er Selbstmord. Die Identifizierung seiner verschlüsselten Aufzeichnungen bereitete den Beamten trotzdem keine allzu großen Schwierigkeiten.

Dies alles geschah noch vor dem Machtwechsel vom 10. Mai 1981. Zu einem außergewöhnlichen Fall wurde die Devisenaffäre aber erst dadurch, daß Paribas-Präsident Pierre Moussa kurz vor dem Inkrafttreten der sozialistischen Bankenverstaatlichung dafür sorgte, daß die Genfer Paribas-Filiale an eine Schweizer Finanzholding verkauft und so dem Nationalisierungsgesetz entzogen wurde.

Der daraufhin von der französischen Regierung gefeuerte Moussa ist die Hauptfigur dieses Prozesses. Die gegen ihn erhobene Anklage lautet auf Verletzung seiner Aufsichtspflicht. Aber die Paribas beschäftigt immerhin 100 000 Angestellte. Auch sind für ein Institut dieser Größenordnung 160 Millionen Franc kein Betrag, um den sich der Boß unbedingt persönlich kümmern müßte, meint Moussac. Offensichtlich will die französische Regierung mit diesem Prozeß ein Exempel auch für andere Bankbosse statuieren. Möglicherweise war die Paribas nicht die einzige Bank, die sich gegenüber ihrer wohlhabenden Kundschaft derart hilfreich zeigte. Die Kapitalflucht in die Schweiz, zu der es in Befürchtung des sozialistischen Wahlsieges trotz der damals bereits bestehenden, aber von den Sozialisten später verschärften Devisenkontrolle gekommen war, hat jedenfalls die über Paribas abgewickelten Beträge beträchtlich übertroffen.

Was die Paribas-Delinquenten betrifft, so hat man die Kleineren inzwischen laufen lassen. Wer weniger als zwei Millionen Franc in die Schweiz bringen ließ, mußte den aufgedeckten Betrag repatriieren und bis zum Fünffachen darauf Buße zahlen. Die Franzosen, die jetzt auf der Anklagebank sitzen, riskieren Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren.

FRANKREICH / Autoindustrie fällt zurück

Weltmarktanteile verloren

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Automobilindustrie, die sich bis zum Sommer verhältnismäßig gut behauptet hatte und dank der Franc-Abwertung vom März sogar beträchtliche Absatzerfolge im Ausland verbuchen konnte, fiel inzwischen auch im internationalen Vergleich stark zurück. Ihre Pkw-Produktion, die im September das entsprechende Vorjahresergebnis noch um 1,5 Prozent übertroffen hatte, mußte im Oktober um 8,7 Prozent zurückgenommen werden.

Dieser starke Einbruch mag weitgehend „technisch" bedingt sein. Denn in den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden in Frankreich immerhin noch 9,3 Prozent mehr Pkw produziert als in der gleichen Vorjahreszeit. Andererseits aber bleibt festzustellen, daß die französischen Wagen in den letzten Jahren fast kontinuierlich Weltmarktanteile verloren haben. In der EG schrumpfte ihr Anteil von 30 Prozent 1979 auf 27,2 Prozent 1982.

Der darin zum Ausdruck kommende Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit hat nach einer jetzt veröffentlichten Untersuchung des französischen Planungskommissariats strukturelle Gründe, die nicht kurzfristig beseitigt werden könnten. Vor allem würde diese Industrie unter einer zu geringen Produktivität leiden. Sie sei deshalb mit Personal überbesetzt, was übermäßige Lohnkosten zur Folge habe.

Der Produktivitätsrückstand zeigt sich nach Ansicht der Planungsexperten nicht nur gegenüber der japanischen Automobilindustrie, die beispielsweise im Motorenbau mit Spitzenleistungen von sechs Stück je Arbeitnehmer und Tag aufwarten kann gegenüber einem Stück in Frankreich. Auch die deutsche Automobilindustrie besitzt eine höhere Produktivität als die französische und hat außerdem dreimal geringere Lohnerhöhungen zu verkraften.

Dazu kommt als typische Schwäche der französischen Automobilproduktion, daß sie auf eine zu große Zahl kleinerer Zulieferunternehmen angewiesen ist. Wegen der entsprechend kleinen Serien sind die Herstellungskosten besonders hoch. Dies schlägt deshalb stark zu Buche, weil etwa die Hälfte des Autowerts aus Zulieferermaterial besteht. Außerdem sind die französischen Autohersteller stärker als ihre ausländischen Konkurrenten auf teures Importmaterial angewiesen.

Der Bericht kommt zu der Schlußfolgerung, daß die Zukunft der französischen Automobilindustrie keineswegs gesichert ist. Vielmehr könnte sich das Tempo der Verluste bei Wettbewerbsfähigkeit und Marktpositionen beschleunigen. Denn bei einem geringer wachsenden Weltautomobilmarkt sei mit einem immer härter werdenden internationalen Wettbewerb zu rechnen (bis 2000 wird ein jahresdurchschnittlicher Absatzzuwachs von zwei Prozent erwartet nach 2,4 Prozent zwischen 1970 und 1980).

Um dem Verfall der französischen Automobilindustrie Einhalt zu gebieten, empfehlen die Planungsexperten insbesondere die Beseitigung unrentabler Arbeitsplätze, die „Requalifizierung" (Umschulung) von zwei Drittel aller Arbeitnehmer und nicht zuletzt die Verstärkung der finanziellen Strukturen als Voraussetzung für technologischen Fortschritt und Innovation. Unter diesen Umständen halten die Planungsexperten staatliche Finanzhilfe insbesondere für den Bereich der Forschung für wünschenswert.

Anzeige

Abonnieren Sie Erfolg

Früher mehr zu wissen als andere – das ist eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Handeln. Die WELT informiert Sie täglich schnell, umfassend, präzise, weltweit. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann haben Sie täglich einen Informationsvorsprung.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hinweis für den neuen Abonnenten
Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00, Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Beruf:
Telefon: Datum:
Unterschrift:

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift:

01-535

SEEHAFENBETRIEBE / Der Rückgang des Umschlagvolumens dauert weiter an

Auch Containerverkehr kein Lichtblick

D. F. HERTEL, Brake

Für die deutschen Seehäfen ist die konjunkturelle Talfahrt noch nicht zu Ende. Seit mehreren Jahren dauert bereits der Rückgang des Umschlagsvolumens an. Auf der Jahrestagung des Zentralverbandes der deutschen Seehafenbetriebe in Brake wurde gestern festgestellt: „Die Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit sind auf das empfindlichste beeinträchtigt. Dieser Zustand, der uns ernstlich behindert, muß nunmehr ein Ende finden."

Schon mehrfach haben die Unternehmen des Seegüterumschlags angeregt, nationale Aspekte bei der Fortentwicklung verkehrspolitischer Konzeptionen stärker ins Auge zu fassen. Diese Anregungen wurden nicht aufgegriffen. Werner Schröder, der Vorsitzende des Zentralverbandes, zog daraus die Folgerung: „Nun kann es bei Anregungen allein nicht mehr bleiben. Wir müssen schlichtweg Forderungen anmelden, und zwar nach der Gleichstellung der Außenhandelsverkehre über deutsche Seehäfen mit denen, die über die ‚grüne Grenze' von und zu den ausländischen Häfen abgewickelt werden."

Das Hinterland der deutschen Häfen sei zunehmend „künstlich eingeengt" worden. Die kumulierende Wirkung geringerer Kosten, elastisch reagierender Kapazitäten und flexibler Preisbildung im Verkehr über die grünen Grenzen der Gemeinschaft, die fast totale Liberalisierung schlechthin in diesem Bereich des grenzüberschreitenden Verkehrs, so Schröder weiter, könne nicht länger hingenommen werden.

Die Seehafenbetriebe nehmen Anstoß daran, daß zwar die Verkehrspolitik der Europäischen Gemeinschaft eindeutig und durchaus pragmatisch auf die weitere Erleichterung des innergemeinschaftlichen Warenhandels über die Landgrenzen zielt, daß aber der Teilbereich des Handels, der über die nassen Grenzen abgewickelt wird, davon ausgeklammert bleibt. Die Folge: Es ist für deutsche Im- und Exporteure oft billiger, ihren Handel über geographisch weiter entfernte ausländische als über deutsche Häfen abzuwickeln.

Die deutschen Seehafenbetriebe fordern deshalb, die Verkehrsabläufe mit den deutsche. Häfen genauso flexibel und ohne bürokratische Hemmnisse zu gestatten, wie das im Verkehr über die grüne Grenze mit ausländischen Häfen der Fall ist. Durch ordnungspolitische Gleichstellung der Zu- und Ablaufverkehre soll die Wettbewerbsverzerrung zumindest gemildert werden. Endziel ist es, EG-einheitliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Der Zentralverband warnt außerdem vor der Einführung der 35-Stunden-Woche und rigide festgelegten Arbeitszeiten. Dies würde nur zu einer weiteren Verlagerung von Verkehrsströmen in das Ausland führen. Die unausweichliche Folge wäre die Freisetzung von Arbeitskräften, ja sogar das Ende der Tätigkeit einer Vielzahl von Umschlagsbetrieben.

Für dieses Jahr rechnen die deutschen Seehafenbetriebe mit einem Gesamtumschlag von etwa 130 Mill. t nach 142 Mill. t im Jahre 1982. Rückläufig war vor allem der Massengutumschlag (Rohöl, Erze, Getreide und Futtermittel). Im Jahre 1982 wurden in den deutschen Seehäfen nur 6,6 Mill. t Kohle umgeschlagen, das waren rund 1 Mill. t oder 14 Prozent weniger als im Vorjahr. In diesem Jahr ist der Kohleumschlag weiter rückläufig gewesen.

Nicht einmal der Containerverkehr, der in den Vorjahren kräftige Zuwachsraten aufwies, sorgte 1982 für einen Lichtblick. Es wurden nur 11,8 Mill. t Güter in Containern umgeschlagen, 2,8 Prozent weniger als im Vorjahr. In Hamburg nahm das Ladungsgewicht um 4,7 Prozent ab, in den Bremischen Häfen um 1,5 Prozent. Dennoch konnte Hamburg seinen siebten Platz in der weltweiten Rangliste der Containerhäfen behaupten. Bremen fiel hingegen vom Rang10 auf die 13. Position zurück.

ENERGIE / Heute Opec-Konferenz in Genf

IEA: Ölverbrauch steigt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Mineralölverbrauch der Welt wird im nächsten Jahr um 1,8 Prozent zunehmen, sagt die Internationale Energieagentur (IEA) in ihrem jüngsten Monatsbericht voraus. Für die westlichen Industriestaaten (OECD-Zone) wird ein Verbrauchszuwachs von 2,1 Prozent erwartet. Dabei ist ein Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent unterstellt.

Westeuropa wird nach dieser Prognose seinen Ölverbrauch 1984 allerdings nur um 1,2 Prozent steigern. Für die pazifischen Mitgliedstaaten erwartet die IEA einen Verbrauchszuwachs von 1,4 Prozent und für Nordamerika von 2,6 Prozent. Diese Unterschiede erklären sich aus den abweichenden Expansionsaussichten.

In diesem Jahr wird die OECD-Zone allerdings immer noch 1,8 Prozent weniger Mineralöl verbrauchen als 1982. Nach Rückgängen von 6,3 Prozent im ersten und 3,2 Prozent im zweiten Quartal nahm der Verbrauch bereits im dritten um 0,7 Prozent zu – jeweils verglichen mit der entsprechenden Vorjahreszeit. Für das vierte Quartal werden plus 2,2 Prozent erwartet. Der Tendenzumschwung vom fallenden zum steigenden Verbrauch setzte damit früher ein, als von der IEA zunächst erwartet wurde.

Trotzdem rechnet die Agentur nicht damit, daß die Organisation erdölexportierender Länder (Opec) auf ihrer heute in Genf beginnenden Ministerkonferenz eine Erhöhung der Förderung beschließt. Denn der Mehrverbrauch könnte vorerst aus dem gegenwärtigen Angebot voll befriedigt werden, zumal die westlichen Industriestaaten in zunehmendem Maße ihre Ölvorräte in Anspruch nehmen.

In diesem Zusammenhang macht die IEA darauf aufmerksam, daß die Ölpreise an den Spotmärkten neuerdings zurückgegangen sind. Zu Beginn dieses Jahres hatte die Opec 17,5 Millionen Barrel als Obergrenze ihrer Tagesförderung beschlossen. Diese Quote war zwar in letzter Zeit überschritten worden, sie dürfte aber im Jahresdurchschnitt 1983 gerade 17,3 Millionen Barrel erreichen, heißt es in dem Bericht.

ROSENTHAL / Glaswerk Bad Soden wird geschlossen

Verhaltener Optimismus

DANKWARD SEITZ, München

Zur Stärkung ihrer Position auf dem hart umkämpften Glasmarkt und zur langfristigen Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit hat die Rosenthal AG, Selb, eine Konzentration ihrer handwerklichen und maschinellen Glasproduktion auf das modernere Werk Amberg (410 Beschäftigte) beschlossen. Das Glaswerk Bad Soden/Taunus mit 130 Mitarbeitern soll 1984 stufenweise stillgelegt werden. Nach den umsatzschwächeren Jahren 1981 (54,4 nach 57,5 Mill. DM) und 1982 (51,2 Mill. DM) hat sich der Glasbereich im laufenden Jahr nach Unternehmensangaben positiv entwickelt. Bis Ende Oktober sei ein Umsatzplus von 5 Prozent erreicht worden.

Insgesamt sieht man bei Rosenthal dem Jahresabschluß 1983 mit „verhaltenem Optimismus" entgegen. Wie auf Anfrage mitgeteilt wurde, dürfte der Umsatz um rund 3 Prozent auf etwa 620 (601,7) Mill. DM steigen. Bei Porzellan dürfte das Vorjahresniveau von 214,4 (215,3) Mill. DM entgegen dem Branchentrend leicht übertroffen werden. Weniger positiv seien bei der Rosenthal Technik AG die ersten neun Monate verlaufen, doch sei es seit Anfang Oktober hier zu einem „Ruck im Auftragseingang" gekommen, der damit Ende November das Vorjahresniveau um gut 20 Prozent übertraf. Ein „anhaltend gravierendes Problem" blieben die Verluste und Zinskosten der US-Tochtergesellschaft der Rosenthal Technik.

Ein gutes, vielleicht sogar verbessertes Ergebnis (13,3 Mill. DM) wird dagegen der gesamte Wohnbereich erzielen können. Als Wachstumsprojekt sieht man hier die Keramik. Aus diesem Grund investiert Rosenthal im oberfränkischen Werk Kronach 25 Mill. DM in einen Werksneubau für 200 Arbeitsplätze (bisher 140).

Verhandlungen über SMH-Bank-Verkauf

cd, Frankfurt

Das vom deutschen Kreditgewerbe vor dem Zusammenbruch gerettete Bankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co wird vermutlich in ausländische Hände übergehen. Zur Zeit werden Verkaufsverhandlungen mit der britischen Lloyds Bank, mit der Hongkong and Shanghai Banking Corporation und Merril Lynch, dem amerikanischen Brokerhaus, geführt. Auf deutscher Seite besteht Interesse, die nach wie vor voll funktionsfähige Bank als Einheit zu verkaufen, deren Schwerpunkte das Wertpapiergeschäft in Frankfurt, das Außenhandelsfinanzierungs- und Devisenhandelsgeschäft in Hamburg und das mittelständische Kreditgeschäft in Offenbach sind. Deswegen wird man wohl den beiden Banken, die auch das auf ein Volumen von rund einer halben Milliarde geschätzte SMH-Kreditgeschäft mit übernehmen könnten, als Erwerbern den Vorzug geben; Merril Lynch dürfte nur am Wertpapier- und Vermögensanlagegeschäft interessiert sein.

SPARKASSEN / Kredite überwiegend für Wohnungsbau

Es wird weniger gespart

rtr, Bonn

Die privaten Sparer in der Bundesrepublik Deutschland haben nach ersten Schätzungen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes 1983 weniger Geld als im Vorjahr auf die „hohe Kante" gelegt. Die volkswirtschaftliche Sparquote, dürfte nach Angaben von Sparkassen-Präsident Helmut Geiger im laufenden Jahr auf 13 Prozent von 14,4 Prozent in 1982 zurückgehen. Für die immer noch vorhandene Schwäche der Ersparnisbildung nannte Geiger vor allem zwei Ursachen, stagnierende Einkommen und den gestiegenen Verbrauch, der zum Teil aus Ersparnissen finanziert werde.

Bei den Sparkassen habe dies dazu geführt, daß sich der Zuwachs des privaten Sparaufkommens (auf Sparkonten, bei Sparkassenbriefen, Wertpapieren und Termingeldern) bis Ende dieses Jahres voraussichtlich auf knapp 15 Mrd. DM verlangsamen werde, wobei rund 11,5 Mrd. DM davon auf Zinsgutschriften entfielen. 1982 waren die Spareinlagen bei Sparkassen um 25,5 Mrd. auf insgesamt 359 Mrd. DM gestiegen, wobei rund 13,5 Mrd. des Zuwachses auf Zinsgutschriften entfielen.

Demgegenüber habe sich die Kreditnachfrage in den ersten zehn Monaten bei den Sparkassen und den Landesbanken erhöht. Der Kreditbestand der Sparkassen wuchs um 15,9 Mrd. DM nach 13,7 Mrd. DM in der gleichen Zeit des Vorjahres. Davon entfielen, so Geiger, 96 Prozent auf die langfristigen Ausleihungen. Ein Sprecher seiner Organisation gab den Kreditbestand zum 30. September mit 407 Mrd. DM an.

Träger der Kreditausweitung war nach den Worten Geigers vor allem der Wohnungsbau, auf den mit gut 8 Mrd. DM über die Hälfte des Kreditzuwachses entfiel. Auch die privaten Haushalte hätten die Kreditaufnahme „erheblich ausgeweitet".

Die Tendenz gelte auch für die Landesbanken/Girozentralen. Das Kreditwachstum von 6 Mrd. DM war wesentlich höher als im Vorjahr mit 2,6 Mrd. DM. Ende September belief sich der Kreditbestand der zwölf Landesbanken/Girozentralen auf 284 Mrd. DM. Der Schwerpunkt lag hier vor allem beim Unternehmenskredit und beim Kredit an Privatpersonen.

31090

TC 22 G



Größe: 21,5 x 31 x 5 cm. Gewicht: 1,8 kg. Das abgebildete Modell (24K - 26-3802) kostet 2.395 DM*

Der tragbare Computer für den Nah- und Ferndialog mit Ihrer Zentralstelle.

Die Microsoft® BASIC Computersprache und die vier statisch gespeicherten Programme machen den TRS-80 Modell 100 zu einem leistungsfähigen, stets einsatzbereiten Computer. Aktive Kommunikation mit anderen Computern (TELCOM), Textverarbeitung (TEXT), Wiedergabe von Terminplan (SCHEDL), Adressenkartei und Telefonliste (ADDRSS) sind die wichtigsten Funktionen dieses Kleincomputers, der in jeden Aktenkoffer paßt.

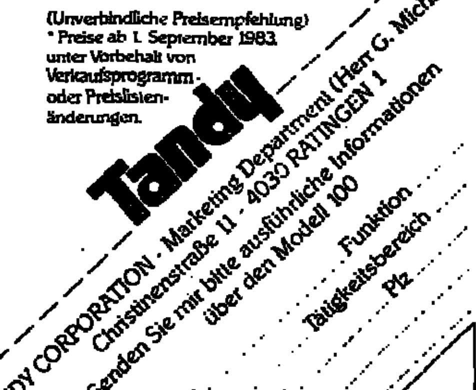
Ob mit Batterie- oder Netzbetrieb, der TRS-80 Modell 100 arbeitet wie ein ganz normaler Bürocomputer. Über das Telefonnetz mit anderen Computern verbunden, nimmt er Daten auf oder übermittelt eigene Daten. Selbst bei Stromausfall oder leeren Batterien hält er den Speicher bis zu einem Monat aktiv. Die Möglichkeit des Anschlusses an andere Computer, an alle TRS-80 Drucker sowie der Verarbeitung von Cassettenprogrammen verleiht dem TRS-80 Modell 100 eine Vielseitigkeit, wie man sie bei Geräten dieser Größe nicht erwartet. Die Schreibmaschinen-Tastatur und der leicht ablesbare Bildschirm (8 Zeilen x 40 Zeichen LCD-Anzeige) sorgen außerdem für eine sichere und bequeme Handhabung in allen Situationen.



Der TRS-80 Modell 100 läßt sich problemlos mit anderen Computern und Zusatzgeräten verbinden.

Der TRS-80 Modell 100 konkretisiert das Konzept einer neuen Computer-Dimension. Nutzen auch Sie es. Zusammen mit der Beratung, der Garantie und dem Service eines weltweit anerkannten Spezialisten: TANDY.

Schon ab
1.895 DM*
inkl. 14% Mehrwertsteuer
(Unverbindliche Preisempfehlung)
* Preise ab 1. September 1983 unter Vorbehalt von Verkaufsprogramm- oder Preislisten-änderungen.



TRS-80, ein Microcomputer für jeden Beruf.

VW: Vorsichtige Personalpolitik

dos, Wolfsburg

Die Volkswagenwerk AG, Wolfsburg, wird vorerst an der „vorsichtigen Personal- und Beschäftigungspolitik" festhalten. Allerdings seien in diesem Konzept Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen nicht vorgesehen, erklärte Karl-Heinz Briam, im VW-Vorstand zuständig für Personal- und Sozialwesen, in einer Betriebsversammlung im Wolfsburger Stammwerk. Sorgen bereite nach wie vor die Kostenseite bei VW. In dieser Hinsicht sei man gezwungen, sich „nach der Decke zu strecken".

Siegfried Ehlers, Vorsitzender des VW-Gesamtbetriebsrats, warnte davor, „die Eigentumsverhältnisse bei VW" auch nur anzutasten. Hintergrund der Privatisierungs-Diskussion seien die Beseitigung der VW-Tarifverträge und andere Einschränkungen. Nachdrücklich sprach sich Ehlers für die Beibehaltung der 59er- und 58er-Regelung für vorzeitiges Ausscheiden aus dem aktiven Arbeitsleben aus. Um im Werk Hannover Entlassungen zu umgehen, werde man dort die Regelungen auf 57jährige Mitarbeiter ausweiten.

HANOMAG / Antrag auf Massenentlassung gestellt

„Vorsorgliche Maßnahme"

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Geschäftsführung des im Vergleich befindlichen Baumaschinen-Herstellers Hanomag GmbH, Hannover, hat jetzt beim Landesarbeitsamt Antrag auf Massenentlassung gestellt. Die Tatsache, daß der Antrag sich auf die gesamte Belegschaft (2650 Mitarbeiter) bezieht, bezeichnete der Vorsitzende der Hanomag-Geschäftsführung, Wolfgang Freimuth, als eine „rein vorsorgliche Maßnahme". Vor einigen Tagen sprach Freimuth noch von der Entlassung „einiger hundert Mitarbeiter".

Die Aussage hat nach den Worten Freimuths auch heute noch Bestand. Zwischen 500 und 600 Personen werden von dem geplanten Beschäftigtenabbau betroffen sein. Dies sei die Grundvoraussetzung dafür, daß die Gespräche über die Übernahme der Hanomag fortgesetzt werden können. Freimuth zeigte sich überzeugt davon, daß noch in diesem Jahr die Weichen für eine Übernahme gestellt werden können. Derzeit seien noch mehrere Unternehmen im Gespräch, meinte Freimuth, ohne jedoch Namen zu nennen. Bislang galt das schwäbische Familienunternehmen Liebherr als einziger „ernsthafter" Interessent.

Über die zeitliche Abfolge der Entlassungen ist sich die Geschäftsführung noch nicht im klaren. Erst nachdem mit dem Übernehmer der „Grundkonsens" erzielt worden ist, also Ende Dezember, werde man weitersehen. Es komme darauf an, welche Typen und Produktlinien in das Programm der übernehmenden Firma passen. Feststehe aber, daß betriebswirtschaftliche und ertragsmäßige Gesichtspunkte eine entscheidende Rolle spielen werden. In welcher Form die Umstrukturierung bei Hanomag dann weitergeht, lasse sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht übersehen. Mit einiger Sicherheit wird es aber unter einer neuen Konstellation beim Abbau von „nur" 600 Beschäftigten nicht bleiben. Als denkbar wird in Hannover das Modell eines „technischen Konkurses" bezeichnet, um den neuen Hanomag-Betreiber von Altlasten zu befreien.

KARIBISCHE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT / Politische Differenzen

Länder hoffen auf US-Investitionen

HEINZ STÜWE, Hamburg

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der karibischen Staaten wird derzeit durch politische Spannungen erschwert. Innerhalb der 13 Länder umfassenden Karibischen Wirtschaftsgemeinschaft Caricom haben die beiden ökonomisch stärksten Partner gegensätzliche Positionen zur US-Invasion auf Grenada bezogen. Während Jamaika an der militärischen Aktion teilnahm, waren Trinidad und Tobago dagegen. Gemeinsame Initiativen zur Belebung der Caribbean Community and Common Market (Caricom) scheinen damit zunächst in weite Ferne gerückt.

Die Caricom war vor zehn Jahren aus der Karibischen Freihandelszone hervorgegangen. Bei der Gründung entwickelte hochfliegende Integrationspläne erwiesen sich jedoch schon bald als nicht zu realisieren. Zu unterschiedlich ist der Entwicklungsstand der Mitgliedsländer.

Die Caricom-Mitglieder arbeiten zwar im Bildungs- und im Gesundheitswesen sowie beim Katastrophenschutz zusammen, ansonsten ist die Gemeinschaft aber über eine Zollunion nicht hinausgekommen. Und noch längst sind nicht alle internen Handelsschranken gefallen. Die Inselstaaten Antigua, Dominica, Grenada, St. Kitts-Nevis, St. Lucia, St. Vincent und Montserrat haben sich 1901 innerhalb der Caricom zur Organisation Ostkaribischer Staaten (OECS) enger zusammengeschlossen und halten nach außen eine Reihe von Schutzzöllen aufrecht. Sie haben eine gemeinsame Währung, den East Caribbean Dollar.

Neben dieser kleinen Staatengruppe mit einer Bevölkerung von nur 600 000 Menschen gehören Barbados, Belize, Guyana, Jamaika und die Bahamas der Caricom an, allesamt ehemalige britische Kolonien. Das zusammengefaßte Sozialprodukt der Gemeinschaft (Bevölkerung: 5,5 Millionen) übersteigt kaum zehn Milliarden Dollar. Der rezessionsbedingte Rückgang des Tourismus hat die rohstoffarmen Länder hart getroffen. Mit natürlichen Ressourcen ausgestattete Länder wie Jamaika und Guyana (Bauxit) oder Trinidad (Erdöl, Erdgas) gerieten durch sinkende Preise in Schwierigkeiten.

Für die Exporte der Gemeinschaft spielt die Zusammenarbeit mit der EG eine besondere Rolle: „Ohne das Lomé-Abkommen wären wir nicht in der Lage, unseren Zucker zu verkaufen", erklärte Lloyd Searwar, für die Koordination der Außenpolitik verantwortlicher Direktor bei der Caricom in Georgetown/Guyana, gegenüber der WELT. Ähnlich wichtig sei der Zugang zum EG-Markt bei Rum und Bauxit.

Von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten blieb auch der innergemeinschaftliche Handel nicht unberührt. Die Clearingstelle für Handelsgeschäfte (Caribbean Multilateral Clearing Facility) hat bereits seit März ihren Finanzrahmen von 100 Millionen Dollar ausgeschöpft. Das hoch verschuldete Guyana kann bis heute seinen Verpflichtungen nicht nachkommen. Bemühungen um neue Mittel blieben bisher erfolglos.

Ob die Region in nennenswertem Umfang vom jetzt anlaufenden Karibik-Plan Präsident Reagans profitieren wird, erscheint fraglich. Die direkte Finanzhilfe sei mit 350 Millionen Dollar „relativ gering", kritisiert Searwar. Sie verteilt sich zudem auf nahezu alle mittelamerikanische Länder. Da von der generellen Zollfreiheit für Erzeugnisse aus der Karibik viele traditionelle Caricom-Exportgüter ausgenommen wurden, konzentrieren sich die Hoffnungen jetzt auf Investitionen, vor allem von US-Unternehmen.

هكذا من الأصل

هكذا من الأصل

NOTARE / Alt-GmbH droht Ende 1985 die Auflösung

Mehr Schutz für Bauherren

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die deutschen Notare bemühen sich um verstärkten Anlegerschutz gegenüber Klienten, die sich an einem Bauherrenmodell beteiligen wollen. Der Präsident der Rheinischen Notarkammer, Willi Weichler, hat in einem Pressegespräch auf Unerfahrenheit und mangelnde rechtliche Kenntnisse von Interessenten dieser Kapitalanlage hingewiesen: „Sicherer Erwerb einer Immobilie und gleichzeitig möglichst hohe Steuerersparnis stehen in einem gewissen Gegensatz zueinander." Die Steuervorteile setzten gerade voraus, daß der „Erwerber" (Anleger) Risiken übernehme. Um als Bauherr anerkannt zu werden, müsse er in eigenem Namen und auf eigene Rechnung mit den Bauhandwerkern Verträge abschließen. Damit trage er das Risiko, daß das Gebäude überhaupt zum vereinbarten Zeitpunkt sowie zum vereinbarten Preis fertiggestellt werde. Außerdem sei der Erwerber meist auf die Mitwirkung anderer Bauherren angewiesen. Zu wenig bekannt sei schließlich, daß Dritten, insbesondere dem Treuhänder, weitreichende Vollmachten eingeräumt würden, gegen deren Mißbrauch ein vollkommener rechtlicher Schutz nicht möglich sei.

Die Rheinische Notarkammer hat ihre Mitglieder auf diese Gefahren hingewiesen und bestimmte Mindestanforderungen aufgestellt, auf die bei der Konzeption eines Bauherrenmodells von den Notaren zu achten ist. Der Notar müsse dem Bauherren bestätigen, daß die erforderlichen Voraussetzungen beachtet sind. Die Notare gehen davon aus, daß mit dem Wegfall entscheidender steuerlicher Vorteile im Steuerentlastungsgesetz 1984 und möglicher weiterer Einschränkungen Ende nächsten Jahres die Zahl der angebotenen Bauherrenmodelle zurückgehen wird.

Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH), die bis Ende 1985 nicht ihr durch das im Juli 1980 neugefaßte GmbH-Gesetz vorgeschriebene Mindeststammkapital von 20 000 auf 50 000 DM erhöht und zur Hälfte eingezahlt haben, droht eine automatische Auflösung des Unternehmens. Für neu gegründete Gesellschaften trat die Regelung bereits am 1. Januar 1981 in Kraft.

Der Präsident der Rheinischen Notarkammer, Willi Weichler, wies darauf hin, daß die Kapitalerhöhung einen notariell beurkundeten Gesellschafterbeschluß erfordert. In der Bundesrepublik gibt es nach seinen Angaben rund 280 000 GmbH, von denen über 170 000 derzeit noch ein Stammkapital von weniger als 50 000 DM aufweisen.

CONTI-GUMMI / Autoindustrie interessiert

Neuer Reifen entwickelt

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Ein neues Reifensystem, das in vier bis fünf Jahren serienreif sein soll, hat die Continental Gummi-Werke AG, Hannover, vorgestellt. Nach zweijähriger Entwicklungsarbeit und intensiven Tests zeigt sich Conti-Vorstandschef Helmut Werner davon überzeugt, daß das neue System Erfolg haben wird. Zwei Automobilfirmen hätten bereits ernsthaftes Interesse gezeigt. Werner schätzt das Marktpotential in den großen Märkten wie USA, Europa und Japan auf rund 30 Prozent.

Gerhard Mauk, bei Conti-Gummi zuständig für Forschung und Entwicklung, weist darauf hin, daß das neue System sich grundlegend von dem traditionellen unterscheidet. Der Reifen sitzt nicht mehr außen auf der Felge, sondern innen im Felgenkranz. Dies verhindere die Wulstbildung, vor allem aber das Wegdrücken des Reifens von der Felge im Pannenfall. Dadurch werde es möglich, auch mit dem kaputten Reifen noch „mehrere hundert Kilometer" mit einem Tempo bis zu 80 km/h zu fahren.

Die bisherigen Testergebnisse hätten ferner eine deutliche Verbesserung des Fahrkomforts und des Fahrverhaltens bei Nässe und Aquaplaning, beim Bremsen und in Kurven gezeigt. Der geringere Rollwiderstand senke den Benzinverbrauch bei Pkw um 3 Prozent, bei Lkw sogar um 8 Prozent. Die Vorteile für die Automobilindustrie sieht Conti-Gummi in der Möglichkeit, größere Bremsanlagen einbauen zu können. Mittelfristig erscheine der Wegfall des Ersatzrades denkbar. Die Neuentwicklung hat Conti bereits mit über 20 Patenten weltweit abgesichert.

BAYERISCHE HYPOBANK / Glatter Verlauf der Kapitalerhöhung erwartet – Unveränderter Dividendenvorschlag

Gewinnsteigerung erlaubt hohe Risikovorsorge

DANKWARD SEITZ, München

„Wir haben zwar keine Befürchtungen, daß auf uns in nächster Zeit konkrete Risiken zukommen, doch wir wollen uns auf eventuell stürmischere Zeiten noch besser vorbereiten." Ohne die Entscheidung seines Aufsichtsrats zu präjudizieren, läßt Wilhelm Arendts, Vorstandssprecher der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München, dennoch keine Hoffnung aufkommen, daß sich trotz eines deutlich besseren Betriebsergebnisses etwas an der Dividende von 18 Prozent je 50-DM-Aktie ändern wird. „Jeder weitere Schritt ginge auf Kosten der Sicherheit und läge in niemands Interesse."

Die Bank wird, so Arendts, zur Absicherung aller Risiken in diesem Jahr nicht weniger tun können als im vergangenen. Damals waren nach Verrechnung mit anderen Erträgen immerhin 258 Mill. DM dafür aufgewandt worden. Von den Auslandskrediten entfallen rund drei Viertel auf EG-Länder und die USA; und bei dem Rest sei auch nicht jedes Land ein Risikoland. In die Fälle IBH und SMH-Bank sei man nicht verwickelt, sondern nur indirekt über den Einlagensicherungsfonds. Mit einem teilweise gesicherten Kredit an die IBH in Höhe eines „kleineren zweistelligen Millionenbetrages" sei allerdings die fast 100prozentige Tochter Westfalenbank dabei.

Die bevorstehende Kapitalerhöhung von 479 Mill. auf 539 Mill. DM wird nach Ansicht von Arendts glatt laufen. Man habe schon gehört, daß der Kurs von 175 DM zu gut sei, weil er zu einem so hohen Bezugsrecht führe, daß er mehr zum Verkauf der Bezugsrechte anreize. Die Eigenmittel der Bank werden danach über 2 Mrd. DM betragen. Damit sei man dann für eine „hoffentlich bald anspringende Kreditnachfrage gut gerüstet".

Für die ersten zehn Monate 1983 berichtete Arendts von einem Anstieg des Teilbetriebsergebnisses vor Risikovorsorge gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 30,8 Prozent auf 669,4 Mill. DM. Bei einem um 6,5 Prozent auf 674,2 Mill. DM erhöhten Personal- und Sachaufwand nahmen die Erträge aus dem laufenden Geschäft (ohne Einmalmarge im Hypothekengeschäft) um 17,4 Prozent auf 1343,6 Mill. DM zu. Dabei wuchsen der Zinsüberschuß um 16,3 Prozent auf 1153,4 Mill. DM und der Provisionsüberschuß um 24,2 Prozent auf 190,2 Mill. DM. Künftig will man zur besseren Transparenz alle Positionen, die eindeutig zum ordentlichen Geschäft gehören, mit in die Zwischenberichte aufnehmen. Inklusive Einmalmarge nahmen der laufende Ertrag um 18,5 Prozent und der Zinsüberschuß um 17,8 Prozent zu.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber Ende 1982 um 3,0 Prozent auf 62,2 Mrd. DM. Im Vordergrund stand dabei, wie Arendts betonte, die ertragsbezogene Geschäftsausweitung. Deutlich wird dies in einem Anstieg der Ausleihungen im Hypothekenbankgeschäft um 7,7 Prozent auf 25,5 Mrd. DM, während das Kreditvolumen im Bankgeschäft, das fast ausschließlich vom Privatkundengeschäft getragen wurde, lediglich um 2,2 Prozent auf 22,9 Mrd. DM ausgeweitet wurde. Neuzugesagt wurden an Hypothekendarlehen 2,5 Mrd. DM (plus 18 Prozent); an Kommunaldarlehen 1,9 Mrd. DM (plus 72,7 Prozent) abgeschlossen.

Bei der Refinanzierung stützte sich das Institut vornehmlich auf Kundeneinlagen. Sie überschritten per Ende Oktober insgesamt 23,9 Mrd. DM (plus 2,2 Prozent), während die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 11,2 Prozent auf 6,8 Mrd. DM zurückgeführt wurden. Die Spareinlagen stiegen dabei um 3,7 Prozent auf 8,7 Mrd. DM. Der Umlauf an Schuldverschreibungen und aufgenommenen Darlehen erhöhte sich um 11,5 Prozent auf 25,7 Mrd. DM

Zufrieden zeigte sich Arendts auch mit der Entwicklung der Westfalenbank und der Luxemburger Tochter. Beide hätten ihr Betriebsergebnis im laufenden Jahr deutlich verbessern können. Gleiches gelte für die Württembergische Hypothekenbank und die Westfälische Hypothekenbank. Insgesamt stiegen die Konzern-Bilanzsumme um 2,6 Prozent auf 94,4 Mrd. DM gegenüber Ende 1982 und das Kreditvolumen um 3,5 Prozent auf 76,3 Mrd. DM.

DINERS-CLUB / Über 27 000 Vertragspartner

Service wird noch erweitert

J. BRECH, Hamburg

Die Diners Club Deutschland GmbH, Frankfurt, will bei ihrem Konzept bleiben, den Mitgliedern neben der Kreditkarte auch ein Paket von Serviceleistungen anzubieten. Wie der Geschäftsführer Horacio Klabin in Hamburg betonte, habe sich Diners Club mit dieser Strategie inzwischen am Markt so profiliert, daß man das von den Banken geschaffene Euroscheck-System nicht zu fürchten brauche. Das Dienstleistungsangebot, das unter anderem Lounges in Flughäfen und auf Messegeländen sowie Mietwagen zu Sondertarifen umfaßt, soll stetig ausgebaut werden.

Auf dem schwierigen und heftig umkämpften deutschen Kreditkartenmarkt erwartet Klabin bei Diners Club einen jährlichen Mitgliederzuwachs von 20 000 bis 25 000 Personen. Die bisherige Mitgliederzahl von 210 000 soll im Endstadium aber 600 000 Personen nicht übersteigen. Nur bei einem exklusiven Mitgliederkreis sei es möglich, das Dienstleistungsangebot allen zugänglich zu machen.

Weiter ausgeweitet wird auch das Netz der Vertragsunternehmen. Zur Zeit sind nach Angaben von Klabin mit mehr als 27 000 Unternehmen Verträge geschlossen worden. Der Plan sieht künftig rund 65 000 Partner vor. Die Mitglieder von Diners Club, zu 45 Prozent aus Vorständen und Geschäftsführern von Unternehmen, zu 20 Prozent leitende Angestellte und 19 Prozent Freiberufler, werden in diesem Jahr rund 900 Mill. DM mit Diners Clubkarten umsetzen. Davon werden rund 44 Prozent in Fachgeschäften, 22 Prozent in Hotels, 15 Prozent mit Fluggesellschaften und 12 Prozent in Restaurants getätigt.

Eine Sättigung des Kreditkartenmarktes sieht Klabin noch nicht. Allerdings räumt er ein, daß sich der Deutsche wesentlich zurückhaltender gegenüber Kreditkarten zeige als die Angelsachsen. Das Marktpotential in Deutschland schätzt er auf rund 10 Mill. Karten.

ASB-GRUPPE / Destilliertes Wasser als Marktlücke

Führend bei Blumenerden

WERNER NEITZEL, Ludwigsburg

Der Wachstumstrend im biologischen Gartenbau scheint schon wieder schwächer zu werden. Der Bundesbürger greife jedenfalls wieder zu billigeren Produkten, wenn es beispielsweise um Düngemittel gehe, diagnostiziert Helmut Aurenz, geschäftsführender Gesellschafter der ASB-Unternehmensgruppe Helmut Aurenz, die unter der Marke ASB-Grünland ein breitgefächertes Programm an Erden, Torfprodukten, Düngemitteln, Folien usw. herstellt und vertreibt. Vor nunmehr 25 Jahren hatte Gärtnersohn Helmut Aurenz die Marktlücke für Blumenerde erkannt, in wenigen Jahren Zug um Zug Torfgebiete gekauft und Werke aufgezogen und war zum Marktführer auf verschiedenen Gebieten avanciert.

Im Geschäftsjahr 1983 wird die Unternehmensgruppe ihren Umsatz um rund 15 Prozent auf 120 (104) Mill. DM ausweiten. Rund 30 Prozent davon entfallen auf das Auslandsgeschäft. Die Ertragslage bezeichnet Aurenz als „wirklich zufriedenstellend".

Im Vertrieb hat sich das Unternehmen vorwiegend auf große Handelsketten und Großgärtnereien spezialisiert. Der Umsatzschwerpunkt liegt nach wie vor bei Blumenerden, auf diesem Sektor schätzt Aurenz seinen Marktanteil in der Bundesrepublik auf 65 Prozent und in Europa auf über 50 Prozent. Torfwerke und Produktionsbetriebe in Neustadt a. Rbge., Soltau, Haren, Arrenbühl-Eisenharz und im kanadischen Pointe Sapin liefern die Basis.

Als besondere Umsatzrenner hat sich in letzter Zeit abgepacktes destilliertes Wasser entpuppt. Viel verspricht sich Aurenz auch von dem Start einer eigenen Düngerstäbchen-Produktion Anfang nächsten Jahres. Investiert hat er in diesem Jahr 15 (20) Mill. DM. Die Gruppe, deren Eigenkapitalquote mit rund 25 Prozent (bei 5 Mill. DM Bilanzsumme) beziffert wird, beschäftigt rund 300 Mitarbeiter.

ETIENNE AIGNER

Emissionskurs beträgt 245 Mark

DANKWARD SEITZ, München

Den Kurszettel der Düsseldorfer und Münchner Börse wird vom 21. Dezember an die Etienne Aigner AR, München, bereichern. Unter Führung der Deutschen Bank und der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank werden vom 13. Dezember an 80 000 Stammaktien zu je 50 und 8000 Stammaktien zu je 1000 DM dem Börsenpublikum zum Kurs von 245 DM je 50-DM-Aktie mit Dividendenberechtigung ab Anfang 1984 zum Kauf angeboten. 45 Prozent des Grundkapitals von 12 Mill. DM befinden sich danach in Streubesitz. Die restlichen 55 Prozent werden von der Iona Industries (Deutschland) GmbH, Düsseldorf, gehalten, einer 100prozentigen Tochter der kanadischen Iona Industries Inc., Vancouver, die ihrerseits maßgeblich zur Rauball-Gruppe gehört.

Das Münchner Unternehmen, das unter seinem Namen exklusive Herren- und Damenmode sowie Leder-Accessoires und Kosmetika vertreibt, erwartet nach einer Umsatzsteigerung auf 169 (148) Mill. DM im laufenden Geschäftsjahr für 1984 einen Umsatz von 190 Mill. DM. Der Nettogewinn (DVFA-Formel) 1983 wird nach Angaben von Vorstandsvorsitzendem Hans Dieter Steinke 1983 auf rund 4,0 (4,7) Mill. DM zurückgehen, im kommenden Jahr aber wieder 4,7 Mill. DM erreichen. Ausgeschüttet werden sollen für 1983 unverändert 1,8 Mill. DM, was auf das Ende November auf 12 (10) Mill. DM erhöhte Kapital bezogen einer Dividende von 7,50 DM je Aktie entsprechen würde. Das zufließende Kapital soll u. a. in nächster Zeit zum Erwerb eines „interessanten" Unternehmens dienen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Alsfeld: A. Loos GmbH, Alsfeld-Berfa; **Berlin Charlottenburg:** Harry Heinze, Inh. d. Domman & Co. Kohle-Heizöl-Transporte; **Bersenbrück:** Karl Hüls, Bauunternehmer, Neuenkirchen; **Bremen:** Nachl. d. Lieselotte Käthe Alma Osterhage, geb. Benner-Kuhn; **Büdingen:** Heinrich Reutzel Baumaschinen-Vertrieb-Reparatur-Kompressoren-Verleih, Altenstadt, Inh. Elise Reutzel geb. Hofmann, Hammersbach 1; **Flensburg:** WK Massivhaus GmbH u. Co. KG; **Goslar:** Zenit-Massivhaus GmbH, Vienenburg; **Langen:** Nachl. d. Walter Rolf Seyfert; **Lübbecke:** Hans Sinn, Kaufmann, Stemwede 2, Inh. d. Sinn-Polstermöbel; **Oldenburg:** Pamir Verlag GmbH.

Vergleich beantragt: Rheine: EGB Getriebebau GmbH, Emsdetten.

Ihr Vorteil: Sie sichern Ihren Vorsprung im Markt.
Wir finanzieren Ihre Investitionen. mietfinanz®



Wer heute seinen Vorsprung im Markt sichern will, muß nicht nur den Markt genau kennen, sondern auch innovativ handeln. Und das bedeutet Planung und Investitionen. Mietfinanzieren Sie. Denn nur an den Produkten verdienen Sie. Nicht an den Produktionsmitteln.

Die **mietfinanz** hat das Knowhow in Investitionsfinanzierung. Wir finanzieren Ihre Maschinen, Anlagen, Einrichtungen usw. Sie zahlen nicht für die Produktionsmittel, sondern nur für deren Nutzung. Ihr Eigenkapital kann inzwischen anderweitig von Ihnen eingesetzt werden.

mietfinanz. Unserer Erfahrung, unserem Wissen, unserer Finanzkraft und unserer Flexibilität können Sie vertrauen. Wir finanzieren Investitionen in Deutschland und in der ganzen Welt. Unsere Erfahrung ist die Summe unserer Beratung. In allen wichtigen Branchen. Seit 1962.

Vertrauen in einen starken Partner.

mietfinanz.



mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr, Postfach 101338, Telefon (0208) 31031, Telex 856755

Daimler und Deutsche Bank gefragt

Nach leicht höheren Anfangskursen fehlten die Kundenaufträge

DW. – Vorbörslich noch hatten die Erwartung eines guten Zwischenberichts der Deutschen Bank und das rege Interesse für Daimler- wie Mercedes-Bezugsrechte für eine deutliche Stimmungsbesserung gesorgt. Auch bei Börsenbeginn lagen die Notierungen meist noch leicht über Vortagsschlußniveau. Stars des Tages waren Deutsche Bank, die 4 DM höher mit 322 DM einsetzten und auf 320 DM nachgaben, sowie Daimler-Benz, die ex 67,50 DM Bezugsrechtabschlag mit etwa 652 (707) mehr als 12 DM fester schlossen. Entsprechend fest ex 60,50 DM Abschlag Mercedes-Holding mit 594 DM (638).

Die übrigen Autopapiere wurden von der starken Nachfrage nach Daimler-Benz und Mercedes nicht mitgerissen. Sowohl BMW als auch VW konnten sich nur knapp behaupten. Dagegen profitierten Bankaktien durchaus von den hochgesteckten Erwartungen an die Deutsche Bank und konnten überwiegend kleine Gewinne verbuchen. Knapp behauptet schlossen Farbennachfolger. Elektrowerte konnten minimale Kurssteigerungen meist nicht durchhalten. Geringfügige Änderungen nach oben und unten bei den Stromversorgern, bei denen der Rückgang um 2 DM auf 97,50 DM bei der politisierten HEW-Aktie auffiel.

Düsseldorf: Alexander erhöhten um 2,90 DM auf 878,90 DM und Balcke Dürr um 3 DM auf 165 DM. Dyckerhoff gaben um 3 DM auf 225 DM nach und Keramag um 5 DM auf 152 DM. Leffers gaben um 4 DM auf 381 DM nach und Pongs und Zahn um 8 DM auf 77 DM. Bei den Versicherungen verminderten Aachener Münchner Bet. um 12 DM auf 988 DM und Allianz Leben um 60 DM auf 3320 DM.

Frankfurt: Der Aktienmarkt blieb heute etwas freundlicher. Im Mittelpunkt stand der Bezugsrechthandel bei Daimler und Mercedes jeweils aus der Kapitalerhöhung neun zu eins zu 50 DM. Die Bezugsrechte blieben 67,50 DM bzw. 60 DM über Parität bei einem Umsatz von 111 000 Stück.

Hamburg: Phoenix Gummi schwächten sich weiter um 4,50 DM auf 151 DM ab. Haller Meurer wurden dagegen nochmals 5 DM fester mit 210 DM gehandelt. Beiersdorf gingen zu 348 (plus 1 DM) aus dem Markt. HEW lagen bei 99 DM und NWK-Vorzüge Stämme konnten sich um 6 DM auf 192 DM erholen.

München: Agrob Vz. erhöhten um 2 DM auf 296 DM und Ekatit Riedinger um 1 DM auf 68 DM. Gehe AG stockten um 10,50 DM auf 241 DM auf und NAK Stoffe verbesserten sich um 2 DM auf 56 DM. Zahnräder Renk erhöhten um 3 DM auf 258 DM.

Berlin: Herlitz Vorzüge zogen um 13 DM, Bergmann und Orenstein um je 9 DM an. Herlitz Stämme konnten sich um 5,50 DM, Rheinmetall um 3,40 DM, Berliner Kindl und Schering um je 1 DM befestigen.

Nachbörse: behauptet

WELT-Aktienindex vom 6. 12.: 149,7 (149,7)

WELT-Umsatzindex vom 6. 12.: 2517 (2261)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Mailand

Wien

	6. 12.	5. 12.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	210	212
Gösser-Brauerei	324	321
Länderbank Vz.	211	210
Österr. Brau AG	295	294
Perlmooser	314	315
Reininghaus	–	–
Schwechater Br.	–	–
Semperit	114	114
Steyr-Daimler-P.	150	150
Universale Hoch Tief	207	205
Veitscher Magnesit	201	199
Index	54,49	54,48

Amsterdam

Tokio

Kopenhagen

	6. 12.	5. 12.
Den Danske Bank	302	307
Jyske Bank	550	542
Kopenh. Handelsbk.	279	285
Novo Industri	3100	3145
Privatbanken	281	287
Ostasiat. Komp.	139	145
Dan. Sukkerfabr.	452	455
For. Bryggerier St.	1245	1265
Kgl. Porc. Fabr.	390	390

Zürich

Brüssel

	6. 12.	5. 12.
Arbed	1140	1140
Brux. Lambert	2135	2130
Cockerill Ougrée	158	160
Ebes	2375	2390
Gevaert	2900	3040
Kredietbank	5900	5900
Pétrofina	5850	5810
Soc. Gén. d. Belg.	1655	1650
Sofina	4960	5010
Solvay	3328	3255
UCB	4020	4040
Index	–	129,18

Madrid

Hongkong

Singapur

	6. 12.	5. 12.
Cycle + Car.	4,15	4,20
Cold Storage	4,96	4,96
Dev. Bk. of Sing.	9,35	9,40
Fraser + Neave	6,15	6,10
Kl. Kepong	2,90	2,90
Mal. Banking	9,00	–
Nat. Iron	5,90	5,90
OCBC	10,80	10,80
Sime Darby	–	2,27
Singapur Land	5,80	5,75
Un. Overs. Bank	5,45	5,45

Paris

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 6. 12.: 633 Optionen = 33 900 (40 250) Aktien, davon 112 Verkaufsoptionen = 6450 Aktien. **Kaufoptionen:** AEC 1-80/3, 1-85/2,10, 7-85/9, 7-90/7, 7-95/5, Siemens 1-338,05/48, 1-360/19, 4-390/22,15, 4-400/9, Veba 1-162,50/11,25, 1-170/7,10, 1-172,50/4,60, 4-160/22, 7-160/24,15, 7-170/18, 7-180/11,20, 7-190/6, BASF 1-134,30/34, 1-149,30/18, 1-150/18, 1-154,30/14, 1-160/8,70 4-170/9,50, 4-180/5, 7-170/17, 7-180/11,80, 7-200/5, Bayer 1-138/32, 1-150/22, 1-160/18, 1-170/2,50, 4-160/17,40, 4-170/9,50, 4-180/5,40, 4-190/4, 7-160/23,50, 7-200/5, Hoechst 1-150/37, 1-160/17, 4-180/12, 7-180/18, 7-200/6, BMW 1-340/65, 4-420/30, 7-450/34, VW 1-180/23, 1-190/19,80, 1-220/2, 4-200/26, 4-210/19,40, 4-230/8,60, 4-240/7, 7-220/22,70, 7-240/26,40, Conti Gummi 1-90/26,50, 4-120/11,40, 7-120/16,45, Commerzbank 1-170/3,80, 4-170/12,90, 4-180/7,50, 4-200/4, 7-170/19, Deutsche Bank 1-330/1,70, 4-330/15,10, 7-350/14,50, Dresdner Bank 4-170/16, 4-180/11, 4-190/6,40, 1-180/3,95, 7-170/21, Hoesch 4-100/5,50, 7-100/7,50, 7-110/5,90, Mannesmann 1-130/5, 4-120/17,50, 4-130/11,80, 4-140/7, 4-160/2, 7-130/13,40, 7-140/11, 7-150/7,40, 7-160/4, Thyssen 1-75/6, 1-80/2,20, 4-75/9, 4-85/3,50, 7-85/10, Bay. Hypo 4-280/15, Bekula 4-100/9,15, BBC 1-220/7, 4-230/20,50, Daimler 1-640/40, Babcock St. 1-17/20, Vz 1-170/21,60, 4-190/12,15, Degussa 1-350/35, 1-360/16, 4-370/28, GHH St. 4-130/18, Vz 4-130/10, 7-150/5, Klöckner 4-40/3, 7-40/5,40, MAN 7-140/10,10, Metallges. 4-210/10, RWE St. 7-180/12, Vz 1-170/8,70, 4-180/5, VEW 1-120/4,60, 7-120/13,10, Chrysler 1-70/7,50, 1-75/3,15, 4-70/11, 7-80/8,40, Sperry Rand 1-85/29, Philips 4-40/3,50, Royal Dutch 1-116,90/5,50, 4-130/3,50, 7-130,/7,50, Elf 1-60/1,50, 4-55/6,60, 7-55/8,50. **Verkaufsoptionen:** AEG 1-80/2,60, 7-75/3, Siemens 4-370/6,50, 4-380/11,40, Veba 4-170/3,40, BASF 4-170/4,60, 7-170/5,50, Bayer 4-170/3,90, Hoechst 1-180/4, 4-180/5,40, 7-180/6,50, VW 1-200/2,80, 1-210/6, 1-220/12, 4-200/4,85, 4-210/8,50, 4-230/22, 7-210/10, 7-220/17, Commerzbank 7-170/6,90, Dt. Bank 4-320/7, Dresdner Bank 1-170/1,80, 4-170/4, 4-180/13, 7-170/6, Mannesmann 4-130/5,85, 4-140/10, BBC 4220/14,50, Daimler 4-660/18, Babcock St. 4-180/3,50, Karstadt 4-290/8, 7-290/11,20, Klöckner 1-45/8,50, 4-40/3,40, Linde 4-350/4, Alcan 4-100/5, Chrysler 1-75/3, 1-80/7, 4-75/6, 480/7,40, 7-75/6,80, 7-85/14, IBM 7-330/15,40, Litton 4-170/4,50 (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.)

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 6. 12.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝– 9⅞	6⅛–6⅜	4 –4¼
3 Monate	9¾–10⅛	6⅛–6⅜	4 –4¼
6 Monate	10 –10¼	6¼–6⅝	4⅛–4⅜
12 Monate	10⅛–10⅝	6⅜–6⅝	4¼–4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 6. Dezember folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1465,00	1784,10
10 US-Dollar (Indian) **)	1190,00	1391,00
5 US-Dollar (Liberty)	455,00	609,90
1 £ Sovereign alt	254,00	312,36
1 £ Sovereign Elizabeth II	248,00	305,52
20 belgische Franken	197,00	251,94
10 Rubel Tscherwonez	263,00	327,18
2 südafrikanische Rand	248,00	304,38
Krüger Rand, neu	1110,00	1305,30
Maple Leaf	1110,00	1305,30
Platin Noble Man	1134,00	1332,66
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	268,00	337,44
20 schweiz. Franken „Vreneli"	206,00	263,34
20 franz. Franken „Napoléon"	201,00	253,08
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1026,00	1233,48
20 österr. Kronen (Neuprägung)	204,00	255,36
10 österr. Kronen (Neuprägung)	106,00	140,22
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	472,00	577,98
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	111,00	149,34

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

6. 12. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,7334	2,7414	2,7127	2,67	2,78
London¹)	3,948	3,962	3,926	3,89	4,04
Dublin¹)	3,106	3,120	3,068	3,10	3,16
Montreal³)	2,1965	2,2045	2,1818	2,14	2,23
Amsterd.	89,195	89,415	89,29	87,75	89,75
Zürich	125,110	125,310	125,21	123,75	126,50
Brüssel	4,919	4,939	4,869	4,75	4,97
Paris	32,835	32,995	32,365	32,00	33,75
Kopenh.	27,615	27,735	27,365	26,50	28,50
Oslo	35,965	36,085	35,435	35,00	36,75
Stockh.**)	34,045	34,205	33,865	32,75	34,50
Mailand²) **)	1,648	1,658	1,611	1,61	1,71
Wien	14,174	14,214	14,189	14,00	14,32
Madrid**)	1,735	1,745	1,678	1,65	1,77
Lissabon**)	2,095	2,115	2,015	1,60	2,40
Tokio	1,1670	1,1709	–	1,12	1,18
Helsinki	46,865	47,065	45,925	45,75	47,50
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,754	2,808	–	2,10	2,90
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,477	2,496	–	2,43	2,53
Johannesbg.*)	2,2635	2,2445	–	2,13	2,38

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Die Dollar-Hausse hielt am 6. 12. an. Nachdem in den Vereinigten Staaten der Kurs gestern bis fast 2,75 stieg, kam es zu einer Mini-Reaktion nach einem Statement des Notenbankchefs Volcker, daß die FED keine Verschärfung der Geldpolitik vorgenommen habe. Mit 2,7374 wurde heute die höchste amtliche Notierung seit Februar 1974 erreicht und die Tageshandelsspanne wurde mit 2,7295 bis 2,7390 erfaßt. Negativ für die D-Mark wirkte sich unverändert die politische Lage im Nahen Osten sowie die ohne Ergebnis zu Ende gegangene EG-Gipfelkonferenz in Athen aus. Die Bundesbank griff in die amtliche Notierung mit einer größeren Abgabe von 75,8 Mill. Dollar ein. Differenzierter verlief die Kursentwicklung einiger Währungen. Kursgewinnen standen Kursverluste einiger Währungen gegenüber. Den stärksten Rückgang hatte das Pfund mit 3 Promille auf 3,955. Unverändert favorisiert wurde der Yen, der sich weiter auf 1,1685 verbesserte. US-Dollar in: Amsterdam 3,0665; Brüssel 55,5075; Paris 8,3170; Mailand 1656,30; Wien 19,2920; Zürich 2,1862; Ir. Pfund/DM 3,113; Pfund/Dollar 1,4448; Pfund/DM 3,955.

Ostmarkkurs am 6. 12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Dollar-Deports wurden am 6. Dezember etwas niedriger gehandelt bei kleinen Umsätzen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,88/0,78	2,52/2,42	5,13/4,93
Pfund/Dollar	0,10/0,12	0,24/0,28	0,47/0,51
Pfund/DM	1,60/0,90	3,60/2,20	6,50/5,10
FF/DM	25/ 9	62/ 46	129/113

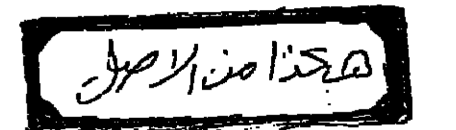
Geldmarktsätze

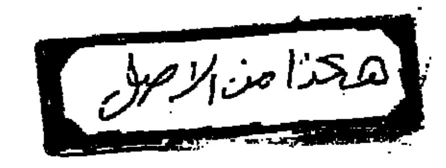
Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 6. 12.: Tagesgeld 5,55–5,65 Prozent; Monatsgeld 6,45–6,60 Prozent; Dreimonatsgeld 6,40–6,55 Prozent.

Privatdiskontsätze am 6. 12.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 6. 12.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,60) – 10,00 (8,06) – 10,00 (8,26) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,04, 2 Jahre 7,33. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 99,80, Rendite 8,05.





Warenpreise – Termine

Mit leichten Gewinnen schlossen am Montag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Etwas fester ging Silber aus dem Markt. Deutlich schwächer notierte Kupfer. Während Kaffee Abschläge hinnehmen mußte, konnte sich Kakao befestigen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	5. 12.	2. 12.
Dez.	342,00	346,00
März	355,25	359,00
Mai	354,25	357,75
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	5. 12.	2. 12.
St. Lawrence 1 CW	231,75	231,72
Amber Durum	258,15	258,15
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	144,60	148,50
März	147,80	150,50
Mai	152,30	155,70
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	121,20	122,00
März	123,30	123,90
Mai	122,40	123,40
Hafer Chicago (c/bush)	5. 12.	2. 12.
Dez.	176,25	178,00
März	179,50	182,50
Mai	182,50	185,25
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	330,75	336,75
März	332,00	335,75
Mai	332,50	336,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	5. 12.	2. 12.
Dez.	128,08	129,10
März	132,10	132,80
Mai	132,40	133,20

Genußmittel

Kaffee		
New York (c/lb)	5. 12.	2. 12.
Dez.	152,75	153,00
März	146,25	146,85
Mai	140,51	141,00
Kakao		
New York ($/t)	5. 12.	2. 12.
Dez.	2290	2243
März	2285	2257
Terminkontr. Mai	2288	2264
Umsatz	4716	5208
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	8,85	8,60
März	8,91	9,23
Mai	9,84	9,52
Juli	10,15	9,85
Sept.	10,35	10,07
Umsatz	8 535	5 385
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5. 12.	2. 12.
	8,18	8,25
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	5. 12.	02. 12.
Kontrakt Jan.	1965–1966	–
März	1936–1937	–
Mai	1867–1869	–
Umsatz:	3176	–
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1679–1680	1625–1627
März	1679–1680	1638–1639
Mai	1676	1635–1636
Umsatz	5305	5287
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Dez.	–	–
März	159,70–159,75	160,30–160,45
Mai	164,90–165,00	165,25–165,50
Umsatz	1807	1194
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	5. 12.	02. 12.
schw. Sarawak spez.	420,00	420,00
weißer Sarawak	642,50	642,50
weißer Muntok	650,00	650,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	5. 12.	02. 12.
Jan.	124,00	123,90
März	123,00	122,85
Mai	122,35	122,20
Juli	122,25	121,80
Sept.	122,25	121,80
Umsatz	200	200

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl		
New York (c/lb)	5. 12.	2. 12.
Südstaaten fob Werk	49,00	49,00
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	26,50	26,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	25,75	26,60
Jan.	25,90	26,70
März	26,35	27,70
Mai	26,75	27,50
Juli	26,80	27,65
Aug.	26,50	27,40
Sept.	25,30	25,90
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	28,00	28,00
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	17,25	17,50
Choise white hog 4% fr. F.	16,75	16,75
Talg		
New York (c/lb)		
top white	17,25	–
fancy	16,75	–
bleichfähig	16,50	–
yellow max. 10% fr. F.	15,00	–
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Dez.	43,45	43,30
Febr.	47,65	47,85
April	47,25	47,25
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Febr.	58,30	59,20
März	58,75	59,65
Mai	60,55	61,45
Häute		
Chicago (c/lb)	5. 12.	2. 12.
Ochsen sch. schwere River Northern	55,00	55,00
Kühe sch. schwere River Northern	52,50	52,50
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Jan.	767,00	786,00
März	783,00	800,50
Mai	791,00	811,00
Juli	792,00	808,00
Aug.	773,00	790,00
Sept.	719,00	731,00
Nov.	670,00	679,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Dez.	216,00	220,50
Jan.	217,50	222,20
März	219,30	224,50
Mai	218,00	224,00
Juli	217,50	224,50
Aug.	213,00	216,00
Sept.	204,00	208,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	5. 12.	2. 12.
Dez.	362,60	363,00
März	375,00	375,50
Mai	380,00	381,50
Kokosöl		
New York (c/lb)	5. 12.	2. 12.
Westküste fob Werk	41,50	–
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	5. 12.	5. 12.
jegl. Herk. cif	885,00	885,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	520,00	535,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	695,00	695,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	189,00	192,50
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	942,50	942,50
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	302,00	302,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle		
New York (c/lb)	5. 12.	2. 12.
Kontrakt Nr. 2:		
Dez.	78,00	76,65
März	80,00	80,15
Mai	81,16	81,20
Juli	81,90	82,00
Okt.	76,20	76,40
Dez.	74,80	74,90
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1:	58,75	58,75
Wolle		
Lond. (Neuseel. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	5. 12.	02. 12.
Dez.	403–410	405–410
Jan.	406–407	404–407
März	416–417	416–418
Umsatz:	53	146
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	5. 12.	02. 12.
Dez.	46,50	46,50
März	46,70	47,70
Mai	47,50	47,50
Juli	–	47,50
Umsatz:	0	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype	5. 12.	02. 12.
Dez.	534,00–537,00	532,00–533,00
März	555,00–556,00	562,00–565,00
Mai	572,00–575,00	565,00–570,00
Umsatz:	108	210
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	5. 12.	02. 12.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	5. 12.	02. 12.
Dez.	13 919	13 950
März	13 920	13 938
Kautschuk		
London (p/kg)	5. 12.	02. 12.
Nr. 1 RSS loco	83,00–85,00	82,50–84,50
Jan.	84,00–85,00	83,40–85,00
Febr.	84,00–84,70	83,20–83,50
Jan./März	84,00–84,10	83,40–83,60
Tendenz: uneinheitlich		
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	5. 12.	02. 12.
Nr. 1 RSS loco:	261,50–262,50	260,50–261,50
Dez.	264,00–265,00	263,00–264,00
Jan.	267,00–268,00	266,00–267,00
Nr. 2 RSS Dez.	259,00–260,00	258,00–259,00
Nr. 3 RSS Dez.	255,50–256,50	254,50–255,50
Nr. 4 RSS Dez.	249,00–250,00	248,00–249,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	5. 12.	02. 12.
BWC	400,00	400,00
BWD	390,00	390,00
BTC	400,00	400,00
BTD	390,00	390,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. = 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)		
Blei: Basis London	6. 12.	5. 12.
laufend. Monat	111,13–111,23	111,57–111,67
drittfolg. Monat	115,20–115,29	115,44–115,64
Zink: Basis London		
laufend. Monat	234,95–235,14	232,08–232,48
drittfolg. Monat	240,69–240,89	238,04–238,24
Produz.-Preis	260,43	259,65
Reinzinn 99,9%	3765–3802	3760–3798

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	6. 12.	5. 12.
Elektrolytkupfer		
für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	396,59–398,97	400,58–402,96
Blei in Kabeln	118,75–119,75	119,25–120,25
Aluminium		
für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	6. 12.	5. 12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	367–377	369–380
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	412–416	414–416
MS 63	407–411	410–414

Zinn-Preis Penang

	5. 12.	2. 12.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,76	29,87

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	6. 12.	5. 12.
Leg. 225	423–425	423–425
Leg. 226	425–427	425–427
Leg. 231	455–457	455–457
Leg. 233	465–467	465–467

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	6. 12.	5. 12.
Platin (DM je g)	37,80	38,208
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	35 500	35 700
Rücknahmepr.	34 750	34 950
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	35 460	35 710
Rücknahmepr.	34 400	34 640
verarbeitet	37 210	37 480
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 150	35 455
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	850,10	862,30
Rücknahmepr.	820,30	832,10
verarbeitet	884,70	900,50

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)		
London	6. 12.	5. 12.
10.30	398,80	402,40
15.00	397,00	397,25
Zürich mittags	397,80–398,30	401,50–402,00
Paris (F/1-kg-Barren)		
mittags	106 000	107 100
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	657,80	665,40
3 Monate	671,65	679,60
6 Monate	688,50	696,10
12 Monate	719,60	728,70
Platin (£-Feinunze)		
London	5. 12.	2. 12.
fr. Markt	276,70	277,15
Palladium (£-Feinunze)		
London		
1 Händlerpr.	–	99,85
	106,55	106,80

New Yorker Preise

	5. 12.	2. 12.
Gold H & H Ankauf	397,25	400,75
Silber H & H Ankauf	944,40	958,50
Platin fr. Händlerpr.	410,00–412,00	410,00–412,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	154,00–156,00	157,00–159,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Dez.	956,00	948,30
Jan.	964,00	960,00
März	976,00	970,00
Mai	992,00	987,00
Juli	1008,00	1009,00
Sept.	1030,40	1026,40
Dez.	1065,00	1051,00
Umsatz	27 000	36 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	5. 12.	2. 12.
Dez.	64,80	65,80
Jan.	66,25	66,25
März	66,50	67,55
Mai	67,90	68,85
Juli	69,05	70,30
Sept.	70,50	71,50
Dez.	72,55	73,50
Umsatz	10 000	5500

Londoner Metallbörse

	6. 12.	5. 12.
Aluminium (£/t)		
Kasse	1068,0–1068,5	1066,5–1067,5
3 Monate	1097,0–1097,5	1094,5–1095,0
Blei (£/t) Kasse	280,50–280,75	281,00–282,00
3 Monate	290,75–291,00	290,50–291,50
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	988,50–989,00	995,00–996,00
3 Monate	1013,0–1013,5	1018,5–1019,0
abends Kasse	–	991,00–992,00
3 Monate	–	1015,5–1016,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	972,00–973,00	976,00–977,00
3 Monate	997,00–998,00	999,00–1000,00
Zink (£/t) Kasse	593,00–593,50	585,00–586,00
3 Monate	607,50–608,00	600,00–600,50
Zinn (£/t) Kasse	8670–8680	8675–8680
3 Monate	8800–8801	8806–8807
Quecksilber ($/Fl.)	–	–
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	–

PA 83/I-094

Pan Am



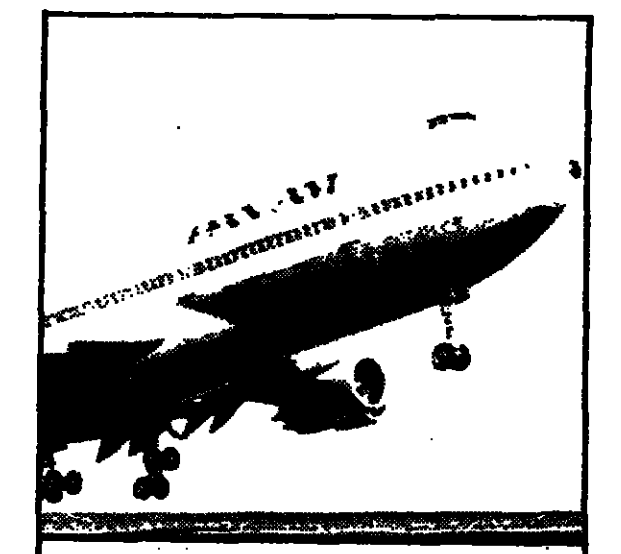
Wenn Sie schnell und bequem zu einer von über 40 US-Städten kommen wollen, sollten Sie Verbindung mit Pan Am aufnehmen.



Denn Pan Am's Worldport ist der einzige Terminal in New York, der inneramerikanische und internationale Flüge unter einem Dach verbindet.



Das heißt, der kurze Weg zum nächsten Flugsteig erlaubt es Ihnen, etwas länger als gemeinhin üblich eine willkommene Abwechslung zu genießen.



Und da Sie bereits in Frankfurt bzw. Hamburg die Bordkarte für Ihren Weiterflug erhalten haben, können Sie dann ohne weiteres ins Flugzeug steigen.

oder nicht Pan Am.



Gesetzt den Fall jedoch, Sie sollten hier nicht mit uns gelandet sein, dürfte das Umsteigen schon etwas komplizierter werden.



Denn kaum sind Sie an einem Terminal angekommen, beginnt auch schon der zeitraubende Weg zum anderen, wo Ihre Anschlußmaschine nicht planlos warten wird.



Sie allerdings werden höchstwahrscheinlich warten müssen: auf den Bus oder ein Taxi, um zum gewünschten Ort an anderer Stelle des Flughafens zu gelangen.



Wobei Szenen wie diese durchaus ins gewohnte Bild passen. – Pan Am zu buchen oder nicht, sollte demnach also wahrlich keine Frage sein.

In ein und demselben Terminal: Anschluß zu all diesen Pan Am Städten.

Austin	Chicago	Dallas/Ft. Worth	Honolulu	Los Angeles	New Orleans	Pittsburgh	San Francisco	Tulsa
Boston	Cincinnati	Detroit	Houston	Miami	Oklahoma City	Raleigh/Durham	St. Louis	Utica/Rome
Buffalo	Cleveland	Fort Myers	Indianapolis	Minneapolis/St. Paul	Orlando	Rochester	Syracuse	Washington D.C.
Charlotte	Corpus Christi	Hartford/Springfield	Ithaca	Nashville	Philadelphia	San Antonio	Tampa/St. Pete	West Palm Beach
			Kansas City					

Wenden Sie sich an Ihr Pan Am Vertragsreisebüro oder rufen Sie uns an. Pan Am Berlin 0 30/88 10 11, Frankfurt 06 11/2 56 52 22, Hamburg 0 40/5 00 92 81, München 0 89/55 81 71, Nürnberg 09 11/52 30 47, Stuttgart 07 11/79 90 01.



Pan Am. Erleben, was Erfahrung heißt.

Rentenmarkt nicht einheitlich

Recht lustlos und uneinheitlich verkehrte am Dienstag auch der Rentenmarkt. Die neue Bundesanleihe stieß nur auf zurückhaltendes Interesse und wurde im Handel und den Banken per Erscheinen unverändert mit minus eins (dies eher Brief) besprochen. Schon im Umlauf befindliche öffentliche Anleihen änderten sich um rund 0,25 Prozentpunkt nach beiden Seiten. Ähnlich lagen DM-Auslandsanleihen im Markt. Pfandbriefe tendierten bei kleinem Geschäft mehr oder weniger behauptet.

	6. 12.	5. 12.		6. 12.	5. 12.		6. 12.	5. 12.
M 5½ Bayer.Habo Pf 14	90G	90G	H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G	M 5 Verbank Nbg. Pf 55	116G	116G
6 dgl. Pf 20	81G	81G	6 dgl. 14	88,75	88,75	6 dgl. Pf 95	77bG	77G
6½ dgl. Pf. 2	93,5G	93,5G	6 dgl. 47	77,5	77	7 dgl. Pf 100	99,75bG	99G
7 dgl. Pf 3	93,25G	93,5G	10 dgl. IS 46	102,25G	102,25G			
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G				D 8 WestLB Pf 350	100,25G	100,25G
6½ dgl. KS 14	95,5G	95,5G	F 5 Helaba Pf 8	109G	109G	6¾ dgl. Pf 403	96G	96G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG	6 dgl. Pf 80	92,85G	92,6G	9½ dgl. Pf 1007	104,75G	104,75G
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,75G	8 dgl. Pf 73	99,85G	100G	8 dgl. Pf 1015	97,7G	97,7G
5½ dgl. Pf 11	130,5G	130,5G	4 dgl. KO 5	99G	99G	7 dgl. KO 556	99,2G	99,3G
6 dgl. Pf 34	76G	76G				6¼ dgl. KS 420	94,35G	94,35G
6 dgl. KO Pf 50	99,65G	99,65G	H 6 Hyp.I.Hbg. Pf 96	79,25G	79,25G	9¾ dgl. KO 1301	103,55G	103,55G
8½ dgl. Pf 10	80bG	80G	6½ dgl. Pf 80	88,25G	88,25G	8¼ dgl. KS 1278	101,3G	101,2G

Wandelanleihen

Ausländische Aktien

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

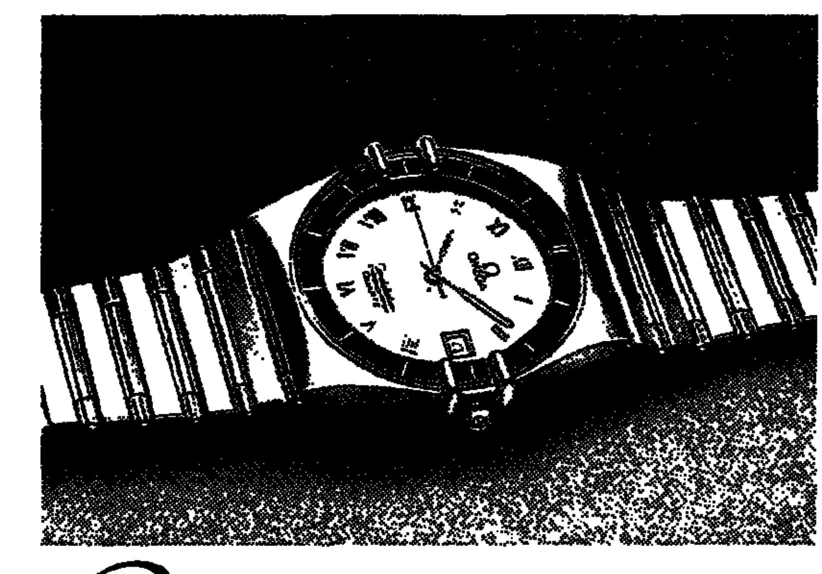
Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn



Omega Constellation Quartz-Chronometer – gefaßt wie ein edler Diamant. Ausgezeichnet für höchste Präzision und Zuverlässigkeit. Damen- oder Herrenuhr ab 1995,- DM. Wir zeigen sie in unseren Schaufenstern. Juwelier Rüschenbeck.



DORTMUND, WESTENHELLWEG 45, TELEFON (02 31) 14 60 44 · DUISBURG, KÖNIGSTRASSE 6 · HAGEN, MITTELSTRASSE 13

Linde

Linde Aktiengesellschaft · Wiesbaden

6% Teilschuldverschreibungen von 1964 (ausgestellt von der Gesellschaft für Linde's Eismaschinen Aktiengesellschaft)

– Wertpapier-Kenn-Nr. 363 601 –

Resteinlösung

Die bisher nicht ausgelosten Teilschuldverschreibungen der

Serie 3,

umfassend die Teilschuldverschreibungen

Nr. 20.161 bis 20.240 zu je DM 5.000,—
Nr. 10.441 bis 11.160 zu je DM 1.000,—
Nr. 5.101 bis 5.400 zu je DM 500,—
Nr. 601 bis 900 zu je DM 100,—

werden zur Rückzahlung zum 1. März 1984 zum Nennbetrag fällig. Die Einlösung der Stücke erfolgt kostenfrei gegen Vorlage der Wertpapiermäntel bei den nachstehenden **Zahlstellen** und deren inländischen Niederlassungen:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Deutsche Bank Saar AG
Dresdner Bank AG
Merck, Finck & Co.

Die Verzinsung der Teilschuldverschreibungen endet mit Ablauf des 29. Februar 1984. Der nach den Anleihebedingungen am 1. März 1984 fällige Halbjahreszinsschein (Nr. 40) wird ab 1. März 1984 gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den in den Vorjahren zur Rückzahlung ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 2, 4, 5, 6, 7, 8, 10, 11, 12, 14 und 15 ist eine Reihe von Stücken **noch nicht zur Einlösung vorgelegt worden. Wir bitten, diese Stücke,** die ab den jeweiligen Fälligkeitsterminen nicht mehr verzinst werden, **umgehend zur Einlösung vorzulegen.**

Wiesbaden, im November 1983

Linde Aktiengesellschaft
Der Vorstand

Vom Künstler per Hand für Sie erstellt.

SCHMUCK-URKUNDEN

Zu jedem Zweck: z. B. Firmenjubiläum, Meisterbrief, Ehrung von langjährigen Mitarbeitern, Dienstjubiläum etc. Fordern Sie unverbindlich nähere Informationen unter S 9346 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wenn Sie es eilig haben,

können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber **8 579 104** aufgeben

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tieljen; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Precheit

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Lambda-Service
Tel. 02 31 / 57 16 42



Viele behinderte Kinder könnten gesund sein

Zweidrittel aller angeborenen Behinderungen lassen sich vermeiden oder doch wesentlich bessern

Jedes zehnte Neugeborene, das in der Bundesrepublik zur Welt kommt, trägt das Risiko in sich, behindert zu werden. Sie tragen einen auf Vererbung beruhenden Defekt in sich oder erleiden während der Schwangerschaft oder unter der Geburt Schaden, den es zu verhüten gilt. Rechtzeitige Vorsorge und Früherkennung können Zweidrittel dieser Behinderungen vermeiden oder doch ganz wesentlich bessern. Die Stiftung für das behinderte Kind zur Förderung von Vorsorge und Früherkennung bemüht sich, durch gezielte Vorsorgemaßnahmen angeborene Schäden und Behinderungen zu vermeiden.

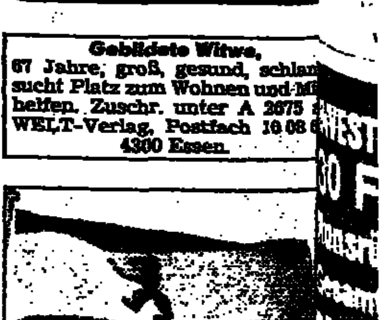
Ihre Spende hilft uns helfen!

Spendenkonten: Postscheckamt Frankfurt/Main 606-608 (BLZ 500 100 60), Bank für Gemeinwirtschaft BfG Frankfurt 100 900 1900 (BLZ 500 101 11). Die Spenden sind steuerlich abzugsfähig.
Wenn Sie sich über das Vorsorgeprogramm für werdende Eltern informieren möchten, fordern Sie mit dem Coupon die Fibel an „Unser Kind soll gesund sein".
Die Empfehlungen der Fibel erhöhen die Chancen, ein gesundes Kind zu bekommen. Sie sagt Ihnen, durch welche Vorsorge- und Früherkennungsmaßnahmen Sie mögliche Gefahren von Ihrem Kind abwenden können.

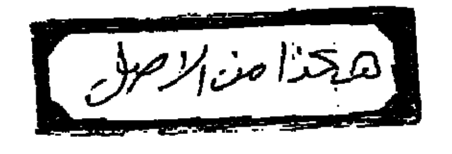
Coupon
Name
Straße
PLZ/Ort



Gebildete Witwe,
67 Jahre, groß, gesund, schlank, sucht Platz zum Wohnen und Mithelfen. Zuschr. unter A 2675 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



mit einem jährlichen zu versteuernden Einkommen ab 200.000,– DM
Beteiligung an einer Bauherrengesellschaft b. R. in guter Lage Berlins mit anspruchsvoller Architektur, hohen Steuervorteilen





Hans Joachim Giesemann

31. 12. 1901 – 1. 12. 1983

Es trauern um ihn:
Hedda Giesemann geb. Pigihein
Adolf Roberto Giesemann und Frau Karin geb. Schlettwein
Jürgen Joachim Giesemann und Frau Christa geb. Eversbusch
Adolf Giesemann und Frau Ingeborg geb. Sieveking
Jürgen Schwarz und Frau Camilla geb. Giesemann
Ernst A. Giesemann
und 6 Enkel

Nubes 305, Jardines del Pedregal Mexiko 01900 D. F.
Guatemala - Hamburg - Reinbek

Am 28. November 1983 ist unser Prokurist, Herr

Werner Weber

an den Folgen einer schweren Erkrankung im Alter von 55 Jahren verstorben.

Während seines langjährigen, verantwortungsvollen Wirkens im In- und Ausland hat er sich große Verdienste um unser Unternehmen erworben und bleibende Wertschätzung gewonnen.

Werner Weber wird uns unvergessen bleiben.

Hamburg, im Dezember 1983

SCHENKER & CO. GMBH
Zweigniederlassung Hamburg

Die Beisetzung hat bereits im engeren Kreis stattgefunden.
Anstelle von Zeichen der Verbundenheit bittet die Familie im Sinne des Verstorbenen, die Diakoniestation in Tostedt zu bedenken (Konto-Nr. 120 840 070 – Volksbank Tostedt).

Nach langem, schwerem Leiden ist unsere liebe Tante und Schwägerin

Else Weising

* 5. August 1906 † 5. Dezember 1983

im 78. Lebensjahr eingeschlafen.

Im Namen der Familie
Ingeborg Weising

Wandsbeker Marktstr. 142
2000 Hamburg 70

Trauerfeier am Dienstag, dem 13. Dezember 1983, um 10 Uhr Friedhof Hamburg-Rahlstedt, Am Friedhof

---

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Tel.: Hamburg (0 40) 3 47 – 43 80 – 39 42 o. – 42 30
Berlin (0 30) 25 91 – 29 31
Kettwig (0 20 54) 5 18 und 5 24
Telex: Hamburg 2 17 001 77 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

IMMOBILIEN · KAPITALIEN

NELDEL DIE GUTE IMMOBILIE
Neldel GmbH & Co. KG · Wohnungsbauunternehmen
Rühmkorffstr. 1 · 3000 Hannover · 0511/39020
Ersterwerbermodell
Studenten-Appartements
3-geschossige Bauweise mit ausgebautem Dach.
im Zentrum des neuen Göttinger Universitätsviertels, Ginsterweg. Möblierte 1- u. 2-Zimmer-Wohnungen von ca. 16 m² – 52 m² mit Dusche, Bad, integriertem Küchenblock und teilweise Balkon. Z. B.: 1-Zi.-Whg. 18,19 m² mit Balkon, DM 63.665,–. Vermietungssicherheit.
Fertigstellung zum Semesterbeginn Herbst '84.
Top-Kapitalanlage mit MWSt.-Option.

KG-BETEILIGUNG MS „CALLISTO"
KEIN VERLUSTZUWEISUNGSMODELL
sondern
– solide Einkommensteuervorteile ab 1983 (ca. 193,1 % gesamt)
– klassische Restfinanzierung
– günstige Einzahlungsgestaltung
an
zukunftsweisendem Schiffstyp mittlerer Größe mit erfahrenen Reedereipartnern, interessantem Einsatzgebiet.
Castor Kapitalanlagenvermittlungs GmbH u. Co. KG
Düsseldorfer Str. 38, 4130 Moers 1, Tel. 0 28 41 / 37 51

Essen-Bredeney
Repräs. freistehendes Einfamilienhaus m. gepfl. Garten, Terrasse u. überdachter Sitzecke, Grdst.-Größe 1052 m², Wfl. Hauptwohnung 220 m², Einliegerwohnung 50 m², gr. Garage m. Geräteraum, Hauptwohn. 4 Schlafzi., 3 Wohnzi., einger. Küche, Eichenfenster u. Edelholzverkleidung sowie Einbauschränke, Rolladen u. Alarmanlage. Einzug kurzfr. nach Vereinb. KP 925 000,–, Vermittlungsgeb. 3,42 % einschl. MwSt. Anfragen an:
Treuhand Verwaltungs GmbH, Tel. 02 01 / 47 20 41 / 42.

Zu verk. in Evolène / VS / Schweiz, Winter- u. Sommerkurort
1 3-Zi.-Wohnung, 86 m², Katalogpr.: sfr 245 000,-
Rabatt 20% – Nettopreis: sfr 196 000,–.
1 Studio, 32 m², Nettopreis: sfr 78 000,–.
Verkauf ohne Vermittler, Kredit vorhanden.
Auskünfte: Postfach 33 08, CH-1951 Sion.

INVESTITION MIT ZUKUNFT
30 Ferienhäuser
Hunsrück-Naturparadies
Gesamtaufwand
DM 168.000,–
(incl. aller NK., Stellplatz und Möblierung)
E. Liesegang R. Hüskes
GbR
COUPON
Starke Vertriebspartner gesucht!!

N E U
Flitchlord Investments, ein erfahrener Partner!
Devisenansagedienst:
Montag, 10 Uhr – Freitag, 14 Uhr
Automatischer Infoservice:
Freitag, 14.30 Uhr – Montag, 9.30 Uhr
Tel. 0 30 / 8 82 61 32

Die feine Adresse der Bundeshauptstadt: Bonn-Bad Godesberg, Fasanenstraße 23
Hier entstehen auf einem ca. 4500 m² großen Parkgrundstück:
– 14 luxuriöse Eigentumswohnungen
– in allerbester Villenlage, direkt am Rhein
– mit exklusiver Innen- und Außenarchitektur
– alle Wohnungen mit unverbaubarem Rheinblick
– Wohnungsgrößen von 64–126 m²

Beispiel:	Wohnung mit 87,15 m²	=	434 442,75 DM
	zuzüglich Tiefgaragenplatz	=	26 970,00 DM
	Gesamt	=	461 412,75 DM

ipegé Christian-Gau-Str. 5, 5000 Köln 41, Tel. 02 21 / 49 50 21-22

Fünfzig Prozent garantierter Gewinn!
Einen 50%igen Gewinn auf Ihre Gesamtanlage im Zeitraum von 5 Jahren garantiert Horizons 2000 in Zusammenarbeit mit einer bekannten US-Versicherungsgesellschaft.
Langfristigeren Anlegern winken Profite aus jährlichen Ernten, die auf durchschnittlich 65% vom 6. bis einschl. 20. Anlagejahr projektiert sind. Jährliche Gewinne, ausgezahlt auf 3-Monats-Basis, können über Generationen weiterfließen. Informationsmaterial in Englisch, Französisch, Deutsch und Arabisch (Angebote von Maklern erwünscht) erhältlich durch: Globe Plan SA – Av. Mon-Repos 24 – CH-1005 (Schweiz), Tel. (00 41 21) 22 35 12, Telex 25 185 melis ch

Viele Firmen werben damit, daß ihre Objekte bis zum 31. 12. 1984 fertiggestellt sind. Unsere Häuser können Sie bereits „anfassen"!
Viele Firmen werben mit extrem hohen „Verlustzuweisungen".
Bei unseren Angeboten stehen Lage + Substanz im Vordergrund; der steuerl. Vorteil ist ein zusätzliches „Bonbon"!
Viele Firmen bieten Ihnen eine sehr hohe Mietgarantie. Unsere Wohnungen sind bereits gut + zum rechtsfähigen Mietzins vermietet, eine „Mietgarantiegebühr" fällt somit auch nicht an!
Bei relativ hohen Einstandspreisen werben viele Anbieter mit einem „programmierten Wertzuwachs". Der Gesamtaufwand unserer Angebote ist am konventionellen Immobilienpreisniveau orientiert, manchmal auch darunter. Einen Preisvergleich können Sie selbst anhand vergleichbarer Objekte vornehmen und somit auch einen evtl. Wertzuwachs einschätzen.
Viele Anbieter haben im Gesamtaufwand bereits alle anfallenden Kosten wie Grunderwerbsteuer, Notar- + Grundbuchkosten, werbungskostenfähige Gebühren usw. berücksichtigt.
Wir auch – der Gesamtaufwand unserer Angebote berücksichtigt darüber hinaus auch noch die anfallenden Modernisierungs- + Renovierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Objektsubstanz.
Unsere Angebote befinden sich an nachfragestärksten, innerstädtischen Standorten (unabdingbare Voraussetzung für nachhaltige Vermietbarkeit, Renditesteigerung + späterer Wiederveräußerbarkeit):
Berlin, Alt-Tempelhof direkt am Bosepark
Münster, Erpho-/St.-Mauritz-Viertel, ca. 500 m von der Promenade entfernt
Paderborn-Südstadt, ca. 5 Gehminuten von Universität und Stadtmitte entfernt
Wenn sie in diesem Jahr noch gesicherte steuerliche Vorteile durch den Erwerb einer Immobilie in Anspruch nehmen möchten, sollten Sie unbedingt 5 Minuten Ihrer Zeit für ein persönliches Telefonat opfern – vielleicht die ertragreichsten 5 Minuten dieses Jahres für Sie.
Tel. 0251/54243 oder 51361 (Büro Münster)
Tel. 05222/4324 oder 58697 (Büro Bad Salzuflen)
Tel. 089/8112055 oder 8113708 (Büro München)
HVAT
Hamburger Vermögensanlagen Treuhand GmbH
Regionalbüro, Ludgeristr. 56, 4400 Münster

Baden-Baden
Im historischen Villenviertel oberhalb Kurhaus und Theater haben Sie heute noch die seltene Gelegenheit, eine vorzügliche Eigentumswohnung in solider handwerklicher Bauweise und eleganter Ausstattung zu erwerben.
Außerdem sparen Sie im Ersterwerbermodell Steuern und sichern den Wert Ihres Geldes:

Z. B. beträgt bei einer Wohnfl. von 90,40 m² der Kaufpreis	DM 380 000,–
erforderl. Eigenkapital 10% =	DM 38 000,–
Fremdkapital zu 5,25% Zins, Auszahlung 91,5%, 3 Jahre fest. Einkommensteuerersparnis bei Vermietung in 8 Jahren bis	DM 162 997,–

Bitte informieren Sie sich vollständig, informieren Sie sich jetzt!
Apartbau Baden-Baden
Apartbau-GmbH Bauträger- und Betreuungsunternehmen 7570 Baden-Baden Maria-Viktoria-Straße 3 Telefon (0 72 21) 2 44 04

Beteiligung an sehr interessantem Geschäft geboten. Erforderl. Mindestkapital DM 50 000,–, Rückfluß DM 100 000,– innerh. eines Jahres. Kein Arbeitsaufwand.
Zuschr. u. R 2754 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ingrid Vahle ab **15%** p.a. Vermögensberatung
Zuschriften unter S 9241 an WELT-Verlag, Postfach 100864, 4300 Essen

Noch für 1983 weniger Steuern! Mit dem sicheren NATO-Bauherrenmodell Idar-Oberstein. Das Spitzenbauherrenmodell in Europas Edelsteinmetropole!
Fordern Sie ausführliche Unterlagen an.
Nur noch 2 kleine separate Bauherrengemeinschaften.
Eigentumswohnungen in Hanglage – und den besonderen Vorteilen: Mehrwertsteuererstattung.
Mietpartner: öffentlicher Gewährsträger.
SEDES Immobilienvermittlungs- und Verwaltungs GmbH Marsstr. 89, D-4232 Xanten Tel. (0 28 01) 40 71 - 73

Wochenendhaus am Harz
Wo.-Zi., 2 Schlafzi., Kü., Dusche/WC, Abst.-Raum, winterfest, möbliert, auf Erbbaugrdst., sofort beziehbar,
DM 89 500,–
Telefon 0 51 36 / 8 27 01 oder 0 66 41 / 80 21

– SCHLESWIG –
3-Zi.-Komfortwohnung
m. Loggia zu verk., ca. 88 m² Wohnfl., Garagenstellpl., Segelhaf. – unverbaub. Blick üb. d. Schlei – DM 198,000,–.
MARWEDE-IMMOBILIEN,
2280 Westerland/Sylt, Postfach 1441,
Tel.: 0 46 51 / 54 33 und 55 14

Spanien
COSTA BLANCA
Denia - Calpe - Torrevieja
BALEAREN - CANAREN
Grundst. Fincas, Appartements, Villen, Gew. - Groß-Renditeobjekte: „Vermietung"
P. u. H. FALTERMEIER
Auslandsimmobilien
8Mü.40, Pf400604, T 089/2713448
75KA41, Pf410314, T 0721/404250

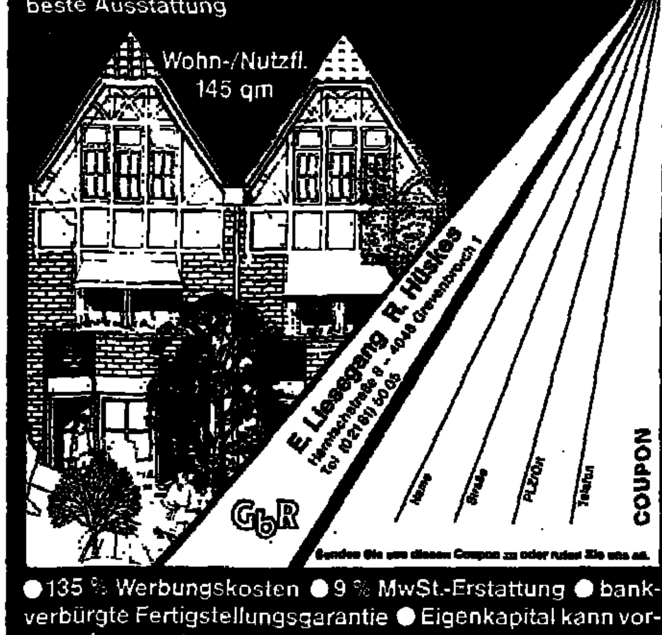
Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken! W 286

CH in
TOP-AUSSICHTSLAGE
3-Zimmer-Wohnungen
mit Ausländerbewilligungen am Brienzersee/Berner Oberland.
Tel. 0041 / 36 22 69 55 od. 23 18 66.

Raum Hamburg tipptopp
Puppenhaus mit Minigarten. Käufer müssen schnellstens starten. Rufen Sie doch gleich mal an, weil man dann viel sparen kann.
Telefon 0 40 / 7 00 70 87

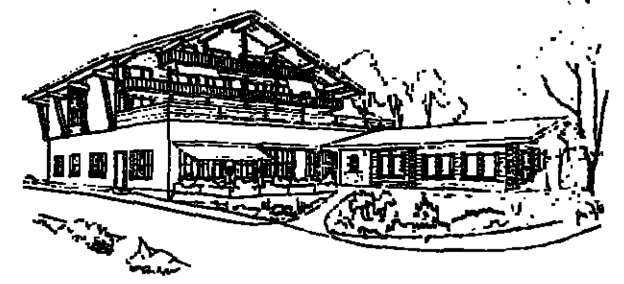
KONSTANZ/BODENSEE
BAUHERRENGEMEINSCHAFT
HAUS HALM
Das historische Haus Halm als neues attraktives Wohn- und Geschäftszentrum mitten in Konstanz-Altstadt, 130 m vom See ● Zweigeschossige Passagen mit 2000 m² Geschäftsraum hinter Arkaden (u. a. Restaurant, Café, Treffs) ● 2000 m² Wohnungen unterschiedlicher Größe, z. T. Balkone, Dachterrassen, Wintergärten ● Viele mit Seeblick ● Alle steuerlichen Vorteile des Bauherrenmodells, zusätzlich 10 Jahre jährlich 10% Sonderabschreibung nach § 82 i EStDV für denkmalgeschützte Bauten, hohe Rendite, Liquiditätsüberschuß in Bau- und Mietphase möglich, erfahrene Vertragspartner.
gps GESELLSCHAFT FÜR PROJEKTSTEUERUNG IM BAUWESEN MBH
GEBHARDPLATZ 30 7750 KONSTANZ
07531 · 63018

DÜSSELDORF-Grevenbroich
18 Komfort-Reihenhäuser
beste Ausstattung



● 135 % Werbungskosten ● 9 % MwSt.-Erstattung ● bankverbürgte Fertigstellungsgarantie ● Eigenkapital kann vorfinanziert werden.
Gesamtaufwand: **DM 320.000,–** incl. aller Nk. und Garage.
Starke Vertriebspartner gesucht!!

BEATENBERG 1200 m ü. M.
(Schweiz)
Die Sonnenterrasse über dem Thunersee, im attraktiven Berner Oberland, bietet unzählige Sommer- und Wintersportmöglichkeiten.
Der aufstrebende und vielversprechende Kurort Waldegg (neue Gondelbahn, Skilifts, Restaurants, Hotels usw.) gilt bereits heute als prächtiges Wander- und Erholungsgebiet.
Hier verkaufen wir 5 erstklassig konzipierte
2-Zimmer-Ferienwohnungen



Sehr schöne und ruhige Lage mit einmaliger Aussicht auf den Thunersee und die Berner Alpen. Nur 10 Autominuten von Interlaken entfernt, eignen sich die im Chaletstil gebauten Haus befindlichen Wohnungen vorzüglich als Altersruhesitze.
Kein Bewirtschaftungs- oder Vermietungszwang!
Preis: ab sfr 229 000,-, Auto-Einstellplätze vorhanden.
HWS-IMMOBILIEN INTERNATIONAL hws
Hauptsitz: Effingerstraße 17 CH-3008 Bern Tel. (0041) 31 25 74 74
Repräsentant BRD: Erich Rieger Zur Heubrücke 6 7809 Gutach 1.Br. Tel. (0 76 81) 2 22 70

Hypothekengelder
Ab 1,0 Mio. auf sfr-Basis, 5%–100% Ausz. mit und o. Aval. Ab 15 Mio. 6%–100% Ausz., 5 Jahre fest, mit Aval.
Zuschr. unt. Y 2717 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Seriöse kleine Werbeagentur
sucht stillen Teilhaber oder Kapitalgeber. Guter Kundenstamm und sichere Auftragslage vorhanden.
Zuschr. u. L 2706 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Für Anzeigen von **Gewerblichen Maklern und Wohnungsvermittlern** gebräuchliche Abkürzungen

Hsm.	Hausmakler
Mkl.	Makler
RDM	Ring Deutscher Makler
VDM	Verband Deutscher Makler
VHH	Verein. Hambg. Hausmakler von 1897 e. V.

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Rendite-Objekt – Kapitalanlage Moderne Gewerbehallen-Objekte Düsseldorf/Köln, Mieteinnahme 660 000 + 680 000 DM p. a., zu verkaufen. Zuschriften unter L 2728 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



in bester Zentrumslage ist zu vermieten:
1 Ladenlokal, 122 m²
auch teilbar
geeignet für Kinderladen, Videothek, Kunstgewerbe, Friseur, Ausstellungsraum u. a. m.
Sehr gute Parkmöglichkeiten – Keine Vermittlungsprovision!
Büro: Große Heide 31 · 4970 Bad Oeynhausen 2
Tel.: 05731/ 51103 (auch am Wochenende).

Discothek und Barbetrieb im Sauerland
mit Nachtkonzession, Wohn- und Geschäftsgebäude dreistöckig, 16 Zimmer, aus Gesundheitsgründen sofort zu verkaufen. Finanzierung möglich. Beide Geschäfte sind neu eingerichtet.
VB DM 700 000,00.
Zuschriften unter M 2707 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

EXISTENZ
Gold- und Silberwaren An- und Verkauf (Geschäft), Juwelierwaren – Modeschmuck – exkl. Geschäftsausstattung, Hamburg-Innenstadt, mit od. ohne Warenbestand, zu verkaufen.
Zuschr. erb. u. PW 47 363 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Gewerbehof Langenfeld
Neubau, 7 Mieter, ME 200 000,- DM, günst. verk.
Zuschr. u. X 2716 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl W 117

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Looking for banks, financial institutes
who can confirm letters of credit, opened by first-class foreign owned banks in Nigeria. Discounting/financing of letters of credit is also of great interest. Very attractive terms with substancial interest securities available.
Please contact: Emkay Export-Import GmbH
Reesendamm 3, 2000 Hamburg 1
Tel. 0 40 / 33 11 71 - 72
Tx. 02 173 262 mkm

1984 empfehle ich mich Ihnen als Berater für folgende Sachgebiete:
Masch.-Bau, Kunststoff-Technik, Werkzeug- und Formenbau, Organisation, Rationalisierung, Konstruktion, Verkaufsförderung und Personalfragen.
Unternehmensberatung Heinz Troche
Tanneneck 5, 2358 Oersdorf, Tel. 0 41 91 / 20 67

Wir kaufen
fast jeden Warenposten aus dem Food-/Non-food-Bereich. Angebote:
Tel. 06 81 / 5 78 11, FS: 4 421 283.

Integrierte Finanz- und Unternehmensberatung. Firmengründungen und Domizilbetreuung.
EUCOM AG, Dreikönigstr. 35
8002 Zürich, Tel. 0041 12 02 48 24/25
Telex 0045 58 624

Ausstattung und Zubehör für Hausbars zum Vertrieb gesucht:
Automaten Hoffmann GmbH,
Im Teelbruch 88–90
4300 Essen-Kettwig

Versandhandel sucht Neuheiten auf den Gebieten: Freizeit, Erotik und Waffen. Royal-Versand, Postfach 18 11, 2390 Flensburg.

Werksvertretung
Selbständ. Handelsvertreter, zielstreb., m. langj. Erfahr. i. Verkauf, sucht Werksvertretung f. d. Ruhrgebiet, die dauerhaft gute Entwicklungsmöglichkeiten bietet. (Auch f. spanabh. Werkzeuge). Bin i. d. Groß- und Mittelindustrie seit Jahren bestens eingeführt.
Zuschr. u. C 2787 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Alteingesessene
Augenarztpraxis
in München, zentr. Lage (Fußgängerzone) wegen Krankheit zu verkaufen.
Angebote erbeten unter Y 2783 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kurieraufgaben
auch weltweit, übernimmt für Sie diskret u. zuverlässig.
Ang. unt. A 2807 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Postfachmitbenützeradresse in Zürich
für Versandfirmen und Privatpersonen. Ihre Post wird durch uns zuverlässig an Sie weitergeleitet.
IVM, Abt. Tras, Postfach, CH-8042 Zürich

Wer möchte
handwerklich gefertigte
Kachelöfen
der mittleren bis oberen Preisklasse
verkaufen?
Erforderlich sind ein entsprechender Ausstellungsraum und etwas handwerkliches Geschick.
Kontaktaufnahme erbeten unter B 2786 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir bieten einem etablierten
Reisebüro
die Möglichkeit, eine Zweigstelle innerh. eines der größten Sonnenstudios (300 m²) im Rhein-Main-Gebiet zu eröffnen. Kundenstamm vorh. Ca. 70 m², Miete DM 700,– + NK. Ohne Kaut.
Zuschriften erbeten unter Z 2784 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

GmbH-Mantel
Verlust 30 TDM, zu verkaufen.
Ang. u. PB 47 366 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Internationale Gemeinnützige Organisation hat die Position eines
Vizepräsidenten
zu vergeben. Kein Arbeitsaufwand. Honorige Personen werden um Kontaktaufnahme gebeten unter P 2753 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GmbH-Mantel
mit Verlustvortrag zu verkaufen.
Zuschriften u. N 2752 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir suchen für einen Kunden
Firmenmantel mit hohem Verlustvortrag,
möglichst Bauunternehmung oder Generalunternehmer. Anrufe werden streng vertraulich behandelt.
Immobilien Arnold
Tel. Dortmund 02 31 / 59 64 03

Kachelofenhersteller
sucht Vertragshändler und Großhändler von Fertigkachelöfen, sowie Handelsvertreter. Zuchr. erb. u. D 2788 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Lizenzen zu vergeben
f. bereits eingeführte ges. gesch. Schornsteinkopf-Verkleidung (Alu-Schnellbausystem).
Zuschriften erbeten unter T 2756 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

SCHWEIZ: MARKETING-MANN MIT KAPITAL
Ein Schweizer Unternehmen mit zwei patentierten Produkten, die ein bedeutendes Potential darstellen und jetzt weltweit lizenziert werden, sucht einen erfahrenen Marketing-Mann. Er soll für die Abwicklung seiner internationalen Geschäfte verantwortlich zeichnen.
Bei den Produkten handelt es sich um neue Systeme für den Fertigteilbau sowie um ein revolutionäres Zusammenbaumöbelsystem (Abholmöbel). Wir bieten dem erfolgreichen Bewerber eine attraktive Position als gleichgestellter Geschäftspartner. Ansichtsmaterial vorhanden. Weitere Einzelheiten durch:
Inventor, c/o Globe Plan SA
Av. Mon-Repos 24, CH-1005 Lausanne (Schweiz)
Tel. 00 41 21 / 22 35 12
Telex: 25 185 melis ch

Devisen / Aktien / Warenterminhandel. Nutzen Sie unsere 25 Jahre Erfahrung. Unsere Ratschläge machen sich bezahlt. Bitte schreiben Sie uns od. telefonieren/telexen Sie uns. Horst Günther & Co. – gegr. 1958 –, Schneisenstr. 11, 2000 Hamburg 73, Tel. 0 40 / 6 78 78 30 od. 6 78 95 94, Telex 2 161 490.

Exportkaufmann
unabhängig und erfahren in Ost u. West übernimmt für Sie weltweit Kurieraufgaben u. Spezialaufträge. Ang. u. A 2785 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Selbständiger Kaufmann mit Ladengeschäft in bester Lage Hamburgs, Büro, Fuhrpark und entsprechender Mitarbeiterstab vorhanden, sucht
Generalvertretung f. interessanten Artikel
in- od. ausländischer Firma.
Angebote erbeten unter PF 47350 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Lizenzen für Neuheit
zu vergeben
Alu-Dachgerüst-Schnellbausystem. Vornehml. f. Hersteller von Alu-Formstücken.
Zuschriften erb. unter U 2757 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

SUCHE Importeur für Champagner
Firma MARGUET-BONNERAVE
BP 1, Ambonnay, 51150
TOURS SUR MARNE – F –

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte
sucht Stellen für
Bundesanstalt für Arbeit

Versandleiter/Speditionskaufmann
53, versiert auf allen Gebieten der Versandleiterebene: Export, Import, Inland, See- und Luftverkehr; Handling von Stückgut bis zu kompletten Großanlagen; Verbindungen zu allen Verkehrsträgern. Führungspersönlichkeit. Durchsetzungsfähig, engagiert, belastbar; sucht neuen Wirkungskreis.
Auskünfte erteilt: Frau Kocura
Fachvermittlungsdienst Bochum, Hofsteder Straße 128
4630 Bochum 1, ☎ 0234/623-460, -457, FS 825309 2131

Dipl.-Ing. (FH) Maschinenbau
37, mit mehrjähr. Erfahrung als Projekt- und Koordinierungsing. im Anlagenbau, 5-jährige Praxis als Projektleiter; sucht neuen Wirkungskreis im Raum Schleswig-Holstein.
Auskünfte erteilt: Herr Fenger
Fachvermittlungsdienst Kiel, Muhliusstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 0431/907-343, FS 292673 2083

Ing. (grad.) Maschinenbau
42, verh., Staatl. Ing.-Schule Kiel, 17 J. Ind. Tätigkeit in namh. Untern. der E.-Technik (15 J. Leit. Pos.), Berufserf. in Arbeits-, Zeitwirtsch., REFA, Fertigungsplanung, -Steuerung und Organisation, Mat. Dispo. Prakt. Erf. in EDV; sucht neue verantwortungsvolle Führungspos., bevorz. Fertigungsplanung und Steuerung, AV, Raum Schleswig-Holstein.
Auskünfte erteilt: Herr Fenger
Fachvermittlungsdienst Kiel, Muhliusstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 0431/907-343, FS 292673 2130

Diplom-Ingenieur FH
Schiffsbetriebstechnik CI, Sicherheits-Ing.
40 J., led., ortsungeb., sucht verantwortungsv. Führungsaufgabe als Betriebs-Ing. im Kraftwerksbereich od. in Instandhaltung maschinentechn. Anlagen. Ausbildung: Maschinenschlosser, Fachschulreife, Ing.-Stud., FH, Kenntnisse: langj. Erf. in Instandhaltung u. Wartung von Großdieselanlagen, Pumpen, Dampferzeugern, Kühlanlagen, Kompressoren etc.
Angebote erbeten unter PD 47 329 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Für Sie aktiv in den USA
Unabhängiger deutscher (33 J.), seit 5 Jahren in den Staaten (Green Card), sucht interessante Betätigung. Ausbildung u. Erfahrung: Abitur, Großhandelskaufmann, Verkaufsleiter, US-Studium, Business, Administration u. Marketing. Persönl. Neigungsschwerpunkt überdurchschnittl. Erfahrung im Bereich Segelsport u. Automobilbranche.
Kontakt erb. über Tel. 02 11 / 8 98 21 28 (tagsüber).

Verwaltungswirt (grad.)
30 J., FH für öffentl. Verwaltung NW, Fachbereich Kommunalverwaltung, Laufbahnprüfung für den geh. nichttechn. Dienst im Lande NW, sucht ab sofort Tätigkeit in öffentl. Verwaltung, Wirtschaft, Organisation oder Verband.
Angeb. u. U 2428 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Standhafter Außendienstler
Mitte 30, seit 8 Jahren als technischer Verkaufsberater für den Hochbau tätig, übernimmt neue interessante Tätigkeit; beste Kontakte zu Planern, verarb. Gewerbe und Handel vorhanden.
Angeb. u. R 2776 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Elektro-Wirtschaftsing.
FH, 28 J., ungek. Stellung i. d. Automobil-Zulieferindustrie, Kenntnisse Schallisolation, Erfahrung i. d. Konstruktion u. im Außendienst, sucht neuen Wirkungskreis möglichst Ostwestfalen.
Zuschr. u. V 2669 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

DIPLOM-PSYCHOLOGIN
sucht Anfangsstellung im wissenschaftlichen Bereich, Verlags- oder Bibliothekswesen, Raum Hamburg.
Zuschriften erbeten unter K 2793 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Maschinen-Ing. (grad.)
46 J., Engl./Franz., m. langjähr. Erfahrung auf dem Maschinen- u. Baugerätesektor, verhandlungssicher a. allen Ebenen, familiär in Import- u. Exportgeschäften, wünscht Tätigkeit in Ostafrika oder Kanada.
Angeb. unt. M 2773 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Handelschef
bei branchenführendem Rohstoffverarbeiter. Umsatzverantwortung DM 500 000 000,– p.a. 1. H. 40, seit Jahren auf Managementebene erfolgreich im intern. Rohstoffhandel. Evtl. offen für Wechsel auf Vorstandsebene.
Ang. erb. u. T 2778 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Finanz- und Rechnungswesen
35 J., led., Betriebswirt (grad.)/Bilanzbuchhalter (IHK). Tätigkeiten in Schiffahrts- und Intern. Handelsunternehmen, davon 3 J. engl.-sprachl. Ausland.
Schwerpunkte: Buchhaltung, int. Berichtswesen, Controlling, Kostenrechnung
gewissenhaft, flexibel und belastbar, sucht neue verantwortungsvolle Dauerstellung.
Angeb. erb. u. B 2655 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Export-Kaufmann
33, langj. Auslandserf., sucht verantwortungsv. Tätigkeit im In- u. Ausland.
Angebote erb. u. PK 47 335 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Dipl.-Physiker
32, Examen 9/82 (gut), sucht Anfangsstelle. Studienschwerpunkte: exp. Oberflächen- u. Vakuumphysik. Zus. Erfahrungen: 2jährige Mitarbeit in Anwendungslabor; Meteorologiestudium.
Ang. u. P 2775 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Markenartikelreisender
(Pharma), Drogist, 39 Jahre, sucht im Raum Ruhrgebiet, rechter Niederrhein und Sauerland zum 1. 7. 1984 neuen Wirkungskreis.
Angeb. erb. u. N 2774 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Studienrätin
in berufsbildendem Schulwesen sucht Planstellentausch von NRW nach Schleswig-Holstein zum 1. 2. 1984.
Telefon 0 23 62 / 2 65 48
wochentags ab 14.00 Uhr

Übernehme Ihren
Service, PLZ 40–45
Regal- u. Ständerpflege, Warenauslieferung.
Zuschr. an Postf. 21 07 23, 4100 Duisburg 1.

Jg. Mann, 22 J., Fachhochschulreife, kfm. Ausbild., mit Prüf. d. Handelsk., sucht
Lehrstelle
Messe – Kongreß, Hotel, Reisebüro u. ä., evtl. Verlag.
Ang. unt. V 2780 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

STELLENGESUCHE

DIPLOM-VOLKSWIRTIN
31 Jahre, 4 Jahre Berufspraxis, diverse Veröffentlichungen
suche: Position z. Anfang 1984, vorzugsw. Raum HH, Erfahrungen in Redaktion, Verbandswesen, Erwachsenenbildung, Wirtschaftsübersetzungen; sehr gute englische Sprachkenntn., ausbaufähige franz. Sprach- u. EDV-Kennisse; Spezialkenntn. Länderbereich Süd- u. Ostasien; Referenzen verfügbar.
Angeb. u. S 2777 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Vertriebsfachmann
Industriekaufmann · Betriebswirt
(43 J.). Langjähr. Erfahrung i. weltweitem Maschinen- u. Anlagengeschäft (Aquisition, Aufbauhändlernetz, Auftragsabwicklung, Versand, perf. engl. Sprachkenntn., in leitender ungek. Stellung, sucht neuen Wirkungskreis. Raum mittl. südl. NRW od. nördl. Rheinland-Pfalz, m. verantwortl., selbständ. Charakter.
Zuschr. erb. unt. V 2758 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Fremdsprachenkorrespondentin
(Engl., Franz., Span.), Abschl. 3/9. 83, 20 J., led. u. ungebund., sucht Anfangsstelle.
Angeb. unt. E 2789 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Für Sie unterwegs
nach Singapur
Fast 10 J. führ. mich Geschäfte i. d. Fernen Osten. – Das Ergebn.: weitreichende Kontakte, erhebl. Kenntn. v. Land u. Leuten. – Auf mein. nächst. Reise – Termin: Mitte Dez. – könnte ich auch Ihre Interessen vertreten.
Zuschr. u. PS 47341 an WELT-Verl., Postf., 2000 Hamburg 36.

Heizungs- und Lüftungsmeister
Außendienst-Erfahrung, Sanitär/Heizg., Bau- u. Maschinenschlosser, sucht Dauerstellung, evtl. Gebiets-Verkaufsleiter o. ä., PLZ 52.
Zuschr. erb. unt. S 2755 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Import – Einkauf
Versand – Spedition
Sped.-Kfm. (Seehaf.), 35 J., m. nachweisbar. Verkaufserfolgen (z. Z. Verkaufsleit.) u. langjähr. Erfahrungen im Innendienst - Import - Abwickl. - Organisation - Personalführ. - Akquisition würde sein Wissen gern f. Ihr Untern. einsetzen. Biete inter. Perspektiven zur Kostensenkung i. Handel u. Industrie.
Ang. aus d. R. Hamb. bevorzugt, aber nicht Bed., unt. PU 47343 an WELT-Verl., Postf., 2000 Hamburg 36.

Französin, 23, Dipl. Lizenz Deutsch, Sprachen: Franz., Engl., sucht Stelle im Lehrwesen o. Privat. Zuschriften: Sylvie Hutt, 7 AV. DE LA 2e D. B., 67300 Schiltigheim. F-Tel.: 00 33.88 / 62 47 50.

INDUSTRIE-, BAUKAUFMANN
39 J., alle kaufmännischen Arbeiten, Englisch, sucht für Januar 1984 Auslandseinsatz, möglichst Fernost/Südostasien od. Afrika.
Zuschriften unt. L 2794 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

"D'RAN DENKEN:
KINDER HABEN
KEINE BREMSE"
DEUTSCHE VERKEHRSWACHT
Schleswig-Holstein e. V.

Dipl.-Ing.
(FH, Elektronik)
44, 6 Jahre Prozeßrechnereinsatz, 2 Jahre Elektronik-Entwicklung, seit 2/81 Org.-Programmierer (COBOL, Siemens-BS 2000), CDI-Abschluß, System-Analyse, Mikroprozessor-Lehrgangs-Abschluß, möchte sich ab 1. 4. 84 verändern.
Zuschriften erbeten unter H 2792 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DIPLOM-INGENIEUR (Uni)
Lebensmittel- u. Gärungstechnologe, 34 J., verh., Erfahr.: Betriebs- u. Qualitätskontr. i. Brauereien, mikrob. Kontr. i. Lebensmittelbr., Filtrationstechnik, Biogastechnologie. Sprachen: Engl., Franz. su. Einstieg i. verantwortungsv. Aufgabe, mögl. Raum Hamburg.
Angebote unter PT 47342 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Personalreferent
eines deutschen Großunternehmens (Anfang 30), mit mehrjähriger Praxis, sucht im Raum Hamburg qualifizierte Teilzeittätigkeit im Personal- und Sozialwesen.
Angebote erbeten unter PG 47 332 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

GESCHÄFTSFÜHRER
Masch.- und IE-Ing. VDI, 43 J., 16 J. in leitenden Pos. renommierter Klein-, Groß- und mittelständischen Betrieben der Kunststoff-, Kautschuk-, Metall- sowie Feinwerktechnik-Industrie. Englisch verhandlungssicher, z. T. im Ausl. erworben. Erfahrung als leitender Angest. in IE-Stab, Fertigung, techn. Marketing u. F. u. E., z. Zt. techn. Geschäftsführer in einem mittelst. Unternehmen
sucht langfristige sowie fordernde Aufgabe m. **unternehmerischer Prägung** z. 1. 4. oder 1. 7. 84, evtl. spätere Beteiligung mögl., Großraum HH bevorzugt.
Angebote unter A 2654 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter Logistik
50 J., in ungekündigter Position, Praktiker, langj. Erfahrung, nachweisbare Erfolge, sucht neue, nur verantwortungsv. Position in Industrieunternehmen, die die Aufgabe zu vergeben haben, die im Warenfluß liegenden Ratio-Potentiale auszuschöpfen.
Angebote u. L 2772 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Management-Vertrieb
Erfahrener, dynamischer Kaufmann, 39 J., seit Jahren im internat. Vertriebsmanagement, Ausdauer, Durchsetzungsvermögen, Organisationstalent, Verhandlungsgeschick, Englisch verhandlungssicher, sucht neuen Wirkungskreis, bevorz. Dienstleistung, Verkehrs- u. Transportwesen, Leasing o. ä., Dienstsitz größtmöglich Rhein/Main, aber nicht Bedingung.
Angeb. erb. unt. PA 47 365 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Landwirt
mit südamerikanischen Kenntnissen sucht administrative Vertrauensaufgaben, Uruguay, evtl. Nachbarländer.
Ang. erb. u. W 2781 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Medizintechnik Dipl.-Ing.
38 J., verh., langj. Praxis in Produktmanagement, Vertrieb, Verkauf s. Wirkungskreis als Niederlassungsleiter (VL, GL) Bayern-Nord bzw. Bayern od. BRD.
Ang. unt. U 2779 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Buchhaltungsleiter – Vermögensverwaltung
34 J., Betriebswirt, kaufm. Lehre, Organisations- und Steuerkenntnisse, praktische Erfahrungen im Rechnungswesen der Industrie und des Handels, mehrjährige Tätigkeit in der Vermögensverwaltung einschl. Berichtswesen und Bestandsverwaltung, mit umfangreichen Erfahrungen beim Auf- und Ausbau von integrierten EDV-Abrechnungen für Bilanz-, Finanzbuchhaltung und Kapitalanlagen mit dem derzeitigen Arbeitsschwerpunkt Liegenschaftsabrechnung, sucht verantwortungsvolles neues Tätigkeitsgebiet in Bilanzbuchhaltung oder Vermögensverwaltung im norddeutschen Raum.
Zuschriften erbeten u. K 2771 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Welcher Betrieb sucht einen
Verkaufs- oder Niederlassungsleiter
für Norddeutschland?
Ich bin 33 J., verh., 1 Kind, ungekündigt. Berufserfahrung: Verkaufsing. i. d. Bereichen Aufbereitungs- u. Abwassertechnik, Meß- u. Regeltechnik, Wasseraufbereitung, Temperaturmeßtechnik, elektronische Steuerungen, Wärmetechnik. Niederlassungsleiter eines Konstruktions- u. Ing.-Büros. Besondere Erfahrungen f. Auf- u. Ausbau neuer Verkaufsorganisationen.
Zuschriften unt. T 2668 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

STELLENANGEBOTE

TROX

In unserem Werk Goch ist die Position des

WERKLEITERS

zu besetzen. Der jetzige Stelleninhaber wird in absehbarer Zeit aus Altersgründen ausscheiden und möchte seinen Nachfolger persönlich einarbeiten.

In diesem Werk werden Luftfilter der verschiedensten Ausführungen für die Lüftungs- und Klimabranche hergestellt. Das Werk befindet sich im Aufbau, z. Z. umfaßt die Produktionsfläche 9000 m². Es werden heute 60 Personen beschäftigt. Weitere Ausbaustufen sind vorgesehen. Der Absatz der Produkte ist expansiv.

Wir suchen für diese Position einen Ingenieur der Fachrichtung Fertigungstechnik oder Maschinenbau. Einige Jahre Berufserfahrung in ähnlicher Tätigkeit, evtl. als zweiter Mann in der Fertigungsleitung, wären durchaus wünschenswert.

Einem eigenverantwortlich arbeitenden Ingenieur bieten wir eine echte Lebensstellung. Die Vertragsbedingungen liegen über dem Durchschnitt.

Bewerbungen mit vollständigen Unterlagen erbitten wir an unser Stammhaus. Unser Herr Neul erteilt gerne fernmündlich Auskunft unter der Ruf-Nr. 0 28 45 / 202–230.

GEBRÜDER TROX GMBH
Heinrich-Trox-Platz
4133 Neukirchen-Vluyn

Eine echte Herausforderung
Von Anfang an dabei sein können Sie, wenn für Sie überdurchschnittliche Einsatzbereitschaft, Verantwortungsbewußtsein und Selbständigkeit Selbstverständlichkeit sind.
Qualifizierten Gebietsagenten, Unternehmerpersönlichkeiten
im Verkauf von Investitionsgütern (Immobilien/Time Sharing) bietet *eine führende Schweizer Firma auf* dem Immobiliensektor außergewöhnlich lukrative Verdienstmöglichkeiten auf Provisionsbasis.
Bei der immer größer werdenden Nachfrage nach inflationsunabhängigen gesicherten Ferienmöglichkeiten (Time Sharing) handelt es sich zum größten Teil um bereits bestehende Objekte (Ferienwohnungen *und Aparthotels) in der* Schweiz und im Ausland.
Ihre ausführlichen Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte an: Architekturbüro Meinrad Camenzind, Dipl.-Ing. ETH, CH-6442 Gersau. Tel. 0041-41-841-444.

Junges, dynamisches Maschinenbauunternehmen in Winsen/Luhe
sucht
Chef-Sekretärin
Voraussetzung:
mittlere Reife, schnelle Auffassungsgabe, selbständiges Arbeiten, mindestens 7jährige Berufserfahrung, kaufmännische Grundkenntnisse, Englisch in Wort und Schrift.
Wir bieten leistungsgerechte Bedingungen.
Schriftliche Bewerbung erbeten unter PE 47 368 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 08 579 104 aufgeben.

Überregionale Filialbank Schwerpunkt Baufinanzierung

Das Unternehmen: eine überregionale Filialbank. Diese sucht für ihre Niederlassung Karlsruhe einen qualifizierten Bankfachmann.

Der jetzige Leiter der Niederlassung Karlsruhe geht in absehbarer Zeit in den Ruhestand. Wir suchen daher zum baldigen Eintritt – spätestens jedoch zum 1. Juli 1984 – den Nachfolger als

Leiter (Direktor)
Niederlassung Karlsruhe

Die Aufgabe: Akquisition, Kundenpflege, Marktbeobachtung. Gesprächspartner im Bankgeschäft sind vor allem Geschäftsführer der gemeinnützigen und freien Wohnungsbaugesellschaften sowie der Bausparkassen. Betreuung und Überwachung des gesamten kurz- und langfristigen Bankgeschäftes, Personalführung und Organisation im Bereich der Niederlassung.

Unser Wunsch: Ein universal ausgebildeter Bankkaufmann mit breiter Erfahrung im Kreditgeschäft. Hochschulabschluß wäre nützlich, aber nicht Bedingung. Besondere Kenntnisse der Baufinanzierung und des langfristigen Realkredits wären von Vorteil. Alter 40 bis 45 Jahre. Wichtig: Verhandlungsgewandtheit, Kontaktfähigkeit, Aufgeschlossenheit, Initiative und Durchführungsstärke. Einkommen und Nebenleistungen entsprechen der Bedeutung der ausgeschriebenen Position. Sollten Sie durch einen vorzeitigen Wechsel einen finanziellen Verlust haben, so können wir darüber reden.

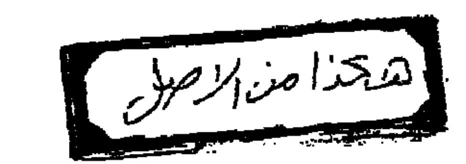
Die Position erfordert starkes Engagement, das Geschäft ist ausbaufähig.

Sie entsprechen dem Anforderungsprofil? – Dann bitten wir um aussagefähige Unterlagen, die für ein erstes Gespräch mit Ihnen Veranlassung sein könnten und zeitraubende Rückfragen sparen (tabell. Werdegang, Zeugniskopien, neueres Foto, Ist-Einkommen, derzeitige Verantwortungsbreite, Kündigungsfrist, Telefon-Nr., unter der Sie erreichbar sind). – Sie sollten auch dann Kontakt aufnehmen, wenn Sie bisher noch nicht an einen Wechsel gedacht haben. Das Beraterbüro sichert Ihnen zu, absolute Diskretion zu wahren und eventuelle Sperrvermerke zu beachten. Sollten Sie eine Detailfrage haben: Herr Karl-Ernst Wolff steht Ihnen unter Telefon *06 11 / 63 40 83 (Mo.–Fr.)* zur Verfügung. Ihre Zuschrift bitte unter dem Stichwort „Niederlassungsleiter/Karlsruhe" M 459 an

KARL-ERNST WOLFF (BDU) MANAGEMENTBERATUNG
MARKETING · PERSONAL · VERTRIEB GMBH
D-6000 Frankfurt/Main 70 · Postfach 70 12 40 · Telex 04-13676
International arbeiten wir mit Partnern in Paris, London, Zürich, Lausanne, Mailand, Rotterdam



هكذا من الأصل



Mittwoch, 7. Dezember
Finanz- und Rechnungswesen
Export-Kaufmann
Dipl.-Physiker
Markenartikelreisende
Studienrätin
Service, PLZ 4
Lehrstelle
Vermögensverwaltung
Niederlassungsleiter
bank
zierung

Viererbande als Quartett

JBB – Von einem „Malerquartett" sprach die Kölner Kunstlektorin Karin Thomas überschwenglich, als sie auf die vier herausragenden Figuren der Malerei in der „DDR", auf Bernhard Heisig, Willi Sitte, Wolfgang Mattheuer und Werner Tübke, zu sprechen kam. Und sie reagierte indigniert, als ein junger Maler statt dessen den Begriff „Viererbande" in die Debatte warf.

Der Maler war erst kürzlich aus der „DDR" ausgereist und wußte daher das Wirken der vier mächtigen Maler mit recht düsteren Details anzureichern. Das Bild des Kunstlebens in der „DDR", das da aufschien, stimmte so gar nicht mit dem Gemälde überein, das Karin Thomas eben noch abgeliefert hatte. Aber das war auch kein Wunder, denn sie stützte sich auf offizielles Material aus Ost-Berlin, Leipzig und Halle. So hielt sich ihr Vortrag strikt an die Chronologie und die Inhalte, die die „DDR"-Kunstgeschichtsschreibung in eigener Sache vorgibt.

Auch Axel Hecht, Chefredakteur der Kunstzeitschrift „Art", wußte aus dem Stegreif über das Glück des Künstlers im Sozialismus zu plaudern. Seine Zeitschrift hat schließlich die Ausstellung „Zeitvergleich" mitorganisiert, die die „DDR"-Malerei prächtig und kritiklos in der Bundesrepublik präsentiert. Es war die Suada eines frisch Bekehrten, denn Hecht als feuriger Adept der westlichen Moderne ließ es vor kurzem, über jegliche Malerei à la „DDR" zu spotten.

Hätte jetzt nicht wiederum ein Zuhörer, nämlich Sieghard Pohl, dem seine sozialismuskritische Malerei drüben vier Jahre Zuchthaus einbrachte, eingehakt und an Künstler wie Michael Blumhagen oder Frank Rub erinnert – die Teilnehmer dieser Veranstaltung hätten ein wunderschönes, nämlich ein resolut geschöntes, „DDR"-Kunstbild nach Hause getragen.

PS: Ort der Veranstaltung war die Bonner Karl-Arnold-Stiftung, eine Bildungseinrichtung der CDU. Alternativreferenten zu Thomas und Hecht gab es nicht.

Ungarns Intellektuelle: Aufstand der JAK-Gruppe

Ein Chefredakteur wird zum Symbol

Die ungarische Kulturpolitik ist, gemessen an den anderen Staaten des „realen Sozialismus", relativ freizügig. In Ungarn wird manches gedruckt und auf der Bühne gespielt, was anderswo im Ostblock als Ketzerei gilt. Dennoch hat die Toleranz auch in Budapest ihre ideologisch bestimmten Grenzen. Das beweist soeben wieder einmal der Fall der Zeitschrift „Mozgo Vilag" und ihres bisherigen Chefredakteurs Ferenc Kulin.

Der stellvertretende Kulturminister der Volksrepublik, Dezsö Toth, hielt es für angebracht, öffentlich polternde Kritik an der redaktionellen Linie dieser populären Zeitschrift zu üben. „Mozro Vilag" sei „pessimistisch" und lege eine „verfälschende Haltung" an den Tag. Daraufhin wurde der „schuldige" Chefredakteur nebst seinem Stellvertreter entlassen.

Bald stellte sich allerdings heraus, daß es gar nicht so einfach war, den unliebsamen Kulin durch eine „positivere" Persönlichkeit zu ersetzen. Mehrere Schriftsteller und Literaturkritiker, denen der Posten angeboten wurde, winkten heftig ab. Schließlich fiel die Wahl auf Julianna Szücs, Kulturjournalistin und Kritikerin der Parteizeitung „Nepszabadsag", als Chefredakteurin und auf Laszlo Hovanyecz, bisher Redaktionsmitglied der ideologischen Parteizeitschrift, als Stellvertreter.

Der bisherige Redaktions- und Mitarbeiterstab erklärte nun, daß er nicht bereit sei, mit der neuen Chefredaktion zusammenzuarbeiten. Daraufhin forderte das Kultusministerium die Redakteure ebenfalls auf, „ihre Tätigkeit mit dem Februar-Heft 1984 zu beenden". Im März kommenden Jahres müßte demnach „Mozgo Vilag" nicht nur mit neuer Chefredaktion, sondern auch mit neuen Redakteuren und Mitarbeitern erscheinen. Inzwischen haben aber mehrere Schriftsteller, vor allem der jüngeren Generation, öffentlich scharf gegen das Vorgehen der Kulturbehörden protestiert.

Im „Jozsef Attila-Kreis" (JAK) – einer Teilorganisation des ungarischen Schriftstellerverbandes – wurde mit großer Mehrheit eine Protestresolution verabschiedet, in der auch gleich gegen das Verbot einer von JAK geplanten Konferenz zum Thema „Gemeinsame Sorgen im Donautal" Beschwerde eingelegt wurde. Falls es nicht doch noch zur Genehmigung der Konferenz komme, werde man die für diese Veranstaltung geplanten Vorträge auf den regulären Sitzungen des „Jozsef Attila-Kreises" halten lassen. Ebenso werde man die Schriftenreihe des Kreises privat und staatsunabhängig drucken lassen, falls die „Verzögerung" der Herausgabe dieser Schriften durch offizielle Stellen nicht endlich beendet werde.

Was „Mozgo Vilag" betrifft, so fordert JAK die Behörden auf, die Gründe für ihre Maßnahmen gegen den bisherigen Chefredakteur „vor der gesamten ungarischen kulturellen Öffentlichkeit darzulegen". „Mozro Vilag" war bisher das Lieblingsorgan der JAK-Gruppe. Sie betreibt nun die Gründung einer neuen Zeitschrift, die „unabhängig und verantwortlich genug sein soll", um den JAK-Schriftstellern eine neue Plattform zu gewähren.

Die administrativen Maßnahmen der ungarischen Behörden, erklärt JAK, seien nicht nur gegen die Person des Chefredakteurs Kulin, sondern „gegen eine Tendenz gerichtet, durch welche viele ernsthafte Widersprüche der gegenwärtigen ungarischen Gesellschaft ans Tageslicht gebracht worden sind". Nur eine offene Diskussion dieser sozialen Widersprüche könne aber zu ihrer allmählichen Überwindung führen. Ungarns Schriftsteller seien nicht bereit, das Recht auf öffentliche Diskussion aufzugeben. Schließlich schlägt die Resolution des „Jozsef Attila-Kreises" vor, der ungarische Schriftstellerverband solle ein Konzept ausarbeiten, durch welches den zentralen politischen Institutionen die „ausschließliche Verantwortung für die Werkstätten des kulturellen Lebens" von den Schultern genommen werde.

Die Resolution wirbelte in den intellektuellen Kreisen Budapests beträchtlichen Staub auf. Studenten der Universität schlossen sich – so jedenfalls berichten ungarische Dissidentenkreise – ausdrücklich der Resolution an. Sie forderten klipp und klar die Wiedereinsetzung Kulins als Chefredakteur. Beschlüsse über die Zeitschrift „Mozgo Vilag", die „objektiv Probleme der Kultur und Gesellschaft Ungarns behandelt habe", dürften in Zukunft nicht mehr über den Kopf der Redaktion hinweg gefaßt werden. Eine diesbezügliche Erklärung, die 60 bis 80 Namen trug, wurde vom Dekan der Fakultät, Ferenc Poloskei, vom Schwarzen Brett der Universität entfernt. Protestplakate gegen die „Knebelung" von „Mozgo Vilag" sollen aber auch an mehreren anderen Budapester Hochschulen aufgetaucht sein.

An der juristischen Fakultät kam es zu einer Diskussion zwischen dem stellvertretenden Kulturminister und etwa 500 Studenten. Nach der Ankunft des stellvertretenden Ministers verlas ein Student die Resolution und teilte mit, man habe inzwischen 687 Unterschriften gesammelt. Die Unterschriftenliste wurde dem stellvertretenden Minister mit der Bemerkung überreicht, der Dekan der Fakultät habe einige Tage zuvor zahlreiche weitere Unterschriften vom Schwarzen Brett gerissen. Dem stellvertretenden Minister wurden harte Fragen gestellt. Toth reagierte, wie es heißt, irritiert und zog sich auf die Formel zurück, „Mozgo Vilag" habe sich nicht an die grundlegenden Prinzipien des Marxismus gehalten.

Die kommunistische Führung hofft jetzt offenbar, die Schriftsteller des „Jozsef Attila-Kreises" und die aufmüpfigen Studenten von der Masse der Bevölkerung – und vor allem von den arrivierten Intellektuellen der älteren Generation – zu isolieren. Doch der Fall „Mozgo Vilag" zeigt, daß es auch in Ungarn gärt.

CARL GUSTAF STRÖHM



Das Schwergewicht lag bei den Porträts: „Mrs. Paul Smith Palmer und ihre Zwillinge" von Brastus Salisbury, 1835 gemalt. Aus der Washingtoner Ausstellung FOTO: KATALOG

Washington zeigt „Naive Malerei in Amerika"

Perfektion erwünscht

Naive Malerei in Amerika, das ist nicht nur Grandma Moses, die Tradition reicht sehr viel weiter zurück. Das zeigt die sehr hübsche Ausstellung „American Naive Paintings", die jetzt auf Dauer in Washingtons National Gallery eingerichtet wurde. Wie das meiste in Amerika geht auch diese Kollektion auf eine private Sammlung zurück. Edgar William und Bernice Chrysler Garbisch haben seit 1944 mehr als zweitausend Gemälde aus dem 18. und 19. Jahrhundert zusammengetragen, von denen sie mehr als dreihundert sowie hundert Zeichnungen, Aquarelle und Pastelle dem Museum schenkten.

Das Schwergewicht bilden die Porträts. Denn die „Naiven" waren keine Sonntagsmaler oder Dilettanten. Sie betrieben das Gewerbe der Malerei durchaus professionell, hatten freilich keine akademische Ausbildung. In ihren Werken kokettieren sie nicht – wie die „Naiven" heute oft – mit ihrem malerischen Unvermögen. Sie strebten vielmehr künstlerische Vollkommenheit an (Porträtähnlichkeit war ja sowieso die Voraussetzung dafür, daß sie Aufträge erhielten), auch wenn ihnen die Anatomie oft Schwierigkeiten bereitete und sie gelegentlich die Regeln der Komposition nicht beherrschten. Oft hielten sie sich eng an Vorbilder, an die Maler der Renaissance und des Barock, indem sie bei Bildnissen den Ausblick in eine beziehungsreiche Landschaft übernahmen oder die Bedeutung des Porträtierten durch vielsagende Attribute dick herausstrichen.

Ein anderes beliebtes Thema waren Ansichten von herrschaftlichen Häusern oder Farmen. Bei den Gemälden von Schiffen bleibt meist unklar, ob sie als „Kapitänsbilder" in Auftrag gegeben oder als „Seestücke" frei entworfen wurden. Die reine Landschaft ist das seltenste Motiv, wenngleich mit Bildern wie Thomas Chambers' „The Connecticut Valley" (Mitte des 19. Jh.) auf beachtlichem Niveau. Und bei den wenigen Stillleben drängt sich der Verdacht auf, daß sie nach Stichvorlagen entstanden, weil sich die Kompositionen auffällig ähneln.

Die amerikanischen „Naiven" ließen jedenfalls kein Thema aus. Sie malten Genreszenen wie W. H. Browns „Zirkusreiter" (1886) oder jene Dame, die sich für ein Bad entkleidet und dabei von einem Mann überrascht wird (anonym, 1. Hälfte des 18. Jh.). Auch Biblisches wurde ins Bild gebannt, z. B. „Christus auf dem Weg nach Emmaus" oder „Er verwandelte das Wasser in Blut" (E. S. Field, um 1865/80). Und selbst das Exotische „Tadsch Mahal" (Field, um 1040) findet man verewigt.

Zur Sammlung Garbisch gehören auch Werke des inzwischen weithin bekannten Edward Hicks (1780–1849), so eine seiner mehr als sechzig verschiedenen Fassungen des „Friedlichen Königreiches", in dem wilde und zahme Tiere nebeneinander leben, oder die Inkunabel der Friedenshoffnung „Penns Vertrag mit den Indianern". Auch das berühmte Gemälde des den Hut lüftenden George Washington auf weißem Pferd ist hier zu sehen. Oder jenes Bild, das die Surrealisten faszinierte. Es zeigt den riesigen Kopf einer Katze, die einen Vogel zwischen den Zähnen hat, gerahmt von zwei Bäumen, auf denen ebenfalls Vögel sitzen.

Der Sammlung kommt zugute – und damit unterscheidet sie sich wohltuend von vielem, was bei uns unter dem Stichwort „naive Malerei" gezeigt wird –, daß sie der Frage nach der Qualität nicht ausgewichen ist (Katalog: 3,25 Dollar).

PETER DITTMAR

Lessings „Nathan der Weise" in Düsseldorf

Kein Platz für Saladin

Ich will den Herrn damit auf das Theater verwiesen haben", sagt der Patriarch in Lessings „Nathan der Weise" – und er äußert ja auch sonst allerhand Unfug. Sultan Saladin lebt schließlich um 1190, und der Kirchenfürst kannte weder das Theater der Griechen noch das der Lessingzeit. Im Düsseldorfer Schauspielhaus bezieht man daraus die Legitimation, das Stück in Kostümen von heute zu spielen. Das hat seine Richtigkeit.

Allerdings nur das allein. Volker Hesse führt Regie, und der hat nicht nur am historischen Jerusalem keinerlei Interesse: Wann immer er ein Stück anfaßt – und das sind mit Vorliebe deutsche Klassiker –, bringt er es mit schöner Regelmäßigkeit zur Strecke.

Am „Nathan" etwa stört ihn der Vers, also ebnet er ihn ein und läßt ihn, wo er zum Pathetischen – und das heißt doch: Leidenschaftlichkeit – neigt, ganz privat und vor allem bis zur Unverständlichkeit leise sprechen. Hesse stört das Utopisch-Irreale der Ringparabel, also läßt er von seinen Bühnenbildnern Marietta Eggmann und Ernst Wiener ein Rednerpult auf die Szene stellen. Nathan gibt sein Gleichnis als „Nummer", als Vortrag, während der Sultan rund um das Parkett spazierengeht.

Auf der Bühne ist dafür auch kein Platz: Man spielt vor dem eisernen Vorhang, und der ist mit einem kostbaren Mosaik bemalt, jene Flammen darstellend, in denen in unserem Jahrhundert Juden umkamen.

Mehr noch: Der Text wird fast kubistisch ineinandergeschoben, man gibt zwei Szenen gleichzeitig, eine rechts, die andere links. Und die Schauplätze bedeuten immer etwas anderes. So hebt der Sultan in seinem Palast eine Blume auf, die Recha in Nathans Haus fallen ließ. Auch stöbert Saladin zu Beginn der Ringerzählung ungeniert in eben jenem Managerköfferchen herum, das Nathan bei der Rückkehr von der Reise vor seiner Haustür stehengelassen hat.

Auf derlei Kleinkram kommt es dem Regisseur nicht an. Wichtiger ist, daß Nathan unter Jerusalems Palmen im schwarzen Wintermantel nebst Hut herumläuft. Wozu auch? Zwar gibt Bigi Fischer die Sittah als Dame, wenn auch nicht als die Kluge, die im Schachspiel siegt und die Falle für Nathan ersinnt. Wohl aber schlägt sie immerfort ihre atemberaubend langen Beine übereinander und thront da wie eine Sexgöttin aus Hollywood. Der Sultan aber, in sportlichem Khaki-Dress, ist ein Rüpel – wie der Tempelherr, der mit dickem Militärmantel, ledernen Hosen und amerikanischen Armeestiefeln durch die brütende Hitze rennt.

Auch sonst gleichen sie sich. Beide kriegen die Hände nicht aus den Taschen, beide prügeln den Juden bei jedem sich bietenden Anlaß, und beider Darsteller sind keine guten Schauspieler, weder Jan Eberwein (Sultan) noch Daniel Friedrich. Dessen Tempelherr pumpt sich, ehe er spricht, immer auf wie ein Maikäfer vorm Start und spricht dann nicht gerade verständlich.

Bleibt neben manch anderem Ungenügen Hans-Günther Müller, der als scheinbar einfältiger Klosterbruder die Inszenierung unterläuft und vorführt, wie man Lessing sprechen und wie man ihn spielen muß. Und bleibt, überragend und zu Recht bejubelt, Alois Strempel in der Rolle des immerfort geschundenen Menschen Nathan. Das Verhaltene, das die Regie forderte, nutzt er zum Gewinnen von Intensität. Alle Qual, die man ihm bereitet, verwandelt er in staunende Blicke des Unglaubens, daß derlei möglich sei. Nur einmal schreit er auf: Bevor er dem Tempelherrn vom Progrom erzählt, bei dem er seine sieben Söhne verlor.

Das Premierenpublikum feierte denn die Darsteller, freilich recht undifferenziert. Immerhin gab es schüchterne Buhrufe. Die sie hätten verstärken können, waren zur Pause gegangen.

KATHRIN BERMANN

Jean Seberg ist jetzt Heldin eines Musicals am Londoner Nationaltheater

Der große Bösewicht ist Mr. Hoover

Arme Jean Seberg. Ihr Leben ist trotz einiger Erfolge nicht sehr glücklich gewesen. Ihr Tod war schrecklich. Nun, vier Jahre nach diesem Ende durch eigene Hand, ist Miß Seberg die Heldin eines Musicals, darin angeklagt wird: das Showgeschäft ganz allgemein, die Grausamkeit des Daseins und Amerikas FBI, vertreten durch Edgar Hoover.

Miß Seberg war Filmschauspielerin. Ihre Leistung als Premingers „Heilige Johanna" befriedigte nicht jedermann. Als ein Star aber der neuen Welle im französischen Film war sie erfolgreich und war auch vorübergehend glücklich als die Frau von Romain Gary. Sie kehrte dann nach Amerika zurück, äußerte nachdrücklich ihre Sympathie für die militanten „schwarzen Panther", wurde vom FBI verfolgt und verleumdet, nahm sich das Leben. Man sagt, schon eine Woche nach ihrem Begräbnis habe sich der Song-Autor Christopher Adler hingesetzt, um den Umriß eines Seberg-Musicals zu skizzieren.

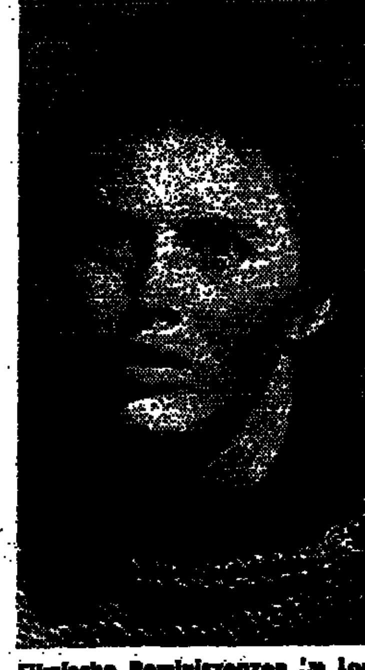
Nur die Songs stammen von Adler, die Szenenfolge schrieb Julian Barry (mit zwei Sebergs versehen, einer jüngeren, einer älteren), und die Musik ist von Marvin Hamlisch. Es wird da kräftig hineingegriffen ins volle Menschenleben. Da ist beispielsweise eine raffinierte Mischung der Filmaufnahmen für die „Heilige Johanna" mit symbolistischem Ausblick darauf, was der Johanna-Darstellerin eines Tages geschehen wird: Der Großinquisitor der Filmaufnahme ist der Mann, der auch den Hoover spielt. Da gibt es die bizarr entsetzliche Szene, in der Miß Seberg ihr totgeborenes Kind der Presse zeigt, auf daß jedermann sehe, es ist ein weißes Kind – denn Hoover hatte verbreiten lassen, sie würde ein schwarzes zur Welt bringen.

All dessen hat sich das britische Nationaltheater angenommen, und der Chef Peter Hall lieferte eine sehr solide, praktikable und gut geölte Inszenierung ab. Da quietscht nichts, es wird perfekt gespielt und gesungen, und die musikalischen Effekte, soweit vorhanden, kommen über die Reizschwelle des Publikums. Das traurige Leben von Miß S. ist schon eine Art von Stoff – allerdings, wie dergleichen immer nur Stoff für Urheber von hohem Rang.

Auch die außerordentliche Regie-Geschicklichkeit des Sir Peter kann nicht verbergen, daß hier zweitklassige Songs, zweitklassige Musik und ein zweitklassiger Text als Wagen von erster Güte angeboten werden. Die Anklagen auf der Bühne klingen perfekt, aber doch ein klein wenig hohl. Ein Leben wird verwurstet von Autoren und Musikern, die sich mit dem Wurstmaterial befaßt haben, um einige starke Effekte zu erzeugen. Das Ergebnis ist dann weder ein Requiem noch eine Anklage der Gesellschaft, sondern ein Musical, das überall ein bißchen schwächer ist als gute Musicals.

Einiges bleibt im Gedächtnis, etwa die Leistung der „jungen Jean", Kelly Hunter. Nichts bleibt im Ohr, was jedoch bei einem musikalischen Erzeugnis etwas bedenklich ist. Dabei hat man nicht nur die Darsteller von Jean-Luc Godard und Otto Preminger singen hören, gesungen haben auch die Bewerberinnen um die Rolle der Heiligen Johanna: Hier weiß man wirklich nicht mehr, was oben ist und was unten, denn Preminger verfilmte bekanntlich ein Sprechstück. Darf man vielleicht sagen, daß ein Stoff, der stark genug wäre für ein gesprochenes Theaterstück, mit Sicherheit dann nicht gut genug verarbeitet ist, wenn er gleich als Musical zugeschnitten wird? Das Exempel dafür liegt nun vor.

CHRISTIAN FERBER



Filmische Reminiszenzen im Londoner Musical: Jean Seberg als „Heilige Johanna" FOTO: UP

Oshimas Film „Furyo – Merry Christmas, Mr. Lawrence" mit David Bowie

Die präzise Freude an der Gewalt

Java 1942. In einem Dschungelcamp leben britische Kriegsgefangene und ihre japanischen Bewacher. Im täglichen Umgang miteinander sieht man plötzlich den Gegner genauer. Hier zählen nicht mehr die Waffen, hier geht es um Gründe und Rechtfertigungen, die freilich immer wieder an der Uneinsichtigkeit des anderen zerschellen.

Vier Männer sind es, die in Nagisa Oshimas Film „Furyo-Merry Christmas, Mr. Lawrence" dieses Gefecht von Mensch zu Mensch führen, zwei auf jeder Seite. Der junge japanische Hauptmann Yonoi etwa, Kommandant des Lagers und ein Abkömmling alter Samurais, der im Grunde an der ihm übertragenen Aufgabe leidet: unbeugsam, voll schmerzhafter Prinzipientreue. Ein Mann, der sein Leben der Ehre geweiht hat und der denkmalhaften Vorbildlichkeit. Oder Yonois Untergebener, der Unteroffizier Hara: einer aus dem Volk, den plötzlich eine grausame Lust an der Gewalttätigkeit überfallen kann, der dann aber auch überraschend Sanftmut und unerwartete Gutmütigkeit zeigen kann. Kein Souverän seiner Gefühle, sondern ihrer Gewalt ausgeliefert.

Ihnen gegenüber steht der englische Eliteoffizier Jack Celliers, groß, kühl, blond, der sich dem Hauptmann Yonoi entschlossen entgegenstellt: Ein Schuldkomplex aus Kindertagen treibt ihn vorwärts, dem Risiko zu. In der Tapferkeit sucht er Erlösung. Und dann gibt es noch den Oberstleutnant Lawrence, früher im diplomatischen Dienst und des Japanischen mächtig, vielleicht die versteckte Hauptfigur des Films: Er ist Mittler zwischen den Fronten, seinen Kameraden auf dem Leidensweg der täglichen Erniedrigungen ein Halt. Er träumt davon, über alle Feindschaft hinweg eine Brücke des Verständnisses zu schlagen.

„Ehe man sich gefangennehmen läßt, gibt man sich lieber selbst den Tod", sagt einer der japanischen Wächter zu seinem englischen Gefangenen. Was dem einen Grund für tiefe Scham, ist für den anderen nur eine augenblickliche Niederlage in einer langen Reihe noch kommender Kämpfe. Oshima stellt diesen Zusammenprall grundverschiedener Kulturen, der britischen Zivilisation mit der japanischen Tradition, der Bedingungslosigkeit des Orients mit dem Kalkül, aber auch dem Humanismus des Okzidents, in den Mittelpunkt seines Films. Eine unüberwindliche Schranke, die kein Hinüber und Herüber zuließe – wäre da nicht die geheime homophile Neigung des Kommandanten zu dem furchtlosen Major Celliers, die ihn freilich nach und nach auch seiner Glaubwürdigkeit als militärischer Führer beraubt. Dem Kommandanten bleibt, nachdem er den Engländer lebendig begraben hat, nur der Freitod.

Ein Film, der – sieht man von einigen Rückblenden ab, die den Rhythmus empfindlich stören – seine Bilder bis ins Detail präzise setzt. Der vor allem im Spiel seiner Darsteller sehr stimmig ist: Der Rockstar David Bowie und der japanische Sänger Ryuichi Sakamoto spielen den englischen Eliteoffizier und den japanischen Kommandanten mit glänzender Sicherheit. Der japanische Komiker Takeshi als Unteroffizier Hara und der Engländer Tom Conti als Oberstleutnant Lawrence stehen ihnen nicht nach.

Zum Schluß verkehren sich die Seiten: Übriggeblieben sind nur die Männer aus dem zweiten Glied. Nach dem Sieg der Engländer sitzt der japanische Unteroffizier Hara in britischer Kriegsgefangenschaft, Lawrence besucht ihn. Die Einsicht, daß die wahren Schuldigen woanders sitzen und daß es jenseits der vom Krieg vertieften Gegensätze immer auch Gemeinsamkeiten gibt, kommt für den einen der beiden zu spät.

Hinter dem Film steht ein optimistischer Humanismus, wie ihn David Lean 1957 mit „Die Brücke am Kwai", mehr noch Jean Renoir schon 1937 mit „Die große Illusion" auf die Leinwand gebracht haben. Mit seinem Film „Furyo" beschwört Nagisa Oshima diesen Optimismus neu.

WOLF D. GROSSE



Kühl, blond und kein bißchen feige: David Bowie als Eliteoffizier Celliers in Oshimas Film FOTO: SCOTIA

JOURNAL

Berliner Kulturforum nimmt Gestalt an

dpa/AP, Berlin

Die Würfel für die endgültige Gestaltung des künftigen Berliner Kulturforums am Kemperplatz in Tiergarten zwischen Nationalgalerie, Philharmonie und Staatsbibliothek sind gefallen. Ein Gutachtergremium hat sich für den Entwurf des Wiener Architekten Hans Hollein entschieden, der eine Kirche, ein Bibelmuseum, ein Hotel und einen Kammermusiksaal um ein weitläufiges Forum gruppieren will. Die letztgültige Entscheidung darüber, welcher der sechs eingereichten Entwürfe sich durchsetzen wird, soll jedoch vom Senat erst Anfang des nächsten Jahres getroffen werden. Holleins Entwurf und die der anderen am Wettbewerb beteiligten Architekten sind nun im Foyer der Berliner Staatsbibliothek zu sehen. Der Entwurf Holleins wird nach Auffassung des von dem Berliner Architekturprofessor Dietmar Grötzbach geleiteten Gutachtergremiums „als einzige der eingereichten Arbeiten" den städteräumlichen und funktionalen Anforderungen, die an dieses Projekt gestellt werden, überzeugend gerecht.

Filmfestival von Manila abgesagt

DW. Manila

Das Internationale Filmfestival von Manila wird nächstes Jahr nicht stattfinden. Dies verkündete acht Wochen vor seinem offiziellen Beginn seine Gründerin, Imelda Marcos. Sie nannte ökonomische Schwierigkeiten als Hauptgründe für die Absage des Festivals. Ihr Mann, Präsident Marcos, hatte zuvor ein Sparprogramm ausgerufen, um das Sechs-Milliarden-Defizit im Staatshaushalt zu senken. Noch bis unmittelbar vor der Verlautbarung von Frau Marcos hat man im Filmzentrum von Manila kräftig an der Vorbereitung des Festivals gearbeitet. Um zwischen dem Festival '83 und '85 kein zu großes Vakuum entstehen zu lassen, will man jetzt statt dessen preisgekrönte Filme anderer großer Festivals, die auf den Philippinen bisher noch nicht zu sehen waren, zeigen.

Mainzer „Römerflotte" wird in Wachs gebettet

dpa, Mainz

Die Überreste von neun Schiffen aus der Römerzeit, die vor zwei Jahren bei Bauarbeiten in Mainz entdeckt wurden, müssen mehrere Jahre lang in einer wachshaltigen Flüssigkeit lagern, damit sie erhalten bleiben. Die Arbeiten dafür sollen Anfang des kommenden Jahres beginnen. Bis zum Sommer werden alle Schiffsteile aus einem Becken mit normalem Leitungswasser in Spezialbecken mit Flüssigwachszusatz umgelagert.

Tisa Schulenburg 80

Es ist ein bewegtes Leben, auf das Tisa Schulenburg heute zu ihrem 80. Geburtstag zurückblicken kann. Nach Jugendjahren in Mecklenburg, in Berlin und Potsdam studierte sie an der Berliner Kunstakademie und in Paris. 1934 emigrierte sie mit ihrem jüdischen Mann nach London, kehrte jedoch nach der Scheidung 1939 nach Deutschland zurück. Nach dem Krieg widmete sie sich der Sozialarbeit und schrieb für Zeitungen (u. a. auch für die WELT). 1949 konvertierte sie zum Katholizismus, und ein Jahr später trat sie in das Ursulinenkloster in Dorsten ein. Seit Anfang der sechziger Jahre arbeitet sie dort als Graphikerin und Bildhauerin. Leid und Verfolgung sind ihre Themen. Davon zeugen zur Zeit eine Ausstellung in Münster in der Galerie der Stadtsparkasse und der Band „Tisa Schulenburg" von Anneliese Schröder (Verlag A. Bongers, Recklinghausen, 102 S., 88 Abb., 48 Mark), der jetzt zu ihrem 80. Geburtstag erschien.

In memoriam R. Aldrich

AFP, Los Angeles

Der amerikanische Regisseur Robert Aldrich ist in Los Angeles im Alter von 65 Jahren gestorben. Aldrich wurde 1918 als Sohn einer reichen Industriellenfamilie in Evanston (Rhode Island) geboren. 1940 kehrte er dem florierenden Unternehmen seiner Familie den Rücken, um in Hollywood Filme zu machen. Nach Assistentenarbeit bei Jean Renoir, Charlie Chaplin, Joseph Losey und Orson Welles und nach einem Zwischenspiel beim Fernsehen führte er für Metro Goldwyn Mayer 1953 erstmals Regie in einem Film, „The Big Leaguer". Zwei Jahre später wurde er sein eigener Produzent und drehte zunächst „Kiss Me Deadly" und „The Big Knife".

Lucienne Boyer †

AFP, Paris

Die französische Sängerin Lucienne Boyer, die 1932 mit ihrem Chanson „Parlez-moi-d'Amour" Weltruhm erlangte, ist in Paris im Alter von 82 Jahren gestorben. Lucienne Boyer fand den Anschluß an das Bühnenleben zunächst als Statistin in einer Pariser Revue. Dann schickte sie ein amerikanischer Besitzer eines Pariser Nachtlokals zu Auftritten nach New York, wo sie bald stürmisch gefeiert wurde. 1947 siegte sie beim Sänger-Wettbewerb der „National Academy of Vocal Art".

Versicherer wollen junge Fahrer zur Kasse bitten

der. Frankfurt

Die Schadenslawine, die neuerdings von jungen Autofahrern unter 25 Jahren ausgeht, wird die Haftpflichtversicherungen in Kürze veranlassen, diese Verkehrsteilnehmer stärker zur Kasse zu bitten.

Im HUK-Verband, Dachorganisation der Versicherungsunternehmen, gibt es dazu zwei Vorschläge. Die Mehrheit neigt offenbar dazu, allen Autobesitzern unter 25 Jahren künftig eine höhere Haftpflichtprämie abzuverlangen. Hermann Strathus, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Allgemeinen Versicherungs AG, machte jetzt in Frankfurt einen Gegenvorschlag: Bei allen Unfällen, die von Fahrern unter 25 verursacht werden, soll automatisch eine Selbstbeteiligung bis etwa 500 oder 600 Mark gefordert werden.

Sein Modell, so Strathus, sei sowohl gerechter, als auch effektiver. Schon jetzt hätten viele junge Autofahrer, um der hohen Anfänger-Versicherungsprämie für Führerscheinneulinge zu entgehen, ihre neuen Fahrzeuge auf den Namen der Eltern angemeldet. In all diesen Fällen bliebe eine einfache Prämienerhöhung für Autobesitzer unter 25 wirkungslos. Im Gegenteil, sie würde den Trend nur noch verstärken, nach einem „Strohmann" zu suchen. Betroffen seien am Ende nur die Ehrlichen.

Eine Selbstbeteiligung dagegen treffe direkt den jungen Autofahrer, der einen Unfall verursache. Zwar müßte die Versicherung den Geschädigten zunächst voll auszahlen und sich dann am Autobesitzer schadlos halten. Aber dieser – auch wenn es der eigene Vater ist – könne ja den schuldigen Fahrer zur Kasse bitten oder ihm den Wagen nie mehr ausleihen. Dies werde erzieherisch wirken. In der Schweiz funktioniere ein ähnliches System bereits seit Jahren.

Daß im Haftpflichttarif inzwischen spezielle Maßnahmen bei den jungen Autofahrern nötig sind, darüber ist man sich im HUK-Verband auf Grund einer neuen Untersuchung einig. Bei einem durchschnittlichen Schadensbedarfs-Index von 100 liegen danach die ermittelten Zahlen bei den unter 25jährigen zwischen 250 und 150, bei den 30jährigen bei 100, bei den 45jährigen bei 80 und erst bei den 65jährigen wieder bei 100. Jeder zweite Großschaden wird von Fahrern unter 25 verursacht, die aber nur insgesamt 13 Prozent aller Autofahrer ausmachen.

Aus einem großen Versicherungsunternehmen sind ergänzend folgende Zahlen bekanntgeworden: Der durchschnittliche Haftpflichtschaden der über 25jährigen Versicherten liegt bei 504 Mark, bei den unter 25jährigen bei 954 Mark.



Schwan im Korb FOTO: DPA

Zuschlag für das „Buch des Löwen" lag jenseits aller Traumgrenzen

Bankier Abs holte „Evangeliar" für 40 Millionen Mark nach Deutschland

FRITZ WIRTH, London

Um 12.45 Uhr nannte Auktionator Richard Came die erste Zahl: „Eine Millionen Pfund" rief er in die Versammlung der bibliophilen und rekordhungrigen Späher hinein. Um 12.47 Uhr sprach Came mit trockenem britischen understatement nicht nur das letzte Wort, sondern zugleich die sensationellste Summe der internationalen Auktionsgeschichte in den Saal: „7,4 Millionen Pfund."

Das war der Preis, für den das „Evangeliar" Heinrich des Löwen gestern von einem unbekannten Besitzer in die Hände eines zu jenem Zeitpunkt ebenfalls noch unbekannten anderen Besitzers wechselte. Das ist für Kunstwerke ein neuer Auktions-Weltrekord.

Die Spannung in der überhitzten Halle löste sich in spontanen Beifall auf. Der Preis übertraf alle Erwartungen. Optimisten bei Sotheby's hatten zuvor vier Millionen Pfund als die „Traumgrenze" bezeichnet.

Obwohl die Sieger dieser Auktion zunächst absolutes Stillschweigen bewahrten, gab es keinen Zweifel, daß die Deutschen an diesem Morgen dieses Schmuckstück aus dem Schatz der Welfen heimgeholt hatten. Der Braunschweiger Oberbürgermeister Hartmut Scupin war nur wenige Minuten nach der Auktion nicht mehr in der Lage, seine Gefühle und seine Siegerfreude zu verbergen.

Doch der Regisseur dieses kostspieligen Coups saß in Reihe drei des Auktionssaals und schwieg. Es war der Bankier Hermann Josef Abs, der 1978 schon in einem vielbestaunten und gut organisierten Unternehmen große Teile der Hirsch-Kollektion nach Deutschland zurückersteigert hatte. Auf die Frage der WELT, ob eine ähnliche Aktion zu erwarten sei, antwortete er wenige Minuten vor der Auktion: „Das war damals eine Gratwanderung, die sich nicht wiederholen läßt. Hier ist alles viel anders."

Wie anders es war, wurde bei Beginn der Auktion deutlich. Abs hatte ganz offensichtlich zwei der schärfsten möglichen Konkurrenten zu seinen Verbündeten gemacht, das britische Buch-Antiquariatshaus Quaritch und den New Yorker Antiquar H. P. Kraus. Mit anderen Worten: Quaritch und Kraus, die größten europäischen und amerikanischen Antiquariatshäuser boten für Deutschland. Hermann Josef Abs saß demonstrativ zwischen den beiden und signalisierte damit die mächtigste und wie sich später herausstellte, unschlagbare Allianz an diesem Morgen.

Das diskrete Handerheben bei Preisen, die von Angebot zu Angebot um jeweils 400 000 Mark anstiegen, besorgte Nicholas Poole-Wilson, der Managing Direktor von Quaritch.

Wer der direkte Gegner dieser deutsch-angloamerikanischen Auktions-Brüderschaft war und den Preis auf diese ungeahnten Rekordhöhen hochtrieb, war zunächst nur Sache der Spekulation. Es gab jedoch konkrete Hinweise, daß ein New Yorker Vertreter des Auktionshauses Christies' im Auftrage der Getty-Stiftung in Malibu bis 7,3 Millionen Pfund mithielt und dem Abs-Konsortium schließlich für 7,4 Millionen Pfund den Welfenschatz überließ.

Die ganze Affäre ging wie ein Zeitrafferfilm über die Szene. Bei drei Millionen Pfund schneuzte Hermann Josef Abs einmal kräftig ins Taschentuch. Es war das einzige Zeichen von Nervosität, das er verriet.

„Stolz? Zufrieden? Glücklich?" wurde er gefragt, und er entgegnete mit sanfter Stimme: „Ich hatte noch keine Zeit, meine Gefühle zu ordnen." Die Ordnung der Finanzen dieses Unternehmens wird noch länger dauern. Sicher ist bisher nur, daß die Stadt Braunschweig durch eine Sammlung ihrer Bürger 550 000 Mark beigesteuert hat, wie Oberbürgermeister Scupin stolz wissen ließ. Mit dieser Summe ist jedoch nicht einmal die Kommissionssumme für den Auktionator Sotheby's bezahlt.

Wieviel von dieser Auktion am Ende von der Bundesregierung und dem Land Niedersachsen und sonstigen privaten Wohltätern beigesteuert wird, ist noch nicht zu übersehen. Sicher jedoch ist, daß der endgültige Kaufpreis für das „Evangeliar" weit über der Auktionssumme von 7,4 Millionen Pfund liegen wird. Denn man darf getrost annehmen, daß sich die Firmen Quaritch und Krans ihre Auktions-Entente für Deutschland gut und teuer bezahlen ließen.

Nach einer Minimal-Schätzung muß deshalb der endgültige Preis für das „Evangeliar" – und das schließt die zehn Prozent für das Haus Sotheby's mit ein – um mindestens 25 Prozent höher entgeschätzt werden. Das bedeutet, daß für die kaufwilligen Deutschen, die sicher auch noch Luft genug hatten, einige Millionen lang weiter mitzuhalten, unterm Strich für die Heimholung des „Evangeliars" eine Summe von rund 40 Millionen Mark zu finden sein wird.

Streit um die gute Tat der Apotheken

Verkauf von Unicef-Karten verstößt gegen Bestimmungen

WILM HERLYN, Düsseldorf

Erstaunt mußten Apotheker in Nordrhein-Westfalen dieser Tage zur Kenntnis nehmen, was ihnen in einem Rundschreiben ihrer Standesorganisation angedeutet wurde. Sie dürften nicht mehr tun, was ihnen jahrelang gute Übung war: der Verkauf von Unicef-Karten. Das ist ein alter Brauch mit uneigennützigen Zielen und zum Selbstkostenpreis.

Dabei wissen die Apothekerkammern wie auch die aufsichtsführenden Behörden bis hin zum zuständigen Arbeits- und Sozialminister, daß sie mit dem uneigennützigen Verkauf der Karten eigentlich gegen die Apotheken-Ordnung verstoßen. Denn dort ist festgelegt, daß nur „apothekenübliche" Waren verkauft werden dürfen. Aber, so weiß der Sprecher der Apothekerkammer Nordrhein, Franz Josef Schulte-Löbbert, „für den guten Zweck werden schon einmal fünf Augen zugedrückt".

In die Diskussion geriet die jahrelange Praxis, als auch andere gemeinnützige Organisationen bei den Apotheken anfragten, ob sie nicht ebenfalls ins wohltätige Geschäft kommen könnten. Da klopften etwa an Ein Herz für Polen oder die Deutsche Krebshilfe, es meldeten sich das Blindenhilfswerk und die Multiple-Sklerose-Gesellschaft, das Behindertenwerk und auch die Umweltschutzorganisation Green Peace.

Davon bekam der zuständige Amtsapotheker Clemens Schmidt beim Gesundheitsamt der Stadt Düsseldorf Wind. Schmidt, offensichtlich bei seinen selbständigen Kollegen ob seiner Aufsichtspflichten nicht sonderlich beliebt (Branchen-Spott: Der Vorname von Herrn Schmidt ist Amtsapotheker), wurde aktiv und wies die Kammer auf die anrollende Lawine an Wünschen hin. Diese reagierte zunächst einmal mit jenem Rundschreiben an ihre Zwangsmitglieder. Als „makaber" indessen qualifizierten die Angeschriebenen die Passage des Briefes, nach der der „Verkauf von Hundefutter für Green Peace" gleichgesetzt würde mit dem „Verkauf von Unicef-Karten".

Trotzig entschlossen sich einige Apotheker, noch mehr Karten bei der Unicef-Zentrale in Köln nachzubestellen. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß die Karten keine Ware an sich sind: „Ware ist erst dann Ware, wenn ich sie zur Gewinnerzielung verkaufe", definiert einer der Betroffenen, und „bei den Karten stelle ich ja Fläche, Arbeitskraft und Zeit zusätzlich und kostenlos zur Verfügung". Außerdem kommt er zu dem Schluß, seine Kammer könne oder solle höchstens eine Empfehlung aussprechen, verbieten könne sie den Verkauf jedoch nicht. Dagegen verweist die Kammer darauf, auch die Überwachungsbehörden hätten schon – wenn auch vorsichtig – angedeutet, der Verkauf von Unicef-Karten, Losen oder Glückswürfeln für andere Hilfsorganisationen sei „mindestens bedenklich". Sie will aber nicht ohne weiteres die Flinte ins Korn werfen. Schon in der vergangenen Woche knüpfte Schulte-Löbbert Kontakte zur Kölner Unicef-Zentrale, um einen Ausweg zu suchen.

Gegenüber der Welt stellte Schulte-Löbbert jedoch ausdrücklich fest, daß keinesfalls mit der guten Tat geworben werden dürfe. Höchstrichterliche Urteile zu diesem Thema stehen allerdings noch aus. Schulte-Löbbert: „Darauf warten wir gespannt."

Spaziergänger stießen auf Heineken-Lösegeld

dpa. Den Haag

Die Amsterdamer Polizei hat den größten Teil des Lösegeldes von umgerechnet wahrscheinlich mehr als 30 Millionen Mark gefunden, das für die Freilassung des niederländischen Großbrauers Alfred Heineken bezahlt wurde. In einem Wald bei Zeist (Mittelholland) wurde in Plastiktonnen im Boden vergraben umgerechnet rund 17 Millionen Mark in amerikanischen, deutschen, niederländischen und französischen Banknoten entdeckt. Das Geld hatten die Entführer Anfang vergangener Woche an der nahegelegenen Autobahn Arnheim-Utrecht übernommen und offenbar hier erst einmal „in Sicherheit" bringen wollen.

Den Fund verdankt die Polizei Spaziergängern, die auf dem Waldboden zweihundert 100-Dollar-Scheine gefunden und an der nächsten Polizeiwache abgeliefert hatten. Die Banknoten waren angeblich mit einer Sprühchemikalie behandelt, an der sich sofort erkennen ließ, daß sie Teil des Heineken-Lösegelds waren. Die Gesamthöhe des Lösegeldes ist nicht bekanntgegeben worden, um nicht – wie der Heinekenkonzern es ausdrückte – „einen Marktwert für eine bestimmte Person festzusetzen". Umgerechnet etwa sieben Millionen Mark waren schon am vergangenen Mittwoch bei Haussuchungen in den Wohnungen Verdächtiger gefunden worden.

Erste Anklage

rtr. London

Ein 31jähriger Angestellter des Sicherheitsunternehmens Brinks-Mats ist gestern im Zusammenhang mit dem größten Goldraub Europas, bei dem am 26. November drei Tonnen Gold sowie Diamanten im Gesamtwert von mehr als 100 Millionen Mark aus einem Lagerhaus am Londoner Flughafen Heathrow gestohlen wurden, unter Anklage gestellt. Über die Umstände der Verhaftung ist bisher nichts bekannt.

„Legale" Havannas

SAD, New York

Rechtzeitig zum Weihnachtsfest können sich Amerikas Zigarrenraucher zum ersten Mal seit 1963 wieder auf den Genuß einer echten Havanna freuen, ohne vor Polizei und Zoll Angst haben zu müssen. Eine große Tabakfirma hat im Ausland 200 000 Havanna-Zigarren aufgekauft, die nachweislich schon 1958 gedreht wurden, und deshalb nicht unter das Einfuhr-Embargo fallen.

Busunfall: 58 Tote

AFP, Paris

Mindestens fünf Menschen kamen gestern bei einem Verkehrsunfall in der Nähe von Vitry-le-François ums Leben. Ein Autobus mit 49 Oberschülern kam bei Glatteis von der Straße ab und stürzte in einen Graben.

Atom-Unfall

AP, Peking

In einer chinesischen Atomwaffenfabrik in der Wüste Gobi ist es nach einem Bericht der Zeitung „Gongren Ribao" 1969 zu einem schweren Unfall gekommen. Als Folge des Unglücks soll das Fabrikgebäude zeitweise stark radioaktiv verseucht gewesen sein. 20 Arbeiter seien zur Behandlung nach Peking gebracht worden.

Anzeige



WETTER: Wolkig, im Süden Schnee

Wetterlage: Zwischen einem Tief über Nordwestrußland und hohem Druck über Westfrankreich fließt Meeresluft polaren Ursprungs.

Vorhersage für Mittwoch:

Im Norden und Osten: Überwiegend stark bewölkt und vereinzelt Schneeschauer. Tageshöchsttemperaturen knapp über dem Gefrierpunkt, nächtliche Tiefstwerte null bis minus 3 Grad.

Westen und Südwesten: Wolkig mit Aufheiterungen und niederschlagsfrei. Höchste Temperaturen bei 5 Grad, nächtliche Tiefstwerte bei null Grad.

Im Süden: Bei meist starker Bewölkung vor allem im Alpenvorland noch länger andauernder Schneefall. Tageshöchsttemperaturen um null Grad, nachts Abkühlung bis minus 5 Grad.

Deutscher Wetterdienst 6. Dezember 1983

Weitere Aussichten:

Stark bewölkt bis bedeckt und zeitweise Regen- oder Schneefälle, ansteigende Temperaturen.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	3°	Kairo	23°
Bonn	3°	Kopenh.	5°
Dresden	–3°	Las Palmas	21°
Essen	2°	London	4°
Frankfurt	–1°	Madrid	5°
Hamburg	5°	Mailand	4°
List/Sylt	6°	Mallorca	13°
München	–1°	Moskau	1°
Stuttgart	–4°	Nizza	10°
Algier	12°	Oslo	1°
Amsterdam	7°	Paris	6°
Athen	10°	Prag	–4°
Barcelona	12°	Rom	6°
Brüssel	5°	Stockholm	1°
Budapest	–1°	Tel Aviv	21°
Bukarest	–2°	Tunis	11°
Helsinki	2°	Wien	–3°
Istanbul	11°	Zürich	–1°

*Sonnenaufgang am Donnerstag: 8.13 Uhr, Untergang: 16.14 Uhr, Mondaufgang: 11.45 Uhr, Untergang: 19.40 Uhr. *in MEZ, zentraler Ort Kassel

Erobert „Kanal 77" Dänemarks Bildschirme?

R. GATERMANN, Kopenhagen

Die meisten Dänen, laut Meinungsumfragen rund 75 Prozent, wollen einen zweiten Fernsehkanal, der zudem vom bisherigen Rundfunk- und Fernsehmonopol Danmarks Radio unabhängig ist. Es gibt etliche Vorschläge und Interessenten für das zweite Programm. Am weitesten in der Planung dürfte jedoch der „Kanal 77" sein. Diese – in ihrem Aufbau recht originelle – „Volksaktiengesellschaft" verfügt derzeit über ein Grundkapital von umgerechnet rund 460 000 Mark, die Zahl der Aktionäre, Mitte September ungefähr 6000, wächst ständig. Der „Kanal 77" will seinen Betrieb durch Werbung finanzieren. Er wäre ab Ende 1984 sendebereit. Dazu bedarf es jedoch einer Gesetzesänderung. Und die will Kultusministerin Mimi Stelling-Jacobsen noch vor Jahresende durchs Parlament bringen.

Werbung kein Kulturtöter

Als Mitte dieses Jahres eine 60köpfige Medienkommission ihre Vorschläge für die Zukunft des dänischen Fernsehens unterbreitete, war man sich eigentlich nur in einem Punkt einigermaßen einig: Das zweite Programm soll nicht von Danmarks Radio gemacht werden, das – und vor allem dessen Rundfunkrat – ständig im Kreuzfeuer der Kritik von allen Seiten steht. Etwa zur gleichen Zeit, zu der die Kommission ihren Bericht vorlegte, wurde auch die „Volksaktiengesellschaft Kanal 77" gebildet. Ihr Ziel ist es, ein landesdeckendes Fernsehprogramm anzubieten, das unabhängig vom Staat und allen übrigen Interessengruppen ist. Kein Aktionär kann ein höheres Stimmrecht als ein Prozent erreichen, gleichgültig wieviel Kapital er einsetzt. Sämtliche Ausgaben sollen durch Werbung finanziert werden, die bei einer wöchentlichen Sendezeit von zunächst 40 Stunden zwischen 4 und 7 Prozent ausmachen und nur „in natürlichen Pausen" ausgestrahlt werden soll. Ist das Programm voll ausgebaut, soll die Werbung nicht mehr als 15 Prozent belegen.

Die Initiatoren des „Kanal 77" lassen die allgemein gängige Kritik nicht gelten, daß Fernsehwerbung den gedruckten Medien wirtschaftlich schade und daß Reklame auf dem Bildschirm automatisch schlechte Programmqualität bedeute. Nach einer Marktanalyse werden in Dänemark jährlich rund 1,6 Milliarden Mark für Werbung ausgegeben, von denen 486 Millionen Mark auf Postwurfsendungen entfallen. Auf etwa die Hälfte davon könnten die Privat-TV-Leute hoffen. Zu dem Argument „Werbung als Kulturtöter" heißt es: In allen europäischen Ländern, in denen es Werbefernsehen gebe, habe sie zu einer Belebung und kulturellen Erweiterung des Programmangebots beigetragen. In Dänemark wolle man vor allem frei arbeitende Kräfte auf allen möglichen Gebieten für sich gewinnen. Deswegen würden auch die eigenen Produktionsmittel gering sein.

Von „Ausländern' eingedeckt

Fernsehpläne haben in Dänemark aber auch die Filmbranche, beherrscht von einer Firma, und die Tageszeitungsverleger, die für Zahl-TV plädieren, aber bereits jetzt wirtschaftliche Schwierigkeiten haben. Der Verband der Werbungtreibenden hat sein Vorhaben schon wieder in die Schublade verbannt. Gegen die Mitbewerber glauben die Leute hinter „Kanal 77", den Vorteil zu haben, daß sie keine spezifischen Interessen vertreten. Zu ihren Aktionären gehören sowohl Landwirte wie auch hohe Juristen, Journalisten und Hausfrauen.

Obwohl Dänemark nur ein TV-Programm ausstrahlt, für das jährlich 270 Mark an Gebühren gezahlt werden müssen, sind die meisten Dänen nicht alleine auf die Eigenproduktion angewiesen. Die deutschen Programme sind fast bis Kopenhagen und in Jütland bis Veilje, die schwedischen über ganz Seeland und bis Nordjütland, und das norwegische ebenfalls in Nordjütland zu empfangen. Und von 1985 an wird Dänemark zudem noch von verschiedenen europäischen Satellitenprogrammen eingedeckt. Hierzu will der „Kanal 77" ein dänisches Gegengewicht schaffen und hofft nun auf grünes Licht von den Politikern.

Noch etwas zum Namen „Kanal 77". Im Paragraph 77 der dänischen Verfassung steht: „Jeder hat das Recht, in Druckschrift und Rede seine Gedanken zu äußern, soweit dies nicht gegen geltendes Gesetz verstößt. Zensur und andere vorbeugende Verhaltensregeln dürfen niemals wieder eingeführt werden." Dieser Paragraph gilt bisher jedoch nicht für die Äthermedien.

ZU GUTER LETZT

„Shit." Englischer Ausruf des deutschen Astronauten Ulf Merbold, als er im „Spacelab" versehentlich einen falschen Schalter drückte.

Die neue Bundesanleihe

Rendite: 8,36% · Zinsen: 8,25% jährlich

Laufzeit: 10 Jahre · Ausgabekurs: 99,25% spesenfrei

Erhältlich ab 100 DM bei allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken.
Private Sparer werden bevorzugt berücksichtigt.
Ausführliche Informationen: Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1, Tel.: (0611) 55 07 07.

DB

Verkauf 7. bis 9. 12. 1983